

Stenographisches Protokoll

14. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 2. Dezember 1959

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960

Spezialdebatte

Gruppe III: Äußeres

Gruppe XII: Landesverteidigung

Gruppe IV: Inneres

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 357)

Entschuldigungen (S. 357)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung 33 (S. 357)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (67 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960 (98 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe III: Kapitel 8: Äußeres

Generalberichterstatte: Machunze (S. 357)

Redner: Dr. Tončić (S. 358), Czernetz (S. 370), Dr. Gredler (S. 377), Kranebitter (S. 386), Mahnert (S. 387), Hermann Gruber (S. 390), Zechtl (S. 392) und Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kreisky (S. 394)

Ausschußentschließung, betreffend vermögensrechtliche Verhandlungen mit den Oststaaten (S. 358)

Gruppe XII: Kapitel 23: Landesverteidigung

Spezialberichterstatte: Franz Mayr (S. 398)

Redner: Kindl (S. 399), Dr. Gorbach (S. 404), Pölzer (S. 410), Tödling (S. 413), Preußler (S. 415), Regensburger (S. 422), Enge (S. 424), Kulhanek (S. 427) und Bundesminister für Landesverteidigung Graf (S. 429)

Gruppe IV: Kapitel 9: Inneres

Spezialberichterstatte: Holoubek (S. 430)

Redner: Dr. van Tongel (S. 432) und Sebingner (S. 436)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Haberl, Moser, Rosa Rück und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend eine Bundesbeihilfe für die Wassergenossenschaften des Bezirkes Liezen (58/J)

Mitterer, Mittendorfer, Dr. Hofeneder und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend eine Fernsehsendung am Freitag, den 27. 11. 1959 über Iran (59/J)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Hetzenauer und Genossen (33/A. B. zu 48/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl, Zweiter Präsident Olah, Dritter Präsident Dr. Gorbach.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet haben sich heute die Abgeordneten Strasser, Dr. Nemecz und Dipl.-Ing. Strobl.

Entschuldigt von der heutigen Sitzung sind Bundesminister Proksch, die Abgeordneten Hillegeist, Klenner, Schneeberger, Lackner, Rudolf Graf und Scheibenreif.

Seit der letzten Haussitzung ist eine Anfragebeantwortung eingelangt, die den Herren Antragstellern zugegangen ist.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (67 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960 (98 der Beilagen)

Spezialdebatte

Gruppe III

Kapitel 8: Äußeres

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Wir fahren in der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1960 fort und kommen nunmehr zur Behandlung der Gruppe III. Diese umfaßt das Kapitel 8: Äußeres.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Strasser. Da dieser jedoch erkrankt ist, bitte ich den Generalberichterstatte, Herrn Abgeordneten Machunze, den Spezialbericht zu Gruppe III zu geben.

Generalberichterstatte **Machunze:** Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Gruppe III, das ist das Kapitel Äußeres, in seiner Sitzung am 5. November 1959 beraten.

Der Bundesvoranschlag für das Kapitel Äußeres weist für das Jahr 1960 Gesamtausgaben von 152,810.000 S und 1,868.000 S an Einnahmen aus.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag für 1959 sind um 27,760.000 S mehr an Ausgaben und 999.000 S weniger an Einnahmen vorgesehen.

Das Budget des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten beträgt im Vergleich zum Gesamtbudget 1960 0,36 Prozent.

Im einzelnen weist das Kapitel 8 folgende Ziffern auf: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, persönliche Ausgaben 11,813.000 S, sachliche Ausgaben 21,648.000 S.

Für die Dienststellen im Ausland sind an persönlichen Ausgaben 77,325.000 S vorgesehen, an sachlichen Ausgaben 42,024.000 S.

Die im Voranschlag 1960 ausgewiesenen Ausgaben bedeuten für das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten nur die Sicherstellung notwendiger Bedürfnisse.

Das Budget 1960 wurde vom Bundesministerium unter dem Blickpunkt zweier Komponenten erstellt, und zwar:

a) keine Erhöhung der Ausgaben durch die Errichtung eines Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten,

b) Konzentration aller Kräfte unter Berücksichtigung der militärischen Neutralität Österreichs einerseits und der politischen und wirtschaftlichen Lage Österreichs anderseits.

Der Voranschlag für 1960, Kapitel 8, ist im Vergleich zum Jahre 1959 ein bescheidener Schritt vorwärts, aber in der Zielsetzung der österreichischen Außenpolitik nur das Minimum zur Erreichung der notwendigen außenpolitischen Aktivität.

Die Ansätze dieses Kapitels wurden in den Ausschüßberatungen eingehend behandelt, und eine Entschließung der Abgeordneten Dipl.-Ing. Strobl, Dr. Migsch und Dr. Gredler einstimmig beschlossen.

Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird ersucht, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und der UdSSR zu einem Abschluß zu bringen.

Außerdem wolle der Bundesminister dem Nationalrat einen genauen Bericht über den derzeitigen Stand der Vermögensverhandlungen unterbreiten.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle dem Kapitel 8: Äußeres, des Bundesvoranschlages 1960 die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und die dem Ausschüßbericht beige druckte Entschließung annehmen.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Debatte über die Gruppe III.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Tončić. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Tončić: Hohes Haus! Seit dem stürmischen Erfolgjahr österreichischer Außenpolitik Anfang 1955 bis Anfang 1956, das uns den Staatsvertrag, das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität, die Aufnahme in die Vereinten Nationen und den Beitritt zum Europarat gebracht hat, war es unser ständiges Bestreben, unsere Neutralität und unsere Position in der Staatengemeinschaft durch die Regelung noch ausstehender Fragen zu festigen. Bei diesen unseren Bemühungen ist es Österreich sehr zustatten gekommen, daß zum Unterschied von wesentlichen Meinungsverschiedenheiten in der Innenpolitik dennoch in der Außenpolitik Einigkeit herrschte.

Eine Zwei-Parteien-Außenpolitik wird von wenigen Staaten der Welt betrieben. Das geschieht meist nur in außerordentlichen Zeiten, in Kriegszeiten; in Friedenszeiten haben nur wenige Staaten diesen Vorteil. Es ist daher zu erhoffen, daß auch in Zukunft die Zwei-Parteien-Außenpolitik erhalten bleibt und daß alle aufkommenden Meinungsverschiedenheiten und Divergenzen im Lichte dieser großen Vorteile für den Staat und für die Bevölkerung aus der Welt geschafft werden.

Vor allem auf der Basis dieser gemeinsamen Bemühungen ist es gelungen, eine Reihe von Problemen zu lösen oder sie zumindest wesentlich in Richtung auf eine Lösung voranzutreiben. Andere Probleme wieder konnten noch nicht gelöst werden.

Zu der ersten Gruppe der Probleme, zu den gelösten:

Der Staatsvertrag hat uns in einigen Punkten Verpflichtungen auferlegt. Ich erwähne beispielsweise die Verpflichtungen aus Artikel 24 und Artikel 26 des Staatsvertrages. Wir haben diese Verpflichtungen erfüllt und damit ein Zeichen nicht nur unserer Vertragstreue, sondern insbesondere hinsichtlich des Artikels 26 auch ein Zeichen unseres guten Willens gegeben.

Wir haben auch hinsichtlich des schwierigen Artikels 7 des Staatsvertrages, der die Minderheiten in Österreich behandelt, wesentliche Fortschritte erzielt. Im April dieses Jahres ist ein Bundesgesetz über die Regelung der Schulverhältnisse in Kärnten vom Parlament beschlossen worden, und zwar international gesehen gerade zum richtigen Zeitpunkt, bevor nämlich eine andere uns interessierende Frage, das Problem Südtirol, auf internationaler Ebene aufgerollt wurde. Die damalige Regelung des Schulwesens in Kärnten

hat auf jugoslawischer Seite eine gewisse Kritik, manchmal sogar eine heftige Kritik hervorgerufen. Sehr zu Unrecht, denn man muß das Empfinden haben, daß dieses Gesetz sowie die noch ausstehende gesetzliche Regelung alle Probleme, die etwa zwischen diesen beiden Staaten bestehen, nun endgültig aus der Welt schaffen. Es ist ein Bundesgesetz über die Einführung der gemischten Verwaltungssprache in gewissen Bereichen in Kärnten in Vorbereitung, und es wäre zu wünschen, daß dieses Bundesgesetz, nicht unbedingt gerade das, das ausgearbeitet wurde, sondern etwa ein ähnliches, in Kürze dem Parlament vorgelegt wird, um damit einen Wunsch des Parlamentes, der damals in einer Resolution offenbart wurde, zu erfüllen.

Die Beziehungen zu Jugoslawien erscheinen gerade für Österreich, aber auch vom allgemeinen Interesse aus von besonderer Wichtigkeit, und die Behebung aller Probleme macht den Weg frei, um zu einer Lösung weiterer Fragen zu kommen. Es ist doch gerade im kulturellen Bereich trotz einer wesentlichen Verschiedenheit der beiden Regierungsformen von großer Bedeutung, daß es gelingen möge, einen in jeder Hinsicht westlichen Staat in einen gewissen kulturellen Kontakt mit einem slawischen Staat in Europa zu bringen. Die Ausschaltung der Slawen aus der werdenden europäischen Gemeinschaft ist von allen Beteiligten, auf welcher weltanschaulichen Basis immer sie stehen, als großer Nachteil empfunden worden. Vielleicht bietet sich hier eine Möglichkeit, langsam durch praktische Maßnahmen die Schwierigkeiten zu überwinden.

Wir haben weiterhin im vergangenen Jahr ein Versprechen, nämlich den Beitritt Österreichs zur Belgrader Donaukonvention, erfüllt. Natürlich hat unser Beitritt zur Belgrader Donaukonvention nur dann einen richtigen Sinn, wenn damit eine beginnende Zusammenarbeit zwischen Ost und West in diesem speziellen Bereich eingeleitet wird. Die Aktion Österreichs, als bloße Einzelaktion betrachtet, verliert ihren weltpolitischen Sinn, wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung voranzutreiben.

Noch etwas dazu: Die Freiheit der Schifffahrt allein genügt noch nicht, um den Sinn einer Donauregelung zu erfüllen. Es muß aus der Freiheit der Schifffahrt eine Freiheit des Handels in diesen Gebieten entstehen. Es ist also hier von uns eine Initiative ergriffen worden, die größtes Interesse verdient und die vielleicht den Ansatzpunkt für eine neue, größere Entwicklung darstellt.

Der wichtigste Erfolg österreichischer Außenpolitik, der bereits im vergangenen Jahr

in den Grundzügen vorgezeichnet war, ist die Internationalisierung des Problems Südtirol. Dieses Hohe Haus hat durch Jahre hindurch den Umstand kritisiert und beklagt, daß es nicht gelungen ist, durch bilaterale Verhandlungen den Streitfall Südtirol aus der Welt zu schaffen. Ich glaube auch meiner persönlichen Meinung Ausdruck verleihen zu dürfen, wenn ich sage, daß ein Fortführen ergebnisloser oder wenigstens nur mit sehr geringen Ergebnissen ausgestatteter bilateraler Verhandlungen zwischen Österreich und Italien über Südtirol nicht sehr zweckentsprechend erscheint. Im Gegenteil würde ein Hinauszögern der Lösung dieser Frage durch fruchtlose bilaterale Verhandlungen dazu führen können, daß die großen Chancen, dieses Problem im internationalen Bereich zu lösen, verlorengehen würden.

Dieses Jahr hat zwei Wege der Lösung des Problems Südtirol auf internationaler Ebene gekennzeichnet: einmal den Weg, den die Konsultativversammlung des Europarates in einer Empfehlung vorgeschlagen und dem nachher der Ministerausschuß des Europarates zugestimmt hat, nämlich den Weg zum Internationalen Gerichtshof, zweitens, durch die Rede des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in New York eingeleitet, die Befassung der Vereinten Nationen mit diesem Problem.

Die Befassung des Internationalen Gerichtshofes mit einem Streitfall dieser Art hat gewisse Momente, die betont werden sollen. Zunächst einmal: Welche Erfahrungen hat man in der internationalen Staatenwelt mit den Urteilen des Internationalen Gerichtshofes? Ein Studium der Urteile des Internationalen Gerichtshofes ergibt, daß diese Urteile immer präzise sind, das heißt, die Annahme, ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes könnte das Problem im Kern aufrechterhalten und nur ein Urteil vager Art sein, trifft nicht zu. Die Urteile des Internationalen Gerichtshofes sind stets so, daß damit ein Problem als gelöst erscheint. Zweitens: Die Urteilsfindung dauert wie bei jedem Gericht natürlich eine gewisse Zeit, aber die Urteilsfindung dauert zweifellos nicht länger als die politischen Verhandlungen zur Lösung eines derartigen Problems. Und drittens: Es gibt keinen einzigen Fall, in dem ein westlicher Staat es gewagt hätte, das Urteil des Internationalen Gerichtshofes nicht zu erfüllen. Ich glaube, diese Umstände müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir das Problem studieren.

Natürlich hat auch die Befassung der Vereinten Nationen wenigstens zwei sehr große Vorteile: Zunächst einmal bietet eine Diskussion in der Generalversammlung der Ver-

einten Nationen die Möglichkeit, das Problem Südtirol weltweit bekanntzumachen. Kein anderes Forum ist sosehr geeignet, eine Problematik durch geeignete Publizistik, vor allem durch die Presse, bis in die entferntesten Gebiete der Welt zu tragen, als eine Diskussion bei den Vereinten Nationen. Und es liegt im österreichischen Interesse, dieses Problem durch Aufklärung der ganzen Welt nahezu bringen. Der zweite Vorteil liegt aber darin, daß seit der Resolution „Uniting for peace“ die moralische Autorität der politischen Meinung der Generalversammlung unbestreitbar ist. Es war von allem Anfang an nicht klar, ob die Generalversammlung die Autorität des Sicherheitsrates in irgendeiner Form würde ersetzen können. Dennoch hat sich gezeigt, daß die Generalversammlung, die ja nur in der Lage ist, mit Zweidrittelmehrheit Empfehlungen zu erteilen, auf der Welt zweifellos eine große Position errungen hat.

Das Echo, das unsere Initiative bei den Vereinten Nationen hervorrief, war besser, als wir ursprünglich angenommen haben. Man muß allerdings auch betonen, daß ja auch der Internationale Gerichtshof ein Organ der Vereinten Nationen ist. Auch er hat Vertreter außereuropäischer Länder — derzeit sogar mehr Vertreter außereuropäischer als europäischer Länder —, und somit ist die Lösung des Konfliktes durch diese Form der Internationalisierung auf jeden Fall bereits eine Befassung von Kräften, die außerhalb des Rahmens Europas liegen. Darüber war man sich auch im Europarat völlig im klaren, als die Empfehlung ausgearbeitet wurde, an den Internationalen Gerichtshof zu gehen. Es hat ja überhaupt in der derzeitigen Welt keinen Sinn mehr, zu versuchen, Probleme dieses Ausmaßes, soweit sie eben nicht gelöst werden können, durch Verständigung der beiden Partner in einem engeren regionalen Rahmen zu bereinigen. Dies führt automatisch zu einer globalen Befassung mit der Lösung des Problems. Aber eine Streitbeilegung durch eine Rechtsinstanz vermindert die politischen Imponderabilien infolge einer möglichen Einbeziehung in den Ost-West-Konflikt wesentlich. Und zweitens: Eine Regierung kann vor ihrem Parlament das Urteil eines Internationalen Gerichtes unvergleichlich leichter vertreten als das Ergebnis politischer Verhandlungen.

Wie immer nun die Entwicklung weitergehen wird, auf jeden Fall können die Südtiroler die Gewißheit haben, daß Österreich alles nur Erdenkliche tut, was in seiner Kraft steht, und daß seine Bemühungen noch mehr intensiviert werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben unsere Position in den letzten drei Jahren

in den europäischen Integrationsorganen, vor allem im Europarat, durch den Beitritt zu einer Reihe von europäischen multilateralen Abmachungen sehr gefestigt. Infolge seiner verspäteten Beitrittsmöglichkeit war Österreich irgendwie im Verzug, aber dieser Verzug wurde in der Zwischenzeit aufgeholt, sodaß hier unsere internationale Stellung bedeutend gefestigt werden konnte. Zu den größten Erfolgen österreichischer Außenpolitik in den letzten Jahren gehört aber vielleicht unsere Position bei den Vereinten Nationen. Wir haben bei den Vereinten Nationen eine bestimmte, wenn ich so sagen kann, Richtschnur unseres Handels gehabt. Es ist schwierig, für ein solches Forum eine solche Richtschnur auszuarbeiten, denn die kleinen Staaten schwanken bei diesem Weltforum immer zwischen zwei Extremen: entweder übertriebene Agilität, fast Wichtigtuerei, wie wir es bei einer Reihe kleiner außereuropäischer Staaten feststellen können, oder Bedeutungslosigkeit. Ein kleinerer Staat, und zwar besonders in solch schwierigen Verhältnissen wie denen, in denen sich Österreich befindet, benötigt daher viel Geschick, um solche Erfolge zu erzielen, wie wir sie dort erreichen konnten.

Eine der Richtlinien, die Österreich bei den Vereinten Nationen befolgt hat, war, daß wir es uns immer als Aufgabe gesetzt haben, den Geist der universellen Deklaration der Menschenrechte zu erfüllen. Das war das Motiv unseres Handelns im Falle Ungarn schon im Jahr 1956, aber auch jetzt, als dieses Problem wieder aufgerollt worden ist. Das war aber auch das Motiv unseres Handelns im Falle Tibet. Es war keinesfalls von Anfang an klar, daß die Angelegenheit Tibet vor die Vereinten Nationen kommen könne, und es ist sehr zu begrüßen, daß Österreich aus den genannten Motiven über formale Einwendungen hinweg dafür eingetreten ist, daß dieser eklatante Bruch der Menschenrechte, der sich in Tibet vollzogen hat, in dem internationalen Forum debattiert wird. Aber neben dieser Aufrechterhaltung der Grundsätze der universellen Deklaration der Menschenrechte war dennoch immer wieder als zweite Komponente unseres Handelns zu bemerken, daß es von europäischer Solidarität getragen worden ist. Zum Beispiel: Dort, wo gewisse Ansprüche keine Rechtsbasis gefunden haben, hat sich Österreich zur europäischen Solidarität bekannt. Ich erwähne beispielsweise den jetzt etwas ad acta gelegten Streitfall über West-Neuguinea. Ich erwähne aber auch unsere Haltung in bezug auf die freie Schifffahrt durch den Suez-Kanal, denn die Einschränkungen dieser Schifffahrt zum Nachteil Israels lassen sich in keiner Form, auch nicht mit den von der anderen Seite vorgebrachten

Argumenten, verteidigen. Ferner war es ein Zeichen großer internationaler Verantwortung, daß der Beitrag Österreichs zum Hilfsprogramm der Vereinten Nationen erhöht worden ist, einerseits durch Mehrbeiträge für den Sonderfonds und dann durch Mehrbeiträge für die Technical Assistance.

Es ist daher durchaus logisch, daß ein solches konsequentes Verhalten belohnt worden ist, einmal dadurch, daß die Internationale Atomenergiebehörde nach Wien gekommen ist, und es ist möglich, daß, wenn es gelingen sollte, eine internationale Kontrolle der Atomtests durchzuführen, auch diese Behörde nach Wien kommen wird. Es scheint so gut wie sicher zu sein, daß die Konferenz zur Reform des internationalen Status der Diplomaten in ein oder zwei Jahren in Wien stattfinden wird. Der Erfolg unserer Politik bei den Vereinten Nationen hat auch dazu geführt, daß unser Vertreter, Botschafter Matsch, zuerst zum Berichterstatter und dann zum Vorsitzenden der Politischen Kommission gewählt worden ist.

Es wäre zu überlegen, ob nicht auch von österreichischer Seite die Initiative ergriffen werden könnte, daß eine andere bedeutende Institution, die wahrscheinlich im Rahmen der Vereinten Nationen gebildet werden wird, auch ihren Sitz nach Wien verlegt, und zwar ist das die voraussichtlich zu erwartende Institution der Vereinten Nationen zur Koordinierung der wissenschaftlichen Erforschung des Weltraumes. Sie werden sich vielleicht erinnern können, meine Damen und Herren, daß bei der Abstimmung über die Bildung der UN-Kommission für diese Fragen Österreich sich zwar mit der wissenschaftlichen Erforschung des Weltraumes und ihren Prinzipien einverstanden erklärt hat, aber gewisse Reserven erklärt hat hinsichtlich der Zusammensetzung dieser Kommission, weil es nicht sinnvoll erschien, daß nicht eine allseitig befriedigende Lösung der Frage der Zusammensetzung erzielt werden konnte. Das bietet nun den Weg dazu, daß Österreich hier eine vermittelnde Aktion einnehmen würde.

Ich kann mich erinnern, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß vor vielen Jahren schon — es war also lange vor dem Jahre 1955 — hier im österreichischen Parlament bereits die Frage der Lösung des damaligen österreichischen Problems durch die Neutralisierung unseres Landes besprochen worden ist. Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, daß es der Abgeordnete Dr. Maleta gewesen ist, der als erster hier im Haus vor vielen Jahren den Vorschlag gemacht hat, das österreichische Problem durch die Neutralisierung des Landes zu lösen. Es hat also das

österreichische Parlament gewisse Dinge, die sich dann später tatsächlich ereignet haben, in seinen Diskussionen und Erwägungen vorweggenommen. Es wurde auch hier im österreichischen Parlament der Fall behandelt — hier von dieser Tribüne aus, aber dann auch im Rahmen des Außenpolitischen Ausschusses des Parlaments —, daß die Problematik der Zugehörigkeit zu Staatengemeinschaften und der Neutralität behandelt und gelöst gehört.

Zu diesem Problembereich gehört auch die Frage der Vereinbarkeit unserer Neutralität mit unserer Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen überhaupt. Es ist sicherlich vorteilhaft, wenn man im Hohen Haus den Versuch macht, noch zu einer Zeit einen Beitrag zur Lösung dieses Problems zu leisten, zu der das Problem noch nicht akut geworden ist. Es hätte beispielsweise akut werden können im Herbst des Jahres 1956 während der Ungarnkrise. Es wurde Gott sei Dank nicht akut. Wir wissen nicht, wie die zukünftige Entwicklung verlaufen wird, und ich erlaube mir daher, in wenigen Sätzen dem Hohen Hause meine Auffassung vorzutragen über die Vereinbarkeit unserer Neutralität mit unserer Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. (*Abg. Mark: Das ist Ihre persönliche Auffassung!*) Das ist meine persönliche Auffassung.

Die Zustimmung der Mächte des Sicherheitsrates zur Aufnahme des neutralen Österreich in die Vereinten Nationen bedeutet, daß der Sicherheitsrat die Mitgliedschaft zu den Vereinten Nationen und die Neutralität für vereinbar hält. Da das Hauptziel der Vereinten Nationen gemäß Artikel 1 der Satzung der Vereinten Nationen die Sicherung des Weltfriedens ist, so kann das Motiv für die Zustimmung nur darin liegen, daß der Sicherheitsrat die Neutralität Österreichs als im Interesse des Weltfriedens gelegen erkannt hat. Daraus aber folgt: Von Österreich etwas zu verlangen, was im Widerspruch zu seinen Verpflichtungen aus der Neutralität stünde, wäre im Widerspruch zum Postulat der Erhaltung des Weltfriedens gemäß Artikel 1 der Satzung der Vereinten Nationen. Daher ist der Sicherheitsrat durchaus in Übereinstimmung mit der Satzung, wenn er Österreich von der Pflicht zur Teilnahme an nichtmilitärischen und militärischen Sanktionen im gegebenen Fall exemtieren würde. Eine solche Pflicht gibt es in der Satzung der Vereinten Nationen zum Unterschied von der Satzung des alten Völkerbundes ja ohnehin nicht ipso facto. Nichtmilitärische Sanktionen sind gemäß Artikel 41 der Satzung der Vereinten Nationen nur für jene Staaten obligatorisch, die der Sicherheitsrat dazu heranzieht. Zur Teilnahme an militärischen Sanktionen muß der Sicherheits-

rat laut Artikel 43 Abs. 3 der Satzung einen Vorschlag zum Abschluß eines Sonderabkommens mit dem betreffenden Staat machen. Zwar ist der Staat zum Abschluß eines solchen Abkommens verpflichtet, aber über den Inhalt eines solchen Abkommens muß Übereinstimmung bestehen. Vor Abschluß eines solchen Sonderabkommens besteht keine Teilnahmepflicht. Der Sicherheitsrat ist keineswegs verpflichtet, mit jedem Staat ein Sonderabkommen zu schließen. Daher hat der Sicherheitsrat Österreich mit seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen implicite von neutralitätswidrigen Verpflichtungen eximiert, ein Umstand, auf den sich Österreich stets berufen könnte. Erst eine Verletzung der Neutralitätspflicht durch Österreich selbst würde die Situation ändern. Eine Verletzung der österreichischen Neutralität von außen aber wäre ein Bruch des Weltfriedens im Sinne des Artikels 1 der Satzung und müßte ein satzungsgemäßes Einschreiten des Sicherheitsrates auslösen.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorher die positiven Seiten unserer außenpolitischen Tätigkeit in der letzten Zeit betont, aber es gibt auch gewisse negative Seiten. Zunächst einmal — und das haben wir schon bei der Debatte des Kapitels Äußeres im Finanz- und Budgetausschuß betont — ist es leider nicht gelungen, den Gesamtbereich des Artikels 27 des Staatsvertrages einer Lösung zuzuführen. Die Tschechoslowakei und Ungarn weigern sich beharrlich, das österreichische Vermögen zurückzugeben. Im Falle Ungarns ist die Situation besonders seltsam. Unter dem eher albernem Motiv, es gebe in Österreich verschiedene Vereine und Einrichtungen, die eine ungarnefeindliche Tätigkeit oder Hetze betreiben, sucht sich Ungarn der Verpflichtung, diesen Fall mit Österreich zu klären — nämlich die Rückgabe des österreichischen Vermögens —, zu entziehen.

Es geht auch aus der letzten Rede des ungarischen Parteisekretärs Kádár klar hervor, daß Ungarn den Wunsch hat, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Wir wissen nicht, ob es diese Verpflichtungen nicht erfüllen will oder ob es ihm seine Wirtschaft nicht gestattet, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Jedenfalls ist es für Österreich nach wie vor als entscheidend für eine Besserung der Beziehungen zwischen Österreich und den beiden genannten Staaten zu betrachten, daß die Vermögensfrage endgültig gelöst wird. Es hat gar keinen Sinn, daß tschechoslowakische oder ungarische Staatsmänner ständig für eine Besserung der Beziehungen zwischen Österreich und diesen Staaten appellieren, wenn sie selbst nicht die Motive aus der

Welt schaffen, die eine Lösung dieser Probleme verhindern. Und es wäre, sachlich gesehen, gar nicht so kompliziert, diese Fragen aus der Welt zu schaffen.

Hinsichtlich des Vermögens von Österreichern in Jugoslawien muß ich, obwohl es vielleicht formalistisch genommen nicht unbedingt hieher gehört, dennoch betonen, daß es den Jugoslawien-Geschädigten — wenn ich so sagen kann — in Österreich nicht länger zumutbar ist, daß der österreichische Staat nichts tut, um den finanziellen Ansprüchen dieser Bevölkerungsgruppe entgegenzukommen. Das Argument, daß damit die Verhandlungen mit Jugoslawien über diesen Punkt negativ beeinflusst würden, halte ich in diesem Zustand der Entwicklung für keineswegs mehr gegeben. Aber ein Staat muß seine Verpflichtungen — und es sind Verpflichtungen des österreichischen Staates aus Artikel 27 Abs. 2 des Staatsvertrages — gegenüber seinen Staatsbürgern nicht nur erfüllen, sondern er muß sie auch sinngemäß rechtzeitig erfüllen. Eine rechtzeitige Erfüllung gehört wesentlich zu dem Begriff der Erfüllung von rechtlichen Verpflichtungen.

Hinsichtlich des Wiener Memorandums, dessen Nichterfüllung beim Kapitel Äußeres im Finanz- und Budgetausschuß kritisiert worden ist, glaube ich doch feststellen zu können, daß Aussichten bestehen, daß diese Frage in nächster Zukunft geregelt wird, ebenso wie es den Anschein hat, als ob die Lösung der konkordatären Frage heute leichter möglich ist, als es in den letzten Jahren der Fall war.

Hingegen ist das Bild durchaus trübe, was die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Ansprüche der Umsiedler und der Heimatvertriebenen betrifft, die auf Grund der Abmachungen mit der Bundesrepublik zu führen gewesen sind. Anlässlich des österreichisch-deutschen Vermögensvertrages hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, mit Österreich Verhandlungen über diesen Punkt aufzunehmen. Natürlich kann man darunter nicht verstehen, daß diese Verpflichtung bereits dann erfüllt ist, wenn man die Verhandlungen aufgenommen hat, sondern man nimmt ja Verhandlungen nur dann auf, wenn man auch den Willen hat, diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu führen. Und wir haben den Eindruck, daß dieser Wille auf deutscher Seite nicht vorhanden ist, und wir fragen uns, ob es nicht eigentlich besser gewesen wäre, wenn man diesen Komplex damals geregelt hätte, als im Zuge des österreichisch-deutschen Vermögensvertrages eben viele andere Probleme bereits aus der Welt

geschafft worden sind. Es wäre daher wünschenswert, daß unsere Regierung eine neuerliche Initiative ergreift, um diese sehr mißliche Situation endgültig zu bereinigen.

Aber, meine Damen und Herren, wie alle Staaten ist auch Österreich in eine viel größere Problematik hineingestellt, als diese Detailfragen unserer Außenpolitik betreffen. Wir sind mit folgenschweren Weltproblemen konfrontiert.

Zunächst einmal, alles überschattend, die große Frage der Abrüstung. Wieso ist es eigentlich zum erstenmal in der Weltgeschichte möglich, daß die Frage der Abrüstung mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg international behandelt werden kann? Noch niemals in der Weltgeschichte war die Diskussion des Abrüstungsproblems mehr als eine bloße Phase in der Auseinandersetzung um rüstungsmäßige Vorteile. Jetzt zum erstenmal ist die Situation etwas anders. Warum? Es hat den Anschein, daß die Weltmächte zu der Erkenntnis gekommen sind, daß man die großen Auseinandersetzungen auf der Welt heute besser mit anderen Methoden lösen kann als mit militärischen Methoden im Zuge einer großen militärischen Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten. Dieses vielleicht wenig ideale Motiv scheint aber dennoch die Begleiterscheinung nach sich zu ziehen, daß ein Abrüstungsgespräch, wenigstens theoretisch gesehen, möglich erscheint. Es besteht aber auch die weltgeschichtliche Erfahrung, daß große Probleme in der Weltgeschichte niemals gelöst, sondern immer nur durch andere Probleme abgelöst werden.

Dennoch: Realistisch gesehen bietet sich heute noch das Problem so dar: Es gibt keine Abrüstung ohne Kontrolle; das ist eine Binsenwahrheit. Aber wenn man ehrlich ist, muß man hinzufügen, daß es keine Kontrolle ohne weltweite Kontrolle gibt. Eine weltweite Kontrolle bedeutet aber die Kontrolle auch des gesamten riesigen Bereiches, der heute der Volksrepublik China untersteht. Das ist ein Kernproblem der Weltsituation. Eine Kontrolle Chinas würde aber eine Anerkennung der Regierung in Peking bedeuten, eine Anerkennung vor allem von seiten der Vereinigten Staaten von Amerika. Das aber würde wiederum eine Reihe von Folgen nach sich ziehen: Zunächst erstens das Ausscheiden der Insel Formosa aus der Verteidigung des westlichen Pazifik und damit eine völlig geänderte militärische Situation; zweitens das Hinneigen der sogenannten Auslandschinesen zu Peking; drittens ein Vertrauensschwund in die amerikanischen Hilfeleistungsversprechungen; viertens die Aufnahme in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und

damit die Sanktionierung einer Reihe von Angriffen, beispielsweise in Korea, beispielsweise in Tibet, und andere Probleme. Nach den Ereignissen in Indien erscheint eine derartige Wende der Weltpolitik geradezu unmöglich, sodaß man heute vor der Situation steht, daß eine Abrüstung nur in folgender Alternative möglich ist: Entweder Abrüstung ohne Kontrolle — das erscheint illusorisch — oder Abrüstung mit Kontrolle, was aber eine völlig veränderte politische und militärische Situation im asiatischen pazifischen Raum nach sich ziehen würde. Dazu scheinen die Vereinigten Staaten von Amerika in keiner Hinsicht gewillt zu sein. Die Sowjetunion ist sich wohl heute schon dieses Engpasses in der Weltpolitik vollkommen bewußt, und man versucht auf beiden Seiten, auf amerikanischer sowie auf sowjetischer Seite, aus dieser Situation herauszukommen. Natürlich bedeutet das das Aufrollen der Problematik der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China. Das heißt aber wiederum, daß der hohe Rüstungsstand, den wir derzeit auf der Welt haben, wohl beibehalten werden wird.

Die Unmöglichkeit, die Probleme der Weltmächte mittels eines Weltkrieges aus der Welt zu schaffen, bedeutet seltsamerweise eine erhöhte Gefahr konventioneller Konflikte, lokaler Konflikte, vor allem aber eine erhöhte Gefahr der Austragung der Konflikte mit anderen Methoden. So wie es zwischen Leben und Tod ein Mittelding gibt, nämlich das dauernde Siechtum, so gibt es zwischen Frieden und Untergang die Methoden und den Zustand des Kalten Krieges auf dem Gebiete der Wirtschaft, auf dem Gebiet sozialer Auseinandersetzungen, den propagandistischen Krieg, den Krieg mittels der Anzettlung von Revolutionen in anderen Ländern, vor allem aber die Intensivierung lokaler konventionell bewaffneter Konflikte.

Im Lichte dieser Situation, meine Damen und Herren, scheint es mir daher bedenklich, wenn wir in unserer Politik eine steigende Tendenz zur, wenn ich so sagen kann, unbewaffneten Neutralität haben. Ich glaube, man macht es sich zu einfach, wenn man die Frage der Erfüllung unserer Verpflichtung zur Verteidigung unseres Landes mit aller Gewalt konfrontiert mit innerpolitischen, wirtschaftlichen Problemen und ähnlichen Dingen. Die Welt hat ein Anrecht auf die Erfüllung unserer Verpflichtung, unsere Neutralität und unseren Staat mit allen Mitteln zu verteidigen. Vom außenpolitischen Standpunkt her ist es daher bedenklich, wenn wir uns nicht entschließen können, aus dieser Verpflichtung des Neutralitätsgesetzes die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Ein zweiter Bereich der Weltpolitik, in den wir hineingestellt sind — das kann man mit Vergnügen und mit Freude sagen —, ist die steigende Bedeutung Europas auf der ganzen Welt. Diese Situation war nach dem zweiten Weltkrieg keineswegs klar. Man konnte nicht annehmen, daß Europa wieder einen Aufstieg erleben wird. Aber es ist nun doch so, daß wir heute mit Überzeugung sagen können, daß sich die Position Europas wesentlich gebessert hat.

Dazu gehört ein völlig geändertes Verhältnis zwischen Europa und Amerika. Dieses geänderte Verhältnis birgt auch Gefahren in sich, auf die ich gleich zu sprechen kommen werde. Aber das Entscheidende an diesem geänderten Verhältnis zwischen Europa und Amerika ist der Umstand, daß sich die militärische Lage auf der Welt ganz anders gestaltet als früher. Damit sind verschiedene Konsequenzen zu ziehen hinsichtlich der amerikanischen Position in Europa.

Aber auch die wirtschaftliche Lage hat sich vollkommen geändert. Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen einen erhöhten Teil ihres Sozialproduktes für die unterentwickelten Gebiete der Welt verwenden, denn in der Wirtschaft, aber auch in der Psyche der Menschen dieser Gebiete wird sich die Wertsituation entscheiden. Die Amerikaner müssen daher ihr Sozialprodukt anders verteilen, als es bisher der Fall gewesen ist. Das heißt aber wieder, daß Europa für seine eigene Verteidigung mehr wird ausgeben müssen als vorher.

Europa ist fernerhin nicht mehr der Schuldnerkontinent, der er durch den zweiten Weltkrieg geworden ist. Der Import der OEEC aus den USA im vergangenen Jahr machte 4,073 Milliarden Dollar aus, aber der Import der Vereinigten Staaten von Amerika aus der OEEC erreichte 4,222 Milliarden Dollar; der Warenverkehr schließt also mit einem Defizit von 150 Millionen Dollar für die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Gold- und Devisenvorräte Europas sind ungeheuer gestiegen, und der Wert des Dollars hat sich etwas verdünnt. Es ist daher der „wirtschaftliche Proporz“, wenn ich so sagen kann, das Verhältnis zwischen diesen beiden Kontinenten, zwischen dem Bereich der OEEC einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits, völlig anders geworden und damit natürlich auch die seelische Einstellung untereinander.

Wir Europäer müssen uns heute daran gewöhnen, mehr Verantwortung zu tragen. Wir müssen versuchen, uns aus der Mentalität herauszuarbeiten, daß es immer Amerika ist, das unsere letzten Probleme lösen wird.

Aber, meine Damen und Herren, wie immer die Dinge gehen werden, niemals dürfen wir Europäer vergessen, daß wir den Vereinigten Staaten von Amerika zu tiefstem Dank verpflichtet sind. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ohne die Vereinigten Staaten wäre dieser Kontinent und damit auch Österreich niemals aus den Schwierigkeiten der zweiten Nachkriegszeit herausgekommen. Diese Grundtatsache berechtigt auch zu der Forderung, daß kein europäischer Staat jemals Handlungen setzen soll, die das Vertrauen zwischen Europa und Amerika in irgendeiner Form einschränken können. Und wenn es in letzter Zeit da und dort zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerika und Europa gekommen ist, so ist es daher höchste Zeit, daß diese Mißverständnisse in dem geschilderten Geist aus dem Weg geräumt werden.

Aber es hat sich auch das Profil der großen europäischen Mächte geändert. Betrachten wir die Stellung Großbritanniens im Jahre 1956 etwa, nach dem Suez-Konflikt: zweifellos international geschwächt! Betrachten wir sie heute — wir sehen, daß die Schwächung überwunden ist; ja seit 1945 ist die Position Großbritanniens auf der Welt nie so gefestigt gewesen wie derzeit, wobei natürlich auch der Umstand wesentlich ist, daß die Stabilität der Regierung Macmillan niemals so stark gewesen ist als jetzt.

Aber auch die Position Frankreichs hat sich geändert. Vor allem aber hat sich geändert — und das ist das größte Plus der europäischen Entwicklung — das deutsch-französische Verhältnis. Es ist ein unerhörtes Glück für Europa, ich möchte sagen, für die ganze Menschheit, daß im entscheidenden Augenblick zwei Staatsmänner in Deutschland und in Frankreich vom Format eines Adenauer und de Gaulle an der Macht sind und daß diese beiden Staatsmänner heute in der Lage sind, den Wunschtraum eines Briand und eines Stresemann zu erfüllen. Die deutsch-französische Freundschaft entwickelt sich zu einem Fundament für die Zukunft des europäischen Kontinents. Frankreich selbst hat einen Aufstieg genommen, der für alle die, die Frankreich in seiner wahren Seele gekannt haben, kein Wunder ist, aber für alle die unverständlich ist, die sich durch die Schlagworte über die französische Situation in den letzten Jahren irgendwie beirren ließen. Frankreich hat seine wirtschaftlichen Probleme im wesentlichen bereinigt, aber es hat auch eine einmalige Initiative ergriffen, um sein Reich besonders in Afrika umzuformen. Wir wissen nicht, ob dieser Umformungsprozeß in allen Punkten gelingen wird, aber wir wissen, daß er, wenn er gelingen wird, nur auf diesem Weg gelingen kann, und wir

wissen weiterhin, daß es im Interesse Europas ist, daß dieser Prozeß gelingt.

Vor allem scheint sich in der Haltung vieler afrikanischer Politiker zu Europa ein bedeutender Wandel vollzogen zu haben. Wir haben auf einer Konferenz europäischer und afrikanischer Parlamentarier in Cannes im Laufe des September feststellen können, daß namhafte afrikanische Politiker, nicht allein aus dem Bereich der Communauté, sondern auch aus dem Bereich des Belgischen Kongo, aus Ruanda Urundi, aus Nigerien, aus Ghana und aus anderen Gebieten Afrikas, einhellig festgestellt haben, daß die beste Form für die Zukunft Afrikas die Zusammenarbeit mit Europa ist. Zwar bietet sich diesen Völkern die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften, aber das Beste für sie wäre eine auf der Basis der Gleichberechtigung stehende Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Kontinenten.

Ich glaube, daß wir das Vertrauen, das daraus spricht, niemals enttäuschen sollen. Es ist auch zu bemerken, daß die Vorschläge de Gaulles zur Erledigung des Algerien-Problems weltweite Anerkennung gefunden haben, und es läßt sich hoffen, daß auf dieser Basis im Laufe der nächsten Zukunft die algerische Frage irgendwie bereinigt werden wird.

Es ist daher, meine Damen und Herren, meine tiefe Überzeugung, daß es für Österreich ratsam wäre, seine politischen Beziehungen zu Frankreich zu intensivieren. In einer Zeit, wo die ganze Welt von Frankreich Notiz nimmt und die Bedeutung Frankreichs erkannt wird, erscheint es mir illusorisch zu sein, wenn Österreich von dieser Entwicklung keine Notiz nimmt.

Es ist daher höchst erfreulich, daß der Herr Außenminister der französischen Republik Couve de Murville unseren Außenminister Dr. Kreisky eingeladen hat und daß diese Einladung von unserem Außenminister angenommen worden ist. Es wäre zu wünschen, daß sich in baldiger Zukunft diese Einladung auch effektuiert.

Ein weiterer großer Fortschritt in Europa besteht in dem Übergang zur internationalen Integration Europas, also einfach der Zusammenfassung der Einzelstaaten zu einer supranationalen Organisation. Ich meine den Übergang zur EWG. Man kann sich eigentlich vielleicht noch gar nicht so richtig vorstellen, was dies in Wahrheit bedeutet. Es hat noch keinen Kontinent gegeben, es hat noch keine Machtgruppierung auf der Welt gegeben, der das gelungen wäre, was in Europa zustandegebracht worden ist: dieser Übergang

zu einer auf der Basis der Gleichberechtigung stehenden mehr oder minder unverbindlichen Zusammenarbeit zur Schaffung von Organen, die in der Lage sind, den Mitgliedern der Staatengemeinschaft Weisungen, wenigstens Direktiven zu erteilen.

Die EWG hat eine Reihe wesentlicher, ich möchte sagen, revolutionärer Befugnisse. Professor Verdross sagt in seinem letzten Buch an einer Stelle: In der Kommission erhält die Gemeinschaft einen politischen Willen, der vom Willen aller Mitgliedstaaten oder vom Willen einer Mehrheit der Mitglieder verschieden sein kann. Damit ist also der große Schritt getan vom Willen einzelner europäischer Staaten zu einem Gemeinschaftswillen des Kernes des europäischen Kontinentes.

Die EWG verfügt über einen Gerichtshof, der eine einheitliche Auslegung und Anwendung der Vertragsbestimmungen zu sichern hat. Generelle Normen mit unmittelbarer verbindlicher Kraft können erlassen werden, die etwa entgegenstehendes Landesrecht überlagern. Diese individuellen Anordnungen werden in bestimmten Fällen vollstreckbar durch innerstaatliche Organe des Staates, in dem sie durchzuführen sind.

Ferner ist heute schon eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft und des Verkehrs vorgesehen. Eine gemeinsame Handelspolitik hat spätestens nach weiteren sieben Jahren auf dem Gebiet des Handels durchgehend Platz zu greifen, und zwar wird der Rat dann einfach mit qualifizierter Mehrheit beschließen können, eine solche gemeinsame Handelspolitik durchzusetzen.

Es gäbe noch eine ganze Reihe anderer Bestimmungen, die die supranationale Er rungenschaft der EWG festlegen. Man kann aber zusammenfassend folgendes sagen: Nach spätestens acht Jahren wird der Rat der EWG unzweifelhaft ein souveränitätseinschränkendes Organ für seine Mitglieder sein. Die Majorisierung der kleineren Mitglieder der EWG ist bei allen Beschlüssen der EWG mit qualifizierter Mehrheit laut Artikel 148 statutarisch festgelegt. Das ist vom gesamteuropäischen Gesichtspunkt aus ein gewaltiger Fortschritt. Der größte Fortschritt besteht aber darin, daß sich die EWG nach ihrem innersten Willen von einem Organ wirtschaftlicher Einheit zu einem Organ politischer Einheit entwickelt. Es ist das, ich möchte sagen, eine Selbstverständlichkeit. Die wirtschaftliche Einigung ist immer und überall eine Vorstufe der politischen Einigung, wenn diese wirtschaftliche Einigung nicht wiederum zerfallen soll.

Was heißt nun eine Assoziierung an die EWG? Die Assoziierung an die EWG ist statutarisch überhaupt nur für die überseeischen Gebiete der EWG vorgesehen. Dennoch ist sie an sich möglich, es kommt hier auf den Assoziierungsvertrag an. Entweder beinhaltet der Assoziierungsvertrag eine Übernahme und Anerkennung der mit Majorität gefaßten Beschlüsse des Rates der EWG, dann ist es praktisch eine Angliederung an die EWG. Oder es wird die Assoziierung unter Loslösung von Beschlüssen des Rates durchgeführt, dann ist es eigentlich das, was man mit der Assoziierung verfolgen wollte. Das ist der innerste Sinn der Problematik der Verhandlungen zwischen der EWG und der Türkei und Griechenland.

Interessant ist der Umstand, daß das Schema eines gemeinsamen Marktes bereits auch auf anderen Gebieten der Welt sich durchzusetzen beginnt. In Zentralamerika beispielsweise haben die Staaten unter der Ägide der Kommission der Vereinten Nationen für Zentralamerika derzeit Verhandlungen angefangen, um einen mittelamerikanischen gemeinsamen Markt zu schaffen, der eine gemeinsame Industriepolitik zum Ziele hat. Dieser Gedanke ist also in irgendeiner Form faszinierend. Auch hier hat Europa einen neuen Weg beschritten.

Meine Damen und Herren! Wir haben in der letzten Zeit eine Debatte abgeführt über die Probleme, die in Europa entstanden sind zwischen der EWG und der Kleinen Freihandelszone. Die EFTA ist auch nicht neu. Es hat bereits, wiederum in Zentralamerika, eine Institution gegeben, die zum erstenmal eine Freihandelszone darstellt, und zwar seit 1952. Zwei Staaten, Nicaragua und El Salvador, haben eine Freihandelszone geschaffen, die sich zum Erstaunen der Menschheit vorzüglich bewährt hat. Südamerika versucht jetzt, eine Freihandelszone zu schaffen. Eine Reihe von Staaten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru und Uruguay, planen die Errichtung einer Freihandelszone, und dieser Bund der südamerikanischen Staaten hat sicherlich dazu beigetragen, das Freihandelszonenprojekt in den Verhandlungen der GATT als akzeptabel und wünschenswert erscheinen zu lassen. Man hat also auch auf diesem Gebiet bereits bestimmte Erfahrungen.

Die EFTA, die Kleine Freihandelszone, unterscheidet sich von den Organen der EWG dadurch, daß sie auf dem klassischen Grundsatz der Zusammenarbeit ohne Majorisierung aufbaut. Es gibt dort kein Mehrheitssystem. Können solche Konstruktionen für die Zukunft halten? Das ist schwer zu sagen, weil man ja auf der Welt mit Freihandelszonen solchen Formates noch gar keine Erfahrungen hat,

wie man auch keine Erfahrungen hat mit der Zukunft solcher Konstruktionen wie der EWG. Die zukünftige Entwicklung der Kleinen Freihandelszone läßt erwarten, daß sich eventuell noch andere Staaten der Kleinen Freihandelszone anschließen werden und daß sich damit dieses Territorium vergrößern wird.

Ich möchte aber betonen, daß nicht nur beim Zusammenschluß der EWG-Staaten, sondern auch beim Zusammenschluß der Staaten der Kleinen Freihandelszone die europäische Verantwortung, das Verantwortungsgefühl gegenüber Europa, Pate gestanden ist. Aber in beiden Fällen, sowohl bei der EWG als auch bei der Kleinen Freihandelszone, mußte man mit bestehenden Tatsachen rechnen. Eine solche Tatsache ist nun beispielsweise die Existenz des Commonwealth. Die Aufrechterhaltung der Bindungen Großbritanniens zum Commonwealth ist durchaus im europäischen Interesse. Man hat die europäische Bedeutung des Commonwealth auch bei allen Beratungen in den europäischen Organen anerkannt.

Welche Möglichkeiten der Lösung der Problematik zwischen EWG und EFTA bieten sich? Zunächst einmal, und das ist vielleicht die wünschenswerteste Lösung, ein, wenn ich so sagen kann, bilaterales Abkommen zwischen EWG und EFTA. Ein solches Abkommen, das von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktiert ist und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen hat, liegt durchaus im Bereiche der wirtschaftlichen und juristischen Möglichkeiten.

Es ist aber auch möglich, daß das bereits eingesetzte Koordinationsorgan zwischen EWG und EFTA weiter ausgebaut und gestärkt wird. Die EWG hat vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, wenn auch nur beschränkt im Bereich, so doch die Zollsenkungen auf alle Staaten des GATT, also nicht allein auf die Staaten der EFTA, auszudehnen. Bedenkt man, daß die überwiegende Mehrheit der Staaten des GATT westliche Staaten sind, so bedeutet das eine Tendenz, den Problem-bereich EFTA — EWG im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen wirtschaftlichen Kooperation aufzulösen.

Es ist verfrüht, darüber zu sprechen, ob dies möglich ist. Aber wenn es möglich ist, so bietet sich hier die Vision der Zusammenarbeit großer wirtschaftlicher westlicher Gemeinschaften: der Gemeinschaft Amerika, EWG mit den Gebieten Afrikas und der Kleinen Freihandelszone mit dem Commonwealth.

Wir sehen also, daß die sicherlich berechtigten Befürchtungen, die durch EWG und EFTA hinsichtlich eines Zerfalles, wenn man so sagen kann, der wirtschaftlichen

Zusammenarbeit entstanden sind, dennoch in vielen Dingen übertrieben gewesen sind. Wir haben bei vielen Besprechungen, bei vielen Fühlungen in den letzten Monaten, je sachlicher die Diskussion wurde, desto mehr das Empfinden gehabt, daß es hier um Dinge geht, die gelöst werden können, die wirtschaftlich gelöst werden können, wenn der politische Wille zur Lösung vorhanden ist. Und ich glaube doch feststellen zu können, daß dieser politische Wille in Europa überall vorhanden ist, und dort, wo er etwa noch nicht vorhanden sein sollte, der zwingende Wille der anderen so dominierend ist, daß ein Staat dem gar nicht mehr entgehen könnte. Das europäische Verantwortungsbewußtsein ist bereits Realität geworden.

Ich glaube, daß die erregte und nicht immer sachliche Debatte über EWG und EFTA in den letzten Wochen in Österreich unserer internationalen Position durchaus abträglich gewesen ist. Vergleichen Sie die Situation Schweiz und Schweden. Die Schweiz hat eine gleiche oder zumindest sehr ähnliche Problematik wie wir. Sie hat ähnlich entschieden. Aber diese Form der Diskussion hat nicht stattgefunden, und damit sind auch die internationalen Folgen nicht eingetreten. Die Schweizer haben hier psychologisch zweifellos richtiger gehandelt. Und auch dort, wo in der Schweiz besondere Meinungen über das Ausmaß der Problematik bestehen, wie beispielsweise die These von Professor Hagemann an der Universität Basel, ist betont worden, daß zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspflicht ein wesentlicher Unterschied ist. Hagemann hat im zweiten Teil seines Buches ausführlich über die Postulate der Neutralitätspflicht gesprochen.

Wir haben, meine Damen und Herren, bei allen Verhandlungen, die Österreich in den letzten sieben, acht Jahren mit Bezug auf die europäische Integration geführt hat, also vor allem im Europarat, immer den Eindruck gehabt, daß es die beste Politik nicht nur für Österreich und seinen Integrationswillen, sondern auch für das westliche Europa ist, wenn man Österreich nicht, wenn ich so sagen kann, überfordert, das heißt, wenn die besonderen Voraussetzungen der österreichischen Position auch von seiten der europäischen Integrationsorgane bedacht werden.

Das war so bei der Situation bis 1955, und ich erinnere mich eines ausführlichen Gespräches, das die österreichische Delegation im Jahre 1952 oder 1953 mit Spaak hatte, der genau die gleichen Ansichten gehabt hat; Spaak, einer der größten Europäer, den wir kennen. Aber auch die Situation nach 1955

hat die gleiche Erfahrung gezeigt, daß man in praktischen Dingen viel eher der Lösung der Probleme solcher Art, wie beispielsweise bei Österreich im Rahmen der Integration, nahekommt, wenn man die Besonderheiten berücksichtigt.

Man kann eine interessante Debatte abführen, ob eine Politik mehr empirisch oder ob sie mehr pragmatisch-dogmatisch sein soll. Eine Politik ist immer dann am besten, wenn sie empirisch ist. Es ist ein großer Unterschied zwischen Politik und Recht. Politik ist viel eher angewandte Psychologie als die Anwendung von Rechtsgrundsätzen. Daher ist grundsätzlich der empirische Weg vorzuziehen, insbesondere in einer Zeit mit so viel Unsicherheitskoeffizienten wie unsere.

Aber es gibt bestimmte Staaten, die nun durch ihre internationale rechtliche Sonderlage wie im Falle Österreichs an ein bestimmtes Rechtsinstitut gebunden sind, das eben die Berücksichtigung rechtlicher Grundsätze notwendiger macht als in der übrigen Staatenwelt, wo solche Dinge eben nicht vorhanden sind. Daher eine gewisse Korrektur der grundsätzlichen Empirik der Außenpolitik unter Berücksichtigung dogmatisch-pragmatischer Grundsätze.

Der Streit Supranationalität — Neutralität ist eigentlich, zumindest in der Praxis, bereits entschieden worden, als Österreich den Beschluß faßte, nicht der Gemeinschaft für Kohle und Stahl beizutreten, einer Gemeinschaft, die seit Jahren existiert und die auch ein supranationales Organ, die Hohe Behörde, besitzt. Als nun Österreich seine Politik verfolgte und mehrmals erklärte, daß ein solcher Beitritt zur Montanunion nicht möglich sei, hat sich keineswegs die Erregung erhoben wie jetzt; natürlich, weil diese Dinge nicht von solcher Tragweite gewesen sind. Aber, meine Damen und Herren, ich kann wieder auf die Tätigkeit des Parlamentes hinweisen. Ich glaube, es war im Jahre 1956, da hat der Außenpolitische Ausschuß des Parlamentes der Bundesregierung nahegelegt, das Problem der Vereinbarkeit der Neutralität mit der Zugehörigkeit zu internationalen Staatengemeinschaften zu lösen, also Neutralität — UN, Neutralität — regionale Gemeinschaften. Im Zuge der verschiedenen Aufgaben konnte dieser Anregung bisher nicht entsprochen werden. Aber es wäre sehr günstig gewesen, wenn dazu schon eine Erklärung vorhanden gewesen wäre, bevor die Frage unmittelbar akut wird.

Nun hat die Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen im Laufe dieses Jahres zwei Ausschüsse eingesetzt, einen wirtschaftspolitischen Ausschuß und

einen Ausschuß, der sich mit den völkerrechtlichen und rein politischen Fragen zu beschäftigen hat. Diese beiden Ausschüsse behandeln derzeit das geschilderte Problem. Ich möchte daher das Ergebnis dieser Untersuchung nicht vorwegnehmen. Ich möchte nur sagen, daß es sich grundsätzlich um zwei Grundfragen handelt: erstens, ob oder inwieweit sich ein neutralisierter Staat, so wie Österreich und die Schweiz, supranationalen Organen unterwerfen darf, und zweitens, welche Vorsorgen hat ein Staat immerwährender Neutralität bereits im Frieden zu treffen, um die Erfordernisse gemäß Artikel 9 der Haager Landkriegsordnung im Kriege einhalten zu können. Das sind, meine Damen und Herren, die beiden Grundfragen, die eine solche Diskussion zu behandeln hat. Ich glaube daher, daß es für die Lösung des Gesamtproblems und die Position Österreichs am besten ist, wenn die Untersuchung dieser Fragenkomplexe in den Bereich strenger, nüchterner, unpolemischer Sachlichkeit zurückgeführt wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, daß wir in Europa eigentlich das Gefühl haben können, daß sich die Position Europas in der letzten Zeit wesentlich gebessert hat; dies aber auch aus einem anderen Grund. Wir sind seit dem Jahre 1945 gewohnt, immer unter dem Eindruck einer Entwicklung zu stehen, in der der Westen sich zurückzieht und der Osten vorprellt. Meine Damen und Herren! Ist es heute noch richtig, daß wir behaupten können, daß sozusagen überall dort, wo die Sowjetunion tätig ist, der Erfolg auf seiten der Sowjetunion, der Mißerfolg aber auf seiten des Westens steht?

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, einen Passus eines interessanten Dokumentes vorlesen, das aus dem Jahre 1943 stammt, also noch aus der Zeit vor der Teheraner Konferenz. Damals hat ein hochstehender amerikanischer Militärexperte seiner Regierung folgende Ausführungen vorgelegt:

„Rußlands Nachkriegsposition in Europa wird beherrschend sein. Nachdem Deutschland zusammengeschlagen ist, gibt es in Europa keine Macht mehr, die seinen ungeheuren militärischen Kräften entgegentreten könnte. ... Die Konsequenzen liegen auf der Hand. Da Rußland der entscheidende Faktor im Kriege ist, muß es alle Unterstützung erhalten und jede Anstrengung gemacht werden, seine Freundschaft zu erhalten. Da Rußland ferner ohne Frage Europa nach der Niederlage der Achsenmächte beherrschen wird, ist es sogar noch wesentlicher, die freundschaftliche Beziehung mit ihm zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.“

Es waren sich also die Westmächte schon im Jahre 1943 klar darüber, daß die Sowjetunion ganz Europa beherrschen wird. Wir waren uns lange Zeit darüber nicht klar, daß sich die Westmächte schon im Jahre 1943 mit einer solchen Situation abgefunden haben.

Die Amerikaner reagierten daraufhin mit dem Wunsch, in einem allgemeinen Welt-sicherheitssystem die Sowjetunion sozusagen einzudämmen. Der Versuch der Amerikaner scheiterte. Die Engländer versuchten, gewisse Zonen auf der Welt festzulegen — ein klassisches Prinzip der Eindämmung. Später, nach Korea, hat sich dieser Gesichtspunkt als der richtige erwiesen.

Aber wie hat sich das politische Bild seit damals entwickelt? Hat sich die bereits akzeptierte Befürchtung des Westens bewahrheitet, daß ganz Europa und damit die ganze Welt letzten Endes von der Sowjetunion beherrscht werden wird? Die Befürchtung hat sich nicht bewahrheitet, denn wenn wir heute, lange Zeit nach damals, die Lage betrachten, so müssen wir doch feststellen, daß der Vorstoß des Kommunismus auf der Welt auch viele Rückschläge erlitten hat. Erinnern wir uns an den ungeheuren Prestige-verlust, den die Sowjetunion durch die Ereignisse in Ungarn erlitten hat, erinnern wir uns an die geänderte Stellung der bedeutendsten Staaten in der islamischen Welt, beispielsweise der Vereinigten Arabischen Republik. Erinnern wir uns an den gewaltigen Prestigeverlust, den in der freien Welt China durch die Ereignisse in Tibet und an der indischen Nordgrenze erlitten hat. Wenn wir die Dinge weiter ansehen, so müssen wir feststellen: gescheiterte Berlin-Blockade, Stopp in Korea, die vertane Protektion Israels, denn die Sowjetunion war der erste Staat, der Israel anerkannt hat, das Ausbrechen Jugoslawiens und eine eigenwillige und eigenmächtige Politik Polens, die Entthronung der Unfehlbarkeit sowjetischer Politik durch Chruschtschow selbst, die ideologische und machtpolitische Rivalität Chinas, die Auflösung der Bandung-Front, das Hinwenden Irans mehr zu den Vereinigten Staaten von Amerika, vor allem aber die seit dem Jahre 1945 in Europa, insbesondere in Mitteleuropa vertane psychologische Chance; ferner der größte Fehler, vor dem die russischen Staatsmänner seit Jahrhunderten immer gewarnt haben: zum erstenmal in der Geschichte hat ganz Europa gegenüber der Sowjetunion eine einheitliche Position, etwas, was bis einschließlich des zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht der Fall gewesen ist; ferner etwas, was man sich auch früher nie vorstellen konnte, eine einheitliche weltpolitische Position Europas und Amerikas

gegenüber der Sowjetunion! Das strategische Monopol einer einzigen Front hat die Sowjetunion selbst durch ihre Politik in die Position eines Allfrontenkrieges umgewandelt. Und vor allem die gewaltigen Fehler, die zum Schluß gemacht worden sind: in Asien der unlösbare Widerspruch, Führer der kommunistischen Welt zu sein, aber nicht in der Lage zu sein, die eigenwillige Politik Chinas, die oft die Politik der Sowjetunion stört, einzudämmen und zu kontrollieren. Meine Damen und Herren! Kann man das als einen ausschließlichen triumphalen Erfolg einer Welt-politik betrachten?

Nehru, der jetzt manche Fehler seiner Politik einsieht, hat im Sommer 1958 geschrieben: „Trotz seiner scheinbaren Erfolge versagte der Kommunismus, teils wegen seiner Starrheit, aber mehr noch, weil er gewisse wesentliche Notwendigkeiten der menschlichen Natur ignoriert.“

Wenn aber die kommunistische Initiative auf der Welt da und dort immer wieder Erfolge erzielen kann, so ist doch vielmehr eine andere Tatsache daran schuld, eine Tatsache, der ein bedeutender Mann einmal Ausdruck gegeben hat. Er schrieb: „Auf die Feigheit und Furchtsamkeit der Westmächte zählend, schüchtert er“ — nämlich ein russischer Politiker, ein russischer Kaiser — sie ein und schraubt seine Forderungen so hoch wie möglich hinauf.“ Er setzt fort: „Die russische Diplomatie beruht also auf der Feigheit der Staatsmänner des Westens.“ Und der Mann, der das vor ungefähr 80 Jahren geschrieben hat, war Karl Marx.

So bietet sich, meine Damen und Herren, in der heutigen Welt folgende Schau: Wir sehen, daß der große Block der östlichen Hemisphäre eingeteilt ist in zwei Pole sowie seinerzeit die antike Welt in Rom und Byzanz als die geistigen, spirituellen Zentren des Christentums. Hier in der Pseudoreligion der marxistisch-kommunistischen Welt haben wir die beiden Zentren Moskau und Peking. Und so wie es damals die Häresien gegeben hat, die abgefallen sind, so sehen wir heute in der kommunistischen Welt die jugoslawische Häresie. Zweifellos hat dieses gewaltige kommunistische Imperium irgendwie eine Entwicklung erreicht, wo es scheinbar an seinem Zenith angelangt ist.

Die Widerstände auf der Welt gegenüber einer immer weiteren Ausweitung nehmen zu, aber die Formen des Kampfes sind heute anders geworden, und diese Formen gehen weiter: nicht mehr die ursprünglichen Thesen von Weltrevolution, die stalinistische These vom Krieg, sondern mehr die These der inneren Aushöhlung der Staaten, die als aushöhlungs-

reif betrachtet werden. Demgegenüber steht eine westliche Welt, die sich in ihren Konturen bereits in drei großen Einzelgliedern offenbart: der amerikanische Kontinent nach wie vor unter der Vormacht der Vereinigten Staaten von Amerika, aber der beginnenden Konzentration der latein-amerikanischen Staaten; der europäische Kontinent, der sich in konzentrischen Kreisen immer mehr integriert und dessen Integration sich wahrscheinlich auf weite Teile des afrikanischen Kontinents ausdehnen wird, und schließlich des Commonwealth, das sich fast über alle Gebiete der Erde erstreckt und ein Band herstellt über die Meere hin zwischen dem ersten und dem zweiten Teilbereich. Der Sinn der abendländischen Politik kann ja nur darin bestehen, daß diese drei großen Teilbereiche immer mehr aneinander herangeführt werden.

Es ist aber ebenso eine Tatsache, daß das ursprüngliche Konzept eines neutralen Zwischengürtels zwischen der westlichen und der östlichen Welt heute nicht mehr möglich ist. Wir sehen das vor allem in der Einstellung Indiens, und wir sehen es auch in der Einstellung des Nahen Ostens. Es gibt kein Zwischending zwischen Ost und West. Es gibt Detail-, Einzelprobleme, wie beispielsweise die Frage der neutralisierten Staaten, es gibt vielleicht andere Detailfragen, aber im großen und ganzen strebt die Welt einer totalen Aufteilung zwischen dem östlichen Imperium und der westlichen Gemeinschaft zu.

Eine Position, die die weitere Entwicklung der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts ausmachen wird: Wir stehen vor dem ungeheuren Problem, daß die Menschheit sich immer mehr und mehr vergrößert und daß die Meisterung dieser Problematik überhaupt nur gefunden werden kann durch eine Zusammenarbeit der ganzen Welt, und das wird wahrscheinlich auch der Grund sein, weswegen die Rivalität zwischen den beiden großen Blöcken letzten Endes in eine Zusammenarbeit werden müssen.

Die Aufgabe Österreichs, eines kleinen Staates in dieser Situation in einer Welt der absoluten Unsicherheit, in einer Welt ungeheurer Gefahren, in einer Welt, in der Fehler für kleine Staaten tödlich sein können, kann nur darin bestehen, seinen Bestand zu erhalten und auszubauen und auf keinen Fall gefährliche Risiken einzugehen, bevor nicht seine Position noch besser und noch gesünder verwurzelt ist. Oft haben wir eine falsche Auffassung und eine falsche Proportion der Gefahren auf der Welt. Sie sind wahrscheinlich bedeutend größer, als wir annehmen, die wir uns geborgen fühlen in der verhältnis-

mäßigen scheinbaren Sicherheit einer Neutralität, eines Sonderstatus, irgendeiner besonderen Lage. Wir sind nicht das Lieblingskind der Welt, sondern wir haben eine Chance. Vielleicht haben wir nicht mehr als eine Chance. Und im Zweifel kann die österreichische Außenpolitik, nur darin liegen, die Möglichkeiten, die sich uns bieten, langsam auszunützen und zu verstärken und den Gefahrenmomenten zu entgehen. Vielleicht ist diese vorsichtige Haltung der österreichischen Politik, die durch die Kenntnis gewisser Zusammenhänge und gewisser drohender Lösungen im Rahmen der Auseinandersetzung der Weltmächte geboten scheint, das letzte Motiv einer Außenpolitik, die vielleicht manchen zu zaghaft erscheinen mag, aber in Wahrheit ist sie das Ergebnis einer realistischen Betrachtung. Österreich überleben zu lassen in einem Jahrhundert möglicher Katastrophen muß die vornehmste Aufgabe unserer Staats- und Außenpolitik sein. Und Österreich zu erhalten für die Zukunft, aber auch für den europäischen Kontinent, ist, glaube ich, ein Anliegen, das im Interesse aller liegt, vor allem im Interesse der europäischen Gemeinschaft. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Czernetz: Hohes Haus! In den letzten Monaten hatten wir einige Male Gelegenheit, über Probleme unserer Außenpolitik zu reden, und es ist wahrscheinlich gut, daß gerade auch in einem kleinen Land wie in unserer Republik die Fragen der Sicherung unserer Freiheit und Selbständigkeit, der Erhaltung der Integrität des Landes, der Mitwirkung eines solchen kleinen Landes an der Erhaltung des Friedens einen großen Raum in den politischen Betrachtungen einnehmen. Ich glaube, daß man einleitend in Übereinstimmung aller Parteien sagen kann, daß Österreichs Außenpolitik darauf gerichtet ist, friedliche Beziehungen mit allen Staaten, besonders mit allen Nachbarstaaten, und freundschaftliche Beziehungen mit allen Völkern zu halten.

Gerade die Frage friedlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten hat — das möchte ich gleich am Beginn meiner Betrachtungen sagen — in den letzten Tagen eine gewisse Rolle gespielt, als auf dem Parteikongreß der ungarischen Kommunisten der Ministerpräsident und Parteisekretär Kádár über die Beziehungen Ungarns zu Österreich gesprochen hat. Das sind Dinge, die ja unmittelbar unser Land betreffen. Ich glaube, es ist bedauerlich, erklären zu müssen, daß Herr Ministerpräsident Kádár dabei behauptet hat, es sei Österreichs

Schuld und nach seinen Darlegungen ausschließlich Österreichs Schuld, daß die Beziehungen zu Ungarn so ungünstig sind. Er sagt: Es gibt keine prinzipiellen Hindernisse, zwischen den beiden Nachbarstaaten gute Beziehungen herzustellen. Es gibt zwar verschiedene prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, aber sicherlich keine prinzipiellen Hindernisse, gute Beziehungen herzustellen. Aber Ministerpräsident Kádár sagte dann: Ein Fortschritt wird erschwert durch den Umstand, daß die österreichische Regierung ihre Politik von den Machenschaften der der ungarischen Volksrepublik feindlich gesinnten westlichen Kreise beeinflussen läßt. Die Wiener Regierung duldet noch immer, daß auf dem Gebiet Österreichs Spionageagenturen und ungarische faschistische Organisationen eine Wühlarbeit entfalten, die gegen die Ungarische Volksrepublik gerichtet ist. — Ganz neu sind ja diese Vorwürfe nicht, originell ist auch die Terminologie nicht, aber ich möchte nur die Frage stellen, ob denn in Ungarn nicht kommunistische Organisationen existieren, die Österreich gar nicht besonders freundlich gesinnt sind, unserem demokratischen System gar nicht sympathisch gegenüberstehen. Hat sich vielleicht deshalb Österreich mit Stacheldrahtverhau und Minensperren gegen diese bedrohlichen Organisationen in Ungarn abgeschlossen? Es ist ja grotesk, hier von einem einseitigen Verschulden Österreichs zu sprechen, und ich glaube, daß wir alle der Meinung sind: Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, wie zwischen Österreich und allen seinen Nachbarstaaten überhaupt, ist durchaus wünschenswert. Aber ich glaube, man muß der ungarischen Regierung und der regierenden Partei in Ungarn sehr klar und deutlich sagen: Normalisierung, ja! Verhandlungen über eine Normalisierung, selbstverständlich! Aber zuerst einmal müßte man damit beginnen, daß diese Schande von der Grenze weggeschafft wird: der Stacheldraht und die Minenfelder und die Wachttürme! Wenn die Ungarn eine Normalisierung der Beziehungen wollen, dann sollen sie erst einmal die Grenzen so aufmachen, wie das zwischen zivilisierten Staaten üblich ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie sollen den Menschen Visa geben, wenn sie einreisen wollen, oder noch besser den Visumzwang so aufheben, wie er im Verkehr zwischen anderen Staaten aufgehoben ist.

Aber ich glaube, wenn wir über Normalisierung der Beziehungen zu Nachbarländern reden, wenn wir über allgemeine friedliche Beziehungen sprechen und die Aufgabe unserer Außenpolitik darin sehen, die Freiheit und Unabhängigkeit und Integrität unseres Landes zu sichern, so sind wir uns doch darüber

im klaren, daß wir jetzt vor neuen Problemen stehen. Ich habe nicht die Absicht, mit dem Kollegen Tončić in eine freundliche Rivalität darüber einzutreten, wer in Österreich zuerst die Neutralität verlangt hat, ob es Herr Dr. Maleta zuerst hier in diesem Hause war, ob das früher war als die grundsätzliche Erklärung der Sozialistischen Partei in ihrem Aktionsprogramm von 1947 oder nicht; ich glaube, darauf kommt es jetzt nicht an, sondern vielmehr darauf, daß wir alle die Neutralität unserer Republik als eine Grundlage unserer Außenpolitik erkennen.

Vielleicht ist es dennoch notwendig, über einen Punkt, der uns selbstverständlich erscheinen sollte, eine gewisse Klarstellung zu wiederholen. Österreich ist neutral, aber in ideologischem Sinn nicht neutralistisch. Wir haben es an dem Tag, an dem der Staatsvertrag unterzeichnet wurde, in aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß Neutralität militärische Bündnislosigkeit, Neutralismus aber eine feige Gesinnungslosigkeit ist, die wir ablehnen! Wir sind für die strikte Einhaltung dieser immerwährenden Neutralität, und das Wort „immerwährend“ bedeutet also Neutralität nicht nur im Kriegsfall, sondern auch in einer normalen, sogenannten friedlichen Entwicklung. Wir sind uns der ernsten staatspolitischen Konsequenzen bewußt, die das nach sich zieht, Konsequenzen, die wir ja gerade in der vorigen Woche im Zusammenhang mit der Diskussion: Anschluß oder Assoziierung zur EWG oder Ablehnung eines solchen Anschlusses und Zusammenarbeit in der Kleinen Freihandelszone im Sinne einer größeren, loseren europäischen Einheit, in Erwägung gezogen haben. Wir wollen in aller Klarheit für jeden ohne Zweifel aussprechen — und das gilt für eine überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes in beiden Lagern der Regierungsparteien und weit darüber hinaus —, daß wir ideologisch immer auf Seite der Freiheit und Demokratie gegen jede Diktatur, wie immer sie auch gefärbt sei, auftreten.

Das heißt aber auf der anderen Seite, daß wir nicht nur ideologisch für die Freiheit eintreten, sondern es bedeutet selbst bei unserer strikten Neutralitätspolitik, daß wir für die Wahrung der Rechtsgrundsätze im Leben der Völker eintreten müssen. Es ist nicht eine Frage der Ideologie, wenn wir gegen die Unterdrückung des ungarischen Volkes und seiner Freiheitsbewegung protestiert haben und wenn wir die Freiheitsbewegung mit friedlichen Mitteln unterstützt haben. Es ist keine Frage der Ideologie, wenn wir für das Recht des tibetanischen Volkes gegen die fremde Unterdrückung aufgetreten sind, sondern es ist gerade für kleine Völker eine

Lebensfrage, für die Einhaltung internationaler Rechtsgrundsätze einzutreten.

Aber, meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht, daß wir als neutraler Staat heute vor einem prinzipiellen Dilemma stehen, über das ich mich jedenfalls keiner Täuschung hingeebe. Ich glaube, es wird mit Recht gesagt, daß die Idee des Nationalstaates, daß die Idee der nationalen Souveränität in der modernen Welt der Wissenschaft, der Technik, der wirtschaftlichen Zusammenfassung einen Anachronismus darstellt. Ich zweifle nicht daran, daß es der modernen Entwicklung nicht entspricht, wenn man heute noch prinzipiell die Idee der nationalstaatlichen Souveränität betont. Auf der anderen Seite ist es nicht zu leugnen, Hohes Haus, daß wir leider in einer Zeit leben, in der es eine anachronistische Rivalität der Weltmächte gibt, eine Rivalität der großen Blöcke, die uns zu einem bestimmten Verhalten zwingt. Ich sage: Diese Rivalität der Weltmächte ist anachronistisch, weil die Wissenschaft und Kriegstechnik, die Entwicklung der nuklearen Waffen einen Krieg so mörderisch gemacht haben, daß der Krieg aufgehört hat, ein politisches Instrument zu sein. Wie hieß es doch bei Clausewitz? Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das gilt in der Zeit der nuklearen Waffenentwicklung längst nicht mehr. Der Krieg ist keine Fortsetzung der Politik, sondern ein nuklearer Krieg — darüber sind sich alle Fachleute der Welt einig — wäre wahrscheinlich ein Selbstmord der menschlichen Zivilisation. Diese Rivalität der Großen, die Rivalität der Blöcke ist heute ein Anachronismus in der modernen Welt, und wir sind durch diese weltpolitische Tatsache zu einem entsprechenden Verhalten gezwungen. Das bekannte Wort, man möge aus der Not eine Tugend machen, glaube ich, sollten wir abwandeln und sagen: Wir wollen in der zwingenden Notwendigkeit, der wir gegenüberstehen, unsere besondere Aufgabe erkennen. Ich versuche also, die Dinge nicht zu idealisieren, aber ich glaube, wir haben Grund, eine aktive Realpolitik zu betreiben.

Ich erlaube mir, folgende Überlegung dabei anzustellen: Die Schweizer Neutralität, die oft als Muster für die österreichische angesehen wird, ist historisch geworden in dem Grenzbereich zwischen den rivalisierenden europäischen Kontinentalstaaten. Heute ist die Schweizer Eidgenossenschaft nicht mehr in einer Grenzlage. Sie ist heute nicht mehr ein Grenzstaat zwischen rivalisierenden Kontinentalstaaten Europas. Problem der Schweizer Neutralitätspolitik ist es heute, mit dieser Tatsache fertig zu werden. Die Schweiz kann heute in einer zentralen Lage nicht eine Po-

litik fortsetzen, auch wenn sie fest dazu entschlossen sein sollte, die in einer ganz anderen Situation entstanden ist.

Aber von diesem Gesichtspunkt ausgehend komme ich zu dem Ergebnis, daß gegenwärtig gerade Österreich in dem europäischen Grenzbereich zwischen dem Ostblock und dem Westblock liegt. Wir haben nicht im engeren Sinn unter den europäischen Kontinentalstaaten allein eine Stellung in diesem Grenzbereich, sondern in einem viel weiteren Sinn eine zentrale Stellung in dem Grenzbereich zwischen Ost und West. Ich meine, daß wir erkennen müssen, wie hier der österreichischen Neutralität Funktionen erwachsen können. Wir sind nicht für eine passive Neutralität, wir sind nicht für eine Isolationspolitik. Ich habe nicht die Absicht, eine langatmige Wiederholung der Debatten zu versuchen, die wir hier bei vergangenen Gelegenheiten gehabt haben. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir noch in der Zeit der fremden Besetzung der OEEC und der Europäischen Zahlungsunion beigetreten sind und dort mitgewirkt haben, daß wir unmittelbar nach der Erringung unserer Souveränitätsrechte, unseres Staatsvertrages dem Europarat beigetreten sind, daß wir uns jetzt bemühen, von der Basis der Kleinen Freihandelszone aus die Brücke zu der engen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu schlagen, daß wir alle unsere Kräfte dareinsetzen wollen und die Hoffnung haben, daß wir damit an einer Einigung des ganzen freien Europa teilnehmen können. Wir sind bei allen diesen Bemühungen in der stärksten Weise beteiligt.

Es ist von meinem Vorredner erwähnt worden, wie wir in den Vereinten Nationen und in den Sonderorganisationen der UN als ein loyales, treues und aktives Mitglied mitwirken. Wir sind der Auffassung, daß wir dabei als ein neutraler Staat, der eine aktivistische und realistische Neutralitätspolitik treibt, durchaus imstande sein können, in Freundschaft und Frieden im Rahmen der universalen Organisation der Vereinten Nationen sowohl in Beziehungen mit dem Osten als auch mit dem Westen eine Aktivität zu entfalten, die etwa zum Ausdruck kommt in der Beherbergung und Betreuung der Internationalen Atomenergiebehörde, die wirklich ein Ausfluß dieser besonderen neutralen Stellung sein kann.

Aber wir stehen vor viel größeren und weiteren Problemen, auf die Dr. Tončić gerade vorhin aufmerksam gemacht hat. Die Vereinten Nationen haben als eine universale Sicherheitsorganisation von allem Anfang an Probleme der Rüstungsbeschränkung, Probleme der Abrüstung zu behandeln gehabt.

Ich glaube, es kann sich heute niemand dem Eindruck der atemberaubenden Rüstungen in der ganzen Welt entziehen. Jedem, der Nachrichten über den Rüstungswettlauf liest, schlägt es den Atem, und er erschrickt vor der ungeheuerlichen Anhäufung vernichtender Waffen, die wirklich alle Zentren der Zivilisation vernichten können.

Der Rüstungswettlauf hat dazu geführt, daß man jetzt von einem Gleichgewicht des Schreckens spricht. Ich glaube, ohne dabei ins Detail gehen zu müssen, daß jedem klar sein wird, wie dieses Gleichgewicht des Schreckens beide Seiten, beide Kolosse von unüberlegten gefährlichen Schritten abhalten wird und eine Katastrophe vermeiden kann.

Ich bin keineswegs innerlich beruhigt, zufrieden über das Wettrüsten und das ungeheure Anhäufen der Waffen auf beiden Seiten. Aber ich glaube, daß gerade wir Österreicher nach allem, was wir erlebt und erlitten haben, wenn man vom Gleichgewicht des Schreckens spricht, das Recht haben, zu sagen: Schlimmer noch als ein Gleichgewicht des Schreckens wäre vielleicht eine Einseitigkeit des Schreckens. Wenn alle diese vernichtenden Waffen nur auf einer Seite der beiden Welthälften vorhanden wären, so wäre es wahrscheinlich für alle in der Welt noch schrecklicher.

Es ist nicht beruhigend, aber es ist eine Tatsache, wenn man feststellt, daß dieses Gleichgewicht der Rüstungen bisher das Umschlagen des Kalten Krieges in den heißen Krieg, einen dritten, nuklearen, alles vernichtenden Weltkrieg, verhindert hat. Wenn ich in den Zusammenkünften der Großen, wenn ich besonders in den Gesprächen in Camp David einen Sinn sehe, so glaube ich, daß man auch bei aller Spärlichkeit der Informationen von dort sehen kann, daß die Häupter der beiden Kolosse einander wahrscheinlich so wie in der Genfer Konferenz der Spitzen im Jahre 1955 zugesichert haben, daß sie den Druckknopf nicht betätigen werden, daß sie sich beide hüten werden, diesen Selbstmord der Menschen einzuleiten. Ich glaube, wenn Camp David ein Ergebnis gebracht hat, dann das eine: für eine gewisse Zeit die Zusicherung der beiden Großen, alles zu tun, was möglich ist, um eine Katastrophe zu vermeiden.

Ich glaube, darüber hinaus ist man sich auf beiden Seiten darüber klar geworden, daß eine Beendigung des Rüstungswettlaufes möglich ist. Es gibt bestimmt besondere Interessenten, die an den Rüstungen verdienen, aber für die Völker und Staaten auf beiden Seiten sind die Rüstungen irrsinnig teuer. Die Vereinigten Staaten verwenden jährlich ungefähr ein Zehntel ihres Brutto-Nationalproduktes für Rüstungen, die Sowjetunion verwendet jähr-

lich sogar ungefähr ein Viertel ihres Brutto-Nationalproduktes für Rüstungen. Es tragen die Russen wirtschaftlich schwerer an den Rüstungen als die Amerikaner; aber wahrscheinlich trägt man eine schwerere Last dieser Art in einer Diktatur leichter als in einer Demokratie eine leichtere Last. Beide aber können die Last loswerden, beide haben keine zwingenden wirtschaftlichen Interessen, den Rüstungswettlauf fortzusetzen.

Ich habe das Gefühl, daß man sich beim Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten und besonders beim Treffen der Spitzen auf beiden Seiten noch über ein anderes klar geworden ist: Man hat das Gefühl, daß beide zu der Erkenntnis gekommen sind, weder der amerikanische Kapitalismus noch der Sowjetkommunismus stehen vor einem inneren Zusammenbruch und einer Katastrophe. Ich glaube, beide Seiten wissen, daß der andere konsolidiert genug ist, um den Wettlauf auszuhalten, um sich vor einem Zusammenbruch zu bewahren. Ich glaube, beide haben längst erkannt, daß es nicht nur eine Angelegenheit der Schlagworte ist, sondern ein Zwang der Realität, wenn man jetzt von einem Nebeneinanderleben, einer Koexistenz spricht. Eisenhower hat das Wort geprägt, es gebe nur eine Alternative zur Coexistence, englisch ausgesprochen: Die Alternative zur Coexistence ist no Existence, ist das Ende jeder Existenz. Und der amerikanische Staatssekretär Herter hat erst vor wenigen Tagen ein neues Wort geprägt, er hat von Cosurvival, von dem gemeinsamen Überleben, gesprochen und davon, daß dieses Cosurvival eine Koexistenz aus Angst ist.

Es steht außer Zweifel, daß die Menschen vor dem Krieg und vor den Rüstungen Angst haben. Aber ich glaube, daß die allgemeine Auffassung, derzufolge man die Rüstungen vor allem wegen der Explosionsgefahr fürchtet, vielleicht die noch größere Gefahr unterschätzt. Ich würde meinen, daß die irrsinnige Vergeudung ungeheurer Mittel, die die Menschheit dringend braucht, noch gefährlicher und bedenklicher ist als die Explosionsgefahr. Beide Spitzen wissen, daß sie nicht nur den anderen in die Luft sprengen können, sondern daß sie mit dem Angriff sich selbst vernichten. Ich glaube aber, noch größer ist die Gefahr dieser irrsinnigen Vergeudung.

Es wurde auch heute schon aufmerksam gemacht auf das Problem, vor dem die Menschheit steht: auf die Tatsache, daß wir Menschen haben, hunderte Millionen, mehr als eine Milliarde, die hungern. Wir haben wahrscheinlich gegenwärtig auf dieser Welt einhalb Milliarden Menschen, die unter dem physischen Existenzminimum leben, mit einer

hohen Sterblichkeitsrate, mit furchtbarer Krankheitsanfälligkeit, allerdings auch mit einem Ausgleich, den die Natur schafft. Je kürzer die Lebenserwartung der Menschen, je höher die Kindersterblichkeit, desto höher ist die Geburtenrate. Und so stehen wir vor einer Erscheinung, die als Bevölkerungsexplosion bezeichnet wird.

Die Bevölkerung der Erde betrug im Jahre 1920 1,8 Milliarden, 1930 bereits 2 Milliarden, 1950 2,5 Milliarden und 1957 2,8 Milliarden. Wenn dieser Prozeß einer lawinenartigen Entwicklung weitergeht, dann wird man im Jahre 2000 die 5 Milliarden-Grenze der Erdbevölkerung erreicht haben. Die jährliche Zuwachsrate beträgt im Weltdurchschnitt 1,6 Prozent, das sind gegenwärtig jährlich 43 Millionen Menschen Zuwachs. Aber in Europa beträgt die Zuwachsrate nur 0,7 Prozent, während sie in fernöstlichen Ländern um 3 Prozent pro Jahr liegt. Hier, meine Damen und Herren, liegen größere Explosionsgefahren als bei den nuklearen Bomben. Hier Hilfe zu bieten, Hilfe den Völkern, die sich selber helfen sollen, ist eine Lebensnotwendigkeit für alle.

Es wurde berechnet, daß die jährliche Aufwendung von einem Prozent des Brutto-Nationalproduktes der Industriestaaten nur ausreichen würde, den gegenwärtigen Stand in der fernöstlichen, afrikanischen und süd-amerikanischen Welt zu erhalten. Damit man imstande ist, die Not, das Elend, den Hunger im buchstäblichsten Sinne des Wortes durch riesige Investitionen zu überwinden, wäre es notwendig, pro Jahr zwei Prozent des Brutto-Nationalprodukts der ganzen westlichen Industriewelt zu verwenden, um dort im größten Maße, nicht im Sinne der Zinsengewinnung, sondern der Hilfe, Investitionen durchzuführen. Alles, was an Fonds gegenwärtig aufgebaut ist, alles, was gegeben wird, ist viel zuwenig und nicht geeignet, das Problem zu lösen. Ich glaube, es ist keine Übertreibung, wenn man sagt: Gelöst werden kann das Problem wahrscheinlich nur im Zusammenhang mit einer einvernehmlichen Rüstungsbeschränkung und Abrüstung. Erst wenn man die irrsinnige Vergeudung der Mittel beendet, wird man imstande sein, die Mittel aufzubringen, die als Hilfe, als Förderung für die Entwicklungsländer notwendig sind.

Was hat das alles mit uns zu tun? Wir werden nicht leicht imstande sein, ein Prozent unseres Brutto-Nationaleinkommens herzugeben, von zwei Prozent gar nicht zu reden. Man erinnere sich nur an unseren Streit selbst im Regierungslager, zwischen Ministerien sogar, die von Ministern derselben Partei betreut werden, über Posten von Dutzenden oder wenigen hunderten Millionen Schilling, um

zu wissen, daß das für die nächste Zeit fern jeder realen Möglichkeit ist. Aber es ist eine Frage, von der wir betroffen sind. Und man steht vor Problemen, an denen wir in einem weltweiten Maße mitzuwirken haben.

Meine Damen und Herren! Wir haben erst vor kurzem durch die Parlamentsdirektion einen Brief erhalten, den der Oberste Sowjet der Sowjetunion über das Außenministerium an alle Parlamente der Welt und so auch an unser Parlament gerichtet hat. Ich nehme an, daß alle Damen und Herren des Hauses den Brief gelesen und sich ihn überlegt haben. Ich möchte einleitend nur eine Bemerkung machen: Ganz behaglich fühle ich mich nicht, wenn gerade der Oberste Sowjet der Sowjetunion unserem Parlament, den Parlamentariern Ratschläge gibt, was sie in einem demokratischen Staat zu tun haben, welche Verantwortung den Wählern gegenüber sie haben. Offengestanden hätte ich es lieber, wenn das Ratschläge oder Wünsche der Sowjetregierung wären; dann weiß man genau, woran man ist, während das beim Obersten Sowjet ja nicht ganz so eindeutig ist.

Ich erinnere mich noch an unsere Parlamentsdelegation, die in die Sowjetunion reiste, als wir einen Kollegen in der österreichischen Delegation hatten, der im großen Saal des Obersten Sowjets naiv gefragt hat: Bitte, wo sind da die Sitze der Opposition? Und man hat uns gesagt: Es gibt doch keine! Und wir sind für diese diplomatische Belehrung sehr dankbar gewesen. Aber das nur als eine Nebenbemerkung über das leichte Unbehagen, das man empfindet, wenn man gerade von dort Ratschläge dieser Art bekommt, was man als Parlamentarier zu tun hat.

Viel ernster und wichtiger ist der eigentliche Inhalt, nämlich der Hinweis darauf, daß eben die Sowjetunion durch ihre Regierung, durch ihren Regierungschef den Vereinten Nationen Vorschläge für eine Abrüstung in der Welt unterbreitet hat. Und es wird gesagt: Eine solche allgemeine und volle Abrüstung im gegenwärtigen Zeitabschnitt ist keine Utopie.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben allen Grund, uns mit diesen Abrüstungsvorschlägen ernsthaft zu befassen. Nicht etwa, weil wir als österreichische Republik beim Aufbau unseres Bundesheeres schon in nächster Zeit von Abrüstungsquoten betroffen werden würden; das ist ja kein aktuelles Problem für uns als Österreicher. Aber es ist ein grundsätzliches Problem und es betrifft natürlich auch unser politisches Verhalten.

Gestatten Sie, daß ich zunächst einmal eines sage: Daß der sowjetische Regierungschef vor den Vereinten Nationen in einer großen

Rede ein Dokument über die allgemeine Abrüstung namens seiner Regierung vorgelegt und erörtert hat, ist erfreulich, und ich möchte gleich am Beginn dieses Teiles meiner Betrachtungen sagen, noch erfreulicher ist es, daß die übrige Welt dazu erklärt hat: Wir wollen diese Vorschläge der Sowjetregierung sachlich und ernsthaft prüfen und darüber verhandeln. Ich glaube, gerade wir Österreicher können sagen, wir sind froh darüber, daß man nicht, wie leider so oft in der Vergangenheit, einfach nein gesagt hat, sondern erklärt hat: Verhandeln wir darüber! Verhandeln, verhandeln und wieder verhandeln ist bestimmt besser, als zu anderen Maßnahmen zu greifen.

Bemerkenswert ist, meine Damen und Herren, daß der sowjetische Regierungschef in seinen Vorschlägen nicht an erster Stelle das wieder genannt hat, was bis zum Jahre 1955 das Um und Auf der sowjetischen Abrüstungsvorschläge war. Bis 1955 ist von den Russen jeder als ein Feind des Friedens angesehen worden, der nicht erklärt hat: Zuerst einmal weg mit der Atombombe! Die Atombombe und überhaupt die nuklearen Waffen sind seit 1955/56 im Abrüstungsprogramm, in den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion vom ersten Platz längst zurückgetreten, und sie kommen in den sowjetischen Plänen erst in einer späteren Phase überhaupt in Frage. Was wir jetzt vorgeschlagen sehen, ist ein grandioser Plan, eine phantastische Vision einer vollständigen Abrüstung der Welt innerhalb von vier Jahren. Chruschtschow hat in seiner Rede und in der von ihm vorgelegten Deklaration der Sowjetregierung ein Bild dieser abgerüsteten Welt dargestellt, zu dem man nur sagen kann: Die Menschheit könnte glücklich sein, wenn das erreichbar ist: eine waffenlose, abgerüstete, friedliche, friedfertige Welt! (*Präsident Olah übernimmt den Vorsitz.*)

Aber, meine Damen und Herren, auch Ministerpräsident Chruschtschow hat in seiner Rede gesagt, daß eine Zentralfrage natürlich die Kontrolle ist. Kollege Tončić hat vorhin darauf aufmerksam gemacht, und Chruschtschow sagte in seiner Rede wörtlich: Wir waren immer dagegen, daß das Kontrollsystem von den Abrüstungsmaßnahmen getrennt werde, daß die Kontrollorgane im Grunde genommen zu Organen für die Sammlung von Spionageauskünften würden unter Verhältnissen, da eine Abrüstung faktisch nicht erfolgen würde.

Ich gestehe, meine Damen und Herren, daß ich mir nicht ganz klar darüber bin, was Ministerpräsident Chruschtschow damit gemeint hat. Es ist richtig, wenn er sagt: Wir

sind für wirkliche Abrüstung unter Kontrolle, aber gegen eine Kontrolle ohne Abrüstung. Das ist zweifellos eine richtige Feststellung. Aber, wenn man Abrüstungsmaßnahmen durchführt, kann eine Kontrolle etwas anderes sein als das, was leider der Herr Ministerpräsident Chruschtschow eine Sammlung von Spionagenachrichten nennt? Was sollen sie denn sammeln, worum soll sich denn eine Rüstungs- oder Abrüstungskontrolle kümmern, wenn nicht um die Sammlung und Kontrollierung von Daten über den tatsächlichen Rüstungsstand? Das ist auch die Aufgabe der Spionage. Lehnt man eine Kontrolle ab, die gerade diese Daten sammelt, dann kann sie sich um die Orangenproduktion und um die Erzeugung von Seidenstrümpfen kümmern, aber sie wird niemals draufkommen, ob Abrüstungsverpflichtungen erfüllt worden sind. Und darauf kommt es an. Jede Kontrolle von Abrüstungsmaßnahmen erfordert die Sammlung von Daten und die Kontrolle des Wahrheitsgehaltes der Angaben in bezug auf den noch verbleibenden Rüstungsstand. Alles andere ist keine Kontrolle. Es ist also nicht absolut klar, was Ministerpräsident Chruschtschow meint.

Und er sagte dann in seiner Rede weiter: Die Sowjetunion ist bereit, ein internationales Kontrollorgan unter Beteiligung aller Staaten zu schaffen. Es ist allein diese Feststellung sehr erfreulich, und ich glaube, wir können glücklich sein, daß sie einmal in dieser Form gemacht worden ist, daß die Sowjetunion sich dazu bekennt. Ich gestehe, meine Damen und Herren, daß die Fortsetzung dieses Satzes bei Chruschtschow etwas mysteriös ist. Er sagte: Ein System der Kontrolle über alle Abrüstungsmaßnahmen muß geschaffen werden, und zwar muß es gemäß den jeweiligen Stadien, in denen die Abrüstung durchgeführt werden soll, geschaffen werden und funktionieren. Klar! Und dann: Wenn die Abrüstung allumfassend und vollständig ist, so wird nach deren Abschluß auch die Kontrolle allumfassend und vollständig sein.

Gestatten Sie, daß ich sage, das betrifft ja zunächst wieder nicht Österreich. Ich weiß ja nicht, ob sich jemand vor Österreichs Bundesheer fürchtet. Es soll sich niemand fürchten. Was wir wollen, ist, daß wir damit einen Grenzschutz haben für den Notfall. Es ist ja keine Bedrohung, aber ich glaube, daß wir gerade auch als Neutrale, als Kleine in dieser großen Welt die Pflicht haben, zu erkennen und auszusprechen: Wenn man nicht zu einer allgemeinen, gleichzeitigen, wirksamen Kontrolle kommt, in der man jede Stufe der Abrüstungsmaßnahmen kontrolliert, fürchten wir, daß die Großen, auf die es ankommt, nicht mitmachen. Oder hält

irgend jemand es für denkbar, daß man vier Jahre totale Abrüstung beschließt und daß man erst am Ende der vier Jahre sagt: So, jetzt schauen wir nach, ob wirklich alles weg ist. Ich fürchte, die Großen werden finden, daß es einigermaßen riskant ist, weil man eine absolute Sicherheit für die Einhaltung nicht hat. Es kann nur Schritt für Schritt gehen, und es kann eine wirksame Kontrolle nur geben, wenn man jede einzelne Teilmaßnahme überwacht, bis man dann am Ende zu einer vollen Abrüstung kommt, wobei ich absolut nicht prüfen will, ob vier Jahre ausreichen oder ob man eine längere Entwicklungszeit für die Abrüstung braucht. Von unserem Standpunkt kann man sagen: Wenn es technisch möglich ist, dann vier Jahre. Aber es kann nur eine Abrüstung geben unter einer vollkommen wirksamen Kontrolle, die jeden Schritt und jedes Stadium der Abrüstung tatsächlich überprüft. Und man muß schließlich zugeben, daß man am Ende einer allgemeinen Abrüstung mit der Möglichkeit rechnen muß, daß ein internationales Kontrollorgan ohne Vetorecht einer Großmacht mit einer wirklichen Exekutivgewalt, die in einer internationalen Polizei wirksam ist, ausgestattet werden kann. Ohne das sind Abrüstungsvorschläge schöne Visionen, denen zunächst noch viele Grundlagen fehlen. Wir hoffen, daß man bei den Beratungen auf dem Boden der Vereinten Nationen zu einer Konkretisierung der sowjetischen Vorschläge kommt; als Österreicher hoffen wir, daß das nicht das letzte Wort ist, sondern daß man sich zu ernster Kontrolle entschließt.

Nicht sehr glücklich sind wir über die Teilschritte Chruschtschows zur Abrüstung und Festigung der Sicherheit, wo er fünf Punkte dazu anführte, denn es ist leider das alte Konzept, das in Wirklichkeit auf eine Räumung aller militärischen Stützpunkte in fremden Ländern abzielt, und damit ein Konzept, das hier in Europa besondere Bedeutung hat.

Darf ich das Hohe Haus daran erinnern, daß wir in aller Offenheit ausgesprochen haben: Mit der Neutralisierung Österreichs und unserer Erklärung, daß wir auf unserem Boden keiner auswärtigen Macht fremde Stützpunkte zubilligen, haben wir keineswegs unsere Augen geschlossen und aufgehört, die Welt zu sehen, wie sie ist. Wir haben überhaupt keine Sympathie für die Tatsache, daß es fremde Truppen in fremden Ländern gibt. Wir wären froh, wenn wir einen Zustand erreicht hätten, wo die Armeen, solange es sie noch gibt, zu Hause sind und nicht in fremden Stützpunkten. Aber wir sehen die Tatsachen, wie sie sind. Wenn in Europa alle Staaten ihre Truppen aus fremden Stützpunkten zurückziehen, dann steht die Sowjetarmee 500 km von Wien, die

Armee der Vereinigten Staaten von Nordamerika 5000 km von Wien entfernt. Das wäre gerade jene Störung des Gleichgewichts, die wir als lebensgefährlich für Freiheit und Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes, aber auch als lebensgefährlich für die Entwicklung der europäischen Staaten und der freien Völker im Westen ansehen. Wir sind also der Meinung: Ja, es soll Abrüstungsmaßnahmen geben, man soll eine echte Entspannung versuchen, man muß alles tun, was möglich ist, um ein Umschlagen des Kalten Krieges in den heißen Krieg zu vermeiden, die Katastrophe soll vermieden werden. Aber täuschen wir uns nicht, daß eine Erschütterung, eine Störung des Gleichgewichtes in der Welt eben gerade diese Katastrophe herbeiführen müßte. Wir sind der Meinung, daß das Gleichgewicht durch Rüstungsbeschränkungen, durch Abrüstungsmaßnahmen auf einem niedrigen Niveau hergestellt werden soll. Es muß nicht ein Gleichgewicht im Rüstungswettlauf sein, es soll ein Gleichgewicht in der Abrüstung sein. Aber gerade wir haben allen Grund, vorsichtig zu sein und zu warnen: Man störe ein Gleichgewicht nicht, von dem gerade die Erhaltung dessen, was man heute noch Frieden nennen kann, unbedingt abhängt. Wir sind der Meinung, daß es bei den Verhandlungen vielleicht eine günstige Entwicklung geben kann; wir hoffen, daß es insbesondere bei den auch jetzt durchgeführten Verhandlungen über die Einstellung der nuklearen Versuchsexplosionen in Genf zu Ergebnissen kommen könnte. Gerade auf diesem Gebiet müßte es möglich sein, die Experten haben sich weitgehend über die Möglichkeiten geeinigt. Es kommt auch hier auf die Kontrolle an. Es kommt auch hier darauf an, ob man bereit ist, einer Kontrolle zuzustimmen, die jede Abrüstungsmaßnahme überhaupt erst möglich macht.

Darf ich daran erinnern, meine Damen und Herren, daß Ministerpräsident Chruschtschow einem bedeutenden amerikanischen Publizisten, Walter Lipman, in einem langen Gespräch in Moskau auf seine Frage: Wie schaut es mit der Abrüstungskontrolle aus? geantwortet hat: Ihr Amerikaner seid gut, ihr streckt uns die Hand her und sagt „Freundschaft“, und wenn wir einschlagen, dann wollt ihr bereits den Schlüssel zu unserem Haus! — Der Hinweis darauf, daß man bei einer gegenseitigen Kontrolle, einer umfassenden internationalen Kontrolle, auch der anderen Seite den Schlüssel geben muß, der ist bisher leider von den Sowjets ausgeschlagen worden. Und es war sehr interessant, daß ein anderer führender sowjetischer Politiker meinen Freunden von der britischen Labour Party in einer Diskussion zu dem gleichen Punkt gesagt hat: Wir sind nicht bereit, fremde Spionage auf

unserem Boden zuzulassen. Und als die Labour-Politiker ihm erwiderten: Aber wir eröffnen ja auch euch die Möglichkeit der Kontrolle im Westen!, hat er erklärt: Wir wollen ja im Westen nicht Spionage treiben; was haben wir denn davon?

Wenn man die Dinge auf diese Ebene bringt, wird es wahrlich schwer. Wir Österreicher haben nur die stärkste Hoffnung, daß es schließlich doch dazu kommt, daß man auf beiden Seiten die Notwendigkeit einer Abrüstung, aber einer kontrollierten Abrüstung, erkennen wird. Wir sind als kleine und schwache, im Grenzbereich zwischen Ost und West lebende Nation in aller Bescheidenheit bereit, unsere Tätigkeit als Mittler und Makler anzubieten, wie wir es auch bei dem Beitritt Österreichs zur Donaukonvention versucht haben, zwischen den Grenzstaaten im Osten und im Westen eine Brücke herzustellen, und ich glaube, wir haben das praktisch tun können. Ich würde hier nicht allzu skeptisch sein, ich würde das nicht mit zynischen Bemerkungen abtun, sondern sagen, daß wir zumindest alles in unseren Kräften Stehende tun sollen, um das zu erreichen.

Käme es zu einem Abkommen über die Einstellung der nuklearen Versuchsexplosionen, käme es zur Bildung einer solchen Kontrollbehörde, dann haben wir den Wunsch, die Bitte, aber auch die Hoffnung, daß Wien, das heute Sitz der Internationalen Atombehörde ist, auch der Sitz einer solchen Kontrollbehörde in dem Grenzbereich zwischen Ost und West werde. Meine Damen und Herren! Damit könnte dieses kleine Österreich aber auch für beide Seiten wertvoll sein, es könnte beiden Seiten als Treuhänder annehmbar erscheinen.

Unsere Außenpolitik scheint mir daher die Aufgabe zu haben, für eine solche Entwicklung gewisse Voraussetzungen zu schaffen: die Atmosphäre, das Vertrauen! Das heißt nicht, daß wir einfach bedingungslos alles zu bejubeln haben, was von da und dort, sehr widerspruchsvoll, aus Ost und West, an uns kommt. Wir halten uns die Meinungsfreiheit offen, wir sagen, was wir denken, wir sagen, welche Auffassungen wir haben, aber ich glaube, unsere Außenpolitik hat die vornehmste Aufgabe, eine Atmosphäre des Vertrauens um uns zu schaffen, damit wir als kleiner, zwischen den Blöcken liegender neutraler Staat eine gewisse Funktion erfüllen können.

Unsere Freunde im Westen, den Völkern der freien Welt aber sagen wir: Wir kennen die Notwendigkeit unserer Neutralität als einer Basis unserer Politik, unserer Existenz. Wir erwarten, daß sie dafür Verständnis haben werden. Wir erkennen Möglichkeiten

für unser aktives Eingreifen, wir sehen eine Funktion als Neutrale in dieser Welt. Wir sind selbstverständlich bereit, unsere Aufgaben, unsere Verpflichtungen, die aus dieser Funktion als Neutrale entstehen, getreulich zu erfüllen.

Wir haben keine Illusion über die gesplattene Welt, und wir haben keine Illusion darüber, daß es kein leichter, rascher Spaziergang zum Gipfel einer Verständigung sein wird. Es wird harte Arbeit, viele Beratungen geben müssen, und es wird vor allem nicht nur den Willen zu einem bewaffneten Nebeneinanderleben, sondern den Willen zum Frieden geben müssen, der dann auch in der Bereitschaft der Diktaturen zum Ausdruck kommen müßte, sich einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Sonst bleibt alles nur eine bewaffnete Nicht-Kriegführung, bleibt alles nur auf dem Stand, den wir heute mit Beängstigung sehen. Wir bieten unsere bescheidene Mitwirkung an bei dem Versuch, Brücken zu schlagen, zu versöhnen, eine Formel zu finden. Wir tun es, ich wiederhole es, ohne Illusionen, aber mit offener Bereitschaft, denn damit können wir als kleines, arbeitsames, freies und friedliebendes Volk gleichzeitig der Gemeinschaft der freien Völker der Welt, aber auch dem Frieden der Welt dienen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Olah: Zum Wort gemeldet ist als nächster Redner der Herr Abgeordnete Dr. Gredler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gredler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn meine Fraktion auch dieses Kapitel des Budgets ablehnen wird, so bedarf dies wohl einer besonderen Begründung. Wir Freiheitlichen sind bemüht, in außenpolitischen Fragen jene Einheitsfront aller österreichischen Parteien herzustellen, die es in vielen freien demokratischen Staaten nicht gibt, was diesen Staaten sicherlich im internationalen Ansehen, in der internationalen Kritik und Berichterstattung Schwierigkeiten bereitet.

Diese Einheitsfront besteht. Sie ist in der Frage: EFTA oder EWG? einmal nicht vorhanden — dazu werde ich noch einige Worte sagen —, aber in den übrigen, beispielsweise den heute angeschnittenen weltpolitischen Problemen ist sie zweifellos da. Wenn wir daher zum Kapitel Äußeres ebenfalls unser Nein sagen, so liegt dies lediglich in der Gesamtlinie unserer Fraktion, das Budget als Ganzes abzulehnen. Es bedeutet nicht, daß wir nicht erfreut sind über die engere Fühlungnahme, die in Fragen der Außenpolitik seit Übernahme des Ressorts durch einen neuen Minister eingerichtet worden ist durch die aktuelle und positive Unterrichtung des Außenpolitischen Ausschusses, ja selbst durch die Heran-

ziehung von Freiheitlichen zu internationalen Delegationen. Wir begrüßen diese neuen Maßnahmen des Herrn Außenministers, und wir stellen fest, daß sie uns die Möglichkeit geben, jene von mir schon eingangs beleuchtete Einheitsfront herzustellen.

In einzelnen stellen wir fest, daß die Budgetierung des österreichischen Außenministeriums mit einmal 0,31, einmal 0,36, einmal 0,33 Prozent am internationalen Standard gemessen eine äußerst niedrige war. Ja, daß wir sogar, alle Parteien dieses Hauses, die Möglichkeit für das Außenamt vermissen mußten, in einer Reihe von wichtigen Ländergruppen — man kann nicht von einzelnen Ländern sprechen — entsprechende Delegationen zu entsenden. Wenn ich beispielsweise an die entstehenden afrikanischen freien Staaten denke oder an die in Nordafrika bereits eine steigende Rolle spielenden Staaten des Magreb, so wäre dort die Einrichtung einer eigenen Vertretung oder überhaupt einer Vertretung sicherlich äußerst wünschenswert.

Wir entnehmen dem Bericht die geringe Dotierung der wirtschaftspolitischen Abteilung mit Fachkräften, und wir freuen uns darüber, daß aus dem Bericht hervorgeht, daß für das kommende Jahr eine Personalverstärkung durch qualitativ hochwertige Beamte ins Auge gefaßt ist.

Wir bejahen schließlich die Entschließung, die den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten auffordert, die vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und der UdSSR zu einem Abschluß zu bringen. Ich freue mich, daß auch meine beiden Vorredner die Dringlichkeit dieses Problems ausdrücklich beleuchtet haben. Es ist zweifellos richtig, daß, wie dies Abgeordneter Dr. Tončić schon ausgeführt hat, eine eindeutige Rechtswidrigkeit in der Behandlung dieses Problems durch die Volksdemokratien vorliegt, und es ist ebenso richtig, wie mein unmittelbarer Vorredner sagte, daß ja, um Wege zur Lösung jener erschwerten Beziehungen zu finden, eben eine auf den Rechtsnormen liegende Vorleistung von diesen Volksdemokratien erwartet werden müsse. Und ich gestehe offen, daß mir vor allem die Rückzahlung des österreichischen Vermögens fast noch wichtiger erscheint als die Entfernung von Stacheldraht an den Grenzen, so wichtig und so richtig natürlich auch diese Erwähnung ist. Eine Vorleistung also wäre nötig in Dingen wie des vielfach nach außen hin augenfälligen Sich-distanzieren-Wollens, wie etwa Minengürtel, Eiserner Vorhang, aber vor allem auch in einer Wiedergutmachung, von der wir ja ohnedies wissen, daß sie nur in einem kleinen Rahmen erzielbar ist, auf dem vermögensrechtlicher Sektor.

Das alte, ehrwürdige Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch Österreichs, das ABGB., das in seinen Konzepten eigentlich schon 200 Jahre und in seiner Wirksamkeit etwa 150 Jahre besteht, hat es richtigerweise für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß Schäden, die einem einzelnen erwachsen, weil sich die Allgemeinheit in bestimmter Art verhält, also Kriegsschäden, Nachkriegsschäden, von der Allgemeinheit zu tragen sind. Wir haben, wenn auch schlecht, zögernd, sehr verspätet, diesen Weg auf dem Sektor der Kriegssachschädengesetzgebung, bei Bomben- und Besatzungsschäden beschritten. Wir haben ihn noch nicht beschritten hinsichtlich des Vermögens der Auslandsösterreicher.

Und so sehr ich überzeugt bin, daß die Frage der Vermögensverhandlungen mit dem Ausland im Außenministerium ausgezeichnet betreut wird, so bestürzt war ich über eine Antwort, die allerdings nicht vielleicht vom Herrn Außenminister, sondern vom Herrn Finanzminister kam, in der er die Leistung von Vorauszahlungen für Auslandsösterreicher rundweg ablehnte.

Meine Damen und Herren! Ein Vermögensverlust im Ausland — mag die Hoffnung bestehen, daß wir auf Grund unseres Rechtsanspruches von den Volksdemokratien Ersatz erhalten — ist genauso ein Verlust im Rahmen einer allgemeinen Schädigung wie ein Vermögensverlust durch Bomben oder durch eine Besatzungsmacht. Es müßte daher diese Frage genauso 15 Jahre nach Kriegsende endlich für diese meist armen und meist alten Menschen in irgendeiner Form, ohnedies nur in kleinen, unzureichenden Anzahlungen, gelöst werden.

Ich muß daher diesen Teil der Antwort, die ich zu meiner Anfrage über das Problem der Vermögensverhandlungen mit dem Ausland erhalten habe, entschieden zurückweisen. Die Schwierigkeiten mit den Volksdemokratien sind mir durchaus bekannt. Sie sind bedauerlich. Sie zu ändern, liegt weder in der Möglichkeit des Finanzministers noch in der des Außenministers. Aber in der Frage der Vorauszahlungen müssen wir endlich einen fairen Weg beschreiten. Ich habe schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß das Organ der Auslandsösterreicher geschrieben hat, es wäre in Salzburg eine alte Frau, die in Brunn, glaube ich, einst wohlhabend und reich war, aus Not verhungert. Dies, weil in unserem sogenannten Sozialstaat, Karitativstaat und Wirtschaftswunderstaat und was weiß ich noch eben für viele tausend Menschen einfach der Rechtstitel fehlt und die bürokratische Maschine diese Leute zermalmt, weil sie keinen Anspruch geltend machen können. Einen Anspruch,

der ihnen rein menschlich zukommen würde und der ihnen auch rechtlich zukommen würde, hätten wir nur die Möglichkeit, diese rechtswidrigen Enteignungen im Ausland rückgängig zu machen.

Ich sagte schon vorhin, daß meine beiden Herren Vorredner in einer wahrhaft enzyklopädischen Weise die weltpolitischen Probleme besprochen haben und daß, wenn ich vielleicht von Kubas fidelem Castro absehe, mir eigentlich keine Frage mehr übrigbliebe, die ich noch auszuleuchten hätte. Ich kann diese Problematik daher, als in diesem Hause weitgehend, vielleicht restlos erörtert, beiseite legen und mich auf eine aktuelle Frage beschränken, nämlich auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Ist es richtig, was der Herr Abgeordnete Dr. Tončić gesagt hat: Wir wollen darüber nicht diskutieren, es würde einen schlechten Eindruck im Ausland machen! ? Abgesehen davon, ich werde noch zitieren, daß man auch in der Schweiz in einer Round-table-Konferenz über Europafragen sehr ausführlich vor kurzem darüber sprach, abgesehen davon, daß in München auf der europäischen Parlamentariertagung, wo ich die Ehre hatte, meine beiden Vorredner ebenfalls zu hören, auch das Problem beleuchtet worden ist, glaube ich, ist es notwendig, eine so grundlegende Frage der österreichischen Wirtschaft und Außenpolitik doch in diesem Hohen Hause auch ausführlich, und mag es auch mehrfach sein, zu behandeln. Und in der Feststellung, daß es eine Schicksalsfrage ist, die wir da erörtern, weiß ich mich heute in der glücklichen Lage, mich nicht etwa auf eine „O. Z.“ basieren zu müssen, die Anstoß auf der Linken, wenn auch gehemmtes Schmunkeln auf der Rechten erweckt hat, sondern ich kann vornehme Zeugen nennen. Beispielsweise den steirischen Landeshauptmann Krainer, dessen Äußerungen doch sicherlich nicht etwa als etwas Abzutuendes bezeichnet werden können. Diese Äußerungen wurden in den Zeitungen unter der Überschrift gebracht: „Nicht in Neutralität verhungern!“ Und verzeihen Sie mir, wenn ich die Pressemeldungen, wenn ich etwa das gelesen habe, was Herr Bundesrat Helbich der ÖVP, was der außenpolitische Fachmann und ehemalige Kollege von uns Dr. Koref von der SPÖ gesagt hat und was letzten Endes nun der Landeshauptmann sagt: Ja, ich müßte eigentlich alle diese Herren beschuldigen, meine Ausführungen fast wiederholt zu haben. Das entspricht zwar nicht ihrer Parteidisziplin, aber seien Sie mir nicht böse: wenn Sie das, was hier gesagt worden ist, überprüfen und mit meinen kürzlichen Darlegungen vergleichen, so stimmt es doch fast überein. Und ich glaube, daß man doch etwa den Herrn Landeshauptmann oder Herrn Dr. Koref nicht einer un-

sachlichen Diskussion zeihen könnte. Ich darf daher auf jenem Geleise weiterfahren, das so vornehme Sprecher beider Koalitionsparteien vor mir bereits beschritten haben.

Nun sagte der Herr Landeshauptmann in seiner Rede in Hartberg in der Steiermark: „Die Rücksichtnahme auf unseren Neutralitätsstatus darf nicht dazu führen, daß wir durch eigene Schuld die Vollbeschäftigung gefährden, uns von der Europa-Idee entfernen oder sie gar begraben.“ Ich möchte sagen, das ist fast eine schärfere Formulierung als die, die ich vor Ihnen neulich gewählt habe. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Ein überlegtes kluges Abwägen ... ist selbstverständlich am Platze ... Aber ...: Wir können nicht in Neutralität verhungern. Wir können auch nicht die Europa-Idee angesichts der großen Entwicklungen im Fernen Osten preisgeben und das Herzstück Europas isolieren.“ Beachten Sie, meine sehr Verehrten, den Ausdruck „Herzstück“. Ich habe mir kürzlich einen Vorwurf des Herrn Abgeordneten Czernetz zugezogen. Er war zwar fair mit mir, aber er hat gesagt: „tragikomisch“, weil ich von einer Randlage Österreichs sprach. Auch hier spricht — und er spricht es als österreichischer Patriot — der Landeshauptmann Krainer vom Herzstück. Er empfindet unsere Heimat, so wie ich es in meiner Rede getan habe, als ein Kernstück Europas und nicht als eines in Randlage, in die wir durch diese EFTA-Politik allerdings immer mehr und mehr hineinrutschen.

Was sagt etwa Bundesrat Dr. Koref, sicherlich einer der ersten außenpolitischen Experten des österreichischen Parlamentes, sonst würde er nicht auf sozialistischer Seite Österreich führend in der Interparlamentarischen Union in fast sämtlichen Ländern der Welt zu vertreten haben. Dr. Koref meint: „Man habe das beklemmende Gefühl, daß dieser Schritt“ — nämlich der Schritt statt in die EWG in die Freihandelsvereinigung — „nicht ganz ohne Schockwirkung bleiben kann.“ „Mit dem Schritt, den wir nun vollziehen, hat jedoch die Europa-Idee einen Stoß bekommen.“ „Die Öffentlichkeit hat dies wie eine kalte Dusche empfunden.“ Und weiter Dr. Koref: „Es erhebt sich die Frage: Mußten wir ... an der Aufspaltung des freien Europa mitwirken?“ Und er stellt die Frage, wie sich die Sowjetunion eigentlich wirklich verhalten hat, ob man nicht die Haltung irgendwie vorweggenommen hat. Dr. Koref sagte schließlich: „Unsere offizielle Haltung läßt den beklagenswerten Schluß zu, daß seitens Rußlands zu irgendeinem Zeitpunkt eine sehr engherzige Interpretation des Artikels 4 des Staatsvertrages ... erfolgt sei.“ Wie er feststellte, hätte man die Pflicht, das dem österreichischen Volk zu sagen, es würde die Zähne

zusammenbeißen und die Konsequenzen tragen.

Wir wissen nichts von einem solchen Schritt Rußlands. Wir hören im Gegenteil Distanzierungsmeldungen, daß ein solcher Schritt weder erfolgt sei noch angedeutet worden wäre.

Auch Bundesrat Helbich ist, wenn Sie sich der Rede im Bundesrat, die Sie ja gelesen haben werden, entsinnen, den Weg eines gewissen Vorbehaltes gegangen. Er hat eine Haltung wie die meisten Vertreter der Österreichischen Volkspartei eingenommen. Weniger, wenn sie sprechen, als wenn sie miteinander sitzen oder intern beisammen sind, nämlich die Haltung, im Innern für die Europäische Gemeinschaft, für die EWG zu sein, sich dann aber natürlich aus disziplinären Gründen unter gelegentlicher Heranziehung — mein Vorredner Dr. Tončić kann das ja ausgezeichnet — völkerrechtlicher Begründungen für die Freihandelsvereinigung auszusprechen. Es ist dies eine gesplante Haltung, und wir kommen in ganz Österreich in eine solche gesplante Haltung hinein.

Aber noch etwas: In diesen ausgezeichneten, sehr offenen, sehr mutigen, sehr demokratischen Ausführungen des Linzer Bürgermeisters steht etwas drin, was ich persönlich bedauere — gerade bei einem Sprecher seines Formates bedauere. Er sagt — das ist wahrscheinlich die Konzession an die Partei oder an die Koalitionsdisziplin —, man biete der Freiheitlichen Partei eine willkommene Gelegenheit, an die primitiven nationalen Instinkte zu appellieren.

Haben Sie den Eindruck, daß ich, wenn ich hier vor diesem Hohen Haus zur Frage EWG gesprochen habe, an sogenannte primitive nationale Instinkte appelliert hätte? Ich glaube, bei keinem Satz, bei keiner Begründung können Sie mir dies nachweisen. Aber ich kann es Ihnen nicht ersparen, dazu doch einiges zu sagen. Man wird nämlich keineswegs deshalb ein guter Europäer, weil man sich nicht zu Heimat und Vaterland bekennen will. Wir Freiheitliche lehnen Radikalismus und Entartungen eines Nationalbewußtseins sicherlich ab. Wir lehnen es sicherlich ab im Wissen, wieviel Bürger- und Bruderkriege in den letzten Jahrzehnten ein extremer Chauvinismus diesem Kontinent bereitet hat. Wir werfen nicht Schuldfragen auf, sondern wir können bei einer Durchleuchtung der Vergangenheit dieses Kontinents nur feststellen, daß ein solcher radikaler Chauvinismus wohl in allen Teilen Europas und in vielen Teilen der Welt Unglück gebracht hat. Wir glauben aber, daß es ein gesundes nationales Bewußtsein gibt und daß dort, wo dieses Bewußtsein schwindet, nicht etwa ein europäisches an

seine Stelle tritt, sondern meist ein reiner Nihilismus, ein purer Materialismus, eine Vergötterung, ich weiß nicht, von der Micky-Maus über die Comics bis zum Satchmo. An Stelle der Fahne, der Ideale, Vaterland und Heimat treten Pseudoideale oder gar nichts. Wenn wir uns daher zu einem gesunden nationalen Gedanken bekennen, wie zu unserer österreichischen Heimat und zur Vereinigung unseres Kontinents, dann ist es uns klar, daß das immer irgendwelchen Mißdeutungen unterliegt. Wir Freiheitlichen sind aber nicht bereit, deswegen zu schweigen oder deswegen diesen unseren Grundsatz aufzugeben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die „Arbeiter-Zeitung“ von heute schreibt dazu: „Diese neoeuropäischen Patrioten,“ — das bin wohl ich — „die Europa im Munde führen, in Wahrheit darunter aber die Auferstehung des ‚tausendjährigen‘ Großdeutschen Reiches oder gar des Imperiums Karls des Großen meinen...“ Vom Neonazi zum Neokarolinger also, von Adolf zu Karl dem Großen oder Karl dem Gallier! Man müßte hier das Verbotsgesetz ändern und nach § 4 des Verbotsgesetzes nun auch die Neoeuropäer und die Neokarolinger unter Strafsanktion stellen. Eine Warnung an alle Redner und Sprecher der Freiheitlichen draußen, eine Warnung: Hütet euch, Karl den Großen zu loben, denn auch dies könnte Anstoß erwecken!

Und nun steht hier weiter in diesem Artikel: „... jene Mächte, die trotz allen Warnungen im Europarat ihre eigenbrötlerische und eigensüchtigen Zwecken dienende Sechsergemeinschaft gegründet haben.“ Ja, meine sehr Verehrten! Vor kurzem, auf einem großen Gewerkschaftskongreß sprachen Gewerkschaftler aller Länder nicht nur in Österreich, auch jetzt hat Jean Monnet — ich weiß nicht, in welcher Stadt der Kongreß stattgefunden hat — eine Rede darüber gehalten. So wie ich Ihnen schon kürzlich nachwies, daß in der österreichischen Gewerkschaftsleitung vom „Meilenstein“ der EWG gesprochen wird, so haben in ganz Europa Sozialisten größten Formates — ich weiß nicht, wer den Artikel geschrieben hat, ein „J. S.“ —, vielleicht eines größeren Formates als der Artikelschreiber sogar, sich zu diesem vereinigten Europa bekannt, und Sprecher der Sozialisten, auch Österreichs, auch Sprecher der Österreichischen Volkspartei haben das Positive und Großartige der Tatsache, daß diese EWG geschaffen wurde, ja daß sie supranational geschaffen wurde, hervorgehoben. Daß sie sich nicht in kleinen Streitereien ergeht, sondern eine größere Klammer über verschiedene Staaten zieht und schafft, wurde gelobt und nicht, wie in diesem Artikel, von eigenbröt-

lerischen und eigensüchtigen Kräften gesprochen.

Das Thema ist zu umfangreich, um jetzt diesen Teil länger vor Ihnen auszuführen.

„Schützt die demokratische Republik Österreich“, schreibt die Zeitung „Der Privatangestellte“. Der Artikelschreiber, der Bundesjugendobmann der Gewerkschaft der Privatangestellten Horak, nennt mich einen salonfähigen Nationalen. Bitte, es ist immerhin erfreulich, daß er mir das Prädikat des „salonfähigen“ gibt, aber aus diesem ganzen Artikel ersieht man, wie irrig die Probleme gesehen werden. Man sagt, die österreichischen Nationalen schwärmen für einen anderen Staat, für Deutschland. Völlig falsch, meine sehr Verehrten! Sie sind Österreich genau so und unserer Auffassung nach mehr und besser verbunden als Sie, denn sie basieren auf einem Jahrtausend deutscher Geschichte Österreichs, das man nicht einfach abstreiten und abschreiben kann. *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber heute sind das doch Probleme der Vergangenheit, heute reden wir doch gar nicht mehr davon. Es war dem Herrn Vizekanzler vorbehalten, das Wort „Anschluß“ hier vor Ihnen zu nennen. Heute sprechen wir doch von einer gesamteuropäischen, einer großen Zusammenarbeit dieses Kontinentes, die so unendlich wichtig ist, daß Redner um Redner es immer wieder unterstreichen müssen.

In der letzten Debatte hat der Herr Abgeordnete Czernetz davon gesprochen, ich hätte die politische Bedeutung der EWG in Frage gestellt, abgeleugnet; ich kann mich an das Wort nicht mehr genau erinnern. Nein, verehrter Herr Kollege, ich habe sie begrüßt, denn ich bin felsenfest überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung nicht genügt, sondern daß sie immer politisch untermauert werden muß. Aber ebenso klar ist mir: Unsere Neutralität ist eine militärische! Die Freiheitliche Partei hat übrigens die militärische Neutralität immer wieder unterstützt, da schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“, sicher eines der besten Organe, das wir in deutscher Sprache in Europa haben, durchaus falsch. Aber so sehr wir für die militärische Neutralität eingetreten sind, so sehr lehnen wir etwas ab, was ich die „Ölflecktheorie“ nennen möchte, nämlich die These, daß sich diese Neutralität anscheinend immer weiter verbreitet. Zur militärischen sagt man ja, das nächste Mal gehört auch die wirtschaftliche zur militärischen — es liegt schon eine Expertise dazu vor —, und dann am Schluß enden wir dort, daß wir schließlich das von Staatssekretär Grubhofer vorgesehene Neutralitätsgesetz schaffen, daß wir uns neutralisieren, daß wir die militärische, wirtschaftliche, politische Neu-

tralität schließlich auch ins Geistige hinein ausdehnen. Ich bin felsenfest überzeugt, es findet sich dann ohne Schwierigkeiten auch ein Völkerrechtler von Format, der Ihnen etwa beweisen kann, daß zu einer echten militärischen Neutralität auch die geistige gehört. Denn das Geistige ist doch der Unterbau — die ganzen Spannungsmomente entstehen aus der Idee heraus —, und Sie können das ausdehnen und ausdehnen, bis es weit über das hinauskommt, was der Sinn dessen ist, was wir alle gemeinsam hier in diesem Hohen Hause unter Neutralität wirklich verstehen.

Man sagt: politisch. Nun, Sie werden eine kürzliche Hallstein-Rede zu dem Problem sicher gelesen haben oder das, was in München der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Dr. Kiesinger dazu gesagt hat: In Wahrheit gibt es ja heute nur politische Konsultationen der Außenminister. Und ich hätte gar nichts dagegen, wenn auch in einem militärisch neutralen Österreich der österreichische Außenminister sich an solchen Konsultationen beteiligen würde.

Man sagt: Eine europäische Solidarität ist im Widerspruch zur Neutralität. Meine Damen und Herren! Als die UNO geschaffen wurde in San Franzisko, hat man dort lange debattiert, ob nicht der Begriff der Neutralität überhaupt dem Sinn der Vereinten Nationen widersprechen würde. Es gab viele Stimmen, die da meinten, man möge einen solchen Hinweis auch in die Satzungen der UN aufnehmen. Man hat das dann nur deswegen nicht gemacht, weil man der Auffassung war, der Sinn der Neutralität in der alten Ausprägung sei eben durch eine solche Weltvereinigung völlig überholt.

Es ist schon so, wie Kollege Czernetz hier sagte: Wir leben in einer Zeit der Aufgabe von Souveränitätsrechten. Seinerzeit hat der Staat, der ja damals auch eine wirtschaftliche Autarkie noch vielfach anstrebte, ganz anders bei den Souveränitätsrechten, wie soll ich sagen, wie die Henne auf den Eiern gebrütet. Heute gibt man Souveränitätsrechte ab bei der UNO, bei zahlreichen anderen Verträgen. Es würde zu weit führen, und außerdem kann ich mich an dem Ringen der ersten Völkerrechtler dieses Hauses sicher auch nicht in diesem Maße beteiligen, es würde meine Aufgabenstellung und auch mein Wissen überschreiten, jetzt nachzuweisen, welche Souveränitätseinschränkungen von Vertrag zu Vertrag vor sich gegangen sind. Das war auch der Grund, warum die Schweiz nicht der UN beitrug, weil sie diesbezüglich ab ovo eine andere Stellungnahme als Österreich bezogen hat.

Und nun hören wir, daß — interessanterweise, erstaunlicherweise — bereits Fühler

ausgestreckt werden zwischen der EWG und weniger der EFTA als Großbritannien, und wir hören ferner, daß eine sehr interessante Idee besteht, über die Westeuropäische Union, also über eine mit der NATO in Verbindung stehende Körperschaft, diesen Ausgleich zu schaffen. Gefällt vielleicht das den Russen? Wird das den Russen angenehmer sein, wenn das große Großbritannien sich so mit der EWG eher arrangiert und die EFTA und die kleineren Staaten der EFTA dann beiseite bleiben? Ist es da nicht begreiflich, daß Europäer wie Maurice Faure, daß Europäer wie Antoine Pinay gesagt haben: „Wir verstehen Österreich nicht mehr. Wir verstehen es nicht mehr, warum es diesen politischen Weg gegangen ist.“

Man sagt: Ja, das wäre eine Gefährdung gewesen für das Land. Ich könnte Ihnen jetzt — aber es würde wirklich zu lange dauern — die sowjetischen Stimmen zur EWG zur Kenntnis bringen aus einer ganzen Reihe von russischen Zeitungen: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Außenhandel und so weiter, ein umfangreicher Artikel von Suslin in der Wirtschaftspublizistik der Sowjetunion. Sie werden eigentlich diese Art der Kritik nicht finden, die man hier erwarten könnte, und über die Frage Österreich wird da überhaupt kein Wort verloren. Es werden die wirtschaftlichen Probleme beleuchtet, die Gefahr einer Friedensbedrohung sieht man darin nicht. Man sieht sie in der NATO, und in der NATO steht eben England, und über die Brücke der Westeuropäischen Union, der man damit neues Leben einflößen will, wickeln sich dann vielleicht Gespräche ab, die möglicherweise sehr zu unseren Ungunsten verlaufen und über unsere Interessen hinweggehen könnten.

Es ist zweifellos richtig, wie Dr. Tončić in München ausgeführt hat, es gibt die Integration der Außenseiter wie die Frage des Commonwealth. Auch heute wurde hier schon beleuchtet: Es ist enorm wichtig, daß Europa mit dem Commonwealth in enger Beziehung bleibt! Sicherlich hätten wir mehr zu verlieren, wenn das Commonwealth sich entwickeln würde und wir lediglich die britischen Inseln in eine europäischen Gemeinschaft gewinnen würden. Besser, wenn der Zustand bleibt, wie er ist, oder es sogar möglich ist, eine enge Bindung Großbritannien—Commonwealth—Europa zu schaffen.

Die skandinavischen Staaten stehen wiederum in enger Beziehung, wirtschaftlich, auch sonst, zu England. Es gibt ferner die ideologischen Außenseiter Portugal, Spanien, Jugoslawien und die sogenannten neutralisierten Staaten. Hier gehe ich durchaus mit den

Darstellungen des ersten Redners von heute einig. Aber ich glaube, daß es falsch ist, anzunehmen, es wäre für Österreich gut, sich an einen peripheren Block anzuhängen, sich mit jenen zu einen, die im Kontinent außerhalb stehen. Die Schweiz handelt so, auf Grund politischer Überlegungen, und die übrigen tun es auf Grund ihrer geographischen Randlage. Ich glaube nicht, daß eine Assoziation — ich weiß nicht, wer es gesagt hat, der Herr Außenminister oder ein anderer Redner — „Riese—Zwerg“, EWG—Österreich wirklich so schwer gewesen wäre. Man soll diese Möglichkeit übrigens auch der zukünftigen Entwicklung wegen nicht vollkommen in ein Eck stellen.

Der deutsche Minister Merkatz hat vor kurzem gesagt: Ob bilateral oder multilateral, wird praktisch auf das gleiche hinauskommen. Aber menschliche Gruppen haben die Neigung, sich auseinanderzureden, und je mehr wir in zwei Blöcken in Europa sind, desto eher werden wir uns leider, gegen den Willen der Europäer, gegen den Willen vielleicht vieler in den Blöcken, gegen den Willen sicher dieses Hauses, auseinanderreden.

Und noch etwas. Ich halte es nicht für gut, mit dem „big bad wolf“, mit dem bösen roten Wolf, zu drohen. Wir hörten einmal, daß der Herr Abgeordnete Maleta in einer Debatte dargestellt hat: Wenn man nicht in der Koalition verharren würde, wenn es nicht die Koalition gäbe, dann würde uns der „böse Wolf“ bedrohen. Später haben wir das bei der Montanunion gehört, jetzt hören wir es bei der EWG. Ich weiß nicht, ob diese Äußerungen beim „bösen Wolf“ wirklich Freude erwecken werden. Ich glaube schon, daß der Herr Bundeskanzler recht hatte, als er einmal gesagt hat: Man solle den russischen Bären nicht immer zwicken. Sie erinnern sich, daß damals diese Politik der ruhigeren Beziehungen begonnen hat. Ich habe nun das Gefühl, daß man auch in diesem Haus den Bären etwas zwickt, wenn man ihn immer interpretiert, wenn man immer sagt: Der Kreml wird, wenn Österreich in die EWG hineingeht, zu marschieren beginnen! Es wurde sogar gefragt: Wer wird uns dann helfen? Und ein Taferlklaß-Spaßettler hat gesagt: Die FPÖ! Auf die kluge Rede des Abgeordneten Czernetz war das ein Micky-Maus-Scherz. Aber ich gebe zu, er war an sich isoliert ganz witzig; im Zusammenhang weniger. Werfen wir doch um Gottes willen nicht die Frage auf, wer uns dann helfen wird! (*Abg. Dr. Neugebauer: Man muß für jeden witzigen Zwischenruf dankbar sein!*) Richtig. Ich bin dankbar, Herr Kollege, es weckt mich immer enorm auf. Ich danke Ihnen bestens.

Meine Verehrten! Die Situation ist doch die: Wem dient es, wenn man immer wieder auf diese Gefahr hinweist, von der ich überzeugt bin, daß sie nicht vorhanden ist? Ich glaube, niemand in diesem Haus glaubt ernstlich, daß die Russen etwa marschieren würden wegen eines Abschlusses Österreich—EWG. Ich glaube im Gegenteil, daß Hinweise dieser Art sogar unserem außenpolitischen Konzept schädlich sind. Wenn man immer darauf hinweist, dann müßte man eigentlich auch zu dem leidvollen Kapitel sprechen, wer dann helfen würde, und dann kämen wir mitten hinein in die Diskussion über einen atomaren Krieg, den wir doch wahrlich alle vermeiden wollen.

Aber welche Möglichkeiten stehen denn wirklich vor uns? Wie richtig hat — ebenfalls in München — der deutsche Sozialist Dr. Heinrich Deist gesagt: „Entweder Europa realisieren, oder an der Realität vorbeigehen!“

Ich habe mir hier eine Fülle von Zahlenmaterial aufgeschrieben, aber ich erspare es Ihnen, es noch einmal zu hören. Wir werden ja zu dem Thema noch ein drittes Mal zu sprechen haben. Aus all diesem Zahlenmaterial geht hervor — ein Redner Ihrer Partei, der Herr Abgeordnete Dr. Lechner in Innsbruck hat auch zum Agrargebiet ein solches Zahlenmaterial vorgebracht —: die Realität ist die EWG. Die Hoffnung, daß wir uns in der Freihandelszone große und neue Märkte schaffen und, ich weiß nicht, daß wir dann die 50 Prozent gefährdeten Handel mit der EWG ersetzen, kann ich leider nicht teilen.

Welche Möglichkeiten gibt es also? Es gibt die Möglichkeit von Verhandlungen im Rahmen der OEEC. Die würde ich sehr begrüßen. Bei dem bedauerlichen Wechsel der Einstellung der amerikanischen öffentlichen Meinung zur OEEC und infolge verschiedener anderer Umstände befürchte ich, so wird es nicht gehen. Und dann kommt der sogenannte Brückenschlag. Dazu werde ich heute noch sprechen. Ich würde ihn jetzt begrüßen. Denn ich weiß, mit meinen Argumenten werde ich Sie nicht überzeugen können. Obwohl viele Ihrer eigenen Sprecher sich dann meine Argumente ausborgen, werden sie sich bei der Abstimmung dann wieder für die anderen, zum Teil als falsch empfundenen Argumente entscheiden. Dann werden wir eben in die Kleine Freihandelszone eintreten und können nur hoffen, es kommt zu diesem erhofften Brückenschlag. Auch ich werde mithoffen, als Europäer werde ich mithoffen. Aber Sie werden mir gestatten, daß ich mit Angst und Furcht mithoffe, daß vielleicht dieser Brückenschlag nicht oder sehr spät

erfolgen mag. Es gäbe dann noch die individuelle Assoziation, den Weg, wie ihn Griechenland und die Türkei gehen.

Wir Freiheitlichen stimmen übrigens vollkommen mit dem Herrn Vizekanzler überein, wenn er hier, als er mir eine Antwort gab — erst von oben, dann von unten —, sich gegen Diktaturformen jeder Art ausgesprochen hat. Es stand damals in der „Arbeiter-Zeitung“, er habe eine Geschichtslüge widerlegt. Die Angelegenheit, die ich hier vorbrachte, stand in der „O. Z.“. Ich habe sie mir nicht aus den Fingern gesogen, sie kam aus einer Quelle, es konnte daher nicht ich, sondern nur dieses Blatt widerlegt werden. Außerdem gibt es andere Quellen, die sagen: Der formelle Beschluß der Sozialdemokraten war mit der Machtergreifung Hitlers in Zusammenhang zu bringen, eine faktische Erkaltung der früheren Anschlußtendenz war allerdings schon unter Brüning festzustellen. Aber lassen wir das, das ist Vergangenheit, das ist Geschichte. Man wird es so oder so auslegen können. Aber, meine sehr Verehrten, was hat denn das mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu tun? Der Herr Vizekanzler hat am Schluß — ich erinnere mich noch genau — mitreißend davon gesprochen, daß daher die Sozialisten immer gegen jede Diktatur sind. Ja, fürchtet er den Adenauer oder den de Gaulle? Wer übt denn eine Gewaltherrschaft in der EWG aus? Ich verstehe vollkommen, daß man sich hier über die geschichtliche Entwicklung ausspricht, aber das Argument gegen die EWG kann doch nicht sein, daß dort eine Gewaltherrschaft ist und daß nun eine Gewaltherrschaft über Österreich ausgedehnt werden würde.

Was ist denn also die EFTA, die Freihandelsvereinigung? Sie ist entweder ein Verein zentrifugaler Kräfte in Europa oder zumindest eine solche von Außenseitern, und wir Freiheitlichen wollen nicht, daß Österreich ein europäischer Außenseiter wird! Wir sehen eine Vision einer europäischen Gemeinsamkeit, keinen totalitären Termitenstaat, sondern eine Gemeinschaft freier Menschen, und in diese Gemeinschaft freier europäischer Menschen wollen wir Freiheitlichen eben Österreich hineinführen.

Ich sprach vorhin von zentrifugalen Außenseitern. Sie werden mir recht geben, daß am Scheitern der großen Freihandelszone — und eine solche Gemeinschaft hätte entstehen können — England sicherlich nicht schuldlos ist. Ich stütze mich auf den Labour-Abgeordneten Darling — zu deutsch Liebling. Der Labour-Abgeordnete Darling hat vor einigen Tagen in München bei der Parlamentarier-Konferenz gesprochen. Er ist der *economichip*, das heißt der wirtschaftliche Ein-

peitscher seiner Fraktion, er ist also in einer ebenso vornehmen Situation, wie es etwa seinerzeit der Abgeordnete Dr. Koref als Außenpolitiker seiner Fraktion gewesen ist. Also keiner, den man etwa so mit einem Handkuß abtun kann. Dieser Abgeordnete Darling sagte kürzlich folgendes: Die Engländer müßten erst davon überzeugt werden, daß durch eine Integration mit dem Gemeinsamen Markt oder selbst einer Freihandelszone ihre Beziehungen zum Commonwealth nicht abgeschnitten werden. Und nun weiter wörtlich folgendes: Die meisten Briten fühlen sich nämlich mit Neuseeland, Australien, Kanada oder Teilen Afrikas und Asiens mehr verbunden als mit Frankreich, Deutschland, Belgien, Holland oder Italien. Das ist ein Kernpunkt, meine sehr Verehrten! Ich verstehe es, ich verstehe es vom Standpunkt der Engländer aus, aber ich verstehe es nicht vom Standpunkt der Österreicher. Denn wir fühlen uns eben mit den Teilen Afrikas und Asiens nicht so eng verbunden wie mit Frankreich, Belgien, Deutschland, Holland, Italien, mit unseren europäischen Bruderstaaten rund um uns herum. (*Abg. Dr. Migsch: Das ist eine große Frage des Gefühls!*) Das ist nicht nur eine Frage des Gefühls, sondern es ist auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft. Ich habe Ihnen ja gesagt, daß ich die Zahlen nicht vorlese. Ich könnte meinen Standpunkt aber auch jetzt noch im Detail begründen. Wir stehen nun in einer Koalition der Peripherie.

Was ist denn das Entscheidende der englischen Politik? Balance of power — Ausgleich der Macht. England war zu einem Zeitpunkt, als Europa heruntergebrochen war, einer der Promotoren der europäischen Einigung, von Interlaken beginnend, den Haag und überall. Die prominenten Europäer in Ihren Reihen werden es mir bestätigen können. England sprach damals immer entschieden dafür. Kaum aber war in der Montanunion, im Gemeinsamen Markt eine starke Einheit Europas zusammengeschlossen, da richtete sich das System der Balance of power wieder anders aus, und England begann zu bremsen. Es begann in Straßburg zu bremsen, es hat das Zustandekommen des Gemeinsamen Marktes nicht für wahrscheinlich gehalten. Als dann die Beschlüsse von Messina und Rom doch dazu führten, war man in einer schwierigen Situation, und man versuchte, mit einem irrealen Konzept diese zu lösen. Heute hat es England aber immerhin erreicht, daß es sich mit einer Reihe peripherer Staaten, zu denen Österreich wie die Faust aufs Auge paßt, verbünden kann, um abermals eine Art Balance of power in Europa herzustellen. Meine sehr Verehrten, ein äußerst gefährliches Konzept!

Wir Freiheitliche stellen die europäische Solidarität voran. In der UNO haben wir in einem sehr theoretischen Konzept die Welt-solidarität vorangestellt. Aber die wichtigste Frage und der erste Schritt scheint uns doch eine europäische Solidarität, mit einer sogenannten Supranationalität. Warum nicht?

Es wurde eingewendet, die Schweiz habe nicht diskutiert. Vor kurzem ist in der Schweiz eine Europa-Woche zu Ende gegangen. Es gab dort eine Round-table-Diskussion, und ich erwähne nur einen, den Nationalrat Borel, der sagte: Wir können die Kleine Freihandelszone mit dem Übergewicht Großbritanniens nicht für lebensfähig halten. Die Ausführung eines Schweizer Nationalrates, der beileibe nicht allein stand, sondern von Politikern und Wirtschaftlern unterstützt wurde. Die amtlich plakatierte Gegnerschaft der Schweiz gegen die EWG wurde von vielen Fachleuten nicht geteilt, wie sie übrigens auch in Österreich von vielen Politikern und sehr vielen, ich möchte sagen, allen Wirtschaftlern, auch vielen Gewerkschaftlern, sicherlich nicht geteilt wird.

Der Brückenschlag ist jetzt die Hoffnung. Soll ich Ihnen wieder Zeitungsartikel dazu nennen? „Die Zeit ist noch nicht reif“. „London: Kein rascher Brückenschlag. England hat die Freihandelszone nur als Abwehrreaktion gegen die EWG gemacht“. „Die Dringlichkeit eines Brückenschlages zwischen den beiden Organisationen wird in Großbritannien nicht erkannt!“ — Ich bleibe bei Überschriften, aber diese Überschriften sind meiner Ansicht nach real genug.

Das Ende dieses Konzeptes also ist: Wir Österreicher — nicht nur nach meinen Ausführungen, sondern auch denen des Dr. Koref und vieler anderer ein Herzstück Europas —, wir Österreicher haben uns an die Peripherie drängen lassen. Hoffen wir, daß der Brückenschlag gelingt. Hoffen wir, daß wir diese periphere Lage, die man nicht mit „tragikomisch“ und geographischer Situation begründen kann, überwinden.

Verzeihen Sie, daß ich zum Schluß noch rasch auf einige andere außenpolitische Probleme zu sprechen komme, beziehungsweise auf Probleme, die auch nach Innerösterreich hereinspielen.

Die Frage Südtirol wird heute noch von meinem Klubkollegen Mahnert ausführlich beleuchtet werden, ich brauche daher dazu nichts zu sagen. Ich möchte nur über die Problematik Südkärntens einige wenige Worte verlieren.

Wien hatte schon von 1918 bis 1920 den bedauerlichen Ruf, diese Probleme nicht zu verstehen und den Wünschen der Bevölkerung immer wieder eine gewisse Portion Mißachtung

entgegenzusetzen. Das hat dort seinerzeit Unruhe geschaffen, und auch heute schafft es Unruhe.

Im Frühjahr hat man mit dem Außenamt in Belgrad verhandelt. Jugoslawien hat die Erweiterung des kleinen Grenzverkehrs auf eine Entfernung von 20 Kilometern verlangt. In Kärnten hat eine ganze Reihe von zuständigen Stellen, vor allem aber die Bevölkerung der Grenzzone dies abgelehnt, denn die Bevölkerung ist gegen jede Erweiterung titokommunistischer Invasionsmöglichkeiten nach Kärnten, und sie will ihre Ruhe haben, begreiflich nach der Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Sie hat bis heute aber eine beruhigende Erklärung vermißt, im Gegenteil, man hört, daß man wieder im Bundesministerium für Äußeres bereit sein soll, auf diese jugoslawischen Wünsche einzugehen. Ich bin an sich durchaus für den kleinen Grenzverkehr in allen Teilen der Welt, aber in diesem Gebiet mit einer blutenden und ungelösten Grenzfrage, mit dem immerwährenden Versuch, dort einzugreifen, dort, glaube ich, sollte man eine solche Lösung doch wohl weit zurückstellen.

Ja, man hört von der Eröffnung eines Generalkonsulates in Laibach, das dem eben krankheitshalber pensionierten Kärntner Landesamtsdirektor Newole anvertraut werden soll. Auch hiefür sehe ich gerade bei der Knappheit der Mittel des Außenamtes keine unbedingte Notwendigkeit. Ich glaube, zumal wir in Agram und in Belgrad vertreten sind, daß es wichtigere Probleme zu lösen geben würde.

Wir hören von einer angeblichen Äußerung des Herrn Außenministers — ich bin da nicht authentisch informiert —, wonach er in der Minderheitenfrage einen Vergleich gezogen haben soll zwischen Südtirol und Südkärnten. Natürlich, er hat sicherlich insofern recht, wenn er die Rechte, die wir in Südtirol für die Deutschen verlangen, auch unseren Minderheiten im eigenen Lande gewährleisten will. Aber es geht doch überhaupt an dem Problem vorbei, wollte man die beiden Verhältnisse gleichsetzen. In Südtirol: ein geschlossener deutscher Block mit vier — darunter allerdings zwei große Städte — mehrheitlich italienischen Siedlungen. In Südkärnten: kein geschlossener Block von Slowenen und nur vier Gemeinden, kleine Gemeinden mit einer eindeutig slowenischen Mehrheit. Es ist überhaupt nicht in Vergleich zu ziehen, es sind geradezu konträre Situationen.

Und noch etwas: Die slowenische Minderheit und mit ihr auch Jugoslawien verlangt, daß ein Teil der Bevölkerung, die Windischen, einem sprachlichen und nationalen Zwangsregime unterworfen werden sollen. Und das

können wir nicht hinnehmen. Denn überall, wo Völker aneinandergrenzen, gibt es Randerscheinungen: die Mazuren, die Kaschuben, die Slonschaken. Ich könnte eine Reihe aufzählen. Leider ist Herr Dr. Tončić nicht da; er könnte mir noch eine größere Fülle einflüstern, denn er ist ein besonderer Fachmann auf Überschneidungsgebieten. Ich bin felsenfest überzeugt, daß es sehr viele Probleme in der Welt gibt, die schwierige Lösungen erfordern. Aber ein System, diese Kärntner Windischen — und mehrere zehntausende bekennen sich ja zu ihnen — einfach abzustreichen, wie das in diesem Hause schon passiert ist, sie gewissermaßen zu slowenisieren: ja, wo haben wir da das System der Charta der Vereinten Nationen, die Deklaration der Menschenrechte, die österreichische Verfassung? (Abg. Dr. Neugebauer: Das ist doch unseriös, die Windischen als eigene Nation zu bezeichnen!) Herr Kollege, Sie wissen, daß diese Menschen ihre Eigenständigkeit wollen, und für uns Freiheitliche ist, wie der Name schon sagt, das persönliche Bekenntnis oder Nichtbekenntnis zu einer Minderheit entscheidend; das ist entscheidend. (Abg. Dr. Neugebauer: Wenn es in Südtirol Deutschsprachige gäbe, die sich so verhalten würden, dann würden Sie und Ihre Partei sie als Verräter brandmarken!) Herr Kollege, wir sind in der glücklichen Lage, daß es in Südtirol die Ladinern gibt, die sich trotz ihrer romanischen Sprache zum deutschen Volkstum bekennen. (Abg. Dr. Neugebauer: Die Ladinern sind etwas anderes!) Ich sehe nicht ein, warum wir Kärntner Windische, die eine eigene Mischsprache haben, zu Verrätern brandmarken sollen, weil sie nicht Slowenen sein wollen. (Abg. Dr. Neugebauer: Das ist doch eine Schöpfung von Leuten, die von Geschichte keine Ahnung haben! Das ist politisch gemacht worden!) — Abg. Dr. W. Weißmann: Von diesen Problemen verstehen Sie zuwenig!) Herr Kollege, sprechen Sie doch mit den Menschen unten! (Abg. Dr. Migsch, auf Dr. Neugebauerweisend: Der Mann hat die Geschichte der südslawischen Völker studiert! — Abg. Dr. Hofeneder: Aber die der Windischen offenbar zuwenig!) Herr Kollege, ich bin mir ebenso im klaren, daß in der Geschichte ... (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich bin mir über die Vornehmheit Ihrer Argumente und Ihrer Gesinnung vollkommen im klaren. Aber, Herr Kollege, Sie reiten hier ein historisches Pferd. Selbstverständlich können Professoren der Geschichte auch beweisen, daß es keine Mazuren und keine Kaschuben gibt, sie werden aber anerkennen müssen, daß es dort Überschneidungen gibt. Für uns als Österreicher muß aber interessant sein — und der Zwischenruf des

Herrn Abg. Dr. Weißmann beweist, daß er hier meine Auffassung teilt —, daß sich Zehntausende in diesem Lande einem Mischvolk zugehörig fühlen und sich nicht als Slowenen bezeichnen lassen wollen. Darauf kommt es an, und ich finde, daß wir das Recht und die Pflicht haben, diese Menschen in ihrem Wunsche auch in Österreich zu vertreten, genauso, wie die Vertreter der burgenländischen Kroaten am 26. November 1955 in Siegendorf, wo sehr viele Sozialisten, sehr viele Bürgermeister aus sozialistischen Reihen dabei waren, richtig gesagt haben: Auf keinen Fall kann man aus den Rechten, die der Minderheit eingeräumt werden, eine Pflicht für sie machen. Was für die Kroaten im Burgenland gilt, gilt selbstverständlich auch in Kärnten. (Abg. Dr. van Tongel: Nur daß sich diese Windischen 1920 zu Österreich bekannt haben! — Abg. Doktor Neugebauer: Da hat kein Mensch von Windischen geredet! Ihr Geschichtsschreiber Wutte hat keinen Windischen gekannt, nur Slowenen! — Abg. Dr. van Tongel: Heimat-treue Kärntner!)

Herr Kollege! Ich glaube, es würde die heutige Debatte sprengen, wenn wir zu der Ausleuchtung der Weltpolitik, die dankenswerterweise meine beiden Vorredner vorgenommen haben, jetzt noch die Ausleuchtung der Historik der Minderheitensituation inner- und außerhalb unserer Grenzen versuchen wollten. Es wird ja noch Gelegenheit sein, bei anderen Kapiteln darüber zu debattieren.

Um zum Schlusse zu kommen: Der Herr Abgeordnete Maleta hat einmal in diesem Hause in einem Zwischenruf gesagt: Er verstehe das nicht, was ich mit meiner Bemerkung meine, man solle nicht nur europäisch reden, sondern auch europäisch abstimmen. Nun, ich habe das Gefühl, daß die von mir zitierten Worte auch von Rednern der anderen Parteien gebraucht wurden, die genau das sagten, zum Teil akzentuierter, was ich bei der letzten Debatte ausführte, daß sie also europäisch gesprochen haben. Wenn es aber zur Abstimmung über diese außenpolitischen Probleme kommt, dann fehlt eben die entsprechende Handlung, und so habe ich das gemeint. Ich finde, ein Abgeordneter dieses Hauses, der weiß — und es wissen viele —, daß der Weg in die EFTA ein Seitenweg ist und der Weg in die EWG ein Weg zu einem einigen Europa gewesen wäre, der hätte sich auch in einer Abstimmung entsprechend zu verhalten.

Aber das soll nicht der Schluß sein. Der Schluß meiner heutigen Ausführungen soll noch einmal unterstreichen, daß wir alle im Rahmen einer sachlichen Diskussion — da gebe ich meinem ersten Vorredner recht —

uns mit fundamentalen Problemen der Außenpolitik zu befassen haben und daß wir — und das soll der heutige Tag beweisen —, selbst wenn wir verschiedener Auffassung sind, doch im Grundlegenden, mögen auch die Auffassungen über die Wege andere sein, hoffentlich in einem übereinstimmen: die Zukunft Österreichs nur in einem vereinten Europa zu sehen.

Wir werden im Kapitel Außenpolitik, wie ich schon eingangs ausführte, ebenfalls negativ abstimmen. Das heißt aber nicht, daß wir nicht die enge Fühlungnahme mit dem Außenamt begrüßen, daß wir es nicht begrüßen, daß man uns über die Außenpolitik entsprechend unterrichtet und daher die Möglichkeiten gibt, entsprechend fundamentiert zu reden, das heißt nicht, daß wir in den großen Fragen für unsere Heimat nicht gemeinsam handeln wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Olah: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kranebitter gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Kranebitter: Hochgeschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Viele von Ihnen haben am 13. September dieses Jahres den großen Festzug Tirols im Rahmen des Gedenkjahres an den glorreichen Freiheitskampf des Tiroler Volkes vor 150 Jahren in Innsbruck erlebt. Dieser Festzug, zu dem Italien ob der historischen Tatsache, daß der Freiheitskampf Tirols damals von Südtirol ausging und geleitet wurde, die Teilnahme von 3000 Südtirolern nicht verweigern konnte, hat der Welt in einer unübertrefflichen Eindruckskraft zum Bewußtsein gebracht, daß vor 40 Jahren durch einen brutalen Gewaltakt eine lebendige Einheit des Volkstums und der Kultur grausam auseinandergerissen wurde und daß diese schmerzende Wunde bis zum heutigen Tage unverheilt blieb.

Das Bild der getrennten Einheit des Leides des Tiroler Volkes und der tiefe Ernst, der trotz des herzerfreuenden Glanzes jenes Festtages das Antlitz aller im Festzug vorbeischießenden Südtiroler überschattete, wirkte zunächst wie eine weltaufrüttelnde Anklage gegen alle jene, die dieses Volk und Land vor vier Jahrzehnten auseinandergerissen haben. Der erschütternde Ernst der Südtiroler war aber auch ein herzergreifender Ausdruck der Sorge, daß der Kampf des Südtiroler Volkes um die Erfüllung des Gruber—De Gasperi-Vertrages vom 5. September 1946, der von den Bevollmächtigten der österreichischen Bundesregierung stets in dankenswerter Toleranz und Ausdauer unterstützt wurde und dem in den Verhandlungen auch manche aner kennenswerte Teilerfolge beschieden waren, im wesentlichen als gescheitert angesehen werden

muß. Hat doch Italien die Schaffung einer autonomen regionalen Landesgesetzgebung und Verwaltung für das Gebiet von Südtirol, die einzig und allein einen wirksamen Schutz der Existenz der Südtiroler Volksgruppe zu gewährleisten vermöchte, eindeutig als in-diskutabel und unerfüllbar abgelehnt. In diesem Augenblicke, in dem sich das Pariser Abkommen angesichts der Haltung Italiens als ein unzureichendes Hilfsmittel zur Erreichung des Schutzes der Südtiroler Volksgruppe erweist, hofft das Volk von Südtirol mehr denn je, daß die österreichische Bundesregierung sein Anwalt und sein Helfer sein wird.

Es steht mir nicht das Recht zu, der österreichischen Bundesregierung für ihr künftiges Verhalten in der Südtirol-Frage Vorschriften zu geben. Ich stehe und wirke aber schon volle 12 Jahre lang, von den Wahlberechtigten aller Schichten des Tiroler Volkes viermal dazu auserwählt, als Anwalt seiner Wünsche und Bedürfnisse im Hohen Haus der österreichischen Bundesgesetzgebung. Als Tiroler Volksvertreter, dessen Heimat auch in jenem Teil Österreichs liegt, der vor 40 Jahren zu Südtirol gehörte, habe ich daher nicht nur das Recht, sondern vielmehr die Pflicht, der österreichischen Bundesregierung die Wünsche für ihre künftige Haltung in der Frage Südtirol bekanntzugeben, die nicht nur mein Geist, mein Herz und mein Gewissen mir diktieren, sondern die im wahrsten Sinne des Wortes die Herzenswünsche des Tiroler Volkes und aller aufrechten Österreicher sind.

In diesem Wissen um meine Pflicht und Verantwortung rufe ich den obersten Staatsmännern Österreichs in dieser Schicksalsstunde zu: Opfern Sie durch ein weiteres Verhandeln über die Erfüllung des Pariser Vertrages nicht noch mehr kostbare Zeit! Die vielen unwiderleglichen Beweise, daß Italien dem Volk von Südtirol die erstrebte regionale Gesetzgebung und Verwaltung in Form einer Landesautonomie entweder nicht gewähren will oder nicht geben kann, hat in breitesten Schichten des Tiroler Volkes die Überzeugung entfaltet, daß auch eine allfällige Erneuerung des Pariser Abkommens ein gefährliches Verzögerungsexperiment wäre, das niemand verantworten könnte.

Des Volkes Stimme sagt ferner: Wo der Bestand eines Volkes mit einer Viertelmillion Menschen auf dem Spiele steht, handelt es sich nicht nur um eine juristische, sondern um eine hoch politische Frage, deren Behandlung und Entscheidung die Kompetenz des Haager Gerichtshofes weit überschreitet. Ebnen Sie daher als Führer auch des Vaterlandes der Südtiroler unverweilt den Weg, daß die Südtirol-Frage auf die Tagesordnung

der nächsten Generalversammlung der Vereinten Nationen gesetzt wird. Sorgen Sie vor, daß diese brennende Frage so lange aktueller Tagesordnungspunkt der UNO-Vollversammlungen bleibt, bis sie eine gerechte Lösung findet.

Das Unrecht der diktatorischen Zerschneidung der über tausend Jahre alten tirolischen Volkstumseinheit und der vierhundertjährigen Einheit Südtirols mit Österreich wird zur Unerträglichkeit gesteigert, wenn nach der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung des Saarlandes bald auch das Volk von Algerien über sein Schicksal selbst entscheiden kann.

Die Forderung Österreichs an die Vereinten Nationen muß daher nach meiner festen Überzeugung und der Überzeugung des Volkes heißen: „Freie Selbstbestimmung der bodenständigen Bevölkerung Südtirols über seine künftige Staatszugehörigkeit und über die Form derselben.“ Mit dieser Forderung Österreichs ist eine zweite automatisch verbunden. Sie heißt: „Bis zur vollzogenen Selbstentscheidung des Volkes von Südtirol darf seine Heimat nicht in militärische Pläne einbezogen werden.“

Mögen die italienischen Staatsmänner endlich erkennen, daß sie der Ehre und Weltgeltung und der inneren Befriedung Italiens am besten dienen, wenn sie sich der Behandlung der Südtiroler-Frage vor der UNO nicht mehr widersetzen. Ihr Widerstand gegen diese Forderungen Österreichs wäre für sie auch ein beschämender und entwürdigender Widerspruch, weil der italienische Außenminister Pella am 9. Oktober laufenden Jahres dem Volksabstimmungsplan de Gaulles für Algerien im Namen Italiens mit folgenden Worten zugestimmt hat. Er sagte: „Wir hoffen, daß die Lösung des Algerien-Problems auf der Grundlage der freien Meinungsäußerung der interessierten Bevölkerung gefunden wird.“

Den Führenden in den Vereinten Nationen aber möge die Erkenntnis zuteil werden: Die gerechte Lösung der Südtirol-Frage durch die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für das Volk von Südtirol und durch die Erfüllung des Volkswillens ist wie jede Tat der Gerechtigkeit ein neuer und großer Beitrag zur fruchtbaren Entfaltung des Baues der europäischen Völkergemeinschaft und der Festigung des Friedens der Welt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Olah: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Mahnert.

Abgeordneter Mahnert: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Frage Südtirol nimmt im Rahmen unserer Außenpolitik zweifellos

einen solchen Rang ein, daß es nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig erscheint, sich auch im Rahmen der Budgetdebatte eingehend mit diesem Problem zu befassen.

Der Obmann der Südtiroler Volkspartei, Dr. Magnago, erklärte kürzlich: „Die allgemeine Demontage des Nationalgefühls, die nach dem zweiten Weltkrieg besonders im deutschen Sprachraum um sich griff, die können wir Südtiroler uns nicht leisten, da wir ansonsten binnen kurzer Zeit unsere Existenz als Volksgruppe verlieren würden.“

Wenn ich, meine Damen und Herren, dieses Wort des Obmanns der Südtiroler Volkspartei an die Spitze meiner Ausführungen stelle, dann nicht deswegen, um einen Südtiroler als Zeugen dafür zu bemühen, wie notwendig, wie gerechtfertigt unser Kampf gegen die Demontage des Nationalgefühls ist, sondern ich möchte damit mitten hineinführen in die Problematik der Frage, die uns im Rahmen der Außenpolitik zweifellos am stärksten am Herzen liegt. Es ist, meine Damen und Herren, kein Streit um die Auslegung von Paragraphen, der von Juristen und von gelehrten Diplomaten allein ausgefochten werden könnte, sondern es ist der Kampf um den Bestand eines Teiles unseres Volkes, und hinter diesem Kampf muß der Wille des gesamten Volkes stehen. Und damit ist auch zum Ausdruck gebracht, daß wir Freiheitlichen die Frage Südtirol keinesfalls als eine Frage der Parteipolitik sehen, sondern als eine Frage des gesamten Volkes.

Ich glaube aber, Hohes Haus, daß wir als Opposition gerade in dieser Frage und auch in dieser Frage eine, ich möchte sagen, staatspolitische Aufgabe zu erfüllen haben, indem wir, nicht gehemmt durch diplomatische Rücksichten, die vielleicht die Regierungsparteien zwingen, nicht so ungeschminkt die Situation zu sehen, mit aller Deutlichkeit und mit aller Klarheit die Entwicklung darlegen können, die bisherige Entwicklung sowie die voraussichtliche, kommende Entwicklung.

Erlauben Sie mir, daß ich mit ganz wenigen Worten diese Entwicklung kurz skizziere. Vor etwas über 13 Jahren wurde der Pariser Vertrag abgeschlossen mit dem Ziel — zumindest des einen Vertragspartners —, den Bestand der deutschen Volksgruppe in Südtirol zu sichern. Eineinhalb Jahre später, im März 1948, trat das Autonomiestatut in Kraft, das die Autonomie zur Farce machte, da die Autonomie nicht der deutschen Provinz Bozen allein gegeben wurde, sondern den Provinzen Trient und Bozen gemeinsam; dadurch wurde innerhalb des autonomen Gebietes eine italienische Mehrheit sichergestellt. Seither, meine Damen und Herren, bemühen sich die

Südtiroler und versucht die österreichische Regierung, den Partner des Pariser Vertrages dazu zu verhalten, diesen Vertrag dem Geiste nach und dem Worte nach zu erfüllen. Diese Forderung gipfelte in der Forderung nach Gewährung der Autonomie für die Provinz Bozen allein.

Wir Freiheitlichen haben schon vor Jahren immer und immer wieder den Standpunkt vertreten, daß es unserer Überzeugung nach dem italienischen Vertragspartner an dem guten Willen fehlt, wirklich eine Lösung dieses Problems im Sinne des Pariser Vertrages herbeizuführen, und wir haben daher schon vor Jahren den Standpunkt vertreten, daß nur die Mobilisierung der Weltöffentlichkeit und nur die Anrufung eines internationalen Forums der Weg sein könne, der Italien dazu veranlassen könnte und würde, endlich einmal den Vertrag, so wie er gemeint ist, auch zu erfüllen.

Wir stellen nun, meine Damen und Herren, mit Genugtuung fest, daß in der Zwischenzeit der Herr Außenminister einen ersten Schritt in dieser Richtung getan hat. Ich glaube aber, es wäre falsch, wenn wir nun mehr oder minder hoffnungsvoll darauf warten würden, ob und wie und wann Italien nun auf diesen ersten Schritt, der ja nur die Ankündigung eines Schrittes ist, reagieren wird. Es gibt, meine Damen und Herren, Probleme, bei denen die Zeit für uns arbeitet, und es gibt Probleme, bei denen sie gegen uns arbeitet. Und darüber, glaube ich, darf in diesem Hohen Hause kein Zweifel bestehen: In der Frage Südtirol ist die Zeit ein Bundesgenosse Italiens. Im Jahre 1951 erklärten die Democristiani-Abgeordneten Dr. Facchin und Ing. Ferrari folgendes: Wenn wir Bozen durch italienische Zuwanderung zu einer Stadt von 150.000 bis 170.000 Einwohnern gemacht haben werden, dann wird die Südtiroler Volksgruppe Bozens wegen in Südtirol selbst zu einer Minderheit werden und dann ist die Autonomie praktisch gegenstandslos. Daß diese Äußerungen der Herren Dr. Facchin und Ing. Ferrari keine irrealen Wunschträume sind, sondern daß sie ein ganz reales und gar nicht so fernes Ziel sind, das möchte ich Ihnen mit einigen Tatsachen und mit einigen Zahlen kurz belegen.

Im Jahre 1934 wurde durch Gesetzesdekret die Industriezone Bozen geschaffen. Unter Mißachtung aller wirtschaftlichen Voraussetzungen und in klarer Erkenntnis, daß diese Voraussetzungen in diesem Raum, fernab von allen Rohstoffbasen, fehlen, wurde mit dem unverhüllten Ziel der Italianisierung Bozens diese Industriezone geschaffen. Im Jahre 1939 führte Italien ein Antiverstädterungsgesetz ein, das bezwecken sollte, die Zuwanderung in Städte mit über 25.000 Ein-

wohnern zu erschweren. Dieses Gesetz trat für Bozen nie in Kraft, ja auf Anweisung des italienischen Ministerpräsidenten aus dem Jahre 1951 wurde es für Bozen ganz formal außer Kraft gesetzt. Dementsprechend ist auch die Entwicklung Bozens gewesen. In den letzten 40 Jahren wuchs durch die italienische Unterwanderung die Bevölkerung der Stadt Bozen um über 200 Prozent. Als Vergleich diene eine italienische Stadt, Trient, deren Bevölkerung im selben Zeitraum um ungefähr 50 Prozent zunahm.

Und nun, meine Damen und Herren, wie wirkt sich diese systematische, planmäßige, forcierte Zuwanderung nach Bozen auf die Bevölkerungsstruktur der ganzen Provinz Bozen aus, wobei natürlich die nicht so forcierte Unterwanderung der übrigen Teile Südtirols ebenso eine Rolle spielt und in diesen Zahlen mit aufscheint? Im Jahre 1910 betrug der Bevölkerungsanteil der Italiener im Gebiet der heutigen Provinz Bozen 3 Prozent. Im Jahre 1921 betrug der Anteil der italienischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Südtirols 8 Prozent. Im Jahre 1939 ist dieser Prozentsatz bereits auf 24 Prozent angestiegen, und als Ergebnis der letzten Volkszählung vom Jahre 1953 können wir feststellen, daß der Anteil der italienischen Bevölkerung an der Bevölkerung Südtirols zwischenzeitlich auf 34 Prozent gestiegen ist. Es ist außer Zweifel, daß in der Zwischenzeit dieser Anteil noch um einige Prozent gestiegen ist.

Meine Damen und Herren! Diese Zahlen müssen wir uns einprägen. Halten wir noch eine Zahl fest, die wir der Volkszählung vom Jahre 1953 entnehmen. Bei dieser Volkszählung fehlten noch 112.000 Italiener, um die Zahl der Deutschen zu erreichen. Wenn nun Italien eine jährliche Zuwanderungsquote nach Südtirol von 10.000 zu erreichen imstande ist, dann heißt das, daß es Italien innerhalb von 12 Jahren gelingen wird, in der Provinz Bozen eine italienische Mehrheit sicherzustellen. Ich sage: eine Zuwanderungsquote von 10.000.

Ich möchte Ihnen einige Zahlen sagen, die zeigen sollen, wie diese Zuwanderungsquoten in Wirklichkeit ausschauen. Diese Zahlen sind den Mitteilungen des Provinzialamtes für Statistik entnommen. Im Jahre 1952 betrug die Zahl der Italiener, die in die Provinz Bozen zugewandert sind und sich dort niedergelassen haben, 15.439, im Jahre 1953 14.733 und im Jahre 1954 11.248.

Meine Damen und Herren! Haben Sie noch irgendwelche Zweifel, daß die Äußerungen der Herren Dr. Facchin und Ing. Ferrari von den italienischen Democristiani durchaus real sind, also ein durchaus reales und gar nicht fernes Ziel verfolgen? Rechnen Sie sich

selbst aus, in welchem Jahr es bei Einhaltung dieser Zuwanderungsquote — und es besteht kein Zweifel, daß die Zuwanderung in den Jahren nach 1954 nicht nachgelassen hat —, es so weit sein wird, daß Italien ohne jede Gefahr dem Wunsch der Südtiroler und den Wunsch Österreichs nach Gewährung einer Autonomie für Bozen entsprechen kann, weil sie dann nämlich in der Provinz Bozen selbst die italienische Mehrheit sichergestellt haben. Mit anderen Worten: Es braucht Italien nur zu gelingen, die Frage genau so dilatorisch wie in den vergangenen 13 Jahren zu behandeln, sie genau so hinauszuzögern, um eines Tages dann — und dieser Tag ist, wie aus den Zahlen, die ich Ihnen gebracht habe, hervorgeht, nicht allzu fern! — den Wunsch auf Autonomie der Provinz Bozen selbst zu erfüllen und sich diese Frage damit für alle Zeiten vom Halse geschafft zu haben! Denn darüber müssen wir uns im klaren sein: Wenn zu einem solchen Zeitpunkt Italien dann mit Stolz geschwellter Brust in dem Gefühl: uns kann nichts passieren, der Provinz Bozen allein die Autonomie gegeben hat, dann werden weder die Südtiroler noch Österreich die Möglichkeit haben, neue Postulate aufzustellen, neue Forderungen zu stellen, die über das hinausgehen, was wir bisher jahrelang als das Ziel aller unserer Wünsche angesehen haben.

Nein! Wenn Italien nicht in kürzester Zeit bereit ist, dieser mit Engelsgeduld vortragene Forderung auf Gewährung der Autonomie für die Provinz Bozen allein in aller kürzester Zeit nachzukommen, dann wird es notwendig sein, mit den Forderungen der Südtiroler und mit den Forderungen Österreichs dort anzuknüpfen, wo man schon 1945 und 1946 begonnen hat!

Als im Mai 1945 die Südtiroler Volkspartei gegründet wurde, da formulierte sie ihr entscheidendes und wesentliches Ziel in dem Punkt 3 ihres Parteiprogramms als die Erringung des Selbstbestimmungsrechtes. Mit ihrem Memorandum vom 20. April 1946 hat die österreichische Regierung — dieses Memorandum ging an alle Mitgliedstaaten der UNO — die Durchführung einer Abstimmung in Südtirol verlangt. Genauso wie 1919 ging damals die Welt aus machtpolitischen Erwägungen über diese berechtigten Forderungen hinweg, und die Südtiroler, und auch das wollen wir mit aller Klarheit feststellen, haben seither in einer geradezu bewundernswerten Disziplin versucht, sich darauf zu beschränken, Italien nur dazu zu verhalten, nun die Verpflichtungen auch wirklich einzuhalten, die es im Pariser Vertrag auf sich genommen hat.

Aber ich glaube, daß schon die letzte Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei ge-

zeigt hat, daß Italien nunmehr den Bogen überspannt hat. Diese Landesversammlung in Südtirol hat schon eine Stimmung der Südtiroler gezeigt, die in der Erkenntnis gipfelt, daß Italien gar nicht will, sondern daß Italien ein ganz anderes Ziel hat, nämlich so wie in den vergangenen Jahrzehnten die Italienisierung Südtirols rücksichtslos und restlos durchzuführen. Es zeichnet sich heute bereits die Erkenntnis ab, daß den Bemühungen und den Zielen der Italiener eben nur begegnet werden kann mit der ganz klaren Forderung auf Selbstbestimmung, mit der ganz klaren Forderung, daß den Südtirolern dasselbe Recht gegeben wird, das man sogar jedem Negerstamm zubilligt, das im Falle Algeriens, wie der Herr Abgeordnete Kranebitter schon festgestellt hat, durch den italienischen Ministerpräsidenten als Selbstverständlichkeit hingestellt wird.

In Südtirol ist die Erkenntnis heute schon Allgemeingut, daß es notwendig ist, heute von diesem selbstverständlichen Recht eines Volkes Gebrauch zu machen, von dem Recht, über sein Schicksal, über sein Los, über seinen weiteren Weg selbst zu bestimmen und selbst zu entscheiden. Und mit dieser Forderung auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes müßte allerdings auch die Forderung auf Festlegung eines Stichtages verbunden sein, eines Stichtages, an dem die gewaltsame Änderung der Struktur der Bevölkerung noch nicht solche Auswirkungen gehabt hat, wie sie sich heute abzeichnen.

Wenn wir dafür etwa, um einen Tag anzunehmen, den Beginn der Option, den 23. Juni 1939 vorschlagen, nehmen wir ohnehin bei diesem Stichtag schon eine zwei Jahrzehnte lang dauernde systematische italienische Unterwanderung in Kauf. Dieser Stichtag würde bedeuten, daß jeder, der an diesem Tage im Gebiet der heutigen Provinz Bozen gewohnt hat, abstimmungsberechtigt ist. Es ist bedauerlich, meine Damen und Herren, daß Italien durch die dilatorische Behandlung dieser Frage, durch seine Verzögerungspolitik, durch die Demaskierung seiner Ziele, wie sie in den Äußerungen der Herren Dr. Facchin und Ing. Ferrari zum Ausdruck kommt, uns zwingt, diese Frage immer wieder aufs Tapet zu bringen und mit den Forderungen immer wieder schärfer zu werden!

Aber es kann kein Zweifel bestehen: Die Frage Südtirol muß einmal entschieden werden! Und sie kann nur in diesem Sinne, im Sinne der deutschen Volksgruppe in Südtirol entschieden werden! Diese Entscheidung ist notwendig, auch im Hinblick, vielleicht gerade im Hinblick auf das in einer der letzten Sitzungen von allen drei Parteien so lebhaft und eindringlich beschworene vereinigte Europa.

Wir alle, alle drei Parteien, sind uns darüber im klaren, daß dieses Europa eine absolute Notwendigkeit für uns ist. Es gibt keinen, der nicht dieser Auffassung wäre, und wir sind uns alle klar darüber, daß es für uns ebenso eine Notwendigkeit darstellt wie für Italien, sich einmal im vereinten Europa zu finden. Und es ist auch, meine Damen und Herren, eine der Hoffnungen, die die Südtiroler haben, daß sich eben Italien und Österreich einmal in einem vereinten Europa finden und daß dadurch die Brennergrenze ihre Bedeutung und Wirkung verliert.

Aber gerade deshalb, meine Damen und Herren, muß es umso schmerzlicher empfunden werden, wenn durch den Nichtbeitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Brennergrenze nicht nur als politische Grenze, sondern nunmehr auch als verstärkte wirtschaftliche Grenze wirkt.

Zu den handels- und wirtschaftspolitischen Momenten, die besonders bei uns in Tirol außerordentlich fühlbar werden — Tirol ist mit seinem agrarischen Überschuß zu über 90 Prozent auf die Nachbarn im Norden und Süden als Abnehmer angewiesen —, zu diesen handels- und wirtschaftspolitischen Momenten, die den Schritt der Regierung, der EWG fernzubleiben, zu einem schwerwiegenden, zu einem folgeschweren, zu einem bedauerlichen Schritt machen, zu diesen Momenten tritt nun auch noch das politische Moment einer neuerlichen, schärferen Trennung zwischen Nord- und Südtirol. Ich möchte als freier Tiroler Abgeordneter die Bundesregierung geradezu beschwören, die wirtschaftlichen Bindungen, die wirtschaftlichen Fäden zwischen Nord- und Südtirol nicht zu zerreißen, diese Bindungen nicht zu schwächen, sondern im Gegenteil alles zu tun, diese Bindungen immer stärker zu machen, sie zu hüten, sie zu fördern, bis das Wort eines Südtiroler Abgeordneten Wirklichkeit wird, der vor kurzem gesagt hat: Die Brenner Grenze wird nicht uns überleben, sondern wir werden die Brenner Grenze überleben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Olah: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hermann Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hermann Gruber: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kapitel Äußeres ist jetzt sehr interessant gesprochen worden, doch wurde bisher eigentlich nur zu den großen weltpolitischen Problemen gesprochen, zu den Problemen politischer Natur, wirtschaftlicher Natur, nicht zuletzt auch zu einem für alle Österreicher sehr brennenden Problem: zur Südtirol-Frage.

Der Zusammenbruch der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, der Friedensvertrag von Saint-Germain und die darauffolgenden Grenzziehungen haben aber auch global gesehen kleinere Probleme aufgeworfen, die aber für die Betroffenen von allergrößter Bedeutung sind, die vielleicht sogar überhaupt existentiell sind. Lassen Sie mich kurz darüber sprechen.

Im Jahre 1955 haben in Rom Verhandlungen mit der italienischen Regierung stattgefunden, welche der Regelung der noch offengebliebenen Grundbesitzfragen im Grenzraum der beiden Staaten gewidmet waren. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Bereinigung des Falles der Agrargemeinschaften im Kärntner Grenzgebiet, im Gailtale, welche die Rückstellung des Eigentums an rund 1111 ha Alm- und Waldboden verlangen, die nach unserer Ansicht von Italien 1937/38 zu Unrecht enteignet wurden.

Weitere Verhandlungsgegenstände bildeten die Fragen der Entschädigung für die Anteilsrechte einer Agrargemeinschaft im Kanaltal sowie der im Raum von Thörl-Maglarn von den Italienern enteigneten Einzelgrundstücke.

In keinem dieser Fälle ist es bis heute zu einer Regelung gekommen, obwohl die österreichische Regierung in dem Bestreben, diese Angelegenheiten zu finalisieren, den Italienern bereits Ende 1955 ein vornehmes Vergleichsangebot unterbreitet hat. Leider waren die italienischen Gegenvorschläge unzureichend, sodaß man zu keiner Einigung gelangen konnte. Die betroffenen Bauern in diesem Grenzgebiet erwarten nichtsdestoweniger die rascheste Rückgängigmachung der von der faschistischen Regierung getroffenen seinerzeitigen Enteignung und letzten Endes die Wiederherstellung der Bestimmungen des Vertrages vom 24. Juni 1925.

Seit der letzten Fühlungnahme mit der Gegenseite sind nahezu vier Jahre verflossen, weshalb ich mir erlaube, an den Herrn Außenminister die Bitte zu richten, in geeigneter Weise sorgen zu wollen, daß Verhandlungen in diesem Gegenstandemöglichst bald wieder aufgenommen werden und die Betroffenen auch im Sinne ihrer Wünsche Befriedigung erhalten. Diese Bitte darf ich umso eher stellen, als wir wissen, daß ähnliche Verhandlungen mit Jugoslawien, also einem volkdemokratischen Staate, zu einem gewissen Erfolg geführt haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Worte über die Vermögensverhandlungen sagen, soweit diese den bäuerlichen Doppelbesitz in den Grenzzonen zum Gegenstand haben. Es handelt sich hier nicht allein um die Grenzzonen gegenüber Italien und Jugo-

slawien, sondern auch um jene gegenüber Ungarn und der Tschechoslowakei.

Im Verhältnis zu Jugoslawien wurde dieses Problem bereits vor mehreren Jahren, wie schon zum Ausdruck gebracht, durch das sogenannte Gleichenberger Übereinkommen vom Jahre 1953 gelöst. Es konnten auf dieser Grundlage rund 1000 ha des in der jugoslawischen Grenzzone befindlichen landwirtschaftlichen Besitzes an die steirischen, aber auch an die Kärntner Bauern zurückgestellt werden. Etwa 300 Fälle von Doppelbesitz konnten in diesem Zusammenhang einer aufrechten Erledigung zugeführt werden. Außerdem gelang es dank der Umsicht der österreichischen Unterhändler und auch dank dem Entgegenkommen der jugoslawischen Stellen, für die Kärntner Bauern die ehemaligen Weide- und Holzbezugsrechte im slowenischen Grenzgebiet zurückzugewinnen.

Anders verhält es sich mit dem bäuerlichen Doppelbesitz in der tschechoslowakischen und ungarischen Grenzzone. Dieser Doppelbesitz ist dem in Jugoslawien gelegenen sowohl an Ausmaß als auch an Qualität weit überlegen, sind doch in den tschechoslowakischen 20 Kilometer-Grenzstreifen längs der Staatsgrenze etwa 20.000 Hektar und in dem ungarischen Grenzstreifen etwa 16.000 Hektar. Die mit der Tschechoslowakei und Ungarn geführten jahrelangen Verhandlungen haben bisher kein nennenswertes Ergebnis, geschweige denn einen befriedigenden Erfolg erzielt.

Die Verhandlungen mit Ungarn, die bereits im Jahre 1953, also vor dem Abschluß des Staatsvertrages eröffnet wurden, dann allerdings durch einige Jahre stillgelegt waren, wurden im Oktober 1956 durch die bekannten Ereignisse überhaupt unterbrochen. Ihre Wiederaufnahme konnte erst im heurigen Jahre, also nach mehr als drei Jahren Stillstand, angebahnt werden, da die infolge des menschenfreundlichen Verhaltens Österreichs gegenüber den beklagenswerten Opfern des ungarischen Aufstandes zwischen den beiden Staaten eingetretene Versteifung der Beziehungen eine Zeitlang ein zwischenstaatliches Einvernehmen unmöglich machte.

Bei Besprechungen, die im heurigen Sommer in Budapest stattfanden, wurde der Faden wieder neu geknüpft und Einigung dahin erzielt, daß die Arbeiten der beiderseitigen Vertreter in der Form und an der Stelle wieder aufgenommen werden sollen, wo sie in den letzten Oktobertagen 1956 abgebrochen worden sind. Als Termin für die Fortführung dieser Vorarbeiten wurde der 11. Jänner 1960 vereinbart, sodaß mit dem Zusammentreten der beiden Delegationen in absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Bezüglich der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei liegen die Dinge anders. Sie konnten überhaupt erst nach Abschluß des Staatsvertrages, und zwar im Frühjahr 1956 aufgenommen werden, liefen aber in der Folge infolge der starren Haltung der jenseitigen Unterhändler so wenig ersprießlich an, daß die bisher abgehaltenen Delegationstagungen noch keine annehmbaren Ergebnisse zu zeitigen vermochten. Nach längerer Pause ist der tschechoslowakische Partner mit dem Entwurf einer gesonderten Regelung für das sogenannte „kleine Vermögen“ hervorgetreten, welche zurzeit im Schoße der beteiligten Bundesministerien geprüft wird. Es ist daher noch ungewiß, wann die beiderseitigen Vertreter sich wieder zusammenfinden werden.

Zur Beleuchtung der Schwierigkeiten der Situation seien hier einige markante Beispiele aufgezählt, welche insbesondere auch für die Lösung des Problems des Doppelbesitzes von größter und grundsätzlicher Bedeutung sind.

Die Bundesregierung steht, gestützt auf den eindeutigen Text des Staatsvertrages, auf dem Standpunkt, daß es nur eine einheitliche österreichische Staatsbürgerschaft gibt und daher eine Unterscheidung der Anspruchswerber nach dem Zeitpunkt der Erwerbung der Staatszugehörigkeit nicht vertretbar erscheint. Demgegenüber war eine Anerkennung dieser Rechtsauffassung bisher weder von ungarischer noch von tschechoslowakischer Seite zu erlangen, die beide aus Ressentiments und natürlich auch aus Erwägungen finanzieller Natur nur die sogenannten Altösterreicher als anspruchsberechtigt anerkennen wollten.

Die österreichische Forderung nach Zurückstellung des bäuerlichen Doppelbesitzes in natura bei gleichzeitiger Öffnung der Grenze für einen geregelten Grenzverkehr, wie er zwischen Nachbarstaaten üblich ist und welche als Manifestation des von der Gegenseite so oft zitierten „freundnachbarlichen Verhältnisses“ billigerweise gefordert werden kann, stößt gleichfalls auf taube Ohren. Über das wegweisende Beispiel Jugoslawiens wird einfach hinweggegangen. Das Äußerste, wozu sich die beiden Verhandlungspartner bisher bereiterklärten, war das Angebot einer Entschädigung, die sich jedoch hinsichtlich ihres Ausmaßes und der Form der Leistung über alle international in solchen Fällen üblichen Gepflogenheiten und Normen hinwegsetzt und daher von uns, dem österreichischen Partner, als indiskutabel bezeichnet werden muß. Im übrigen, und das sei festgestellt, braucht der Bauer, um existieren, arbeiten und produzieren zu können, Grund und Boden. Geld, und noch dazu in unzureichendem Ausmaß, bildet für ihn kein begehrenswertes Äquivalent.

Abschließend möchte ich folgendes bemerken: Bei der Beurteilung der Lage darf nicht außer acht gelassen werden, daß das Problem der Regelung des Doppelbesitzes nur einen, wenn auch wichtigen Teil des gesamten Fragenkomplexes bei den vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Österreich und den in Frage stehenden Staaten darstellt. Daß dieses Problem selbst so umfangreich ist, darf einen nicht wundern, wenn man bedenkt, daß die heute zum ungarischen und tschechoslowakischen Staat gehörigen Gebiete durch nahezu ein halbes Jahrtausend hindurch mit den heutigen österreichischen Ländern in jeder, insbesondere aber in wirtschaftlicher Beziehung auf das innigste verbunden waren und, wie gesagt, ein einheitliches Ganzes darstellen. Daß infolgedessen alle diese Vermögensfragen nur als Ganzes und unter steter Wahrung ihres durch unzählige Umstände bedingten Zusammenhanges behandelt und geregelt werden können, ist einleuchtend. Daher kann auch nicht daran gedacht werden, einzelne Teilgebiete, mögen sie auch einer im Augenblick akzeptablen Lösung Raum bieten, aus dem Gesamtkomplex herauszulösen, da dies, wie nicht schwer zu erkennen, sich zum Nachteil der restlichen, womöglich noch schwierigeren Fragen auswirken würde.

Nach dem Gesagten stehe ich nicht an, die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich der Lösung der vermögensrechtlichen Fragen, vor allem im Verhältnis zu den sogenannten Nachfolgestaaten und im besonderen der Regelung des Doppelbesitzproblems, entgegenstellen, restlos anzuerkennen. Der begründete Wunsch weiter Schichten der Bevölkerung, vor allem der hier arg in Mitleidenschaft gezogenen bäuerlichen Kreise — und es handelt sich hier nicht nur um hunderte bäuerlicher Existenzen, sondern um einige tausend —, nötigt mich jedoch, an die Bundesregierung, insbesondere aber an den Herrn Außenminister, nochmals die Bitte zu stellen, nicht nur in der Frage des Grenzgebietes und der Probleme zwischen Österreich und Italien, sondern allgemein in den Bemühungen, den schwer Betroffenen zu ihrem Rechte zu verhelfen, nicht zu erlahmen und alles daranzusetzen, daß die erforderlichen Verhandlungen mit den genannten Staaten mit Beschleunigung einem tragbaren Ergebnis im Interesse der Sicherung der betroffenen Existenzen zugeführt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Olah: Zum Wort gemeldet hat sich noch der Herr Abgeordnete Zechtl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zechtl: Hohes Haus! Die Debatte zum Kapitel Äußeres hat besonders immer wieder ein Problem hervorkehren lassen,

das uns alle zusammen über alle Parteigrenzen hinweg auf das tiefste berührt: das Problem Südtirol. Der Herr Bundesminister für Äußeres, Doktor Kreisky, hat nach seiner Ernennung zum Außenminister in einer Rede erklärt, daß Südtirol für Österreichs Außenpolitik das erste und das dringendste Anliegen ist. Damit ist wohl eindeutig und unmißverständlich die Problematik dieses Fragenkomplexes umrissen worden.

Wir haben heuer in der Frage Südtirol einen Höhepunkt zu verzeichnen gehabt. Es war dies die Rede des Außenministers vor der Vollversammlung der UNO, und mit dieser Rede wurde Südtirol ein Weltproblem. Wir sind überzeugt, daß Südtirol so lange ein Weltproblem bleiben wird, bis eine gerechte und befriedigende Lösung für die Südtiroler Bevölkerung geschaffen worden ist. Die Rede des Herrn Außenministers vor der UNO hat in Österreich und in Südtirol große Befriedigung ausgelöst. Es hat Interesse in der Weltöffentlichkeit erweckt, und das ist für diese Sache gut. Es war ein erster Schritt. Wir sind alle zutiefst überzeugt, daß mehrere Schritte in dieser Richtung folgen werden müssen.

Aber es ist beschämend und deprimierend, mit einem Vertragspartner wie Italien verhandeln zu müssen, der sich der augenblicklichen Weltsituation nicht bewußt ist. Während auf der Erde wichtige und wesentliche Veränderungen vor sich gehen, während zum Beispiel farbige Völker in Asien und in Afrika die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit von ihren ehemaligen Kolonialherren bekommen, bemüht sich Italien, alles zu tun, um gerechte Forderungen der Südtiroler Bevölkerung mit allerlei Mätzchen und unwürdigen Manipulationen zu verhindern.

Wenn man die Forderungen Österreichs und der Südtiroler analysiert, so kann man wohl feststellen, daß sie maßvoll sind und daß sie den Verhältnissen wirklich Rechnung tragen. Oder kann man vielleicht die Forderung nach Landesautonomie von seiten Österreichs und von den Südtirolern selbst als nicht gerecht bezeichnen? Denn die Landesautonomie kann doch nach den Erfahrungen, die wir nun seit über 40 Jahren italienischer Politik gegenüber Südtirol und auch von seiten des demokratischen Italien seit 1945 haben, nur darin bestehen, daß die 250.000 Südtiroler von den 50 Millionen Italienern durch diese Landesautonomie geschützt werden. Denn die Selbstverwaltung ist das Recht, sich selbst verwalten zu können, und Selbstverwaltung bedeutet für Südtirol das Instrument, sich selbst in der angestammten Heimat schützen zu können.

Wenn wir die jüngste Zeit betrachten, so müssen wir einige sehr gefährliche Ent-

wicklungen als Ausdruck des Protestes gegen eine Politik der Verständnislosigkeit seitens Italiens gegenüber den Südtirolern feststellen. Wir haben als das sichtbarste Zeichen die Kundgebung der Südtiroler in Sigmundskron erlebt. Wir haben in der letzten Zeit den Austritt der Südtiroler Volkspartei aus der Regionalregierung feststellen können. Und wir haben vor allem auch die 12. Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei vor einigen Wochen in Bozen verzeichnen können, die als Ausdruck dafür gewertet werden muß, daß die Südtiroler auch die Entwicklung in der Welt aufmerksam verfolgen und gewisse Parallelen ziehen zwischen ihrer tatsächlichen Lage und den Entwicklungstendenzen im Kolonialraum. Ich glaube, es ist wohl berechtigt, wenn die Südtiroler sagen: Man kann uns doch nicht weniger geben als den Kolonialvölkern von ehemals und den nach Freiheit und Selbständigkeit drängenden Völkern! Es ist wohl eine Feststellung, die von Südtiroler Seite aus getroffen und mit Recht getroffen wird: Was kann man denn von einem Außenminister dieses Staates halten, der vor der UNO und auch sonst immer wieder erklärt, daß Südtirol eine interne Angelegenheit Italiens ist und daß Italien den Südtirolern schon mehr gegeben hat, als im Vertrag drinnen steht, und der Österreich das Recht bestreitet, in der Frage Südtirol zu intervenieren, wenn derselbe Außenminister zum Plan de Gaulles über die Möglichkeit der Selbstbestimmung für die Algerier erklärt, daß das ein Beitrag zur Entspannung in der Weltpolitik und daß das nichts anderes sei als die Herstellung friedlicher Beziehungen der Völker untereinander? Ich glaube, man darf wohl dem Herrn Pella zurufen: Warum in die Ferne schweifen, wenn das Verpflichtende so nah liegt? Es wäre notwendig, wenn der Herr Pella in seiner Außenpolitik vor allem das tun würde, was de Gaulle zu tun die Absicht hat, nämlich in dem Sinne den Südtirolern die Möglichkeit zu eröffnen, in ihrer angestammten Heimat wirklich ihr eigenes Leben zu leben.

Und wenn man die objektiven Ursachen dieser gefährlichen, dieser unheilswangeren Situation in Südtirol überprüft, muß man feststellen: Die Schuld liegt eindeutig auf Seiten Italiens und seiner Verwaltungsorgane. Denn betrachten wir nur die Lage, so beginnt es mit der sozialen Not. Immer wieder erklären maßgebende Sprecher der Südtiroler Volksgruppe, daß die eigene Jugend aus dem Lande ziehen muß, weil die Italiener Maßnahmen treffen, daß die Jugend Südtirols keine Möglichkeit bekommt, in der Heimat Arbeit und Brot zu finden. Wenn man bedenkt, daß 75 Prozent der Jugend Südtirols keine Berufs-

ausbildung genossen hat, während in anderen Ländern der Prozentsatz bei zirka 20 liegt, so sieht man mit erschreckender Deutlichkeit diese Ungerechtigkeit Italiens gegenüber Südtirol. Wenn man darauf hinweist, daß die Südtiroler nicht in die Städte kommen können, weil die Städte versperrt sind, so ist das seit über vierzig Jahren eine bewußte Politik Italiens, die Südtiroler nach Möglichkeit in die Rolle der Minderheit zu drängen, und es wurde heute schon mit Recht darauf hingewiesen: Es ist der Sinn der Außenpolitik und auch der Innenpolitik Italiens, durch vollendete Tatsachen den Pariser Vertrag zu entwerten oder später sogar zu einem eindeutigen Rechtsinstrument gegen die Südtiroler selbst zu schaffen. Es ist erfreulich, daß in diesem Hause eine solche Einmütigkeit herrscht. Wenn der Herr Abgeordnete Kranebitter erklärt hat, daß er sich als ein Sprecher für die Interessen Südtirols betrachtet, so darf ich hinzufügen: Wir alle zusammen, wir 165 Abgeordneten, sind eindeutige Vertreter der Interessen der Südtiroler! (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir müssen uns auf harte und erbitterte Auseinandersetzungen mit den Italienern gefaßt machen. Sie spielen vor allem auch mit dem Argument, daß sie volkstärker und damit mächtiger sind im Konzert der Weltpolitik. Wir aber, wir Österreicher, wollen dem gegenüberhalten: Wir alle zusammen sind einig und geschlossen, wenn es gilt, die Interessen der Südtiroler zu vertreten! Wir erleben, wie widerspruchsvoll die italienische Haltung ist. Wir erleben, wie die Auffassungen einander selbst in Italien zuwiderlaufen. Sie haben Ansichten, von faschistischen Politikern dargestellt, von der brutalen Austreibung bis zur Möglichkeit der Teilung Südtirols. Wir können aber das Problem Südtirol auf eine einfache Formel bringen, nämlich auf die Formel: Eine wahre, wirkliche Selbstverwaltung der Südtiroler Bevölkerung ist eine Garantie für die Erhaltung der Südtiroler Volksgruppe.

Wenn man die 12. Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei betrachtet, ihre Ergebnisse wertet, so ist das Argument der Südtiroler Vertreter nicht ein Argument, das willkürlich geschaffen worden ist, nämlich: Wenn Italien für die Belange Südtirols kein Verständnis zeigt, dann gibt es nur eine einzige Möglichkeit: die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler Bevölkerung. Denn wenn eine Volksgruppe dem Volkstod entgegensetzen muß, dann gibt es nur eines: wirklich Maßnahmen zu treffen, daß diese Bevölkerung nicht den Volkstod erleidet. Grenzen kann man ziehen, Menschen widernatürlich durch Gewalt trennen, nicht

aber den Völkern und Minderheiten — und seien sie auch noch so klein — das Recht auf Selbsterhaltung, Fortschritt und Selbstbestimmung verweigern. Auch nicht Italien gegenüber Südtirol! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Olah: Es hat sich der Herr Bundesminister Dr. Kreisky zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kreisky: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, Ihnen heute ein außenpolitisches Exposé zu halten, sondern lediglich die Absicht, auf einige der in der Debatte aufgeworfenen Fragen kurz zu antworten. Ich möchte dieser Antwort aber doch vorausschicken, daß, vom Standpunkt unserer Außenpolitik betrachtet, die heutige Debatte eine sehr erfreuliche war, weil durch sie aufs neue der Grundsatz der gemeinsamen Außenpolitik Bestätigung gefunden hat. Und auch die reservierte Haltung des Sprechers der Opposition hat — jedenfalls, was die grundsätzliche Haltung der österreichischen Außenpolitik betrifft — keinen Widerspruch aufscheinen lassen.

Die Stellungnahmen der Herren Abgeordneten Kranebitter, Mahnert und Zechtl haben in eindrucksvoller Einmütigkeit gezeigt, daß die Frage Südtirol eine der entscheidendsten Fragen, ja die entscheidendste Frage unserer Außenpolitik überhaupt ist. Ich möchte Ihnen versichern, daß das österreichische Außenministerium dieser Frage die größte Aufmerksamkeit widmet und zu diesem Zweck auch eine eigene Abteilung eingerichtet hat.

Es wäre heute, glaube ich, nicht sehr angebracht, die nächsten Wege der Politik zu schildern, die die österreichische Regierung in dieser Frage einzuschlagen beabsichtigt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur nochmals unterstreichen, daß die Einmütigkeit der drei Parteien in dieser Frage eine große Unterstützung unserer Südtirol-Politik darstellt. Ganz allgemein aber möchte ich sagen, daß mir die Südtiroler Frage auch deshalb von internationaler politischer Bedeutung zu sein scheint, weil doch letzten Endes durch die Behandlung dieser Frage darüber entschieden wird, ob die Methode des friedlichen Verhandels zur Erfolglosigkeit verurteilt sein muß, während der unglückliche Eindruck entstehen könnte, daß andere Methoden, zu seinem Recht zu kommen, erfolgreicher gewesen sind.

Ich glaube, daß man sich über die Bedeutung dieser Frage doch auch in anderen Ländern Rechenschaft geben müssen.

Der Herr Abgeordnete Gruber hat von der Frage der Grenzlandgrundstücke gesprochen,

und ich möchte ihm sagen, daß diese Frage einen Teil des Verhandlungsprogrammes mit der italienischen Regierung darstellt. Alle unsere Versuche, eine isolierte Lösung, eine Loslösung dieser Frage zu erreichen, sind bisher gescheitert.

Zur Frage des österreichischen Eigentums in den Staaten, wo wir bisher keine Lösungen erreichen konnten, hat der Herr Abgeordnete Gruber ja in erschöpfender Weise Stellung genommen, und ich will nur hinzufügen, daß wir alles tun werden, um die abgebrochenen Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen und unter Ausnützung des verbesserten politischen Klimas positive Verhandlungsergebnisse zu erreichen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Tončić, dessen Ausführungen ich nicht viel hinzuzufügen habe, ist auch in seiner Rede auf das Wiener Memorandum zu sprechen gekommen. Ich möchte dem Hohen Hause mitteilen, daß das Außenministerium seit Monaten Verhandlungen über die letzte noch offene Frage des Wiener Memorandums führt und daß begründete Hoffnung besteht, daß mit einem positiven Abschluß dieser Verhandlungen in der allernächsten Zeit gerechnet werden kann.

Ich möchte aber doch betonen, weil ich glaube, daß es hier sehr viele Mißverständnisse gibt, daß der größte Teil des sogenannten Wiener Memorandums ja längst erfüllt ist. Unerfüllt ist lediglich eine Frage geblieben, nämlich die Entschädigung, die die anglo-amerikanischen Gesellschaften für den Entzug der Schurfrechte auf Grund des Bitumengesetzes beanspruchen können. Das ist eine sehr komplizierte Frage, und es kommt dabei nicht lediglich auf die guten Absichten oder den schlechten Willen an, der diese Verhandlungen etwa so schwierig gestaltet hätte, sondern die bisher noch nicht erfolgte Einigung ist vor allem eine Folge des an sich komplizierten Problems. Hier handelt es sich um eine Frage, die etwa bei ähnlicher Größenordnung zwischen großen Gesellschaften sehr häufig erst in einem zehnjährigen Streit ausgetragen werden kann. Ich bitte Sie also, versichert zu sein, daß vom Außenministerium alles getan wird, um diese Frage einer auch für Österreich und für den Verhandlungspartner befriedigenden Lösung zuzuführen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Tončić hat sich in seiner Rede auch mit dem Problem der europäischen Zusammenarbeit beschäftigt. Ich möchte heute nicht auf alle Aspekte dieses Problems eingehen. Ich möchte nur sagen, daß es mir auch bei dieser Frage von besonderer Bedeutung zu sein scheint, mit welchen staatsrechtlichen Vorstellungen man an ihre Lösung herangeht. Man kann auch

dieser Frage mit der Vorstellung gegenüber-treten, daß sie eine zentralistische Lösung finden soll, aber ich glaube, man kann auch so, wie es der schweizerische Bundesrat Petitpierre gemacht hat, den Standpunkt vertreten, daß der politischen Integration Europas auch im föderalistischen Sinne gedient werden kann, daß vielleicht sogar die föderalistische Lösung die aussichtsreichere sein wird.

Wenn hier davon gesprochen wurde, daß man sich, gerade was die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa betrifft, doch einfach bereit finden müsse, so viele Souveränitätsrechte als möglich aufzugeben, so möchte ich doch hier die folgende Reservation machen: Wenn wir Österreicher der Meinung sind, daß ein Staatswesen am besten fährt, wenn man seinen Teilen eine möglichst große Autonomie zugesteht — wir sind dazu auch ein Bundesstaat —, so glaube ich, muß das jedenfalls im intereuropäischen Bereich erst recht seinen Sinn haben.

Ich bin allerdings nicht der Meinung des Herrn Abgeordneten Dr. Tončić, daß die Diskussion, die wir hier über diese Frage bisher abgeführt haben, uns geschadet hat. Ich halte überhaupt keine Diskussion für schädlich und bekenne mich rückhaltlos zu dem Prinzip des ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk, der, glaube ich, einmal gesagt hat, daß Demokratie Diskussion ist. Und eine sinnvolle Diskussion kann es ja nur geben, wenn die Standpunkte profiliert, wenn sie klar und scharf formuliert sind, weil nur so überhaupt eine praktisch-nützliche Diskussion zustandekommen kann.

Ich möchte hier auch sagen, daß in der Schweiz schon lange über diese Frage diskutiert wurde. Dafür, daß bei uns nicht schon ebenso lange über diese Frage diskutiert wird, muß ich doch den Vertretern der öffentlichen Meinung einen gewissen Vorwurf machen, und ich kann ihn ihnen nicht ersparen. Sie alle wußten von diesem Problem seit Jahren, weil seit Jahren von diesem Problem gesprochen wurde. Daß sie erst jetzt die Diskussion begonnen haben, das scheint mir vor allem ihre Schuld zu sein und nicht die Schuld der hiefür verantwortlichen Politiker. Denn wir haben immer wieder in allen möglichen Zusammenhängen auf die Bedeutung dieses Problems hingewiesen. (*Abg. Dr. Hurdes: Die Frage ist nur, ob solche Probleme auf Parteitage zu erörtern sind oder woanders! Die Rede des Vizekanzlers ist auf einem Parteitag ausgebrochen!*) Herr Präsident! Wir leben ja in einer Demokratie, und die Demokratie besteht im politischen Bereich aus Parteien. (*Abg. Dr. Hurdes: Richtig!*) Und so müssen eben alle politischen Fragen zuerst innerhalb

der Parteien diskutiert werden. Es ist eine andere Frage, ob man mit allem, was auf einem Parteitag gesagt wird, einverstanden sein muß, vor allem dann, wenn man nicht dieser Partei angehört. (*Heiterkeit bei den Sozialisten. — Abg. Dr. Hurdes: Nein, es handelt sich um die Methode, ob man so heikle außenpolitische Themen zuerst auf Parteitag oder in Regierungskreisen diskutieren soll!*)

Hohes Haus! Der Abgeordnete Czernetz hat davon gesprochen, daß es Österreichs Aufgabe wäre und ist, für die Wahrung der Rechtsgrundsätze im Leben der Völker einzutreten. Ja, wenn wir schon so weit wären, wäre es ja schön. Meistens haben wir die Aufgabe, erst für die Verwirklichung und die Schaffung dieser Rechtsgrundsätze einzutreten, und das scheint mir eine der vornehmsten Aufgaben Österreichs in diesen internationalen Institutionen zu sein.

Der Herr Abgeordnete Gredler hat hier erwähnt, daß man in den Zeitungen lesen konnte, daß England die Absicht habe, die Frage der Zusammenarbeit zwischen der EWG und der EFTA in dem Forum der Westeuropäischen Union zur Diskussion zu stellen und in diesem Rahmen einer Lösung zuzuführen. Ich selber weiß nicht, ob eine solche Absicht jemals bestanden hat. Ich kann dem Hohen Hause nur mitteilen, was gestern in der Note gestanden ist, die mir der italienische Botschafter überbracht hat. In dieser Note wird klar und deutlich ausgedrückt, daß die Zusammenkunft und die Zusammenarbeit zwischen der EWG und anderen Staaten oder Staatengruppen, worunter die EFTA gemeint ist, im Wege eines Kontaktkomitees erfolgen soll. Damit sind wir vollkommen einverstanden.

Wenn sich die Dinge also so entwickeln werden, so besteht die begründete Hoffnung, daß sehr bald Vertreter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Vertreter der Europäischen Freihandelsassoziation zu solchen Beratungen zusammentreffen werden.

Ich möchte nur noch auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Gredler zu sprechen kommen, die man immer wieder auch in der öffentlichen Debatte hört und die man immer wieder richtigstellen muß, weil dadurch vollkommen falsche Vorstellungen entstehen. Durch die EWG, durch die Verwirklichung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, und durch den Umstand, daß wir ihr nicht angehören, sind nicht 50 Prozent unseres Exports in Gefahr, sondern höchstens — um es vorsichtig zu sagen — ein gewisser wesentlich niedrigerer Prozentsatz. Ich möchte diese Gefahr keineswegs bagatellisieren oder unterschätzen, aber immer wieder

muß man betonen, daß jetzt nicht 50 Prozent österreichischer Waren sich einen neuen Markt suchen müssen, sondern vielleicht nach Ablauf dieser ganzen Entwicklung ein Zehntel, vielleicht werden es 7 bis 8 Prozent sein, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ich will mich hier auch auf keine Zahl festlegen, ich will nur dem Argument entgegen treten, daß es eine Gefahr für 50 Prozent unseres Exportes gäbe. Denn diese gibt es nicht.

Noch gefährlicher erscheint mir die immer wieder vorgetragene These von den Staaten der Peripherie Europas. Meine Damen und Herren! Wie will man denn Europa bauen, wenn man schon am Anfang die Unterscheidung zwischen Kern-Europa und einem peripheren Europa macht? Außerdem ist diese Unterscheidung gar nicht richtig. Sie stimmt geographisch, sie stimmt aber schon nicht, was die Interessen dieser Staaten betrifft, denn gerade zu diesem sogenannten Kern-Europa gehören doch Staaten, deren wichtigste Interessen vielfach außerhalb Europas liegen. Aber kann man sich einfach auf den Standpunkt stellen, daß in einer Zeit der unvorstellbaren Entwicklung der Verkehrsmittel und der Transportmöglichkeiten der Umstand maßgebend oder ausschlaggebend sei, ob Staaten eine gemeinsame Grenze haben oder von einem anderen Staat 500 oder 1000 Kilometer entfernt sind? Das hat in Europa heute vor allem für den Warenaustausch nur eine sekundäre Bedeutung.

Wenn der Herr Abgeordnete Gredler hier erklärt hat, daß die Freihandelszone, wie sie seinerzeit die Engländer vorgeschlagen haben und wie wir sie alle eigentlich akzeptiert, sie jedenfalls als einen Verhandlungsgegenstand betrachtet haben, sich als eine Phantasterei oder als unrealistisch herausgestellt hat, so möchte ich darauf hinweisen, daß ich diese Auffassung nicht teilen kann. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, können wir die Dokumente, die die Verwirklichung der EFTA ermöglicht haben, so wie sie sind, nur in der Hinzufügung einiger Zusatzdokumente, die auf die nationalen Interessen der anderen Staaten ebenso Rücksicht nehmen, wie sie auf uns Rücksicht genommen haben, zur Grundlage eines solchen Freihandelszonenvertrages machen. Das Argument also, daß die Freihandelszone, die gesamteuropäische Freihandelszone technisch nicht möglich wäre, ist jedenfalls durch die Verwirklichung der kleineren Lösung widerlegt worden.

Was die Regierungen wollen, Herr Abgeordneter Gredler, das kann man, glaube ich, besser als aus Zeitungsberichten doch aus der in Stockholm gemeinsam beschlossenen

Resolution feststellen. Dort erklären alle Regierungen — und keine sagt das mit irgend-einer Einschränkung —, daß sie unverzüglich Verhandlungen mit der EWG wünschen, daß sie die EFTA geradezu als eine Voraussetzung zur Einleitung dieser Verhandlungen betrachten. Es scheint mir vollkommen abwegig zu sein, sich da in Kombinationen oder Spekulationen darüber einzulassen, wie rasch die eine Regierung solche Verhandlungen oder wie langsam sie sie haben will. Alle miteinander haben einen Beschluß gefaßt, und sie haben jedenfalls mit beachtenswerter Schnelligkeit diesen Beschluß den in Betracht kommenden Regierungen der EWG übermittelt.

Wenn hier darüber gesprochen wurde, daß es sich bei den Minoritäten, die in Südtirol und die in Südkärnten leben, grundsätzlich um etwas ganz anderes handelt, so möchte ich dem Herrn Abgeordneten Gredler durchaus recht geben. Natürlich — und ich habe auch vor den Vereinten Nationen davon gesprochen — handelt es sich bei den Südtirolern um eine kompakte, in einem geschlossenen Siedlungsgebiet lebende Minorität, während es sich bei den Slowenen in Kärnten um eine Minderheit oder Angehörige einer nationalen Minderheit handelt, die auf verschiedene Dörfer verstreut sind. Was ich gesagt habe, war nicht, daß wir die gleiche Lösung für beide Minoritäten haben wollen, was ich gesagt habe, war lediglich meine prinzipielle Auffassung, von der ich übrigens überzeugt bin, daß sie das ganze Haus teilt, daß man Minderheiten grundsätzlich das Recht eines besonderen Schutzes geben muß (*Beifall bei der SPÖ*), und dieser Schutz muß ihnen gesetzlich oder durch internationale Verträge gewährleistet werden. Und ich habe, was Österreich betrifft, erklärt, daß die österreichische Regierung bereit und gewillt ist, der in Österreich lebenden slowenischen Minderheit den ihr zukommenden und zustehenden Schutz zu geben, und zwar ohne Einschränkung. Es handelt sich also hier um die Anerkennung eines Prinzips und nicht um die Gleichstellung dieser beiden Minderheiten.

Ich möchte heute hier nicht noch einmal versuchen, ausführlich auf das Problem der österreichischen Neutralität einzugehen. Ich glaube, es wird noch oft genug Gelegenheit sein, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Ich möchte mir nur eine Bemerkung gestatten: Natürlich wird man die Neutralität, wenn man mit ihren Problemen in einem Augenblick konfrontiert wird, in dem sie einem ausschließlich Vorteile bringt, widerspruchslos hinnehmen. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir die Neutralität gleichzeitig mit dem Staatsvertrag akzeptiert und beschlossen haben. Daher hat jeder gesagt: Sie ist eine gute

Sache, denn sie hat uns den Staatsvertrag gebracht. Wird man aber mit dem Problem der Neutralität konfrontiert in einem Augenblick, in dem man eine schwere Entscheidung zu treffen hat, eine Entscheidung, die für die Menschen eines Staates von wirklicher Bedeutung ist, dann scheiden sich die Geister, und dann gibt es die verschiedensten Interpretationen — nicht nur der Völkerrechtler —, denn das ist ja auch eine Beurteilungsfrage, wie man eine Situation einschätzt. Das, meine Damen und Herren, gilt nicht nur für Österreich. Wenn Sie die politischen Debatten der Schweiz oder Schwedens in den letzten 40 Jahren verfolgen, werden Sie das gleiche erleben. Immer dann, wenn es um eine große politische oder wirtschaftliche Frage ging, wurde über den Inhalt der Neutralität diskutiert, und die letzte Antwort ist dann im Bereich des Politischen gegeben worden, nämlich von der Regierung, die einen Standpunkt vertreten hat, von dem sie erwarten konnte, daß die Mehrheit des Parlaments diesen Standpunkt auch teilt.

Ich möchte, ehe ich zum Schluß komme, noch eine Bemerkung nachtragen, die ich doch gerne einmal hier im Hohen Hause machen möchte, und zwar im Zusammenhang mit dem Problem der Minderheit in Kärnten. Die jugoslawische Regierung hat sich geweigert, nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain die Grenzen Österreichs anzuerkennen. De facto haben wir niemals eine ausdrückliche Anerkennung unserer Grenzen erlangen können. Hingegen ist Jugoslawien im November 1955 dem österreichischen Staatsvertrag beigetreten und hat damit, durch diese Handlung unsere gemeinsame Grenze anerkannt. Das scheint mir ein Umstand zu sein, der doch im Zusammenhang mit unserer Minoritätenpolitik der Beachtung wert zu sein scheint.

So möchte ich zum Schluß, meine Damen und Herren, weil heute hier in der Debatte einmal von dem Standort gesprochen wurde, den Österreich in der Weltpolitik einnehmen soll, eines sagen: Ich glaube nicht, daß man der geographischen Lage Österreichs heute noch eine so große Bedeutung beimessen kann, wie das vielleicht vor 30 und 40 Jahren der Fall war. In der Zeit der Fernwaffen, in einer Zeit, in der es den großen Mächten möglich ist, jeden Punkt im Lande des eventuellen Gegners zu treffen, in einer solchen Zeit spielen solche geographische Erwägungen nur mehr eine untergeordnete Rolle. Ich glaube aber, daß Österreich als neutraler Staat eine neue Funktion erfüllen kann. Nicht deshalb, weil wir ein so großes oder so gewichtiges Wort in der Weltpolitik mitzureden hätten, sondern weil in dieser gegen-

wärtigen außenpolitischen Phase, in der es ja nicht nur das Wettrüsten und das Gleichgewicht des Schreckens gibt, sondern auch das beispiellose Mißtrauen der großen Mächte, es gerade die Neutralen sein könnten und sein müßten, die in gewissen Situationen ihre guten Dienste den großen Mächten zur Überwindung dieses Mißtrauens zur Verfügung stellen. Ich habe schon einmal gesagt: Was Österreich betrifft, kann es eine solche Funktion und eine solche Rolle nur dann übernehmen, wenn beide Teile Österreich um die Übernahme einer solchen Funktion ersuchen, will man nicht Gefahr laufen, sich der Wichtigtuerei schuldig zu machen.

Wenn ich aber gesagt habe, daß die geographische Position unseres Landes uns vielleicht außenpolitisch nicht mehr dieselbe Bedeutung gibt, die wir einmal in Europa gehabt haben, so möchte ich doch auf einen Umstand hinweisen: Wir liegen dort, wo wir liegen — wenn ich das etwas drastisch oder etwas banal ausdrücken darf —, das heißt, wir liegen an der Schnitlinie zweier großer Mächtegruppen, wir liegen verkehrsgeographisch in einem Teil Europas, wo es noch immer nötig ist, daß diejenigen, die sich aus dem Osten nach dem Westen begeben wollen, in der Regel dies über Österreich tun. Wir haben aber auch nur wenige Stunden von unserer Hauptstadt zu den Hauptstädten unserer Nachbarstaaten, und ich glaube, daß dann, wenn wir in der Lage sind, die österreichische Demokratie nicht nur im politischen Bereich zu stabilisieren, sondern der österreichischen Demokratie auch einen großen, einen umfassenden gesellschaftlichen Inhalt zu geben, die geographische Lage Österreichs selbst von sehr großer Bedeutung sein kann.

Engländer haben Österreich einmal das Schaufenster der Demokratie genannt. Mir scheint dieser Ausdruck ein bißchen zu sehr auf die moderne Konsumgesellschaft zugeschnitten zu sein. Ich glaube, Österreich kann eine sehr bedeutende Zelle der europäischen Demokratie werden und kann so eine Kraft entfalten, die weit über die Grenzen hinaus wirkt, vor allem in der Richtung, wo man dringend das Vorbild einer funktionierenden Demokratie braucht. Und so wird in Wirklichkeit eine gute Innenpolitik die wesentlichste Voraussetzung einer guten Außenpolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Olah: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Darf ich dem Hohen Hause folgende Bemerkung vortragen: Ich halte dafür, daß es für den Parlamentarismus und das Parlament an und für sich sehr gesund und lebhaft ist, Wechselrede und auch Zwischenrufe zu haben,

daß wir aber den Brauch, den wir bisher allzeit respektiert haben, Regierungsmitglieder, wenn sie von der Regierungsbank aus sprechen, nicht zu unterbrechen, beibehalten. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: Einen solchen Brauch hat es nie gegeben! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: Der Präsident Olah hat den Bundeskanzler Raab einmal unterbrochen! Einen solchen Brauch hat es nie gegeben!*)

Darf ich den Herrn Abgeordneten Hurdes darauf aufmerksam machen, daß der frühere Präsident des Hauses es sich sehr verboten hat, wenn er als Präsident unterbrochen worden ist. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: Ich habe nicht unterbrochen, sondern nur eine Zwischenbemerkung gemacht! — Abg. Mark: Dagegen haben Sie sich immer gewehrt!*)

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache über die Gruppe III beendet.

Gruppe XII

Kapitel 23: Landesverteidigung

Präsident Olah: Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die Gruppe XII. Diese umfaßt Kapitel 23: Landesverteidigung.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Mayr. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Spezialberichterstatter Franz Mayr: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Gruppe XII des Bundesvoranschlages für das Jahr 1960 in seiner Sitzung am 20. November 1959 in Beratung gezogen. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1960 sieht für das Kapitel Landesverteidigung an Ausgaben 1844,3 Millionen Schilling vor. Die Einnahmen sind für das Jahr 1960 mit 24,5 Millionen Schilling präliminiert. Die Ausgabenansätze sind um 167,3 Millionen Schilling niedriger als im Bundesfinanzgesetz 1959. Die Einnahmen sind entsprechend den gekürzten Ausgabenansätzen gegenüber 1959 um 7,1 Millionen Schilling niedriger veranschlagt.

Der Voranschlag gliedert die Ausgaben in vier Titel.

In Titel 1 sind die Ansätze für den gesamten Verwaltungsaufwand des Bundesministeriums für Landesverteidigung enthalten. Sie betragen insgesamt 41 Millionen Schilling.

Unter Titel 2 wird der Aufwand für das Heer und die Heeresverwaltung veranschlagt. Er beträgt insgesamt 1789,2 Millionen Schilling.

Das Mehrerfordernis bei den persönlichen Ausgaben gegenüber 1959 um 32,3 Millionen Schilling ist mit 25,3 Millionen Schilling auf die für den 14. Monatsbezug und die zweite Hälfte der 13. Kinderbeihilfe getroffene Vorsorge und mit 7 Millionen Schilling auf den gemäß § 19 des Gehaltsgesetzes 1956 und § 22 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 fälligen Teil der Sonderzulage, welche 1960 statt beim sachlichen Verwaltungsaufwand beim Personalaufwand zu veranschlagen war, zurückzuführen.

Die Anlagen weisen gegenüber 1959 eine Erhöhung um 23,6 Millionen Schilling auf. Sie resultiert im wesentlichen aus bereits im Jahre 1959 abgeschlossenen Inlandsverträgen über Lieferungen von Fahrzeugen und Handwaffen.

Die Ausgaben für Anlagen sind nur in einem nicht mehr einzuschränkenden Ausmaß veranschlagt. Jede Kürzung des Heeresbudgets muß vorwiegend den Anlagenaufwand treffen und die Ausrüstung des Heeres mit zeitgemäßen modernen Waffen und Geräten verzögern. Das von den Alliierten übernommene Rüstungsmaterial unterliegt einem starken Verschleiß, sodaß gerade auf diesem Gebiet ständig ersetzt, ergänzt und vereinheitlicht werden muß.

Der Aufwandskredit Gesetzliche Verpflichtungen mußte gegenüber 1959 um 29,6 Millionen Schilling erhöht werden.

Allein der Aufwand auf Grund des Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetzes 1958 hat sich gegenüber 1959 um 9,6 Millionen Schilling erhöht. Die Ursache liegt in der im Jahre 1958 erfolgten Unterschätzung der Anzahl der Zulagenempfänger.

Das Taggeld gemäß § 4 des Heeresgebührengesetzes und die Gebühren für die Zeit von Dienstfreistellungen gemäß § 6 des gleichen Gesetzes erfordern allein zusammen 108,6 Millionen Schilling.

Der veranschlagte Betrag für Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe hat sich gegenüber 1959 um 2,5 Millionen Schilling erhöht. Die Unterhaltsbeiträge entfallen auf 596 Kinder, 539 Ehefrauen und 522 Eltern, somit insgesamt auf 1657 Empfänger. Dieses Zahlenmaterial bezieht sich nur auf die Wehrpflichtigen des Präsenzdienstes.

Zu den sonstigen Aufwandskrediten: Diese Budgetansätze mußten gegenüber 1959 infolge der angeordneten Kürzungsmaßnahmen und der bei anderen finanzgesetzlichen Ansätzen unbedingt notwendigen Erhöhungen um 246,2 Millionen Schilling gesenkt werden.

Da gerade die unter diesen Ansatz fallenden Bestellungen zum Großteil an die inländische Wirtschaft vergeben werden, wie zum Beispiel

Munitions-, Bekleidungs-, Bettsortenbeschaffung und die Beschaffung von sonstigen technischen Ausrüstungsgegenständen, deren Wert unter 1200 S und deren Lebensdauer unter zwei Jahren liegt, bedeutet gerade diese Kürzung nicht nur für das Bundesheer, sondern auch für die österreichische Wirtschaft in allen Zweigen eine nicht unbeträchtliche Einschränkung.

Der Titel 3 beinhaltet den Bedarf des Heeresgeschichtlichen Museums, der für den Verwaltungsaufwand, für die Anlagen und Aufwandskredite eine Voranschlagssumme von 1,8 Millionen Schilling aufweist, das sind um 0,2 Millionen Schilling weniger als im Vorjahr, obwohl hier auch der Aufwand für den im Mai 1960 stattfindenden Internationalen Kongress der Waffen- und Heeresgeschichtlichen Museen mitveranschlagt werden mußte.

Die Ansätze des Titels 4 sind für die Verrechnung der Gebahrung des auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig-Döllersheim eingerichteten Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig und für den auf dem Flugplatz Zeltweg eingerichteten Landwirtschaftsbetrieb vorgesehen. Die Ausgaben können nur nach Maßgabe der Einnahmen getätigt werden.

Allgemein kann gesagt werden, daß die Dotierung des Heeres, die schon mit 2 Milliarden Schilling dürftig genug war, nun angesichts der Kürzung auf 1,8 Milliarden Schilling als ein wirklich bedenklicher Mangel in diesem Budget zu bezeichnen ist. Der weitere so notwendige Aufbau des Bundesheeres wird durch diese Kürzung vollkommen gestoppt.

Hat das Heeresbudget im Jahre 1958 noch 5,3 Prozent des Gesamtbudgets ausgemacht, so sinkt der Prozentsatz im Jahre 1960 auf 4,3 Prozent. Vor dem zweiten Weltkrieg betrug die Belastung des Budgets für das Bundesheer 12 Prozent.

Noch deutlicher treten die Unterschiede gegenüber dem Ausland hervor. Im allgemeinen weisen ähnlich kleine Staaten wie Österreich, obwohl dort das Heer nicht erst aufgebaut, sondern nur weiter ausgebaut wird, Prozentsätze zwischen 15 und 30 Prozent für das Heeresbudget auf.

Das Bundesheer hat 1959 beim Hochwasser-einsatz allein 238.590 Arbeitsstunden mit 6874 Mann geleistet. Hiezu kommt noch der Aufwand für den Einsatz von Spezialfahrzeugen und Maschinen. Der Kraftstoffaufwand betrug allein 96.426 Liter Benzin und 18.520 Liter Dieselöl. Der Einsatz der Hubschrauberstaffeln betrug 427 Flugeinsätze mit einer Gesamtflugdauer von 149 Stunden.

Die Ausgaben des Heeres, insbesondere die Personalausgaben einschließlich der Ver-

pflegskosten, bilden für viele Gebiete Österreichs, besonders für ausgesprochene Notstandsgebiete, wie Grenz- und Entwicklungsgebiete, eine wichtige Einnahmequelle. Die Ausgaben des Heeres überragen dort die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr bedeutend. Das Burgenland nahm zum Beispiel im Vorjahr 10 Millionen Schilling aus dem Reiseverkehr und 50 Millionen Schilling vom Heer ein.

Auch im Jahre 1960 soll die Verwendung der Kredite so erfolgen, daß insbesondere in den unterentwickelten Gebieten auch kleine Gewerbetreibende mit Lieferaufträgen beteiligt werden.

Das Bundesheer hat auch durch den notwendigen Ausbau von Wohnungen für Heeresangehörige wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen. So konnten von 1955 bis jetzt 1600 Wohnungen vergeben werden.

Im übrigen darf ich auf den gedruckten Spezialbericht verweisen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1959 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze für die Gruppe XII gemäß der Regierungsvorlage 67 der Beilagen angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Kapitel 23: Landesverteidigung, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1960 die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte die Spezialdebatte einzuleiten.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kindl. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Kindl: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich heute zum Kapitel Landesverteidigung spreche, dann gestatten Sie mir, daß ich kurz vier Jahre zurückblende. Vor vier Jahren wurde das Wehrgesetz in diesem Hause verabschiedet. Das damalige Wehrgesetz wurde von unserer Fraktion abgelehnt, nicht deswegen, weil wir etwa grundsätzlich auf dem Standpunkt der Nicht-Verteidigung stünden, sondern weil wir nicht die Voraussetzungen sahen, um tatsächlich auf Grund eines Wehrgesetzes eine Landesverteidigung aufzubauen.

Meine sehr geehrten Frauen und Männer! Im Gelöbnis wird von den jungen Soldaten heute verlangt: „Ich gelobe, mein Vaterland, die Republik Österreich, und sein Volk zu schützen, seine Grenzen zu verteidigen, und wann und wo es nötig ist, mit der Waffe dafür einzutreten; ich gelobe, daß ich den Gesetzen und den gesetzmäßigen Behörden, insbesondere der vom Bundespräsidenten bestellten Bundesregierung Treue und Gehorsam leisten werde, daß ich alle Befehle meiner Vorgesetzten

pünktlich und genau befolgen, allen ihren Weisungen gehorchen und im Interesse des Wohles und der Sicherheit meiner Mitbürger nach bestem Wissen und Gewissen und mit allen meinen Kräften der Republik Österreich und dem österreichischen Volke dienen werde.“

Dieses Gelöbnis verlangt von der heutigen jungen Generation das gleiche, was vor Jahrzehnten von unseren Vätern gefordert wurde, nur unter einem anderen Vorzeichen. Das gleiche Gelöbnis wurde von meiner Generation verlangt, und nun war man nicht bereit, diesen Schutt der Vergangenheit wegzuräumen, um jenes Klima zu schaffen, das notwendig ist, um überhaupt das Verständnis in der Bevölkerung, das Verständnis in den betroffenen jungen Menschen zu wecken, daß es notwendig ist, diese Gemeinschaft, in der man lebt, diese Gemeinschaft, aus der man lebt, auch verteidigen zu müssen, wenn es notwendig ist.

Wenn Sie diese vier Jahre nun einer Betrachtung unterziehen, so muß man feststellen: Es steht wohl sozusagen das Bundesheer, es haben schon einzelne Jahrgänge ihre neun Monate abgedient. Aber wie soll es weitergehen? Diese neun Monate werden sie, vom fachlichen Standpunkt betrachtet, sehr bald vergessen haben. Wir haben ein Wehrgesetz, in dem über die weitere Zukunft dieser ausgebildeten Soldaten überhaupt nichts steht. Sie werden kein Heer auf der ganzen Welt finden, in dem die einmal erworbenen soldatischen Kenntnisse und Erkenntnisse nicht durch laufende Übungen ergänzt und beibehalten werden.

Und nun frage ich: Haben die vier Jahre genügt, um das Bundesheer zu fundieren? Der Bericht des Herrn Berichterstatters hat eigentlich aufgezeigt, daß das Experiment — ich will es als solches bezeichnen — nicht gelungen ist. Gerade die Landesverteidigung müßte heute jedem Österreicher am Herzen liegen. Wir haben am Vormittag von mehreren Rednern hier im Hause gehört, welch große Gefahren die Welt noch bedrohen, daß wir am Schnittpunkt dieser zwei Welten liegen, daß sozusagen, wenn irgendwo ein Dachziegel herunterfällt, er bestimmt uns auf den Kopf trifft. Und trotzdem ist keine Bereitschaft da, für diese Landesverteidigung etwas zu tun. Das Ministerium kam am Schluß, alle anderen Forderungen zuerst. Wenn Sie heute irgendeine Tagung hören, wenn Sie irgendwelche Forderungen hören, in einem Verein, in einem Verband, so heißt es immer wieder: „Für das Bundesheer ist Geld da, aber für uns, für unsere Forderungen ist keines da!“ Sehen Sie, von dieser Warte aus betrachtet, sehe ich das Experiment als gescheitert an.

Wir müssen also in den nächsten Jahren alles tun, um die Grundvoraussetzungen zu

schaffen. Ich sehe sie nicht in erster Linie in materieller Natur, sondern es sind die psychologischen Grundvoraussetzungen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die heutigen und zukünftigen Soldaten die Söhne der Soldaten von gestern sind. Wir können ganz einfach nicht hinwegdiskutieren, daß im letzten Krieg über eine Million Österreicher Soldaten waren, und man kann den heutigen jungen Menschen nicht Eidestreue und die Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes beibringen, wenn man die Soldaten aus dem letzten Weltkrieg noch immer diffamiert. Wir können es hier offen aussprechen: Die Soldaten des letzten Krieges werden noch immer diffamiert. (Abg. Rosa Jochmann: Wieso? Von wem?) Man macht hier keinen Unterschied. Ich sage Ihnen: Wenn hier in der letzten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung die Soldaten bei Soldatentreffen mit „Neonazis“ verglichen werden, nur weil es der Bundesregierung noch immer nicht gelungen ist, die Frage der Tapferkeitsauszeichnungen zu lösen, sehe ich darin eine Diffamierung. Heute ist in Österreich alles, was einem nicht angenehm ist, mit dem Begriff „Neonazi“ abgetan. Das gleiche tut man mit den ehemaligen Soldaten, wenn sie nur das gleiche tun, das man anderen Vereinigungen selbstverständlich zuspricht.

Ich spreche ein offenes Wort: Ich kann es verstehen, daß sich die KZler der Vergangenheit in ihren Vereinigungen treffen. Ich kann es verstehen, daß sie sich freuen, wenn sie einander sehen und sich aussprechen können. Aber sie müssen das gleiche auch hunderttausenden ehemaligen Soldaten zubilligen. (Abg. Rosa Jochmann: Das ist ja niemandem verweigert!) Sie können nicht jedesmal, wenn die Mitglieder des Kameradschaftsbundes, oder wie die ganzen Soldatenbünde heißen, ihrem inneren Gefühl Ausdruck geben, wenn sie ihrer gefallenen Kameraden gedenken, wenn sie irgendwo Mahnmale errichten wollen, immer wieder davon schreiben, daß bereits die Demokratie in Gefahr sei, weil sich unter diesem Vorzeichen heute alles sammelt.

Sie können das nicht hinwegreden, denn ich betone nochmals: In der Ablehnung, nicht in der aktiven, in der passiven Ablehnung dem Landesverteidigungsbudget gegenüber, in der Ablehnung, die im ganzen Volk draußen vorherrscht — ich sage nochmals, nicht der aktiven, sondern man will es abtun —, kommt schon zum Ausdruck, daß hier nicht die Bereitschaft vorhanden ist.

Es wird höchste Zeit sein, daß ein Großteil auch von Ihnen, meine sehr geehrten Frauen und Männer, sich entscheidet, Farbe bekennt (Abg. Rosa Jochmann: Zu was?), ob man

ein Bundesheer haben will oder nicht. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist ja entschieden!*) Wenn man dieses Bundesheer haben will, wenn dieses Bundesheer für den Fall des Falles als Versicherung gedacht ist — so wie eine Feuerversicherung, wie ich schon im Ausschuß gesagt habe —, dann muß man auch die Voraussetzungen schaffen, denn heute ist es so, daß diese jungen Menschen ihre neun Monate abdienen und froh sind, daß sie zu Ende sind. Bleibender Eindruck daran ist höchstens: Das waren neun verlorene Monate. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist nicht das schlimmste!*)

Hier können die Offiziere und Unteroffiziere, auch das Ministerium nichts dafür. Hier ist das allgemeine Klima schuld. Die heutigen Offiziere und Unteroffiziere, die sich dieser Aufgabe unterzogen haben, sind ein großes Risiko eingegangen. Sprechen Sie heute mit einem — ich tue es oft —, so werden Sie auch die Überzeugung bekommen, daß es ihnen auf Grund dieser ganzen Eingriffe, der Beeinflussung der Bevölkerung nicht möglich ist, richtige Soldaten auszubilden. (*Abg. Rosa Jochmann: Sagen Sie lieber: auf Grund der Erfahrungen des letzten Krieges; das ist richtiger!*)

Ich komme nun zur entscheidenden Frage der Soldaten des letzten Krieges. Ich sagte, sie werden noch immer diffamiert, und Sie werden mir gleich recht geben müssen. Die Zeit zeigt immer wieder, daß Orden, Ehrenzeichen, Auszeichnungen nicht nur gerne angenommen, sondern auch gerne getragen werden. Wir wissen, daß bis in die letzte Zeit Orden empfangen werden, für die auch nicht immer das richtige Verständnis vorhanden ist.

Nun heißt es: Ja, mit den Tapferkeitsauszeichnungen des letzten Krieges hat es eine eigene Bewandnis (*Abg. Rosa Jochmann: Mit dem Hakenkreuz!*): Die wurden von einem Regime verliehen, das eben von der Weltgeschichte nicht nur abgeschrieben, sondern verurteilt wurde. Sie haben damit vollkommen recht. Aber für den Betroffenen, für diesen Besitzer einer Tapferkeitsauszeichnung ist nicht maßgebend, wer sie ihm verliehen hat, sondern mit dieser Tapferkeitsauszeichnung ist für ihn eine Zeit des Lebens verbunden, in der er sich diese Auszeichnung unter dem Grauen des Kampfes verdienen mußte.

Warum haben Sie, meine sehr Verehrten, wenn Sie diese Meinung haben, dann überhaupt zugestimmt, daß die Medaillenbesitzer des ersten Weltkrieges entschädigt werden? (*Abg. Pölzer: Das war immerhin Österreich! — Abg. Rosa Jochmann: Da ist ein bisserl ein Unterschied!*) Meine sehr Geehrten! Sie haben in der Ersten Republik dieselbe Stellung

gegen die Soldaten des ersten Weltkrieges eingenommen, die Sie heute — und hier muß ich mich an die Linke wenden — gegen die Soldaten des zweiten Weltkrieges beziehen. Hier kann ich Ihnen eines sagen: Vor lauter Zurückschauen, vor lauter Angst, daß die alte Monarchie auferstehen könnte, wenn man die Soldaten des ersten Weltkrieges anerkennt, haben Sie übersehen, daß etwas anderes gekommen ist, und vor lauter Schauen auf die Soldaten des zweiten Weltkrieges, was die nicht wieder verbrechen könnten, könnte es Ihnen passieren, daß etwas anderes kommt, was Ihnen wieder unangenehm wäre. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man kann hier nicht trennen. Wir haben einmal das Pech, daß unsere männliche Bevölkerung durch Generationen dauernd in einem Krieg gestanden hat. Aber ich sage Ihnen nochmals: Schütten Sie hier nicht das Kind mit dem Bade aus! Verwechseln Sie nicht Bahnhof mit Eisenbahn!

Die Auszeichnung empfindet der, der sie bekommen hat, als gerecht für eine Leistung, die er in gutem Glauben für sein Vaterland erbracht hat. (*Abg. Rosa Jochmann: Dann muß das Hakenkreuz nicht darauf sein! Ohne Hakenkreuz!*) Es kommt immer darauf an, unter welchen Gesichtspunkten eine Tat gesetzt wird, und Sie können heute, sehr geehrte gnädige Frau, nicht behaupten, daß diese über eine Million Österreicher, die in der deutschen Wehrmacht gekämpft haben, das nicht im guten Glauben für ihr Vaterland getan haben! (*Beifall bei der FPÖ.*) Wenn Sie das diskutieren wollen, dann sehen Sie diese Zeit nicht, dann haben Sie aus dem Ablauf der letzten 50 Jahre nichts gelernt! (*Abg. Rosa Jochmann: O ja, eben weil ich etwas gelernt habe, eben deshalb!*)

Nun, ich sehe schon, diese Frage der Tapferkeitsauszeichnungen ist ein schwieriges Kapitel. Der Herr Minister hat auch im Ausschuß gesagt: Hier kann es keine Kampf-abstimmung im Parlament geben. Ich bin ganz der gleichen Meinung: Wenn hier ein Beschluß gefaßt werden würde mit 51 Prozent, daß die Tapferkeitsauszeichnungen wieder getragen werden dürfen, ist das keine Lösung. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie sollen es tragen, aber ohne Hakenkreuz!*) Wir müssen uns bemühen, hier diesen Weg zu finden, denn das wird ein Problem bleiben, solange diese Betroffenen leben. (*Abg. Czettel: Aber es ist kein Problem!*) Wenn es kein Problem ist, dann dürfte Ihr Kurt Horak, Bundesjugendobmann, in der Gewerkschaftszeitung nicht schreiben:

„Da marschieren bei ‚Kameradschaftstreffen‘ Dutzende Menschen mit dem verbotenen

Hakenkreuz auf der Brust in den Straßen österreichischer Städte auf und werden teilweise verhaftet.“

Hier sage ich Ihnen offen: Mir ist kein einziger Fall bewußt, in dem einer verhaftet worden wäre. Es liegt auch nicht im Sinne der Gewerkschaft, ich bin selbst Angehöriger des Gewerkschaftsbundes und selbst Betriebsrat, daß man das Gewerkschaftsorgan für Lügen verwendet, denn einer müßte hier aufstehen und sagen können, wo schon ein ehemaliger Soldat bei einem Kameradschaftstreffen verhaftet wurde. Es ist keiner verhaftet worden. *(Abg. Probst: Da müssen Sie sich woanders beschweren, bei der Gewerkschaft, aber nicht da! Beschweren Sie sich bei der Gewerkschaft!)*

Nun sage ich folgendes dazu: Wir sehen hier ja schon eine halbe Lösung. Auf der einen Seite schimpft man darüber, und dabei passiert mehr. Ich habe das große Kameradschaftstreffen hier in Wien erlebt *(Abg. Rosa Jochmann: Ich auch! Ich habe es auch erlebt!)*, ich war dort und habe die Auszeichnungen gesehen, es war eine zwielichtige Lösung, und diese Lösung wollen wir nicht. Wenn wir in Österreich, gnädige Frau, weiterkommen wollen und wenn wir die Leiden, die beide Seiten hatten, verstehen wollen, dann müssen wir ehemaligen Soldaten, da wir Ihre Leiden anerkennen, auch von Ihnen, gnädige Frau, verlangen, daß Sie auch unser Leid der Vergangenheit anerkennen. *(Abg. Rosa Jochmann: Das verstehe ich mehr, als Sie unseres verstehen!)*

Hohes Haus! Wenn wir diese psychologischen Hemmnisse nicht wegbringen, was die Grundvoraussetzung ist, wenn wir nicht die jungen Menschen überzeugen, daß das Vaterland zu verteidigen eine Notwendigkeit ist, wenn man nicht darauf immer wieder hinweisen kann, daß wir eben auf der Schnittfläche Ost—West liegen und daß hier etwas passieren kann, wenn wir das Verständnis für diese Notwendigkeiten nicht wecken können, dann werden die Bemühungen dieses Ministeriums, die Bemühungen der Offiziere und Unteroffiziere, Soldaten im Sinne des Gelöbnisses zu erziehen, umsonst sein und dann hätte die österreichische Bevölkerung recht, daß es schade auch um 1,8 Milliarden Schilling ist, die dafür ausgegeben werden.

Nun möchte ich mich kurz einem zweiten Kapitel zuwenden, und zwar hängt das wieder sehr eng zusammen mit den Ausführungen von heute vormittag über die spezielle Lage Österreichs. Hier fällt nicht nur mir auf — es wurde auch im Ausschuß von einigen Herren, besonders vom Herrn Präsidenten Gorbach angeschnitten —, daß für Zivilschutz,

für den zivilen Luftschutz, in Österreich bisher überhaupt nichts getan wurde. Also das Bescheidenste, die Vorsorge einer Regierung, wenn etwas kommen könnte, gegen das wir uns nicht aktiv wehren können, zumindest die Möglichkeit zu schaffen, daß wir diese Zeit überleben können, ist nicht geschehen. Auch das, glaube ich, ist hier vom Herrn Abgeordneten Czernetz zum Ausdruck gebracht worden: die Zeit überleben! Und was wird hier getan? Stellen Sie sich vor, zur Zeit des ungarischen Aufstandes ein paar Flugzeuge über Wien, ein Chaos ersten Ranges, Tote in einem Ausmaß, das weitaus nicht im Verhältnis zum Einsatz gestanden wäre.

Auch hier müssen wir der Bevölkerung klarmachen, was Bundeskanzler Raab in einer Radiorede gesagt hat: Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen, wir müssen schon mit den Realitäten rundherum rechnen. Und wenn heute die Botschaft verlesen wurde vom russischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, so möchte ich einen Teil hier herausnehmen, wo er schreibt: Das Wettüben droht die Menschheit in den Strudel eines neuen Krieges zu ziehen. Wenn in den Beziehungen zwischen den Staaten der Geist des Mißtrauens und der Feindschaft herrscht, werden Millionenarmeen gerüstet einander gegenüberstehen und Bombenflugzeuge mit ihrer tödlichen Last, den Kernwaffen, den Himmel durchfurchen, kann der kleinste falsche Schritt eine Katastrophe eben auslösen, dann bricht innerhalb von Minuten ein Krieg aus, in dem es keinen Unterschied zwischen Front und Hinterland, zwischen Soldaten und friedlichen Einwohnern gibt.

Es wurde schon einige Male zum Ausdruck gebracht, man solle solche Dinge nicht dramatisieren. Ich glaube aber, es ist Verpflichtung einer Regierung, Verpflichtung eines Parlaments, soweit diese Möglichkeiten und solange diese Möglichkeiten überhaupt noch bestehen, Vorsorge dafür zu treffen, um bei einem Minimum der Verluste diese Zeit zu überleben. Und ich kann Ihnen hier einen Ausspruch sagen, den General Clay nach Ende des letzten Krieges getan hat: Wenn in Deutschland etwas funktioniert hat, dann war es der Luftschutz. Der feindliche, das heißt, der damalige Generalstab der Alliierten hat angenommen, daß durch die unerhörten Bombenangriffe mindestens 20 Prozent der Bevölkerung tot sein werden. Die Feststellungen haben dann ergeben, daß es 1 Prozent war. *(Abg. Rosa Jochmann: Das war genug!)* Hoch genug! Aber, meine Damen und Herren, gnädige Frau, zwischen 1 Prozent und 20 Prozent ist ein Unterschied! Das gleiche würde bei uns sein. Einige Luftschutzkeller, einige Bunker, wieder instandgesetzt,

würden soundso vielen die Möglichkeit geben, diesen Eventualfall zu überleben.

Man kann eben nicht immer nur den Wunsch zum Vater des Gedankens machen. Wenn wir uns zehnmal wünschen, daß kein Krieg mehr kommt, wenn wir zehnmal sagen, wir sind gegen Krieg, wenn wir zehnmal alles tun, was für den Frieden ist, wenn wir die Bekenntnisse gehört haben, die in den letzten Tagen gemacht wurden für Frieden und Europa, so darf man doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß wie schwere Gewitterwolken Munition und Sprengstoff überall in der Luft hängen und daß das Kleinste genügt, um etwas auszulösen. Es muß nicht zu einem alles vernichtenden Krieg kommen. Wir haben doch seit dem Anbruch des großen Friedens im Jahre 1945 bereits wieder 17 Teilkriege erlebt, die irgendwo auf dieser Welt stattgefunden haben. Es ist also nicht eingetroffen, daß nach 1945 der große Friede angebrochen ist. Also müssen wir mit diesen Eventualitäten rechnen.

Wir sind ja hier keine Avantgardisten. Wenn Sie die übrigen europäischen Staaten anschauen, was die auf dem Gebiet des zivilen Luftschutzes tun, dann sehen Sie, daß dort überall Männer und Frauen sitzen, die die Lage realistisch beurteilen. Ich glaube nicht, daß die Schweizer oder die Schweden, die als gute Kaufleute bekannt sind, unnötig Geld beim Fenster hinauswerfen würden.

Ich muß Sie leider einige Zeit in Anspruch nehmen, um Ihnen einige Ziffern unserer Nachbarn und der europäischen Staaten bekanntzugeben, aus denen hervorgeht, was hier auf diesem Gebiet getan wurde. In der Schweiz wurden bisher 36.000 Heeresangehörige im Luftschutz ausgebildet, die im Ernstfall im Zivilschutz eingesetzt werden. In Westdeutschland wurde ein Luftschutzgesetz beschlossen und für die nächsten drei Jahre mehr als 7 Milliarden Schilling für Luftschutzzwecke vorgesehen. Im benachbarten Italien gibt es ein eigenes Luftschutzgesetz, dessen Durchführung in den Händen der Regierung liegt. In Schweden, das 140 Jahre keinen Krieg geführt hat, ist der Zivilschutz mit Material und Ausrüstung im Werte von 178 Millionen Kronen versorgt, sind Luftschutzvorbereitungen in vorbildlichster Weise getroffen. Ich glaube, daß unser Herr Bundesminister darüber Auskunft geben kann. Seine Besuche haben ihn ja vor allem in die Schweiz und nach Schweden geführt, um dort die Einrichtungen kennenzulernen. In England sind 350.000 Männer und Frauen im Zivilschutz ausgebildet. Im kleinen Dänemark besteht ein Zivilluftschutzgesetz und ist ein Zivilschutzkorps mit 18.000 Mann aufgestellt. In Finnland hat man seit 30 Jahren ein Zivilschutzgesetz, nach welchem

alle Frauen und Männer bis zum 60. Lebensjahr verpflichtet sind. In Norwegen stehen 50.000 Zivilschutzangehörige zur Verfügung, die auch auf dem Gebiet der eventuellen Evakuierung eingesetzt werden. Und so kann man die ganzen Zahlen und Ziffern weiterführen. Sogar das kleine Luxemburg hat 1500 freiwillige Helfer und dazu die notwendigen Einrichtungen.

Wenn Sie sich diese Zahlen, die Sie übrigens in den zuständigen Blättern nachlesen können, ansehen und dem gegenüberstellen, was bei uns getan wird, dann kommen Sie zu dem Schluß, daß bei uns auf dem Zivilsektor gar nichts getan wird. Wir haben keine einzige Luftschutzschule, wo Menschen wieder für diesen Zweck herangebildet werden könnten. Wir haben daher auch keine Möglichkeit, ein Wohnhaus oder nur einen Betrieb zu schützen oder zu retten, wenn eine kleine Brandbombe fällt. Es würde wahrscheinlich ausbrennen. *(Abg. Probst: Wenn es nur eine kleine Brandbombe ist, holt man die Feuerwehr!)* Wir haben kein Luftwarnsystem, nirgends sind die öffentlichen Luftschutzräume überhaupt in Ordnung. Ich habe gehört, daß es irgendwelche Kompetenzschwierigkeiten gibt, wem das unterstehen soll, dem Verteidigungsministerium oder dem Innenministerium. Es soll hier nicht um Kompetenzen gehen, es soll hier darum gehen, aus dem Verantwortungsgefühl heraus eben für dieses Volk Schutz und das Gefühl der Sicherheit zu geben, daß auch für diesen Fall, den wir uns nicht herbeiwünschen, die Maßnahmen getroffen werden, daß ein möglichst großer Prozentsatz unseres Volkes einen solchen Zustand überleben kann.

Wir müssen daher hier die Forderung aufstellen nach Errichtung einer Zivilluftschutzschule, wo für jedes Bundesland ein Lehrer ausgebildet wird, der dann ehrenamtlich in seinem Land die Schutzmaßnahmen im Schneeballsystem weitervermittelt, um eben für Wohnhäuser und Betriebe den nötigen Schutz bereitzustellen.

Eine vordringliche Maßnahme ist die Wiederinstandsetzung und Instandhaltung der schon gebauten Luftschutzräume. Es sind ja überall welche vorhanden, sie werden nur zum großen Teil verfallen oder sie werden einer Verwendung zugeführt, die nicht zweckdienlich ist. Und zum letzten die Erfassung der noch vorhandenen Luftschutzgeräte und eine Ergänzung derselben. Das alles kann natürlich wiederum nur der Bevölkerung beigebracht und erklärt werden, wenn hier ein gemeinsamer Wille besteht, alles zu tun, was für den Fall des Falles, für den Ernst getan werden muß.

Ich habe diese Zivilluftschutzangelegenheit hier beim Kapitel Landesverteidigung vorge-

bracht — vielleicht wird es dem Innenministerium zugeschlagen —, weil es in die Gesamtlandesverteidigung hineinpaßt und weil es notwendig ist.

Zum Schluß möchte ich nochmals an Sie appellieren: Betrachten und behandeln Sie die Forderungen der Soldaten des letzten Krieges als ehrliche und echte Forderungen. Sehen Sie darin nicht schon, wie es einige Zeitungsschreiberlinge tun, eine Gefährdung der Republik, sondern denken Sie daran, daß diese über eine Million ehemalige Soldaten, die in den schwersten Zeiten bereit waren, im guten Glauben für ihr Vaterland zu kämpfen, auch treue Bürger dieses Staates Österreich sein werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Gorbach. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Gorbach: Hohes Haus! Das Landesverteidigungsbudget ist sozusagen der Angelpunkt unserer Verteidigungspolitik. Die Höhe der Ansätze bestimmt ungefähr den Rang, den die Verteidigungspolitik im Rahmen der politischen Gesamterfordernisse einnimmt. Und so gesehen kann man die Landesverteidigung in Österreich in ihrer derzeitigen Form ruhig als ein Stiefkind der Regierungspolitik bezeichnen. Das ergibt sich allein aus einem kurzen Vergleich mit dem, was andere Staaten für Wehrausgaben aufzuwenden bereit sind. Dabei brauchen wir uns hier gar nicht mit den Großmächten zu vergleichen, wie mit den Vereinigten Staaten, die 53 Prozent ihres Budgets für den Militäretat bereitstellen, oder mit Kanada mit 36, Großbritannien mit 32, Jugoslawien sogar mit 47 Prozent, Holland mit 23 Prozent, ja sogar Deutschland, das in diesem Jahre 9 Milliarden D-Mark, das sind ungefähr 29 Prozent der Staatsausgaben, aufwendet. Angemessener erscheint mir hier schon ein Vergleich mit der Schweiz, die 30 Prozent aufwendet, oder mit Schweden, das hinsichtlich seiner Bevölkerungszahl und geopolitischen Lage sehr viel mit Österreich gemein hat. Schweden, das bereits über eine fertig ausgebaute Verteidigungsorganisation verfügt, verwendet etwa das Fünffache dessen, was bei uns für die Landesverteidigung vorgesehen ist. Sie wissen alle, daß es nur 1,8 Milliarden sind, das sind nicht einmal 5 Prozent, genau gesagt 4,3 Prozent des Gesamtbudgets.

Auch die Einsicht, daß sich der Aufbau der Landesverteidigung den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes anzupassen hat, daß man Rücksicht zu nehmen hat auf die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Staates, enthebt uns Abgeordnete bei Gott nicht der Verpflichtung, die großen Gefahren aufzuzeigen, die mit einer Vernachlässigung der

Erfordernisse unserer Landesverteidigung verbunden sind.

Bei der Forderung, mehr für das Kultur- und Bildungswesen auszuwerfen, eine Forderung, die wir grundsätzlich selbstverständlich bejahen, wirkt bei den Sozialisten immer der taktische Einfall mit, möglichst viel vom Landesverteidigungsbudget abzuzapfen. Auf sozialistischer Seite wird immer wieder behauptet, Schulen seien wichtiger als Kasernen (*Abg. Rosa Jochmann: Sind sie auch!*), ja als ob es, Frau Kollegin, überhaupt möglich wäre, die Bildungs- und Verteidigungsaufgaben materiell miteinander zu vergleichen, als ob es eine Regierung der Welt gäbe, die imstande wäre, äußere Bedrohungen durch Verbesserung des Schul- und Bildungswesens abzuwehren. Die Forderung kann daher nicht lauten: Baut Schulen statt Kasernen!, sondern sie muß lauten: Baut Schulen und Kasernen!, soweit diese für eine gesunde und menschenwürdige Unterbringung unserer Soldaten notwendig sind. (*Abg. Rosa Jochmann: Man kann auch Wohnungen bauen!*) Ich komme darauf noch zurück, Frau Kollegin. Sie können es nicht erwarten, ich werde Ihnen das noch sagen. Es versteht sich von selbst, daß für Bildung und Erziehung auch vom Bund nach unserer Auffassung in Hinkunft noch mehr geleistet werden soll als jetzt. Aber weder die Stabilität des Haushaltes noch unmittelbar lebenswichtige Angelegenheiten, wie die Landesverteidigung dürfen dadurch geschädigt werden.

Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen — ich glaube, gerade heute in der Debatte über das Kapitel Äußeres —, daß mit der Erklärung der immerwährenden Neutralität selbstverständliche Pflichten verbunden sind, denen wir nachkommen müssen, nicht allein, um diese Neutralität im Ernstfall zu schützen, sondern auch um diese Neutralität vor den Augen der Weltöffentlichkeit mit dem entsprechenden Ernst zu dokumentieren. Wir können es uns auf die Dauer doch nicht leisten, dem Ausland nur etwas vorzutäuschen, ohne wirklich gesonnen zu sein, eine effektive Landesverteidigung aufzubauen und durchzuführen. Denn Neutralität ist nur dort von Dauer, wo Stärke und ein erfolgreicher Verteidigungswille hinter ihr stehen.

Aber auch innenpolitisch gesehen muß sich die untergeordnete Behandlung der Belange der Landesverteidigung schwerstens rächen. Es geht ja nicht nur darum, ein Bundesheer aufzubauen und notdürftig zu unterhalten, sondern die Anteilnahme der Gesamtbevölkerung an der Landesverteidigung zu wecken. Dies scheint mir umso erforderlicher zu sein, als nach zwei verlorenen Kriegen in gewissen Kreisen eine Atmosphäre der Militärfremdheit,

ja der Militärfeindlichkeit zu überwinden ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Heimat 17 Jahre durch das Fehlen eines eigenständigen Wehrkörpers gekennzeichnet war, daß die ganze Zeit, von der ich vorhin sprach, nur fremde Uniformen in unserem Lande zu sehen waren. Und dazu kommt noch die Entmilitarisierungspolitik der Alliierten durch zehn Jahre Besatzungszeit, die auch das Ihre dazu beigetragen hat. Unter diesen ungünstigen Umständen können wir eigentlich froh sein, daß der Start unseres Bundesheeres so reibungslos vor sich gegangen ist.

Aber alles das, was bisher mit viel Idealismus und mit wenig Geld für den Aufbau der Landesverteidigung geleistet und beigetragen wurde, kann doch nur zum Tragen kommen, wenn der absolute Verteidigungswille jedes einzelnen Österreicher geweckt werden kann. Es wird uns aber außerordentlich schwerfallen, den Österreicher von der Notwendigkeit und Vordringlichkeit einer Sache zu überzeugen, die man sehr gern zurückzustellen bereit ist, wenn irgendeiner anderen budgetären oder auch tagespolitischen Forderung Genüge geleistet werden soll.

Ich bin grundsätzlich dafür, daß auch im Heerwesen Sparsamkeit ein Prinzip sein soll. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang doch sagen, daß allzugroße Sparsamkeit, wirtschaftlich gesehen, unrationell sein kann und ins Gegenteil umschlägt. Unangebrachte Sparsamkeit kann zu unrationellen Halbheiten führen. Beispielsweise zwingt die Tatsache des Bestandes an altem und uneinheitlichem Gerät zu einem erhöhten Reparaturaufwand, zum Halten eines kostspieligen Ersatzteillagers und dergleichen. Alte Fahrzeuge brauchen viel Benzin. Der Mehraufwand, der durch Treibstoff, Ersatzteile, Reparaturen entsteht, beschneidet wiederum jene Mittel, die zur Neuanschaffung rationellerer und besserer Geräte und Fahrzeuge gebraucht werden.

Man kann sich sicher eine Zeit hindurch mit Improvisationen behelfen und wenigstens die Fassade einer Landesverteidigung notdürftig aufrecht erhalten. Aber dann läuft man Gefahr, schließlich doch an einen Punkt zu kommen, wo alle Aufwendungen sinnlos erscheinen. An diesen Punkt zu kommen müssen wir uns aus volkswirtschaftlichen Erwägungen hüten.

Und nun ein aufrichtiges Wort zur Frage der Waffenübungen. Ja, ich weiß, daß ich hier ein sehr heißes Eisen angreife. Aber ich muß hier fragen: Wer kann es verstehen, daß diese Frage bisnun keiner befriedigenden Lösung zugeführt worden ist? Nun, der Eingeweihte weiß es, daß die positive Lösung dieser Frage bisnun am Widerstand der

Sozialisten gescheitert ist. Sie meinen, meine Damen und Herren, es sei nicht opportun, für Waffenübungen einzutreten, denn Sie argumentieren: „Wer sollte denn wieder zu den Fahnen wollen, und sei es auch für ein paar Wochen? Wer einmal Filzpantoffel getragen und sich an ein warmes Bett gewöhnt hat, der zeltet nicht gern bei Regenwetter, der fährt mit dem Auto und robbt nicht gern mit dem Stahlhelm durch das Gras, er vertauscht nicht gern den Stammtisch mit der Kasernenstube.“ Ja, es mag wohl richtig sein, daß es viele gibt, die sich darnach halten. Aber glauben Sie mir, es gibt trotzdem Männer, die aus sich heraus für militärische Wiederholungsübungen eintreten, weil sie wissen, daß auch ein kleines Heer, auf dem Standpunkt strikter Neutralität fußend, den Grenzschutz gegen Staaten übernehmen kann, die sich in Brand gesetzt haben. Denn aus diesen könnte die Feuersbrunst nach Österreich flackern, vor allem dann, wenn keine „Feuerwehr“ an den Grenzen steht. Ich glaube, das Wort „Feuerwehr“ soll bildlich verstanden werden; es degradiert in diesem Zusammenhang nicht. Denn gerade am Schweizer Beispiel haben wir es gesehen, wie wichtig solche Löschgeräte an den Grenzen sind. Es ist uns doch nicht entgangen, daß diese kleine Schweiz auch während des zweiten Weltkrieges unangetastet geblieben ist.

Waffenübungen lassen sich einmal nicht vermeiden, das möchte ich nachdrücklich gesagt haben. Denn selbst im Infanteriebereich ist seit 1945 die Welt nicht stehen geblieben, die Feuerkraft der Gruppe und verschiedenes andere hat sich wesentlich geändert.

Und nun zu einer Feststellung, die mich einigermaßen mit Sorge erfüllt, aber es soll das Wort auch hier gewagt werden: Österreich verfügt über keine Führerreserve. Diese Mängel sind darauf zurückzuführen, weil die Regierung 1956 zum Heer ja sagte und seither die Sozialisten zu den Waffenübungen nein sagen. Die Frage der Waffenübungen hat sich nachgerade zu einem der größten Sorgenkinder des Bundesheeres und damit auch indirekt der Landesverteidigung selbst entwickelt. Eine befriedigende Lösung dieses Problems verträgt keinen weiteren Aufschub und wird von Tag zu Tag dringlicher. Bei jedem Manöver, bei jeder Planung kommt es immer und immer wieder zutage, daß ohne Einberufung von Reservisten auch an eine bescheidene Landesverteidigung nicht gedacht werden kann. Es würde eine völlige Verkennung der Tatsachen bedeuten, wenn man annehmen wollte, eine neunmonatige Ausbildung des Soldaten genüge, er benötige für die Dauer seiner späteren vieljährigen Zugehörigkeit zum Reservestand keinerlei militärischer Wiederholungsübungen mehr.

Diese Waffenübungen gewinnen aber noch mehr an Bedeutung für jene Reservisten, die in irgendeiner Form als militärische Führer ausersehen sind. Zur Erreichung der Einsatzstärke des Bundesheeres müssen etwa 60 Prozent der Reservisten einberufen werden. Da der Bedarf auch bei Offizieren und Unteroffizieren etwa gleich bleibt, bedeutet das, daß im Falle eines Einsatzes des Bundesheeres gemäß § 2 a Wehrgesetz der gegenwärtige Kader-Personalstand mit Hilfe der Reservisten mehr als verdoppelt werden müßte. Diese Reservisten haben aber überwiegend auch nicht mehr als eine Ausbildung von neun Monaten erhalten, die teilweise bereits zwei oder mehr Jahre zurückliegt. Ja, wie kann man denn von solchen Reservisten im Ernstfall erwarten, daß sie letzten Endes ihren Führungsaufgaben gerecht werden? Da können sie noch so gute Soldaten gewesen sein.

Bei den im Oktober durchgeführten Ständeevidenzkontrollen, die erstmalig einen Kontakt mit Tausenden von Reservisten hergestellt haben, gab es nicht wenige, die dort von sich heraus die Frage stellten, wann denn eine Möglichkeit zu Waffenübungen wäre. Aber diese Frage wird ebenso von zahlreichen Teilnehmern des letzten Weltkrieges gestellt, die es einfach nicht zu fassen vermögen, daß ihnen die Möglichkeit genommen ist, freiwillig zu solchen Waffenübungen einzurücken.

Nach einer dreijährigen Ausbildungszeit hat sich herausgestellt, daß es der österreichischen Jugend oft wesentlich ernster mit der Verteidigung der Heimat ist, als mancher Jugendvertreter es zu wissen glaubt. Man sollte endlich aufhören, nur auf die wenigen zu hören, die da schreien, und die Meinung der überwiegenden Masse der jungen Menschen in Betracht ziehen, denen die Erfüllung der ihnen im Interesse der Landesverteidigung auferlegten Pflichten eine Selbstverständlichkeit ist. Da die Verpflichtung zu den Waffenübungen den Einberufenen immer wieder an seine Verpflichtungen dem Staat gegenüber und an seine Aufgaben dem Staat gegenüber erinnert und damit indirekt eine nicht zu übersehende Wirkung auf das Staatsbewußtsein ausübt, wären diese Waffenübungen eben auch zu wünschen.

Es ist eine Tatsache, daß das Staatsbewußtsein des einzelnen durch diese Waffenübungen gestärkt wird, durch unzählige Beispiele anderer Länder einwandfrei belegt. Der Herr Abgeordnete Pölzer hat der staatsbürgerlichen Erziehung, der Verstärkung dieser Erziehung bei der Budgetdebatte das Wort gesprochen; ich konnte ihm völlig beipflichten. Aber dieser geäußerte Wunsch nach tatkräftiger und nachhaltiger Unterstützung der

Erziehungstätigkeit auf diesem Gebiet kann erfüllt werden durch Waffenübungen.

Eine Vogel-Strauß-Politik auf diesem Gebiet kann nur viel Blut und Tränen kosten. Frau Kollegin Jochmann, Sie sind mit meinen Ausführungen über die Waffenübungen nicht einverstanden? (*Abg. Rosa Jochmann: Nein, durchaus nicht!*) Ich bin Ihnen nicht böse, aber wenn es wirklich zu etwas kommt (*Abg. Rosa Jochmann: Hoffen wir nicht!*) meine sehr Verehrten, dann sind Sie mit mir, wir alle für den erhöhten Blutzoll verantwortlich, der den Söhnen unserer Heimat abgefordert wird. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Auch hier darf also nicht am falschen Platze gespart werden. Jetzt freilich hat man so viele Mittel gestrichen, daß die Durchführung von Waffenübungen, auch wenn Sie, meine Herren — ich habe die Hoffnung jetzt aufgeben müssen —, morgen vielleicht anderer Meinung wären, als in Frage gestellt angesehen werden muß.

Ich komme noch einmal zurück auf die zuvor von mir anlässlich von Waffenübungen aufgezeigte Möglichkeit staatsbürgerlicher Erziehung. Ich glaube, dazu gehört auch die überzeugende sachliche Aufklärung über Sinn und Zweck der Wehrpflicht als solche. Ich spreche sehr viel mit jungen Leuten, die vor dem Einrücken stehen, aber auch mit solchen, welche die Wehrpflicht bereits hinter sich haben. Ich kann dabei im allgemeinen folgende Feststellungen machen: Niemand denkt daran, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Meist möchte man ihr in so kurzer Zeit wie möglich genügen, es sei denn, daß der Dienst bei einer speziellen Waffengattung bequemer, interessanter oder für den erlernten oder für den noch zu erlernenden Beruf nützlich erscheint. Eine innere Verpflichtung, über die formelle gesetzliche Pflicht hinaus zu dienen, empfinden, ich muß es offen sagen, nicht allzu viele.

Über den Sinn dieser Pflicht — und jetzt komme ich auf das, was ich sagen wollte — weiß kaum jemand mehr zu sagen, als daß es eben Gesetz ist, daß es sich um den Schutz der Grenzen, um den Schutz der Neutralität handelt. Daß dieser Schutz im Ernstfall wirksam wäre, erwarten jedoch gleichfalls nur sehr wenige.

Diese Auffassungen stimmen bedenklich, meine sehr Verehrten. Es besteht nämlich bei allen Kennern der Materie Überzeugung und Übereinstimmung darüber, daß die Verteidigungskraft eines Landes, sei die materielle Rüstung noch so perfekt, nicht größer sein kann als der Wehrwille. Und an diesem Willen fehlt es bei uns, ich muß es offen sagen, vor allem bei denen, die in erster Linie berufen

sind, ihn gegebenenfalls in die Tat umzusetzen. Ich finde das bedauerlich, aber ich finde es auch zum Teil verständlich, nicht nur weil wir sehr bittere Erfahrungen aus zwei Weltkriegen gesammelt haben, sondern weil wir auch eine gründliche, über zehn Jahre dauernde Umerziehung hinter uns haben und weil nicht zuletzt auch in den rund vier Jahren seit der Befreiung und dem Wiederaufbau unseres Heerwesens herzlich wenig für diesen Willen und das seine Voraussetzung bildende Wesen getan wurde.

Mit allgemeinen Formulierungen, richtiger gesagt Phrasen, wie Schutz der Heimat, Schutz der Grenzen, Verteidigung unserer Neutralität, ist es also nicht getan. Es wäre daher höchste Zeit, an Stelle dieser nebulösen Formulierungen endlich klare, einleuchtende Definitionen für Aufgabe und Zielsetzung des Bundesheeres und unserer Landesverteidigung zu finden.

Die Aufgaben friedlicher Natur, wie Katastropheneinsatz, sind jedermann klar. Jedermann weiß, dazu braucht man keine Wehrpflicht, dazu braucht man keine Panzer, dazu braucht man keine Maschinenpistolen.

Aber wie steht es im Ernstfalle? Ich glaube, darauf kann man auch überzeugend antworten: Die einzige Aufgabe des Bundesheeres in einem möglichen künftigen Krieg ist, Österreich daraus herauszuhalten. Dies kann, soweit es sich um Grenzverletzungen handelt, durch aktive Abwehr oder allein schon durch die Bereitschaft hiezu auch mit unseren verhältnismäßig schwachen Kräften geschehen. In einem großen Krieg besteht die Aufgabe darin, die für einen Angreifer erzielbaren Vorteile geringer zu machen als die damit verbundenen Verluste und sonstigen Nachteile. Auch dazu reichen die uns gegebenen, noch nicht allzu großen Möglichkeiten, wenigstens mit hoher Wahrscheinlichkeit, ebenso aus wie die der Schweiz oder Schwedens in beiden Weltkriegen. Die beste Aussicht für Österreich, einen Krieg zu gewinnen, ist, ihn zu vermeiden. Diese Aussicht ist sehr gering, wenn wir wehrlos sind, meine sehr Verehrten. Sie ist umso größer, je besser wir zu einem Kampf vorbereitet sind, und die Wahrscheinlichkeit, kämpfen zu müssen, ist umso geringer, je mehr wir dazu bereit und entschlossen sind. Diese einfachen beweisbaren Wahrheiten sind geeignet, fast jeden jungen Menschen zu überzeugen, daß es nicht nur seine formelle Pflicht ist, Soldat zu werden, sondern daß die Erfüllung dieser Aufgabe auch Sinn und Zweck hat.

Es scheint mir aber zweckmäßig, mit einer solchen Aufklärung nicht zu warten, bis der junge Mann ins Bundesheer einrücken muß, wo sie offenbar auch nicht genügend erfolgt,

sondern sie schon vorher zu geben, weil damit die Einstellung zum Dienst von Haus aus eine bessere sein könnte. Derartige bewußte und sachliche Aufklärung wäre vor allem Aufgabe der letzten Klasse der Mittel- und Berufsschulen.

Darüber hinaus müßte sie natürlich allmählich auch die gesamte Bevölkerung erfassen. Heute muß im Kernpunkt jeder wirksamen und ausreichenden Verteidigung ein geistiger Prozeß stehen: die Wiedererkenntnis und Anerkennung der ewigen Wahrheit, daß alles, was leben will, für sein Leben auch zu kämpfen bereit ist.

Unser aufklärendes Bemühen wird aber nur halbe Erfolge erreichen, wenn wir uns nicht auf die Wiederherstellung der Ehre der Soldaten auch des letzten Krieges besinnen. *(Abg. Rosa Jochmann: Jetzt beginnt es!)* Hier bin ich völlig einer Meinung mit Ihnen, Herr Abgeordneter Kindl. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich möchte nicht wiederholen, was ich hier schon gesagt habe *(Abg. Rosa Jochmann: Das müssen Sie nicht, das haben wir uns gemerkt!)*, und ich glaube, Sie haben es auch nicht als angenehm empfunden, welch schändlichen Empfang man da und dort den aus dem letzten Krieg heimkehrenden Söhnen unseres Vaterlandes bereitet hat und daß man Pflichterfüllung und Tapferkeit mit Verbrechen gleichgesetzt hat. *(Abg. Rosa Jochmann: Wer hat das getan? Wo ist das geschehen? Sagen Sie es gleich: Wo war das?)* In der Nähe von Salzburg! Wenn Sie das nicht wissen, tun Sie mir leid! Das weiß jedermann. Fragen Sie die Soldaten! *(Abg. Rosa Jochmann: Wer war das? — Ruf: Kein Mensch hat das getan! — Abg. Pölzer: Körner ist als Bürgermeister zu jedem Heimkehrertransport gegangen!)*

Meine Frauen und Herren! Es sei mir nochmals von dieser Tribüne aus erlaubt zu sagen... *(Anhaltende Rufe bei den Sozialisten.)* Aber, meine sehr Verehrten, ich habe doch noch vor acht Jahren gegen einen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben, der den Titel trug: „Helden oder Hunde“. Da wurden die Soldaten und Offiziere mit Hunden gleichgesetzt. Meine sehr Verehrten! Vielleicht haben Sie den Artikel nicht gelesen. Ich muß es Ihnen sagen, weil Sie mich provozieren; ich hätte dieses Wort hier lieber vermieden.

Ich muß von dieser Tribüne aus sagen, daß Pflichterfüllung und Tapferkeit nach wie vor erhabene Tugenden des österreichischen Menschen sind. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mark: Dagegen haben wir uns nicht gewendet!)* Ohne diese Tugenden, meine Frauen und Herren, hätten keine die Menschheit bewegenden Ideen in der Vergangenheit verwirklicht werden können. *(Abg. Rosa Jochmann: Damit sind Sie ins KZ gekommen?)* Es ist zwingend,

daß wir das moralische Gesetz in uns in seinen wichtigsten Äußerungen, zu denen an erster Stelle die Pflichterfüllung gehört, überall dort anerkennen und stärken müssen, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.* — *Abg. Probst: Aber Gorbach, wer hat denn die Offizierstugenden nicht gebracht? Wer hat dich ins KZ gebracht?*)

Darum müssen Pflichterfüllung und Tapferkeit auch dann anerkannt werden, wenn sie innerhalb des militärischen Apparates und im Verlaufe eines Krieges zur Auswirkung kommen. (*Zwischenruf des Abg. Mahnert.*) Wir haben nicht die Möglichkeit, solche Tugenden, insofern sie nach bestem Wissen und Gewissen zur Betätigung gelangen, nur deshalb zu verhöhnern und herabzusetzen, weil sie Einrichtungen oder Prinzipien dienen, die wir alle, die wir hier sitzen, kompromißlos ablehnen müssen. (*Abg. Rosa Jochmann: Sagen Sie doch, wer das herabsetzt!*)

Die Zahl der Pflichtgetreuen und der Tapferen ist nicht allzu groß. (*Weitere Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Jeder Staat und jedes Regierungssystem, jede menschliche Institution und Gemeinschaft bedürfen ihrer dringend. Keiner von ihnen ist zu entbehren, wenn das Los der Menschen gebessert werden soll. Daher habe ich Achtung vor Pflichterfüllung und Tapferkeit jener Soldaten, die nicht Kämpfer waren aus Raub- oder Mordlust, sondern glaubten, in dem von ihnen nicht verschuldeten Krieg ihren soldatischen Eid zu halten und das Vaterland vor den Schrecken des Krieges, vor fremder Besetzung und vor der erbarmungswürdigen Hilfslosigkeit jedes besiegten Landes bewahren zu müssen. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.* — *Abg. Rosa Jochmann: Fragen Sie die Mütter, was die dazu sagen!*) Pflichtbewußte Menschen sind auch für das heutige Österreich viel wertvoller als solche zweifelhafte Existenzen, die sich nach beiden Seiten um jede Form der Pflichterfüllung herumzudrücken verstehen.

Nunmehr komme ich auch zum Luftschutz. Man kann es nicht oft genug sagen, daß er notwendig ist. Der Schweizer Bundesrat Dr. Kobelt sagte vor nicht langer Zeit, sein Land betreffend: „Bei der heutigen militärisch-politischen Lage wäre es nach unserer Auffassung ein Verbrechen, wenn man die Hände in den Schoß legen und nicht wenigstens ein Minimum unternehmen würde, um Schutz- und Betreuungsmaßnahmen für die Zivilbevölkerung vorzubereiten.“ Das sagte also ein Schweizer, ein Angehöriger jenes Volkes, von dem man weiß, daß es sparsam ist, daß es außerordentlich nüchtern ist. Und diese Schweizer befinden sich in einer Lage, von der nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, daß sie unserer in vieler Hinsicht ähnlich ist.

Ich weiß schon, daß man sich auch mit der Forderung nach dem Zivilschutz nicht besonders beliebt macht. Das ist nicht weiter verwunderlich, da ja allein das Wort Luftschutz weckt Erinnerungen an Bombennächte, an stickige Luftschutzkeller, an Not und Tod. (*Abg. Rosa Jochmann: An die Mütter, die weinen, und an die, die zugrunde gegangen sind!*) Ja, sehr wohl, liebe gnädige Frau, aber die werden sehr weinen oder nicht mehr Zeit haben zu weinen (*Abg. Rosa Jochmann: Es waren Millionen!*), wenn wir nicht dafür sorgen, daß sie im Ernstfall ihren Schutz haben. (*Zustimmung bei ÖVP und FPÖ.* — *Abg. Rosa Jochmann: Hoffentlich nicht! Sie tun ja so, als ob es morgen schon so weit wäre!*) Gott möge es verhindern! Ich hoffe mit Ihnen, daß dieser Zeitpunkt nicht eintritt. Aber, Frau Kollegin, wissen wir es, ob es nicht übermorgen der Fall sein kann? Das wissen wir allen nicht. Und deswegen haben wir die Verantwortung dafür zu tragen, daß wir zeitgerecht Vorsorge treffen. Ich bitte mich doch zu verstehen, ich wünsche diese Dinge ja nicht, lassen Sie mich es sagen! (*Abg. Probst: Haben Sie die Milliarden, haben Sie das Geld dafür? Das ist ja Phrase! Geld ist dazu notwendig!*) Ich bitte, doch sachlich dazu Stellung zu nehmen. Ich weiß, daß es Dinge genug gibt, die in uns allen rund um diese Frage ein Unbehagen erzeugen. Ich weiß, daß der Zivilschutz eine hübsche Stange Geld kostet, meine sehr Verehrten. Aber daß etwas Geld kostet, daß etwas un bequem ist, war doch nie ein ausreichender Grund, es abzulehnen. Das ist ja ein Trugschluß. (*Abg. Rosa Jochmann: Sagen Sie gleich, von wo es genommen werden soll!*)

Betrachtet man nun, was bei uns in all diesen Belangen geschehen ist, dann kommt man — ich muß es hier deponieren — zu sehr spärlichen Resultaten. Die Forderung muß schon aus rein wirtschaftlichen Gründen lauten, unverzüglich zu beginnen, um wenigstens das zu ersparen, was später als Folge von Versäumnissen zusätzlich aufgewendet werden müßte.

Die ersten Voraussetzungen dazu sind die legislativen Grundlagen, sorgfältigste Planung und Aufklärung der Bevölkerung. Das kostet noch nicht sehr viel, spart aber eine Unmenge. Der zivile Luftschutz — und jetzt sage ich es Ihnen ganz offen — (*Abg. Probst: Ist nur ein beschriebenes Papier!*) soll außerhalb jeder Parteipolitik und Propaganda ausschließlich dem humanitären Zweck des Schutzes des menschlichen Lebens dienen. Warum ereifern wir uns denn so über diese Frage? (*Abg. Probst: Machen Sie Vorschläge, wie man das Geld hereinbringen soll!*)

Schließlich möchte ich auf die noch bestehenden Schutzräume hinweisen. Sie werden ihren

Zwecken entfremdet, sie verfallen zum Teil. Es wird nicht das wenige Geld aufgebracht. Es kostet nicht viel, Herr Abgeordneter Probst, sie zu konservieren. Ich verweise hier immer auf den Stollen im Grazer Schloßberg, der in diesen traurigen Zeiten Tausenden und Abertausenden von Menschen Schutz geboten hat. Wenn das noch ein oder zwei Jahre so weitergeht, verfällt er völlig und ist dann unbrauchbar. Ich glaube daher, daß man doch dieses wenige Geld aufbringen sollte, um hier Vorsorge zu treffen. *(Abg. Rosa Jochmann: Wenn die Bevölkerung das hört, wird sie glauben, daß morgen schon wieder Krieg ist!)*

Der Ministerrat hat im Jahre 1958 die Bundesministerien für Inneres und Landesverteidigung beauftragt, gemeinsam einen Plan für den Aufbau eines österreichischen Zivilschutzes zu erstellen und ein Zivilschutzgesetz auszuarbeiten. Wie man aus der Presse entnahm, erfolgten sogar Studienreisen nach Schweden und in die Schweiz, um die dortigen Einrichtungen zu studieren. Ich hoffe, daß diese Studienreisen nicht ohne Auswirkungen auf die österreichischen Verhältnisse bleiben. Aber, etwas fiel mir auf, meine sehr verehrten Frauen und Herren. Der Herr Abgeordnete Probst sagt: Wo ist das Geld? Bringen sie das Geld! Ich habe gehört, daß dem Bundesministerium für Inneres an Budgetmitteln für das Jahr 1958 300.000 S für den Zivilschutz zugewiesen worden sind. *(Abg. Rosa Jochmann: Mit 300.000 S werden wir weit kommen! — Abg. Probst: Was sind schon 300.000 S?)* Das ist sehr wenig! Aber wissen Sie, was man mit dem wenigen Geld gemacht hat? Das wurde verwendet, um zwei Stockwerke im Amtsgebäude am Hof auszumalen und die Gänge mit Linoleum zu belegen *(Abg. Probst: Das ist doch nicht wahr!)* und in der Meidlinger Kaserne eine Garage auszubauen. *(Abg. Kindl: Was sagt der Rechnungshof dazu?)* Auch für das Jahr 1959 wurden dem Bundesministerium für Inneres 5 Millionen Schilling für Aufgaben des zivilen Bevölkerungsschutzes im Rahmen des Budgets überwiesen. Auch von diesen 5 Millionen — der Betrag ist jetzt größer, meine sehr Verehrten — sollen angeblich bereits im März 1 Million Schilling für die Fahrausbildung der Gendarmerie und für den Streifendienst auf den Autobahnen zugewiesen worden sein *(Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP)*, also für Aufgaben, die mit dem Zivilschutz nichts zu tun haben. *(Abg. Rosa Jochmann: Die aber sehr wichtig sind!)* Sollte das den Tatsachen entsprechen, dann würde ich es wegen der Dringlichkeit der Regelung dieser Frage außerordentlich bedauern.

Und nun ein Wort zur Frage des Nachwuchses bei den Offizieren und Unteroffizieren.

Die derzeit geltenden Gehaltsschemen, wie sie durch die Dienstzweigeverordnung und durch das Gehaltsgesetz bestimmt werden, bilden meines Erachtens für die Jugend nicht genügend Anreiz, um sich dem militärischen Dienst und dem militärischen Beruf zu widmen. Um Offizier werden zu können, muß der Maturant ein Jahr Ausbildung bei der Truppe und drei Jahre an der Militärakademie mitmachen. Dann wird er also nach insgesamt vier Jahren Leutnant.

Der junge Maturant geht von vornherein schon ein Zeitrisko ein, wenn er in die Offiziersausbildung eintritt, denn er weiß ja nicht, ob er schließlich und endlich nicht im letzten Jahr der Akademie wieder ausscheiden muß. Er hat keine Möglichkeit, zu wiederholten Malen eine Prüfung zu machen, wie das zum Beispiel an der Hochschule immerhin der Fall ist, sondern er unterliegt einer dauernden Beurteilung und schließlich einer Prüfung, die über seine Zukunft endgültig entscheidet.

Man muß bedenken, daß, wenn man von den jungen Leuten Idealismus fordert, man selbst auch soviel Idealismus aufbringen muß, um das Streben unserer Jugend im gerechten Maße zu entlohnen. Es sind mir genügend Fälle bekannt, wo Maturanten, die sich zuerst für den Offiziersberuf gemeldet haben, am Schluß kamen und sagten: Nein, entlohnungsmäßig paßt mir das nicht, denn ich bekomme jetzt als Maturant, wenn ich in eine Anstellung gehe, fast soviel, als ich nach vier Jahren als Leutnant Anfangsbezug habe. Und viele wurden durch die Eltern auch darauf hingewiesen, daß die Offizierslaufbahn eine viel strapaziosere ist als irgendeine andere. Das müssen wir, glaube ich, noch einmal genau überprüfen und uns überlegen, was hier zu tun wäre, weil ich die Befürchtung habe, daß wir hier zu einer negativen Auslese kommen.

Und nicht anders, ja sogar viel ungünstiger verhält es sich mit den Unteroffizieren. Sie ergreifen einen Beruf, der keine gesicherte Zukunft hat. Wir haben weder ein Anstellungsgesetz noch die Möglichkeit, die Leute als Berufsunteroffiziere weiter zu behalten, wenn die neun Jahre vorbei sind. Die Weiterverwendung als Bundesbeamter ist nicht jedermanns Sache.

Ich bin der Meinung, daß politische Bedenken bei der Behandlung der Frage des Soldatenanstellungsgesetzes besser außer Betracht blieben und daß man sich bald gemeinsam für ein solches Anstellungsgesetz entschließen sollte.

Es erhebt sich zudem ja noch die Frage, ob das viele Geld und die lange Zeit, die aufgewendet werden müssen, um einen Unter-

offizier als Unterkommandanten oder Spezialisten auszubilden, richtig aufgewendet werden, wenn diese Unteroffiziere nach neun Jahren aus dem Heer entlassen werden müssen. Es wäre daher ernstlich auch der Gedanke eines Berufsunteroffizierskorps zu erwägen.

Ein leidliches Kapitel beim Militär ist das Wohnungsproblem. Der aktive Soldat ist meist häufigem Ortswechsel unterworfen. Das liegt in der Natur seines Dienstes und nicht zuletzt auch in den noch lange nicht konsolidierten Verhältnissen beim Bundesheer. Ich muß leider feststellen, daß es in einzelnen Garnisonen um die Wohnungsverorgung der Offiziere und Unteroffiziere außerordentlich schlecht bestellt ist. *(Abg. Rosa Jochmann: Das ist eine allgemeine Erscheinung!)* Das führt oft zu jahrelanger Trennung der Familien mit den uns allen bekannten Folgen. Ich kann nur hoffen, daß dem Bundesheer von jenen Mitteln, die seinem ohnedies bescheidenen Budget abgezwaht worden sind, ein Teil wieder zugute kommt, indem Naturalwohnungen gebaut werden, die Offiziere und Unteroffiziere zugeteilt werden.

Darüber hinaus möchte ich abschließend nicht versäumen, mit besonderem Nachdruck abermals auf die dienstrechtliche Diskriminierung der ehemaligen Berufsmilitärpersonen hinzuweisen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Diskriminierung vom wehrpsychologischen Standpunkt, der heute ja schon mehrmals im Mittelpunkt der Ausführungen stand, eine arge Belastung darstellt. Ich habe bereits vor Jahresfrist hier an dieser Stelle auf die beschämende Tatsache hingewiesen, daß nicht einmal die Ruhestandsbezüge jener Offiziere befriedigend geregelt worden sind, die 1938 aus Gesinnungstreue den Eid verweigert haben oder zwangspensioniert worden sind. Seither ist wieder ein Jahr vergangen, und nicht nur in der Frage dieser speziell angeführten Kategorie ehemaliger Offiziere, sondern auch in der Frage aller anderen Berufsmilitärpersonen, Offiziere und Unteroffiziere, die dienstrechtlich und pensionsrechtlich erheblich benachteiligt wurden, ist man um keinen Schritt weitergekommen. Ja, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß im abgelaufenen Budgetjahr offensichtlich im Hinblick auf das ständige Gerede von der notwendigen Kürzung des Militäretats nicht einmal ein erster Versuch gemacht worden ist, dieses Problem zu lösen. Ich muß daher an alle mit dieser Frage beschäftigten Ressorts den eindringlichen Appell richten, alles zu tun, um eine gerechte dienst- und pensionsrechtliche Behandlung ehemaliger Berufsmilitärpersonen in die Wege zu leiten, damit diese

Hypothek, die auch unser junges Bundesheer belastet, endlich gelöscht werden kann.

Meine Frauen und Herren! Wir haben uns alle sehr schnell an unser Bundesheer gewöhnt und freuen uns, daß wir wieder ein Bundesheer haben. Wir freuen uns darüber, wenn wir es bei den Paraden und bei gewissen Anlässen sehen und dabei feststellen können, daß unsere Soldaten den Beweis militärischer Zucht und disziplinierten Verhaltens erbringen. Sind es doch die Söhne unserer Heimat. *(Abg. Dr. Migsch: Für Paraden würden wir das Bundesheer nicht brauchen!)* Wir anerkennen lobend den vorbildlichen Einsatz dieser Truppen bei Katastrophenfällen und Hilfsaktionen und danken ihnen hierfür. Bei der positiven Einstellung zum Bundesheer mögen dann und wann sehr häufig emotionelle Umstände eine Rolle spielen. An uns liegt es daher, die letzten Beweggründe für den Bestand unseres Bundesheeres in das Bewußtsein des Volkes zu rücken. Es ist kein Schlagwort, sondern ernste Wahrheit: Landesverteidigung geht alle an! Es wird sich deshalb als notwendig erweisen, in Zukunft unseren Patriotismus nicht nur nach Preisen und Löhnen, sondern auch nach dem Willen zum Bestehen in Frieden und Freiheit zu messen. Dieser Wille zur Wehr aber bedeutet: Dienen, zahlen und Opfer bringen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als Nächster hat sich zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Pölzer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Pölzer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Feststellung machen. Wir Sozialisten bekennen uns zu den Grundsätzen der Landesverteidigung. Ich weiß schon, daß es nicht an Stimmen fehlt, die mehr oder weniger versteckt sagen, daß wir das aus Gründen des Opportunismus tun, weil wir jetzt mit die Verantwortung tragen in der Regierung. Solchen Zweiflern muß ich jedoch entgegenhalten: Seit 1945 haben wir ein glühendes Bekenntnis zu diesem unserem Staat abgelegt und wissen, daß das unser Staat ist, den wir auch mit der Hilfe der gesamten Arbeiterbewegung so einrichten wollen, daß wir uns in dem Staat wohlfühlen können und alle Ursache haben, diesen Staat zu lieben. Das will ich Ihnen wirklich sagen, es ist mir ernst, wenn ich Ihnen das sage, und es sind keine Gründe der Taktik dafür maßgebend, wenn ich Ihnen das sage.

Das war, ich gestehe es, nicht zu allen Zeiten so. Es hat Zeiten gegeben in unserer Geschichte, wo wir in diesem Staate nicht anerkannt worden sind. Wir haben uns unsere Gleichberechtigung als österreichische Arbeiter und Angestellte schwer erringen müssen. Es

hat also auch andere Zeiten gegeben. Auch das muß ich sagen, weil das, was uns zeitweilig vorgehalten wird, interessant ist. Ich erinnere mich: Als ich ein Knabe war, war mein Vater Politiker. Im Jahre 1908 war er schon im Niederösterreichischen Landtag, und damals wurde ihm zugerufen: „K. u. k. Sozialdemokrat!“ Auch solche Zeiten hat es gegeben. Wir werden auch so etwas immer wieder vertragen, und wir vertragen das, weil wir mitarbeiten wollen in diesem Staat, weil wir gehört werden wollen in diesem Staat, weil wir mitberaten wollen und auch mitverantworten sollen. *(Ruf bei der ÖVP: „Sollen“, sehr gut! — Abg. Sebingner: Müssen! — Abg. Probst zur ÖVP: Ich kenne Leute, die haben in Bundesheeruniform geputscht in Österreich! — Abg. Dr. Maleta: Schaut in den eigenen Reihen nach!)*

Meine Damen und Herren! Ich habe im Budgetausschuß, das hat der Herr Abgeordnete Gorbach ganz richtig gesagt, bezeichnenderweise einen Vergleich gebracht, der jetzt im Burgtheater so richtig zum Ausdruck kommt. Ich habe die Wechselrede des Obersten Wrangel mit Wallenstein zum besten gegeben, weil das so sinnbildlich zeigt, was ich damit meinte. Schiller läßt im „Wallenstein“ Wrangel fragen: Hat denn der Österreicher kein Heimatland? — Darauf entgegnet ihm Wallenstein: Der Österreicher hat ein Vaterland und hat alle Ursache, es zu lieben! Aber die Armee, die ich befehle — sagt Wallenstein dann in der Wechselrede —, ist eine Armee von Söldnern, die dem dient, der mehr bezahlt. — Und deshalb das Bekenntnis der Sozialisten zur allgemeinen Wehrpflicht. Und deshalb habe ich reklamiert und den Herrn Bundesminister gebeten, man soll das den Menschen nahebringen und staatsbürgerliche Erziehung betreiben.

Wir sind Österreicher, wir sind erst nach 1945 — gestehen wir uns das alle zusammen, das ist durchaus keine Schande — nach ungeheuren Leiden, die wir durchgemacht haben, zu der Erkenntnis gekommen: Wir gehören zusammen, und es lohnt sich nicht, miteinander zu raufen und Bürgerkriege zu machen! Das war unser großes gemeinsames Erkennen. Das können unsere jungen Menschen gar nicht so wissen! Und was soll man heute Menschen sagen, die 16, 18 Jahre alt sind, was Diktatur bedeutet? Die haben es nicht erfahren. Wir alle haben das schauernd miterlebt, und wir müssen den Menschen, und das meinte ich im Budgetausschuß, die Liebe zu unserer Heimat einimpfen. Und jetzt habe ich noch etwas gesagt — sagen Sie nicht: so etwas Ketzerisches! —: Wir müssen eine neue Form des Staatsbewußtseins, der

Liebe zur Heimat entwickeln können. Man macht uns den Vorwurf, wir seien von Haus aus schlechte Österreicher, weil wir nicht weinen, wenn wir den Deutschmeistermarsch hören, und nicht besonders jubeln, wenn der glänzende Marsch, der Radetzky marsch, gespielt wird. Deshalb seien wir also schon schlechtere Österreicher.

Wir, und da meine ich alle, müssen ein glühendes Bekenntnis zu diesem unseren Staat ablegen, weil ich glaube, daß wir alle mitsammen die Erkenntnis schöpfen müssen, daß es sich nur lohnt, in einem Staat zu leben, wo die persönliche Freiheit gesichert ist! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Sebingner: Die man auch verteidigen muß!)* Die man auch verteidigen muß! Ich will das gar nicht bestreiten. Sehen Sie, darüber habe ich meine eigene Meinung.

Jetzt muß ich auch etwas anderes sagen. Ich war auch einige Male im Budgetausschuß, und es war so ein merkwürdiges Spiel: Der Unterrichtsminister hat sofort geschrien: Zuwenig Mittel! Der Innenminister hat gesagt: Ich kann nicht einmal 436 Posten, die ich schon vakant habe, besetzen; bei der Gendarmerie fehlen mir zu viele! Der Sozialminister hat geschrien. Es hat bei diesen Budgetberatungen keinen Minister gegeben, der nur halbwegs befriedigt war. Alle haben sich Kürzungen gefallen lassen müssen.

Ich erkenne genauso wie Sie, Herr Präsident Gorbach, die Notwendigkeit des Luftschutzes an. Das ist selbstverständlich. Ich bin nicht so weise wie Sie, Herr Präsident, aber wenn Sie mich fragen würden: Welchen Vorschlag machst du angesichts dieses Budgets, bei dem jeder Minister schreit: Man hat mich mißbraucht, man hat mich geschunden, man hat mich gerädert!, dann weiß ich auch keine Antwort.

Man soll nicht immer um des Witzes willen etwas sagen. Dem Herrn Abgeordneten Gredler, der immer sehr gerne Witze macht, weil er dadurch Publizität kriegt, hat es gestern zum Beispiel gefallen, zu sagen: Der einzige Staat, den er kennt, dem Österreich Paroli bieten könnte, wäre Liechtenstein. Ich habe sofort am Abend im Lexikon nachgelesen, weil es mir aus dem Gedächtnis entfallen ist: Liechtenstein hat sage und schreibe 16 Polizisten. Hier genügen unsere Freunde von der Freiheitlichen Partei mit Zeillinger und Kandutsch, das wären so schöne Offiziere. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)* Gestatten Sie mir auch diesen billigen Witz.

Herr Präsident Gorbach! Worüber wir nicht einer Meinung sind, ist folgendes: Ich glaube nicht, daß 1 Milliarde mehr in

dem Budget — ich wüßte wahrlich nicht, wo man sie hernehmen könnte — die Wehrmacht auf den wünschenswerten Stand bringt, wobei ich anerkenne, daß genug geschehen ist. Ich habe nicht einmal geglaubt, daß wir es so weit bringen. Ich war sehr skeptisch. Ich erinnere daran: So lange Jahre Faschismus, zehn Jahre Besetzung. Ich war so skeptisch und habe mir gedacht: Wird uns denn überhaupt jemand einrücken nach all dem, was wir erlebt haben? Wir müssen also doch als österreichische Abgeordnete, als Parlament nicht gar so schlecht gearbeitet haben, es muß sich doch einigermaßen herumgesprochen haben, daß es der Mühe wert ist, in diesem Österreich zu leben, daß es sich lohnt, auch für dieses Österreich zu arbeiten. Das ist eine sehr sehr große Leistung, das muß ich Ihnen sagen. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Landesverteidigungsminister gerade 100.000 S aus der Patsche geholfen hätten. Bei so einem beengten Budget, bei dem jeder Minister hat Haare lassen müssen, da gäbe es nur ein Rezept: Auch auf der Einnahmenseite nachzusehen. Bitte, ich bin deshalb angegriffen worden. Ich habe gesagt: Na ja, bei einem Budget nur die Ausgabenseite, aber in Zeiten der Hochkonjunktur nicht auch die Einnahmenseite anschauen?! Ich habe mir eine strenge Rüge Ihres großen Wirtschaftstheoretikers, des Ministers Kamitz, zugezogen, der mir gesagt hat, ich sei ein wirtschaftlicher Nebochant. Ich habe ihm gesagt: Ihre Antwort ist arrogant. Aber wir kommen da nicht weiter.

Was ich mit aller Deutlichkeit zur staatsbürgerlichen Erziehung sagen will: Wir müssen wissen, der Mann kann und darf kein Söldner sein. Ich sage immer bei den öffentlich Bediensteten und bei den Gemeindebediensteten im besonderen in jeder Rede: Du dienst nicht der Firma Gerngroß oder der Firma Krakauer, du dienst dem österreichischen Staat. Warum bin ich so ein Verfechter der Pragmatik und bin immer gegen die Menschen, die mir sagen, man kann nach den Bestimmungen der Pragmatik satzen, das private Recht ist viel stärker, weil ich den viel schnelleren Rechtszug habe? Nein, der Staat erklärt und du erklärst dem Staat, du willst ihm dienen und hast ihm alles zu geben, und ich sehe auch den Soldaten als öffentlich Bediensteten an.

Ich gebe Ihnen ohneweiters recht, wenn Sie sagen, es ist ein großes Problem: Wer wird sich für neun Jahre verpflichten, und dann steht er wieder vor dem Nichts und soll von hinten beginnen. Das wird eine gemeinsame Sorge sein müssen, wenn wir wirklich ein Unteroffizierskorps aufbauen wollen, das zweckentsprechend ist. Den Unter-

offizieren kann man, wenn man ernst genommen werden will, mit 45 Jahren nicht mehr sagen, sie sollen noch etwas vorzeigen. Deshalb habe ich gesagt, es kann nicht genug getrachtet werden, den Menschen psychologisch die Landesverteidigung näherzubringen: du dienst, und mit diesem Dienen dienst du der Öffentlichkeit, du hast also eine große Aufgabe vor dir.

Das zweite Problem, über das ich sprechen will, ist das Beschwerderecht. Ich sehe diese Einrichtung — ich habe immer mitgewirkt — als sehr segensreich an. Es hat mir nicht gepaßt — das habe ich dem Herrn Landesverteidigungsminister gesagt —, daß man so lange Zeit hat verstreichen lassen. Es gab widrige Umstände, hat der Herr Landesverteidigungsminister gesagt, die nicht dazu geführt haben. Ich glaube ohneweiters, weil ich weiß, daß man in absehbarer Zeit wieder die Beschwerdekommision einberufen wird, daß die Beschwerdefälle zur Behandlung kommen werden. Ich gebe auch ohneweiters zu — ich war bei allen Sitzungen und glaube von mir sagen zu dürfen, ich habe die Akten genau studiert —, ich gebe zu, daß in der Praxis 30 Prozent aller Beschwerdeführer als Querulanten anzusehen sind. Das sage ich ohneweiters. Das kann, soll und darf uns nicht daran hindern, gerade bei uns zu sagen: Wir wollen alles dazu tun, damit es in der österreichischen Armee nicht möglich wird, Schleifer-Platzeks groß werden zu lassen. (Beifall bei der SPÖ.) Der Soldat soll unter allen Umständen wissen: Ich darf nicht ungerecht behandelt werden! Wenn es sich herumspricht, daß diese Möglichkeit der Beschwerde vorhanden ist, werden die Auswüchse, die es da und dort gibt, zu vermeiden sein. Also Ausbau des Beschwerderechtes!

Schließlich noch zur letzten Sache, die mir auch sehr am Herzen liegt: Es soll der Plan bestehen, eine Heeressportvereinigung zu schaffen. Verzeihen Sie, das ist nun meine persönliche Meinung, ich habe mit keinem der Sportverbände Fühlung genommen. Ich halte das nur nicht für gut, besonders bei einem Sport, den ich sehr gut kenne, den ich trotz meiner Körperfülle — Sie werden es nicht glauben — in meiner Jugend betrieben habe, der ein Volkssport ist, beim Fußball.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie die Soldaten Fußball spielen lassen, so werden Sie keine Soldaten kriegen. Dann werden es keine Fußballer sein, sie werden aber auch keine Soldaten sein. Dieses Training verträgt das nicht. Bei einem Soldaten muß Wert auf Exaktheit gelegt werden, bei einem Fußballer — lachen Sie mich nicht aus — auf die katzen-

hafte Bewegung und auf den Trick. (*Heiterkeit.*)

Ich muß also sagen: Wir haben ja Sportverbände. Lassen Sie die, die Fußball spielen wollen, bei den Sportverbänden! Wir haben den ASKÖ, wir haben die Union, wir haben den Allgemeinen Sportverband. Es gibt Betätigungsmöglichkeiten genug. Aber ich würde es sehr bedauern, wenn dieser Sportverband gegründet wird, weil ich weiß, was da herauskommt. Da kommt eine Vereinsmeierei heraus, die weder dem Militär, noch dem Gedanken der Wehrpflicht, noch irgendwie der Truppe dienen kann. Das will ich auch gesagt haben.

Abschließend möchte ich feststellen: Wir Sozialisten bekennen uns zu den Grundsätzen der Landesverteidigung. Wir sind in vielen Fragen anderer Meinung. Aber sehen Sie, Herr Präsident Dr. Gorbach: Im ersten Weltkrieg sind Landwehrleute eingerückt, die eine dreimonatige Dienstzeit hatten, und es soll so eine Truppe gewesen sein. Ja, drei Monate, sie haben damals nur Waffenübungen gehabt, die drei Monate gedauert haben. Ich habe in der Kriegsgeschichte sogar gelesen, der General Pflanzer-Balting hat mit dem Landsturm in der Bukowina die Russen sehr lange aufgehalten. Es muß also doch auch einigermassen auf den Geist ankommen, der die Truppe beseelt, und nicht immer nur auf die Dienstzeit.

Das wollte ich Ihnen sagen. Diesen Geist einzupflanzen, dieses Österreich zu popularisieren und diese demokratische Republik hochzuhalten, wird für uns alle groß, mächtig und befreiend wirken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tödling. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Tödling: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als bäuerlicher Sprecher möchte ich im nachfolgenden zum Kapitel Landesverteidigung kurz Stellung nehmen. Dies erscheint mir umsomehr angebracht zu sein, als es zwischen Landesverteidigung und der Landwirtschaft gewisse Wechselbeziehungen gibt. Ich muß sagen: erfreuliche Beziehungen und zum Teil auch unerfreuliche, die vor allem aus der vorgenommenen Budgetkürzung resultieren.

Die erfreulichen Dinge möchte ich vorwegnehmen und mit gewisser Befriedigung feststellen, daß überall dort, wo unser Bundesheer die Aufgabe hat, Boden zu betreuen, es dies in einer Weise tut, die wir als zufriedenstellend bezeichnen dürfen. Ihren Niederschlag findet diese Tatsache auch in der Einnahmenaufstellung im Bundesvoranschlag. Dieser ist zu entnehmen, daß im Jahre 1960 über 10 Millionen Schilling aus der vom

Bundesheer betriebenen Agrarwirtschaft zu erwarten sind. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1958 einen Rückgang um rund 1 Million Schilling. Wir dürfen somit sagen, daß unser Bundesheer, wo immer es agrarische Produktion und forstliche Nutzung betreibt, dies sicherlich unter erschwerten Umständen, aber immerhin zur Befriedigung tut.

Diese agrarische Betätigung unseres Bundesheeres wurde im Finanz- und Budgetausschuß von einem sozialistischen Sprecher einer gewissen Kritik unterzogen. Ich möchte ein paar Worte nur zu dieser leidigen Strohverbrennung in Allentsteig sagen. Es wurde nämlich daran Kritik geübt. Sicherlich, meine Damen und Herren, wäre es interessant, ein agrarisches Abfallprodukt, eben dieses Stroh, zu schönen, teuren Preisen zu verkaufen, aber nachdem die Absatzlage nicht dementsprechend ist, muß man sich eben mit den Tatsachen abfinden, und ich darf Ihnen sagen, daß es zum Beispiel für einen steirischen Bauern nicht möglich ist, aus Niederösterreich Stroh zu beziehen, da dies an den Verlade-, Transport- und Entladekosten scheitert. Ich selbst mußte die Feststellung machen, daß es sich nicht lohnt, geschenktes Stroh in die Steiermark zu transportieren. Ich betrachte diese Strohverbrennung nicht als ein besonderes Vergehen, da letzten Endes die zurückbleibende Asche doch eine gewisse Bereicherung des Bodens mit Phosphorsäure mit sich bringt. Zu empfehlen wäre vielleicht, sofern es die Bodenverhältnisse zulassen, die Unterbringung dieses Strohs mit schweren Scheibeneggen. Aber, meine Damen und Herren, das nur nebenbei. Ich darf damit dieses wenn auch militärische Strohfeuer als abgetan bezeichnen.

Erwähnens- und beachtenswert erscheint mir die forstwirtschaftliche Tätigkeit unseres Bundesheeres. Der Voranschlag für 1960 sieht eine Einnahmenerwartung von 5.660.000 S aus forstlichen Nutzungen vor. Dies ist allerdings, auf Sicht gesehen, nur möglich, wenn die Bestände gepflegt werden und für Nachwuchs gesorgt wird.

In diesem Zusammenhang müssen die Aufforstungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Landesverteidigung vor allem in Götzensdorf, Felixdorf und Groß-Mittel hervorgehoben werden. Man ist dort mittels der Aufforstung den Versteppungserscheinungen in wirksamer Weise entgegengetreten.

Auch im Kärntner Grenzbezirk wurde eine Aufforstungsaktion durchgeführt, ebenso wurden im Bereich der Gruppe III die gleichen forstlichen Maßnahmen eingeleitet. Fast 1 Million Waldpflanzen wurden insgesamt im abgelaufenen Jahr gepflanzt. Dies bedeutet selbst-

verständlich weiteren Pflegeaufwand und damit naturgegeben auch weitere finanzielle Aufwendungen.

Hohes Haus! Seit das Bundesheer besteht, ist kaum ein Jahr vergangen, in dem wir nicht von Elementarkatastrophen betroffen wurden. Ob es nun Hochwasserschäden, Waldbrände oder Erdbeben waren, immer ist das Bundesheer helfend eingesprungen. Auch in diesem nunmehr bald abgelaufenen Jahr wurden fast alle Bundesländer — vor allem waren es Tirol und Oberösterreich — von Unweterschäden heimgesucht und betroffen. Dem Ausschlußbericht sind in diesem Zusammenhang einige interessante Zahlen zu entnehmen. Insgesamt waren im Jahre 1959 6874 Mann im Katastropheneinsatz, und es haben diese 238.590 Arbeitsstunden geleistet. Die verschiedensten Spezial- und Kraftfahrzeuge haben insgesamt einen Treibstoffaufwand von rund 115.000 Liter verursacht. Hohes Haus! Von dieser Stelle aus möchte ich namens der Landbevölkerung aller Bundesländer allen Offizieren, Unteroffizieren, Mannschaften und nicht zuletzt unserem Herrn Bundesminister für die Hilfeleistung danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Unser Bundesheer hat sich zu einem beachtlichen Faktor unserer Wirtschaft entwickelt. Auch in der Frage der agrarischen Absatzbelegung nimmt es eine beachtliche Position ein, werden doch rund 200 Millionen Schilling für die Versorgung der Truppe mit Lebensmitteln aufgewendet. Daß hierfür nicht ein höherer Betrag notwendig ist und es möglich ist, mit 14 S eine Tagesverpflegung pro Mann zu erstellen, spricht eigentlich für die niedrigen Preise unserer Nahrungsmittel. Der Herr Abgeordnete Preußler hat im Finanz- und Budgetausschuß erwähnt, daß dem nicht ganz so sei. Ich gebe zu, daß da und dort gewisse preisliche Differenzierungen anzutreffen sind, und es mag das seine Richtigkeit haben.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich bei den eingangs erwähnten unerfreulichen Beziehungen der Landesverteidigung zur Landwirtschaft angelangt. Sie müssen meine nun folgenden Ausführungen nicht unbedingt als Kritik werten. Ich bitte jedoch, sie zumindest als besorgniserregende Feststellungen zu betrachten. Im Rahmen der bescheidenen zur Verfügung stehenden Mittel wird die Anschaffung von Waffen und Gerät sicherlich in Ordnung gehen, und ich möchte diesbezüglich keinerlei Untersuchungen anstellen. Von Sprechern aller Parteien, sowohl im Ausschluß wie auch heute schon hier im Hause wurden Maßnahmen des Zivilschutzes gefordert. Dies ist sicherlich eine aktuelle und sehr brennende Frage. Ich möchte nun

an Sie, meine Damen und Herren, die Frage stellen, ob es nicht als elementarste Voraussetzung jeglicher Landesverteidigung gilt, für Truppe und Zivilbevölkerung wenigstens für eine gewisse Zeit auch die Ernährung zu sichern. Können wir nicht im Falle X — wir wünschen es keiner — agrarische Produktionsgebiete verlieren? Wird nicht durch die Einberufung bäuerlicher Arbeitskräfte die landwirtschaftliche Produktion sofort sinken? War es klug, vom Heeresbudget einen Abstrich von 167 Millionen Schilling zu machen, sodaß auf dem Gebiete der Lebensmittelbevorratung überhaupt nichts geschehen kann? Ich fürchte, meine Damen und Herren, wenn wir dieses Problem nicht beachten, daß es unserer Landesverteidigung so ergeht wie jenem Mann, dem es wohl gelungen ist, auf Raten ein Auto zu erwerben, dem zum Fahren jedoch das nötige Geld fehlt.

Hohes Haus! Diese Frage hätte ich nicht berührt, wenn unsere Landwirtschaft nicht einen beachtlichen Stand in der Produktion erreicht hätte und in manchen Sparten sogar exportfähig ist. Wir können heute von unserer Landwirtschaft ohne weiteres zusätzliche Leistungen verlangen, und ich muß sagen, es könnte sein, daß es hiezu einmal zu spät ist. Ich möchte auch erwähnen: Wenn Vorräte an Lebensmitteln im Lande liegen, können im Ernstfall gewisse Preissteigerungen und ähnliche unliebsame Dinge, wie wir sie ja alle aus dem letzten Krieg und auch aus dem vorletzten in Erinnerung haben, unterbleiben oder zumindest gemildert werden. Beim heutigen Stand der Konservierungstechnik ist eine Lebensmittelbevorratung verhältnismäßig leicht und sicher zu bewerkstelligen. Wir nehmen in vielen Dingen uns so gern und allzuleicht ein Beispiel an der Schweiz. Tun wir es auch in diesen Belangen! In der Schweiz wird zum Beispiel mit Erfolg die Bevorratung von Lebensmitteln und die Aufbewahrung der Lebensmittel in Bergseen praktiziert. Diese größten natürlichen Kühltürme stehen auch uns zur Verfügung.

Was nützen uns die vom Ministerium bereits getroffenen Vorarbeiten, wenn hiezu die nötige finanzielle Bedeckung fehlt? Wir, das heißt die österreichische Landwirtschaft, möchten uns mit meinen Ausführungen hier in diesem Hause eine Art Alibi geschaffen haben. Getragen von Verantwortungsbewußtsein haben wir damit zeitgerecht unsere warnende Stimme erhoben. Hohes Haus! Ich will gerne hoffen, daß das im kommenden Jahr zu erstellende Budget eine Antwort auf diese meine Fragen weiß. Wir wollen nicht, daß zentnerweise Fleisch in die Abfallgruben wandert, wie wir es bei den Amerikanern miterleben und mitansehen mußten, wir wollen aber auch

nicht, daß unsere Jungmänner im Ernstfalle bei Bohnen- und Krautkonserven ihren Dienst fürs Vaterland tun! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Preußler. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter Preußler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist nicht sehr leicht, zum Thema Landesverteidigung und zu Militärangelegenheiten zu sprechen, denn es verleitet nur allzuleicht dazu, Propagandareden oder Reden zu halten, die die Dramatik als Wirkungswaffe benützen. Ich möchte trotzdem wie immer zu den Dingen so sprechen, daß ich vor mir selber bestehen kann, also sachlich. Ich werde auch manches sagen; womit ich vielleicht mit einzelnen meiner Kollegen, die hier gesprochen haben, nicht konform gehe.

Darf ich gleich zu Anfang aber dem Kollegen Kindl etwas sagen — Dr. Gorbach hat es dann noch weiter ausgeführt —, nämlich die Frage der Altsoldaten. Kollege Kindl ist leider nicht da. (*Ruf: Er muß essen! — Ruf: Gorbach auch!*) Er hört mich drüben beim Essen. Da geht's leichter. (*Abg. Probst: Die haben alle zwei den Rückzug angetreten!*)

Ich möchte ihm vielleicht auch eine Antwort auf die Frage der Orden und Ehrenzeichen geben, und ich möchte mich darauf berufen, daß ich immerhin schon einige Jahre in der größten Organisation der Altsoldaten tätig bin, im Österreichischen Kameradschaftsbund, und daß ich schon weiß, was in dieser Organisation, die also die Altsoldaten umfaßt, gedacht wird. Ich glaube, daß ich eines sagen darf, und das drücke ich auch dem Kollegen Kindl gegenüber aus: Ich halte es heute geradezu für verheerend, wenn verantwortungsbewußte Abgeordnete immer wieder in die Vergangenheit zurückfallen (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*), Hetzreden halten (*Abg. Dr. van Tongel: Wer hat Hetzreden gehalten?*) und Reminiszenzen, die uns allen miteinander nichts nützen, die nur die Sachlage schwerer gestalten, die ein Zusammenkommen auf parlamentarischer Ebene erschweren und den Altsoldaten dann eben das nicht bringen, was sie sich ersehnen, nämlich daß die Dinge gelöst werden. (*Abg. Dr. van Tongel: Wer hat hier eine Hetzrede gehalten?*) Ich sage jetzt dem Kollegen Kindl, daß es viele solche Hetzredner gibt. (*Ruf: Also er nicht!*) Fragen Sie den Kollegen Zeillinger, ich habe es ihm gesagt, ich möchte Ihnen zuliebe nicht mehr dazusetzen. (*Abg. Dr. van Tongel: Ich möchte wissen, wieso die Rede des Kollegen Kindl eine Hetzrede war! Was redet er dann herum!* — *Abg. Mark: Das hat er nicht*

gesagt!) Ich habe gesagt, daß man keine Hetzreden halten sollte!

Hohes Haus! Ich glaube, daß man in der Frage der Orden und Ehrenzeichen — das vertrete ich auch immer wieder — absolut, vielleicht nach deutschem Muster in einer Richtung, sagen kann: Die Soldaten sollen ihre Ehrenzeichen tragen, sie sollen aber die Toleranz der Behörden mit einer Toleranz von ihrer Seite beantworten, indem sie eben das Hakenkreuz herausnehmen (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist es!*), das heißt, herausfeilen und diesen Teil mit einer schwarzen Farbe überstreichen. Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Ich glaube, daß niemand verhaftet worden ist, und ich glaube sagen zu dürfen, daß die österreichischen Sicherheitsbehörden in jede Richtung zweifelsohne tolerant gewesen sind. (*Abg. Rosa Jochmann: Das kann man wohl sagen!*) Ich habe es auch begründet: Das Eiserne Kreuz stammt ja nicht von Hitler! Es ist ja ein Ehrenzeichen, das schon vorher bestanden hat! Die Soldaten aus dem ersten Weltkrieg tragen das Eiserne Kreuz, sie tragen es auch ohne Hakenkreuz! Wäre es denkbar, daß Offiziere des neuen Bundesheeres mit einer Auszeichnung, mit einem Eisernen Kreuz des zweiten Weltkrieges herumgehen, wo das Hakenkreuz drin ist? Das wäre ein Gewissenskonflikt, den wir als Österreicher unseren Offizieren und Unteroffizieren nicht antun wollen, weil das Hakenkreuz keine Beziehung zur Tapferkeit hat. Denn wir alle sagen: Wir sind nicht auf den Bunker zugelaufen oder auf den feindlichen Graben, weil wir im Gedanken für Hitler gelaufen sind, sondern der einzelne ist gelaufen, weil er um sein Leben gelaufen ist, weil er sich etwas erkämpft hat in der Erkenntnis: entweder fällt er, oder es fällt der andere.

Wir können heute nur sagen: Wir sollten endlich einmal Verständnis füreinander finden. Niemand von den Soldaten hat den Gegner töten wollen; das gilt für die große Masse. Und der Gegner hat uns nicht töten wollen. Es ist eigentümlich: Wenn wir heute als Österreicher ins Ausland fahren, verstehen wir uns glänzend mit denen, denen wir einmal feindlich gegenüber gestanden sind. Es ist höchste Zeit, daß wir verantwortungsbewußt handeln. Und wenn wir im ÖKB, der auf unpolitischer Grundlage aufgestellt ist, alle miteinander, alle drei Parteien dieses Hauses, auf dieser Grundlage arbeiten, dann werden wir für unsere Altsoldaten früher, als es bei einem anderen Verhältnis der Fall wäre, auch manches erkämpfen.

Ich freue mich immer wieder, daß es uns gemeinsam gelungen ist, den Tapferkeitsmedaillenbesitzern diese Zulage zu verschaffen;

das ist eine Freude für uns alle, weil darunter viele kleine Pensionisten, Rentner sind, die die 25 oder 50 S gut brauchen können. Ich glaube, wir freuen uns alle mitsammen, und niemand wird dem anderen sagen: Du hast nichts getan! — Wir alle haben mitgeholfen, und das sollte man ehrlich feststellen.

Es ist erfreulich, daß die Leitung des Österreichischen Kameradschaftsbundes, das Bundespräsidium des ÖKB, zweifelsohne stets eine staatspolitische Haltung eingenommen hat und auch weiter einnimmt. Solange wir dieses Bundespräsidium in dieser Form halten können, solange wir dort Männer sitzen haben, die die Dinge der Vergangenheit beurteilen, wie sie sind, nämlich daß es nach einem verlorenen Krieg kein Honiglecken ist, werden wir den richtigen Weg gehen. Auch die Amerikaner sind heute anders zu uns, als sie es einmal waren. Ich habe sie noch anders kennengelernt. Ich bin ihnen heute nicht gram, denn nach einem solchen Krieg, nach einer solchen Auseinandersetzung mußte es zu einer Explosion kommen. Daß dieser Zustand früher geendet hat, daß die Weltlage sich geändert hat, das kann uns nur recht sein. Aber wollen wir auf dem Boden bleiben, alle miteinander! Ich glaube, auch der Kollege Kindl ist dieser Meinung. Ich sage auch, daß wir alle miteinander so arbeiten sollten.

Ich bin auch der Meinung, Kollege Kindl, wenn es einzelne andere gibt, aus unseren, aus Ihren Reihen — auch in der Presse der anderen ist manches gegen die Soldaten gestanden —, dann muß trotzdem in einer Demokratie das Recht der freien Meinungsäußerung bestehen bleiben. Diese freie Meinungsäußerung darf nur nicht beleidigend werden. Aber ich habe unseren Leuten im ÖKB gesagt: Wenn einer von meiner Partei etwas schreibt, was mir nicht paßt, dann werde ich ihm die Antwort darauf geben! Ich lasse mich nicht beleidigen, auch von keinem meiner Partei. Aber was mir gefällt, ist, daß wir alle auf diesem Standpunkt stehen: Jeder kann seine Meinung sagen, ich sage die meine. Und ich verstehe auch die Meinung des anderen, ich habe mich bemüht, sie zu verstehen. Ich glaube, daß sich in diesem Hause — ich bin jetzt das elfte Jahr hier — vieles im gegenseitigen Verstehen geändert hat. Das sollte man doch nicht vergessen. Seien wir froh darüber, hoffen wir, daß es nicht mehr anders kommt.

Ich möchte dann dem Kollegen Dr. Gorbach und auch dem Kollegen Kindl sagen: Luftschutz — richtig! Aber ich muß betonen, und hier möchte ich den Herrn Verteidigungsminister Graf zitieren, dessen Stellungnahme

mir persönlich gefallen hat, weil sie ehrlich war. Der Verteidigungsminister sagte auf eine Anfrage im Budgetausschuß — das wußte auch Dr. Gorbach —: Meine Herren, ich war in Amerika und habe mir das dort angeschaut. Dort haben sie die Musterluftschutzbunker, wie wir sie heute im atomaren Zeitalter brauchen. Und er sagte ehrlich: Das kommt für uns gar nicht in Frage, weil wir nie das Geld aufbringen würden, um so etwas zu schaffen. Ich bin daher seiner Meinung, daß man jetzt, nachdem man die Dinge gesehen hat, überlegen muß: Was kann man mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, überhaupt machen? Wie weit kann man die Menschen einschalten? Wie gelingt es, das hinzubringen? Ich möchte noch etwas dazutun, damit es noch besser wird. Wir können auch Fragen aufwerfen. Man müßte fragen: Braucht das österreichische Bundesheer Befestigungen? Könnte es solche Bunkerlinien nicht brauchen? Es könnte sie brauchen, sie wären besser als alles andere! Aber ich bin überzeugt: Die Herren des Verteidigungsministeriums als Fachleute sind mit mir der Meinung: Wer kann das bezahlen, wer hat so viel Geld? Ja, schön wäre es, wenn wir das machen könnten, aber wir können es nicht. Wir müssen derzeit schon die natürlichen Befestigungen einbeziehen. Ich glaube, auch die Bevorratung ist vollkommen richtig.

Aber alles das, meine Damen und Herren, ist doch ein Musterbeispiel: All das, was wir in der Verteidigung jetzt zusammengetragen haben, kann doch nur etappenweise durchgeführt, kann doch nur langsam durchgeführt werden. Fassen Sie das nicht etwa propagandistisch auf! Aber glauben Sie mir: Wir müssen ja nicht nur die Verteidigung verantworten; wir sind schon hinausgegangen, als es noch kitzlig war, als es noch kein Vergnügen war, in verschiedenen Versammlungen zu reden. Aber man kann doch nicht hinausgehen und sagen: Wir haben eine solche Verteidigung und solche Ausgaben!, und dem Rentner muß ich erklären, daß nicht ein Schilling da ist, um seine Ausgleichszulage zu erhöhen. Das ist doch ganz klar, das müssen wir doch bedenken, und ich glaube, da sind wir einig.

Oder, meine Damen und Herren, ein anderes Kapitel: Zu mir sind die Spätheimkehrer gekommen, sie haben mich ersucht, ich möge für eine Verlegung des Stichtages eintreten. Das ist nicht zu machen! Aber wenn man denen das sagen muß, dann kann man nicht auf der anderen Seite Millionen mehr da oder dort ausgeben.

Es ist richtig, was unser Freund Schani Pölzer gesagt hat. Es ist letzten Endes so,

daß jeder seine Wünsche hat. Ich begreife es. Der Minister, der den besseren Propagandaapparat hat, wird im nächsten Jahr vielleicht mehr abschöpfen; ich begreife das schon. Und das Militär ist ein vorzüglicher Apparat, man kann da ein ganz schönes Trommelfeuer machen. (*Abg. Mark: Das ist Aufgabe des Bundesheeres!*) Das ist das gute Recht des Verteidigungsministers, und wenn er es nicht macht, wäre er ein schlechter Verteidigungsminister.

Aber nun, lieber Kollege Gorbach, darf ich sagen: Ich habe den Zeitungsartikel draußen gehabt, den Sie erwähnt haben. Man sollte pauschaliter diese Dinge gar nicht mehr aufrühren. Der ganze Artikel ist riesenlang, ich habe mir überlegt, ob ich ihn vorlesen soll, aber ich wollte Ihnen nichts zufließen tun. Ich habe diesen Artikel durchgelesen. Er ist, wenn man ihn liest, absolut anders aufzufassen. Dieser Artikel könnte geradeso gut in einer anderen Zeitung stehen. (*Abg. Probst: In der Zeitung vom Kollegen Kummer hätte es drinnenstehen können; aber die ist schon eingegangen! Das war ein „Kummer“!*) Ich hätte ein paar Zeitungen mitnehmen können, meine Kollegen haben mich geradezu bedienen wollen. Da ist alles mögliche drin. Aber man sollte es nicht tun. Ich bin überzeugt, Kollege Dr. Gorbach, wir kommen schneller vorwärts, wenn wir auf dem Boden der Sachlichkeit bleiben.

Darf ich Ihnen sagen, verehrte Damen und Herren: Die Ungerechtigkeiten, die in der Vergangenheit den Soldaten gegenüber passiert sind, sind im wesentlichen eine Charaktersache des einzelnen gewesen, der mit den Soldaten in Berührung gekommen ist. Es hat keine Parteiunterschiede gegeben in den ersten Jahren nach Kriegsende, denn die Besatzungsmächte haben ja in den ersten Monaten und Jahren die schlechte Behandlung der zurückkehrenden Soldaten geradezu gefördert. Ich denke nur daran, wie oft ich zu den Amerikanern vorgeladen wurde, um dort verschiedenes zu sagen und so weiter. Aber ich will heute darüber nicht mehr reden, das war eben einmal so. Ich glaube, man sollte die Dinge, nur weil es im Radio gebracht wird, nicht immer so darstellen.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich auf das eigentliche Kapitel eingehen. Ich habe schon im Finanz- und Budgetausschuß am 20. November 1959 an den Herrn Minister einige Anfragen betreffend die Sorgen und Nöte der Offiziere und Unteroffiziere gerichtet. Sie kommen ja zu uns allen. Ich habe es ausgedrückt wie jedes Jahr. Es war darüber hinaus die Gelegenheit, auch die Frage aufzuwerfen, ob man nicht einen

Weg finden könnte, um hochqualifizierte Unteroffiziere mit viel Verantwortung in einen Dienstposten der Klasse C zu bringen und Härten der Reisegebührenverordnung auszumerzen.

Weil ich es für sehr wichtig halte, möchte ich an den Herrn Minister heute noch einmal die Bitte richten, die Frage der Behandlung der B-Maturanten und der Vollmaturanten beim Bundesheer, bei den Offizieren zu überprüfen, damit wir eine möglichst gleichartige und gleichmäßige Stellung aller Offiziere bekommen. Letzten Endes: Offizier ist Offizier! Und man sollte keine Klassen, auch nicht unter den Offizieren schaffen. Es ist meiner Meinung nach für das Heer und für die Einstellung einzelner Offiziere und Unteroffiziere von größter Wichtigkeit, daß mit der Zeit alle dienstrechtlichen Unterschiede beseitigt werden. Ich habe im Ausschuß dazu oft und oft gesprochen, und ich glaube, daß das Ministerium selbst sehr gut Bescheid weiß, daß wir diese Unterschiede, die aus der Natur der Sache, nämlich aus der Aufstellung des Bundesheeres, gekommen sind, endlich beseitigen müssen.

Ich möchte hier auch noch meinen Vorschlag wiederholen, zu versuchen, den Wohnungsbedarf der aktiven Angehörigen des Heeres dadurch zu decken und zu erleichtern, daß durch Gewährung von Bezugsvorschüssen — wie es bei den Bundesbeamten üblich ist — die Möglichkeit geboten wird, daß sich der Wohnungswerber bei einer Genossenschaft oder bei einer Wohnungsgesellschaft einkauft und so in den Genuß einer Wohnung kommt. Ich weiß, daß es verschiedene, denen wir diesen Rat gegeben haben, schon machen. Die einen kaufen sich Eigentumswohnungen, die anderen gehen zu einer gemeinnützigen Genossenschaft; das ist ja nicht entscheidend, sondern wichtig ist, daß sie dadurch schneller in den Genuß einer Wohnung kommen.

Mit besonderer Freude dürfte der vom Herrn Bundesminister im Budgetausschuß zugesagte Standesnachweis mit Wertigkeitstabelle von den Offizieren aufgenommen werden, da damit dann endlich die Möglichkeit geboten ist, daß sich die Offiziere persönlich an Hand des Standesnachweises mit Wertigkeitstabelle davon überzeugen können, ob ihre Beförderung auf Grund der gesetzlichen Vorschriften richtig vor sich gegangen ist.

Ich will nicht verhehlen, daß es bei den Offizieren heute Härten gibt, die aus der Einstellung resultieren: Der eine wird als Oberleutnant eingestellt, weil er keine Vordienstzeiten hat, der andere hatte Glück, er war nach 1945 in irgendeiner öffentlich-rechtlichen Stellung beschäftigt und rückt

nun als Hauptmann ein. Während der eine also früher höher war als der andere, dient er nun in einem niedrigeren Dienstgrad. Ich glaube also, daß wir da endlich hinkommen werden.

Ich möchte weitere Einzelheiten, die ich im Budgetausschuß gesagt habe, hier nicht wiederholen, weil es mir unzweckmäßig erscheint; ich habe sie ja dort vorgebracht.

Ich möchte aber heute die Gelegenheit ergreifen, zu den Ansätzen des Kapitels Landesverteidigung für das Jahr 1960 im besonderen und zur Frage der Dotierung der Landesverteidigung im allgemeinen Stellung zu nehmen.

In den letzten Wochen und Monaten wurde diese Frage in der Öffentlichkeit viel erörtert, und es ist nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland der Vorwurf gemacht worden, Österreich täte zuwenig für seine militärische Neutralität und würde die Aufgaben seines Heeres zuwenig ernst nehmen. Daß wir Sozialisten dabei nicht sehr gut wegkommen, haben wir heute schon erlebt. Ich begreife es, ich kenne den Kollegen Gorbach: Als Parteimann muß er letzten Endes anders reden, als er als Privatmann denken würde. *(Abg. Kindl: Kränken Sie sich nicht, das trifft sich bei ihm!)* Ich werde nicht das sagen, was er gesagt hat. Sie werden von mir nie einen Vorwurf gegen die ÖVP hören. Ich sage jetzt etwas anderes. Aber bitte: Wenn Sie hellsehen wollen, ich nehme es Ihnen nicht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man hier offen bekennen muß, daß die Sozialistische Partei gewisse Bedenken gegen das Landesverteidigungsbudget hegt, die ich noch erläutern werde. Aber es ist ebenso klar, und das sollte man nicht vergessen, daß die Aufstellung des neuen österreichischen Bundesheeres im Jahre 1955 nur möglich war, weil die Sozialistische Partei ihre Stimme dazu hergegeben hat. Die Freiheitliche Partei hat damals — man lese das Protokoll vom 7. September 1955 nach! — durch ihren Abgeordneten Stendebach die Erklärung abgeben lassen, daß sie aus grundsätzlichen Erwägungen und aus weiteren Erwägungen, die noch angeführt sind, das Wehrgesetz ablehnt. Das heißt, es tragen die ÖVP und die SPÖ die Verantwortung für dieses Heer. Und wir werden diese Verantwortung auch mittragen; ich sage das, weil zuerst an einem Wort Anstoß genommen wurde, nämlich daran, daß mein Kollege Pölzer nur „sollen“ gesagt hat; er hat in Wirklichkeit dasselbe gemeint, was ich jetzt sage. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialistische Partei mit der Zustimmung zum Aufbau des Heeres nicht eine unbegrenzte

Vollmacht für die Zukunft für jene Maßnahmen erteilt hat, die sich in der Folgezeit ergeben haben. Es ist selbstverständlich, daß damit die Möglichkeit vorbehalten wurde, den Aufbau und die Organisation des Heeres zu verfolgen und zu kritisieren.

Es ist in der Demokratie nicht nur das Recht des einzelnen, sondern auch das Recht jeder Partei, sich mit den Problemen des Bundesheeres zu befassen und dort Kritik zu üben, wo sie am Platze ist. Diese Kritik soll und kann nur positiv sein, wenn man sie aus ehrlicher Überzeugung übt. Daß sich nicht nur die Sozialistische Partei mit dem Bundesheer kritisch auseinandersetzt, zeigen zahlreiche Beispiele. Ich möchte hier nur als Sonderbeispiel eine Kritik der Tageszeitung „Die Presse“, die uns wahrlich nicht nahesteht, vom 13. Februar 1959, also aus jüngster Zeit, sogar aus dem heurigen Jahr, erwähnen, die sich mit der Beschaffung von Wirtschaftsgütern durch das Bundesheer befaßt hat. Der Herr Landesverteidigungsminister hat in der Zeitung „Der Soldat“ gegenüber dieser Pressepolemik eine Richtigstellung gegeben. Aber, meine Damen und Herren, schauen wir uns das Verteidigungsbudget der letzten Jahre an und wir werden, wenn wir ehrlich und sachlich sind, zu Schlüssen kommen, die jeder Dramatik entbehren und die Dinge in einem sachlichen Licht erscheinen lassen.

Erstens, und das wiederhole ich nochmals ganz deutlich: das Verteidigungsbudget seit 1956 — ich habe mir die Ziffern genommen, die das Ministerium seit 1956 selbst gegeben hat — ist im Grunde genommen den gleichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen gewesen, wie es auch bei anderen Budgetkapiteln der Fall gewesen ist. Ich darf erwähnen, daß im Jahre 1957/58 schon einmal eine Schwankung nach unten eingetreten ist. Also es ist keine andere Entwicklung wie bei jedem anderen Budgetkapitel. Ich denke hier nur an das Kapitel Inneres, an unsere Polizei und Gendarmerie, die für den inneren Frieden und für die innere Ruhe zu sorgen haben. Der Personalstand der Polizei und der Gendarmerie ist mit ihrem Aktivstand mit dem des Bundesheeres fast identisch, und es ist meiner Ansicht nach die Erfüllung der Aufgaben durch die Bundesgendarmerie und die Bundespolizei für den Staatsbürger ebenso entscheidend wie die Verteidigung nach außen. Ich denke hier nur an das Geschrei, wenn es einen Mordfall gibt, der nicht gelöst werden kann, und wo dann gesagt wird: Wir haben zuwenig Polizei, zuwenig Gendarmerie! Wo bleibt die Kriminalpolizei? Und man erhebt dann Vorwürfe, obwohl

man selbst vielleicht nie ein Verbrechen aufgedeckt hat, denn es ist nicht so leicht, einen Verbrecher aufzuspüren. Aber man macht dem Minister den Vorwurf: Ja wo bleibt der Herr Minister mit seiner Sorgepflicht? Es ist also auch diese Aufgabe sehr wichtig, wichtig vor allem in einer so unruhigen Zeit, wie wir sie nach dem zweiten Weltkrieg erleben, wo fast jeden Tag die Zeitungen — davon leben sie ja, wahrscheinlich werden sie mich nun deswegen sehr hernehmen — von einem Mord berichten, sodaß wir nur fragen können, wie das überhaupt möglich ist. Gangsterüberfälle sind an der Tagesordnung, und ich glaube, daß wir hier wohl einer Meinung sind, daß das Budget des Inneren absolut nicht unter einem anderen Gesichtswinkel zu sehen ist wie das Budget des Verteidigungsministers.

Oder nehmen wir das Kapitel Soziale Verwaltung, in dessen Aufgabenbereich die Versorgung der Kriegsoffer und die Rentenversicherung fällt. Welcher Kritik waren doch — erinnern Sie sich, meine Damen und Herren — die Budgetansätze des Kapitels Soziale Verwaltung in den letzten Jahren unterworfen, weil sie in den letzten Jahren nicht den Anteil am Gesamtbudget hatten, den wir wollten. Ich denke nur daran, daß wir erst heuer die Kriegsofferversorgung mit nächstem Jahr regeln konnten, weil es uns nicht gelungen ist, diese Frage schon früher zu bereinigen.

Und da sage ich ganz deutlich, meine Damen und Herren: Die Kriegsoffer sind die Opfer des Krieges, den wir hinter uns haben, und ich bin der Ansicht: wenn wir etwas korrigieren mußten in der Behandlung der Altsoldaten, dann war es diese Angelegenheit, den Opfern des Krieges, die jetzt schon 14 Jahre zu Hause sind, endlich einmal das zu geben, was sie zu einem würdigen Leben brauchen. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Ich glaube, auch das ist eine vertretbare offene Meinung, der der Herr Verteidigungsminister absolut beitreten wird.

Ich möchte noch ein Kapitel streifen: das Kapitel Äußeres. Was haben wir doch im Budgetausschuß alle drei Parteien gemeinsam verlangt! Wir beschließen ja bei jedem Kapitel alles gemeinsam, es geht sich dann nur beim Summieren nicht aus. Wir haben beschlossen: Nächstes Jahr muß dieses Kapitel höher dotiert werden. Wir haben gemeinsam einen solchen Entschließungsantrag eingebracht. Und ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, daß das auch sehr wichtig ist, gerade für einen neutralen Staat; denn manchmal ist ein guter Diplomat im Ausland mehr wert als eine Division, die im Anmarsch oder im Marsch begriffen ist,

um bei irgendeinem Ereignis dann eingreifen zu müssen. Manchmal kann ein Diplomat verhindern, daß etwas vor sich geht. Daher glaube ich, müssen wir das sehr ernst nehmen. Natürlich sieht jeder nur sein Kapitel.

Oder nehmen wir den Herrn Verkehrsminister. Was soll der sagen, wenn die Investitionen bei der Eisenbahn so gering sind, daß die Gefahr für den Betrieb immer größer wird? Was ist, wenn ein Eisenbahnunglück passiert, weil das oder jenes nicht gemacht werden kann? Das ist, glaube ich, ebenso wichtig.

Ich mache mich nicht schuldig, ein Gegner der Verteidigung zu sein, wenn ich das sage. Ich sage es, weil ich stets für die Landesverteidigung eingetreten bin, aber ich möchte all das nur anführen, damit wir auf eine sachliche Linie zurückfinden können.

Wie schaut aber das Verteidigungskapitel in den Jahren seit 1956 aus? Es wird also da gesagt: Wir tun nichts für die Landesverteidigung. Meine Damen und Herren! Ich entnehme einer Aufstellung des Bundesministeriums für Landesverteidigung, veröffentlicht in der Nummer 16 der Zeitschrift „Der Soldat“ vom 30. August, Seite 1 und 4, folgende Zahlen: Im Jahre 1956 ausgegeben: rund 227 Millionen Schilling für den Personalaufwand und 837 Millionen für den Sachaufwand. Das entspricht einem Verhältnis von 21,4 Prozent zu 78,6. Diese Ausgaben machen 4,8 Prozent der gesamten Nettoausgaben des Bundes aus.

Im Jahre 1957 sind die Personalausgaben schon 442 Millionen, die Sachausgaben 1268 Millionen. Das verhält sich wie 25,9 zu 74,1 Prozent und macht 6,5 Prozent der gesamten Nettoausgaben des Bundes aus. Das ist also eine Steigerung sowohl beim Personalaufwand als auch bei den Sachausgaben.

Im Jahre 1958 waren die Personalausgaben wieder höher. Sie betrugen 585,6 Millionen, das sind 30 Prozent, und die Sachaufwendungen 1365 Millionen, das sind 70 Prozent. Das sind etwa 6,3 Prozent der gesamten Nettoausgaben. Dabei sind die Bauten und Investitionen selbstverständlich inbegriffen.

Im Jahre 1959 betrugen die Personalausgaben — so steht es jedenfalls in dieser Aufstellung — 764 Millionen Schilling. Sie waren also wesentlich höher. Ich glaube es vorerst gar nicht und habe mir die Aufstellung daraufhin noch einmal angeschaut. Die Sachaufwendungen betrugen 1382 Millionen Schilling, das sind 64,4 Prozent, beziehungsweise 7,2 Prozent der gesamten Nettoausgaben.

Das bedeutet von 1956 bis 1959 eine ununterbrochene Steigerung im Verhältnis zum gesamten Nettoaufwand des Bundes. Das hat kein anderes Budgetkapitel zu verzeichnen, das gibt es weder beim Kapitel Inneres — ich wollte die Ziffern auch bringen, dort schwankt es wesentlich anders —, noch beim Kapitel Äußeres noch bei den anderen Kapiteln. Also haben wir auf die Landesverteidigung schon die nötige Sorgfalt verwendet. Im Jahre 1960 betragen also die Aufwendungen samt Bauten etwa 1870 Millionen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie diese Aufstellung des Verteidigungsministeriums lesen — sie ist sehr interessant —, dann kommen Sie darauf, daß sich eine Verschiebung innerhalb der militärischen Ausgaben ergeben hat, die man zur Kenntnis nehmen soll. Während ursprünglich im Jahre 1956 das Ministerium die Kasernen bauen mußte, um die Truppen überhaupt einquartieren zu können, und dafür bis zum Jahre 1958 jährlich Beträge von rund 300 Millionen aufgewendet wurden — es waren 348, 300 beziehungsweise 315 Millionen —, hat zum erstenmal im Jahre 1959 der Bauaufwand nur mehr 149 Millionen Schilling ausgemacht, weil die 68 Kasernen sowie die Unterkünfte nun der Fertigstellung entgegengehen. Und nun hat sich eine Umgruppierung in den Budgetansätzen durchführen lassen, indem nämlich mit dem sinkenden Bauaufwand oder mit steigendem Budget die Investitionsausgaben für Ausrüstung und für sonstige Dinge für das Bundesheer erhöht wurden. Es ist interessant, sich die Zahlen für die Ausrüstung anzusehen — ich habe das Sonstige weggelassen: Im Jahre 1956 rund 429 Millionen, im Jahre 1957 831 Millionen, im Jahre 1958 907 Millionen und im Jahre 1959 1070 Millionen. Also eine ununterbrochene Steigerung bei den Ausgaben für Ausrüstung und Ausrüstung.

Sicher — ich sage es vorweg — ist der Betrag natürlich nicht hoch genug, um die gesamte Ausrüstung anschaffen zu können, aber ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß man das einmal hier ausspricht. Natürlich sind die Personalkosten höher geworden, weil ja auch der Personalstand beim Bundesheer größer geworden ist. Wir haben rund 28.000 Aktivdienende, und die kosten etwas. Aber da wir bei den Bauten im Jahre 1960 nur mehr 30 Millionen verwenden, ergibt sich die Tatsache, daß wir für Aufrüstung etwas mehr ausgeben können.

Ich möchte das sehr deutlich angeführt haben, weil es ein schlagender Beweis dafür ist, daß wir in den letzten Jahren nichts vernachlässigt haben, daß der Staat Österreich

für seine Verteidigung, für seine Neutralität ausgegeben hat, was auszugeben möglich war.

Es wird immer wieder damit argumentiert und gesagt: Was tut der Staat? Es ist zuwenig! Ja um Gottes Willen, kann man eine solche Behauptung, wenn man ernst genommen werden will, aufstellen? Ein Staat, der zehn Jahre lang besetzt war, der solche Kriegsoffer zu tragen hat wie wir, Kriegssachschäden, der den Bombengeschädigten nicht einmal das Nötige geben konnte, wie kann ein solcher Staat mit der Schweiz, die seit über 100 Jahren saturiert ist, oder mit Schweden, das keinen Krieg gehabt hat, verglichen werden? Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren, nehmen Sie sich die Mühe, nachzuschauen: Was kostet uns der Staatsvertrag 1960? 1 Milliarde 800 Millionen Schilling, samt den Kriegssachschäden. Was kosten uns die Kriegsoffer? 1 Milliarde 300 Millionen Schilling. Zusammen also 3 Milliarden 100 Millionen Schilling. Wenn wir das, Herr Minister, zur Verfügung hätten, dann wäre es schön. Dann wäre eine Möglichkeit, daß man einen Teil dem Verteidigungsministerium und einen Teil dem Sozialministerium gibt. Da wäre eitel Wonne, wenn wir diese Millionen verteilen könnten. Aber man kann doch Österreich nicht mit der Schweiz vergleichen, die bis jetzt sorgenlos über die Kriegsereignisse hinweggekommen ist, oder mit Schweden, das bis jetzt einen Krieg praktisch nur am Rande erlebt hat. Diese Opfer, die wir in den zehn Jahren gebracht haben, die sind unaussprechlich. Diese Opfer während der zehn Jahre Besatzung wird man nicht zählen können, weil sie nicht erfaßt werden konnten. Muß man das hier nicht einkalkulieren? Darf ich Ihnen sagen, daß man in Westdeutschland — ich habe eine Mitteilung darüber gelesen — im Jahre 1956 zu rüsten begonnen hat. Sie haben dort jetzt ungefähr 180.000 Soldaten aller Truppengattungen unter den Fahnen. Dort wird die Aufrüstung erst im Jahre 1961 beendet sein. Das heißt, dann wird man dort 380.000 Soldaten haben. Das ist für Westdeutschland im Vergleich zu Österreich überhaupt nichts.

Wenn man noch bedenkt, daß die meisten Staaten um uns von der NATO versorgt werden und Amerika, der gute Onkel, ihnen das Gerät und die Aufrüstung liefert — siehe Spanien, siehe alle die, die sich an Amerika wenden —, dann muß man verstehen, daß wir, die wir das nicht können, natürlich anders stampfen im Sturme unserer Entwicklung nach dem Staatsvertrag als vielleicht die Schweiz oder etwa Belgien.

Man darf auch nicht vergessen, wenn man Schweden und die Schweiz zum Vergleich heranzieht, daß dort ja ganz andere Verteidigungsmotive zugrunde liegen. Schweden hat eine Seemacht von erheblichem Ausmaß, Schweden hat eine Luftflotte, wie sie in Europa ihresgleichen sucht. Diese Länder darf man nicht heranziehen zu einem Vergleich. Es ist falsch, wenn man das tut. Man kann daher nicht das kleine Österreich, das ohnehin seit 1945 Opfer gebracht hat und jetzt noch bringen muß, in seiner Aufrüstung damit vergleichen und daraus den Schluß ziehen, daß wir nichts tun. Wir haben es von Anfang an — ich glaube, das muß offen zugegeben werden — bei der Aufstellung des Bundesheeres als selbstverständlich angenommen, daß die Aufrüstung Österreichs zehn Jahre dauern wird, und jeder Offizier, der damit befaßt war, mußte das zugeben, weil ja nichts da war, weil wir nichts übernommen haben. Es ist das daher ganz anders zu beurteilen.

Ich möchte aber auch hier bei dieser Gelegenheit nicht außer acht lassen, daß es jetzt an der Zeit ist, sich kritisch damit zu befassen, ob der Aufbau und die Planung für das Bundesheer und seine Personalpolitik auf dem richtigen Wege sind. Es gibt einen Spruch, der gilt auch für das Bundesheer: Gut Ding braucht Weile. Wir sind nicht so kleinlich, meine Damen und Herren, daß wir die kleinen Fehler nicht übersehen würden; denn Kinderkrankheiten gibt es bei jedem Betrieb, der aufgestellt wird, und es wäre nutzlos ... (*Zwischenrufe.*) Ich persönlich sehe manches als Kinderkrankheiten an, und ich sage immer: Wenn es wirklich etwas gibt, dann sollte man es sagen, aber Kleinigkeiten wird man hinnehmen müssen und wird sie dann verbessern, so wie es der Rechnungshof in seinem Bericht gesagt hat: Es gibt Kinderkrankheiten. Das nehmen wir auch hin.

Ich möchte hier deutlich sagen: Wenn ich hier manches ausspreche und sage, so meine ich nicht, daß wir Sozialisten den Stein der Weisen gefunden hätten. Wir behaupten auch nicht, daß das, was wir sagen, hundertprozentig ist. Es soll nur ein Beitrag sein, um mit Ihnen, meine Damen und Herren, den Aufbau des Heeres vorwärtzutreiben.

Ich glaube aber, daß es Fragen gibt, die man im Hinblick auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ereignisse in Europa und in der ganzen Welt zu überprüfen hat. Ist die Ausbildung, die Bewaffnung und die militärpolitische Planung auf dem richtigen Wege? Wie richtig und wichtig dieser Gedankengang ist, beweist, daß der Herr Bundesminister für Landesverteidigung in einer Sitzung des Budgetausschusses vor

zwei Jahren die rasche Vorlage eines Verteidigungsplanes angekündigt hat und jetzt nach rund zwei Jahren noch immer nichts davon zu hören ist. Es ist auch derzeit noch nicht abzusehen, wann ein Verteidigungskonzept im Landesverteidigungsrat beschlossen werden kann. Das heißt nicht weniger, als daß sich auch die militärischen Fachleute in Österreich mit den in Frage kommenden zivilen Stellen noch nicht darüber schlüssig werden konnten, wie das Verteidigungskonzept aussehen soll. Wie sehr an diesen Dingen, meine Damen und Herren, noch im Heer selbst gearbeitet wird, beweist, daß allerorten Vorträge von Offizieren gehalten werden, die sich mit diesem Thema befassen. Ich denke hier nur an den Vortrag von Oberstleutnant des Höheren militärischen Dienstes Lawatsch im Frühling 1959 in der Salzburger Offiziersgesellschaft über das Thema „Kleinkriegsführung“, der in seinen Grundzügen äußerst interessante Aspekte für ein Verteidigungskonzept durchblicken ließ. (*Präsident Olah übernimmt den Vorsitz.*)

Hohes Haus! Ich denke daran, daß es für einen Staat wie Österreich mit verhältnismäßig geringen finanziellen Möglichkeiten eine wirklich entscheidende Frage sein muß, wie man sich unter Ausnützung der geographischen, wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten am erfolgreichsten verteidigen kann und auf welche Weise dem Grenzschutz am besten gedient ist.

Die österreichische Landesverteidigungskonzeption umfaßt auf Grund der militärischen Neutralität nur die Möglichkeit des Grenzschatzes und der Verteidigung des Landes, weil ein österreichischer Soldat auf Grund unserer Neutralitätsbestimmungen niemals über die Grenzen unseres Landes hinausgehen wird.

Das, meine Damen und Herren, sind die Bedenken der Sozialisten hinsichtlich der künftigen Budgeterstellung für die Landesverteidigung, weil eine Aufrüstung ohne grundlegende intensive Planung über die militärische Zielsetzung nur eine halbe Sache sein kann, wobei man heute nicht weiß, ob nicht die eine oder andere Investition schon morgen als Fehlschlag bezeichnet werden muß. Es ist nichts Besonderes, aber ich will es anführen: Auch das Bundesheer hat schon Geräte angeschafft, die dann unbrauchbar waren. Man wird eben diese Geräte nicht mehr bestellen, sondern man wird die Geräte nehmen, die man selbst entwickelt hat. Die Waffentechnik hat in den letzten Jahren eine so revolutionierende Umgestaltung erfahren, daß das, was heute auf dem Gebiet der Waffen, vor allem der schweren Waffen und der Flug- und Panzerabwehrwaffen modern ist, schon morgen über-

holt sein kann. Dazu wird die Lösung der schwierigen technischen Probleme beim Aufbau des Heeres und bei der Planung einer wirksamen Verteidigung noch dadurch erschwert, daß fast kein entsprechendes waffentechnisches Fachpersonal zur Verfügung steht. In anderen Ländern geht man heute schon dazu über, Lehrkanzeln für Waffentechnik an den Universitäten zu schaffen.

Die Frage des Heeres ist also auch eine personelle Frage, bei der wir Bedenken haben und wo wir glauben, daß Überlegung walten muß. Denn es ist eine Tatsache: Wenn es uns nicht gelingt, gute Fachkräfte für das Heer zu bekommen, dann wird der Aufbau nicht so vonstatten gehen, wie wir es alle wollen.

Man wird sich zu einem Zeitpunkt, wo also — das können wir ungefähr annehmen — die erste Etappe des Aufbaues des Bundesheeres vorüber ist, die Frage vorlegen müssen, ob beim Einkauf von schweren Waffen und Geräten die Verwendbarkeit auch für die Zukunft gesichert ist. Daß dabei die Tatsache der Waffenbeschränkung im Staatsvertrag für Österreich eine ernste Sorge für jene ist, die die Landesverteidigung vorzubereiten haben, steht außer Frage.

Ich darf aber sagen, daß das nicht allein unsere Bedenken sind, sondern diese Bedenken, nämlich die politische und wirtschaftliche Situation in der Welt zu meistern, haben auch alle anderen Staaten der Erde und vor allem auch die neutralen Staaten. Ich verweise hier nur auf die Schweiz, wo sich jetzt Offiziersgruppen damit befassen, die Konzeption der Weltsituation anzupassen.

Meine Damen und Herren! Ich habe immer ausgeführt: Die beste Anlage der derzeitigen Mittel in der Landesverteidigung ist die Ausrüstung der Infanterieeinheiten mit leichten und schweren Infanteriewaffen, mit modernen Schnellfeuerwaffen und jenen Ausrüstungsgegenständen, die eine rasche Beweglichkeit bei der Verteidigung sichern. In dieser Richtung, das gebe ich zu, sind schon vor allem durch die Anschaffung des Sturmgewehrs sehr schöne Fortschritte erzielt worden.

Wie immer wir selbst zur Verteidigung eingestellt sein mögen, wir werden und können nur danach handeln, daß wir, nachdem wir zur Aufstellung des Bundesheeres ja gesagt haben, auch für die unbedingt notwendige Ausrüstung eintreten müssen, die wir für unser Heer und für unsere Soldaten brauchen.

Ich sage aber ganz deutlich — und das möchte ich nochmals wiederholen —: Österreichs Verteidigungsbudget ist durch seine finanziellen Möglichkeiten begrenzt. Es ist nicht nur davon abhängig, den Frieden nach

außen zu erhalten, sondern auch von der Rücksichtnahme auf den inneren sozialen und wirtschaftlichen Frieden. Eine wirksame Verteidigung gibt es nur, wenn keine sozialen und wirtschaftlichen Spannungen im eigenen Land bestehen. Wir können ohne Gefährdung des inneren Gleichgewichtes nicht unbeschränkt aufrüsten und Mittel zur Verfügung stellen, während große Gruppen von sozial schlechter gestellten Rentnern und Kriegssachgeschädigten keine Hoffnung auf eine finanzielle Besserstellung haben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit abschließend den Dank an jene Offiziere und Unteroffiziere, die in ehrlicher Pflichterfüllung und Loyalität zur Republik Österreich ihren Treueid erfüllen, aussprechen und ihnen sagen, daß sie durch ihre aufrechte Haltung für den Wehrgedanken mehr leisten, als es schöne Reden imstande sind. Ich freue mich auch, daß es jetzt gelungen ist, fast allen Tapferkeitsmedaillenbesitzern die Tapferkeitsmedaillenzulage zu gewähren, und ich möchte hier auch jenen Beamten des Ministeriums den Dank abstatten, die für diese rasche Arbeit Sorge getragen haben.

Abschließend darf auch ich wie meine Vorredner im Namen meiner Fraktion dem Bundesheer für den vorzüglichen Einsatz bei den Katastrophen des heurigen Jahres herzlichen Dank sagen im Namen aller jener Bundesländer, die davon betroffen wurden, und ich glaube, daß dieser Einsatz für den Ruf des Bundesheeres viel mehr wert ist, als es Vorträge oder sonstige Beweismittel sein könnten.

Wir werden daher unter Berücksichtigung dieser von mir aufgezeigten Richtgedanken dem Heeresbudget 1960 von unserer Seite die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Olah: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Regensburger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Regensburger: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Als man im August des heurigen Jahres — ohne jeden weiteren Kommentar — in der Presse die Mitteilung las, am 1. Oktober 1959 werden 17.000 Wehrpflichtige zur Ableistung des Präsenzdienstes einberufen — es handelt sich um Angehörige des Jahrganges 1940 und um Wehrpflichtige vorangegangener Geburtsjahrgänge, denen bisher der Aufschub des Präsenzdienstes gewährt worden war —, da hatte jeder Leser das bestimmte Gefühl: Das Bundesheer und seine Einrichtungen sind in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem festgefügtten Bestandteil unseres Vaterlandes geworden. Nicht nur die lobenswerten Einsätze bei den verschiedensten Katastrophen-

fallen — der Spezialbericht nennt allein bei den Hochwassereinsätzen 1959 238.590 geleistete Arbeitsstunden —, sondern auch der gute Kontakt der Heeresangehörigen mit den übrigen Kreisen der Bevölkerung sowie die fast durchwegs positiven Kritiken ausländischer Beobachter haben uns dieses, man kann wohl sagen, unerwartete Resultat gebracht.

Mit dem Status der bewaffneten Neutralität hat Österreich die Verpflichtung übernommen, seine Landesverteidigung im Rahmen des Möglichen auszubauen. Unter dem „Möglichen“ verstehe ich die verfügbaren Menschen und die finanziellen Mittel. Und es muß nun ernstlich bezweifelt werden, obwohl uns vorhin ein Rechenkunststück $5 = 4 + 4$ vorgeführt wurde, ob wir mit 4,3 Prozent der Budgetsumme, die 1960 für die Landesverteidigung vorgesehen sind, tatsächlich das möglichste getan haben. Auf jeden Fall hat das westliche Ausland, als vor einigen Monaten die Forderung nach einer Kürzung unseres Militäretats um 300 Millionen Schilling erhoben wurde, mit Besorgnis reagiert.

Eine dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle nahestehende Zeitung fragt unter dem Hinweis auf die skelettartige Gliederung und die teilweise entblößten Grenzen Österreichs, warum Verteidigungsminister Graf nicht mit den nötigen Mitteln ausgestattet wird, um die jetzt schon schwach beteiligten militärischen Anstrengungen Österreichs zu verstärken. Weiters fragt die Zeitung, wozu würde die Tatsache gedient haben, nach so vielen Prüfungen und Leiden eine relative Prosperität wiedergewonnen zu haben, wenn ein vordringender Feind alles wieder in einigen Stunden zerstörte.

Obwohl mir sonst die gewohnte Berufung auf das Ausland widerspricht, können wir hier doch nicht darüber hinwegsehen. Auf jeden Fall wurde allenthalben der Eindruck erweckt, daß es den Forderern nach Kürzung des Verteidigungsbudgets um die Landesverteidigung nicht ernst genug ist.

Leider muß ich sagen, spielt das militärische Moment in der Politik gerade heute wieder eine wichtige Rolle, und von unserem Verteidigungswillen, der mit der materiellen Rüstung die Verteidigungskraft ausmacht, hängt bestimmt ein guter Teil unseres nationalen und internationalen Ansehens ab.

Herr Bundesminister Graf kündigte beim Kapitel Landesverteidigung im Finanz- und Budgetausschuß eine Diskussion auf breiter Basis zu den Themen: „Ist Landesverteidigung notwendig?“ und „Ist Landesverteidigung möglich?“ an. Diese Ankündigung

erfolgte im Rahmen der Beantwortung der Frage eines sozialistischen Abgeordneten. In dieser Anfrage wurde der Landesverteidigungsplan urgirt. Der Herr Minister bezeichnete den Landesverteidigungsplan als theoretisch vorbereitet, jedoch fehle noch die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung, die durch die vorhin genannten Diskussions-themen eingeleitet werden soll. Dieses Beginnen entspringt einer weisen und realen Überlegungskraft, da, wie schon erwähnt wurde, der Verteidigungswille einen enormen Teil der Verteidigungskraft bildet. Die erste und vornehmste Aufgabe des Bundesheeres — das ist heute schon von einem Vorredner gesagt worden — in einem eventuellen künftigen Krieg ist, Österreich daraus herauszuhalten. Dies kann, soweit es sich um Grenzverletzungen handelt, schon durch die aktive Abwehr und allein vielleicht auch schon durch die Bereitschaft hierzu auch mit unseren schwachen Kräften geschehen. Im Falle eines sogenannten großen Krieges besteht die Aufgabe darin, die von einem Angreifer erzielbaren Vorteile geringer zu machen als die damit verbundenen Verluste.

Es gibt in Österreich für einen eventuellen Gegner eine Anzahl wichtiger strategischer Räume, deren Besitz für einen Vorstoß entscheidende Bedeutung hat. Der Gegner, der die Aussicht hat, die Räume in Besitz zu nehmen, ehe ihn der Zielgegner daran zu hindern vermag, wird sich durch die österreichische Neutralität allein nicht davon abhalten lassen. So ein Angriff würde dann mit Fallschirm-, motorisierten und mechanisierten Truppen überraschend geführt werden. Wenn aber das Bundesheer diese Räume auch nur wenige Tage zu verteidigen vermag, hat der Angreifer jede Aussicht auf die Erreichung seiner gesteckten Ziele verloren. Es hat dann für ihn keinen Sinn, unsere Neutralität auf dem Boden zu verletzen. Die beste Aussicht für Österreich, einen Krieg zu gewinnen, ist also, wie schon gesagt, ihn zu vermeiden. Ich bin überzeugt: Bei richtiger Organisation, Bewaffnung, Ausrüstung und Führung sowie bei strategisch richtiger Unterbringung und Stationierung der Heeres-teile vermag das Bundesheer die bereits genannten strategisch wichtigen Räume so lange zu halten, daß eine Verletzung der Neutralität unseres Landes uninteressant geworden ist. Auf diese und nur auf diese Weise vermag nach meiner Ansicht das Bundesheer unsere Neutralität zu schützen.

Auch die Absicht, sich etwa nur auf die Verteidigung der Grenzen allein zu verlegen, kann nach meiner Ansicht nur auf das Festhalten dieser genannten strategisch wichtigen Einsatzräume gestützt werden.

Fest steht außerdem: Eine Mißachtung der uns aufgetragenen Verteidigungsverpflichtung wäre im Ernstfall einer Einladung zur Verletzung unserer Neutralität gleichzusetzen.

Es ist heute schon die Wichtigkeit und die Notwendigkeit der Reserveübungen angezogen worden. Ich möchte nur im Hinblick auf den Offizierskader diese Frage noch kurz streifen. Wir haben derzeit zirka 120.000 im Präsenzdienst Ausgebildete. Stellen wir uns vor — Gott behüte —, daß diese Leute irgendwie herangezogen werden müssen, zum Einsatz gebracht werden müssen, so werden sie mit der Anzahl der vorhandenen Offiziere und Unteroffiziere wohl über die Aufgaben einer Polizeitruppe nicht hinauskommen können, und sie würden kaum den Aufgaben einer wirklichen Kampftruppe gerecht werden können. Ich begrüße deshalb die Pläne, die im Landesverteidigungsministerium ausgearbeitet werden, die die Erweiterung des Offiziers- und Unteroffizierskorps zum Ziel haben. Nach meiner Ansicht wird sich dabei — wie heute schon von mehreren Rednern erwähnt wurde — die Schaffung eines aktiven Unteroffizierskorps oder die Verwirklichung eines Soldateneinstellungsgesetzes für Längerdienende nicht umgehen lassen. Ich nehme sogar an, daß in puncto Reserveübungen schon eine Basis für die freiwillige Ableistung der Reserveübungen größtenteils ausreichen würde.

Was die Gesinnung und die Verpflichtung und innere Einstellung zur Ableistung des Präsenzdienstes bedeutet und wie es derzeit darum steht, ist schon von meinem verehrten Vorredner, Herrn Präsidenten Gorbach, erläutert worden. Ich bin aber überzeugt, daß auch hier weitere staatsbürgerliche Erziehung, Schulung und Aufklärung noch vieles in positiver Richtung ändern werden.

Ich muß mich aber auch meinem Vorredner, Herrn Abgeordneten Kindl, anschließen und kann auch nicht verhehlen, daß die endgültige Rehabilitierung der Soldaten des zweiten Weltkrieges teilweise noch ausständig ist. Ich unterstreiche das, denn sie sind die Väter, Lehrer und Erzieher der jetzigen dienstpflichtigen Generation, und es ist heute schon gesagt worden, daß irgendwelche Angriffe auf Treffen von Kameradschaftsverbänden nicht irgendwie einer Parteirichtung entspringen. Aber ich kann nicht verhehlen, es ist erst am 28. November in der „Arbeiter-Zeitung“, Ausgabe für Tirol, zu einem Vortrag in Landeck: „Kampf um den Kaukasus — mit den Gebirgsjägern auf den Elbrus“ sehr negativ Stellung genommen worden. Der Schlußsatz lautet: „Wahrlich, vom Krieg haben wir alle genug!“ Da möchte ich ein

neuerliches „wahrlich“ hinzufügen: Wahrlich hat aber niemand mehr genug als der ehemalige Frontsoldat, denn die Frontsoldaten trugen im letzten Krieg mit den in den KZ Inhaftierten die größten Leiden, die uns das „Tausendjährige Reich“ durch sieben Jahre und darüber hinaus bescherte.

Nie habe ich erlebt, daß bei einem Fronttruppenteil politisiert wurde, jeder trug die Last seines Schicksals laut oder stumm bis zur bitteren Neige. Ist es deshalb ein Unrecht, wenn sich Männer gemeinsam an diese schreckliche Zeit zurückerinnern? Nein! Sie lernen den Krieg neuerdings hassen und sehen ihr Österreich, ihr Vaterland doppelt lebenswert und doppelt liebenswert. Auch wenn in einem Lichtbildervortrag Witwen und Waisen die Stätten des Grauens sehen, wo ihre Männer und Väter gelitten und vor dem Hinscheiden mit den letzten Fasern ihres Herzens nach ihren Lieben und nach ihrer Heimat sich sehnten, so läßt das doch den Frieden in seiner wahrsten Bedeutung erscheinen, den Frieden, den wir uns für alle Zukunft und für alle Völker wünschen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Olah: Als nächster Redner kommt zu Wort der Herr Abgeordnete Enge. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter Enge: Meine Damen und meine Herren! Ich habe mir die Aufgabe gestellt, bei diesem Kapitel über einige soziale Belange im Rahmen der Landesverteidigung zu sprechen. Wir haben ja in diesem Hause eine Reihe von Gesetzen geschaffen, die dem, der zum Wehrdienst einrückt, das Einrücken leichter machen und seine Ansprüche arbeitsrechtlicher Natur wahren sollen.

Es hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, daß einige dieser Gesetze mangelhaft sind und nicht ausreichen und nicht den Zweck erfüllen, für den sie ursprünglich geschaffen worden sind. Ich meine unter anderem ganz besonders das Arbeitsplatzsicherungsgesetz. Es ist meiner Meinung nach bestimmt ein gutes Gesetz, zumindest war es gut gedacht. Es sollte den einrückenden jungen Menschen der Sorge entheben, daß er, wenn er vom Wehrdienst zurückkommt, keinen Arbeitsplatz findet, es verpflichtet mit einem Wort den Arbeitgeber, ihn nach Ableistung der Wehrdienstzeit wiederum in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Es ist ein sehr soziales Gesetz und dient auch meiner Meinung nach — das haben wir notwendig — der Untermauerung der Wehrwilligkeit der jungen Menschen.

Der Kerninhalt des Arbeitsplatzsicherungsgesetzes ist — wie es schon der Name sagt — die Sicherung des Arbeitsplatzes, und die

tritt in dem Augenblick in Kraft, wo der Wehrpflichtige die Einberufung in der Hand hat. Und hier liegt ein Haken. Bis jetzt ist alles recht gut und schön. Wie sieht das aber nun in der Praxis leider sehr oft aus?

In dem Jahr, in dem der junge Mensch die Einberufung zu erwarten hat, wird er, bevor er den Einberufungsbefehl in der Hand hat, zumeist entlassen, und kein Betrieb, wohin er sich auch wendet, nimmt ihn mehr auf. Jeder fragt den jungen Menschen zuerst, ob er bereits den Wehrdienst hinter sich hat, und wenn er dies verneint, kommt fast nie eine Einstellung in Frage.

Das alles gilt natürlich auch für jene, die erstmalig eine gewerbliche oder industrielle Arbeit aufnehmen, wenn sie zum Beispiel aus der Landwirtschaft einwandern. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir eine Reihe von Betrieben haben, die von Haus aus eine Reihe von Lehrlingen ausbilden, wobei sie nie die Absicht haben, sie im Betrieb zu behalten, sondern nur einer Verpflichtung nachkommen, um der Jugend eine Lehrmöglichkeit zu bieten. Diese Lehrlinge werden natürlich nach Ablauf der dreimonatigen Behaltspflicht entlassen und finden keine Arbeit. Das heißt, Arbeit wäre genug vorhanden, aber sie werden nirgends aufgenommen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Bei einem solchen Vorgang darf sich niemand wundern, wenn keine sonderliche Liebe zur Landesverteidigung besteht, wenn also keine Wehrfreudigkeit oder Wehrwilligkeit in unserer männlichen Jugend entsteht.

Ich habe hier zwei Ausdrücke gebraucht: Wehrwilligkeit und Wehrfreudigkeit. Lassen Sie mich, weil sehr oft über die mangelnde Wehrfreudigkeit der Jugend gesprochen wird, dazu einiges sagen.

Bei der Behandlung von Landesverteidigungsfragen im Budgetausschuß und auch bei anderen Aussprachen wird sehr oft von dieser mangelnden Wehrfreudigkeit der Jugend gesprochen, und gerade wir Sozialisten bekommen sehr oft von der rechten Seite Vorwürfe — es ist ja auch heute wieder des öfteren zum Ausdruck gekommen —, wir trügen zuwenig dazu bei, um die Wehrfreudigkeit der Jugend zu heben, ja es wird uns sogar vorgeworfen, daß wir hier falsch spielen. Das stimmt nicht. Es ist auch schon zum Ausdruck gekommen. Wir haben unseren redlichen Teil dazu beigetragen, der Bevölkerung klarzumachen, daß die Landesverteidigung eine eiserne Notwendigkeit — und nichts anderes — ist, zu der wir verpflichtet sind auf Grund des von uns angenommenen Neutrali-

tätsstatutes und auf Grund einer inneren staatlichen Moral, unsere Grenzen zu hüten, was niemand anderer für uns tut. Es kann sich jeder ausmalen, daß wir, gerade wir Sozialisten, es nicht immer sehr leicht gehabt haben, den jungen Menschen das klarzulegen. Wir haben auf diesem Gebiete wirklich große und nicht immer leichte Auseinandersetzungen und Aussprachen mit unseren jungen Anhängern gehabt. Aber wir haben das sehr klar und nüchtern dargestellt, und ich glaube, es ist uns gelungen, die richtige Darstellung zu finden. Das beweist — es kann ein Irrtum sein — meiner Meinung nach der Ausgang der Wahlgänge, die wir in der letzten Zeit gehabt haben, daß also die jungen Menschen, mit denen wir uns über diese Frage auseinandergesetzt haben, das verstanden haben.

Nun wieder zurück zur Frage der Wehrfreudigkeit. Ich kann sagen und ich unterstreiche das: Gott sei Dank kennt die Jugend, die zum Heeresdienst einberufen wird, keine Wehrfreudigkeit! Es wäre meiner Meinung nach tragisch bestellt um das Ideal unserer jungen Menschen, würden sie freudig zu den Waffen eilen. Ich würde es als äußerst tragisch empfinden, wenn sie sich drängten, in die Panzer zu klettern und an das Maschinengewehr heranzukommen.

Aber auch ein anderes ernstes Wort, das in diesem Rahmen auch fast bei jeder Budgetdebatte noch gefallen ist: Traditionspflege und so weiter. Wer glaubt, die jungen Männer mit Traditionspflege und Heldengeschichten wehrfreudig zu machen, der irrt sich, und außerdem schätzt er unsere Jugend grundfalsch ein. Wenn auch hier schon von gewichtiger Seite ausgesprochen worden ist, daß viele, ganz besonders Jugendvertreter, die Meinung ihrer Jugend sehr schlecht kennen, so sage ich es trotzdem noch einmal, daß man absolut danebengeht mit dieser Auffassung, eine Wehrfreudigkeit erzeugen zu wollen. Die Jugend hält nichts — ich sage dazu keine Beurteilung, ob das gut oder schlecht ist — von ruhmreicher Vergangenheit und vom „Siege an die Fahne heften.“ Militärdienst hatte nie einen guten Klang und wird ihn nie haben, und in den Wehrdienst ein höheres Ideal hineinzulegen, ist genauso falsch wie anzunehmen, daß es gelingen könnte, auf dieser Ebene eine Wehrfreudigkeit zu erreichen. (*Abg. F. Mayer: Das ist die Erziehung zur Wehrfreudigkeit!*) Außerdem lehnen wir diese Form auch ab. Es wäre völlig abwegig, einen Wehrfanatismus zu erzeugen — das wollen wir, glaube ich, auch alle mitsammen nicht —, wie er zum Beispiel während der NS-Zeit bei der Hitlerjugend vorhanden war.

Was wir brauchen, ist — und auf das hört die Jugend auch — die reale Darlegung der Tatsachen, wie sie sind, nämlich, daß wir unsere Grenzen gegebenenfalls verteidigen müssen. Das ist die einzige Klarlegung, die meiner Meinung nach auch die jungen Menschen verstehen werden.

Psychologen und Pädagogen behaupten — und ich glaube, daß sie recht haben —, die Jugend ist in den letzten Jahrzehnten körperlich wohl reifer und kräftiger geworden, hat sich aber geistig nicht im selben Ausmaß entwickelt. Das stimmt. Aber eines stimmt gewiß auch: Die Jugend ist trotz dieser Diskrepanz zwischen Körper und Geist rationaler und realer denkend geworden und Zeitfragen gegenüber viel kritischer, als dies vor 20, 30 oder mehr Jahren der Fall gewesen ist. Die heutige Jugend kennt den Untertanengeist der alten, angeblich guten Zeit nicht, und daher ist es für sie nicht von Haus aus selbstverständlich, daß sie Wehrdienst leisten muß. Sie unterzieht sich dieser Pflicht, weil sie ihr nicht enttrinnen kann, bis jetzt meiner Meinung nach — das ist ja auch in verschiedenen Reden klargelegt worden — ohne innere Beziehung, wie man eben eine unangenehme Aufgabe hinter sich bringen muß. Wir müssen meiner Ansicht nach geistige, staatsbürgerliche und soziale Voraussetzungen schaffen, wollen wir echte, gesunde Wehrwilligkeit ermöglichen. Ich sagte: Wehrwilligkeit, denn zu der stehen wir, nicht Wehrfreudigkeit, die wollen wir nicht.

Und dazu, zur staatsbürgerlichen Einstellung, eine Darlegung. Dem Neunzehnjährigen wird zugemutet, daß er sich ausbilden läßt, um, wenn notwendig, mit der Waffe in der Hand und auch unter Einsatz seines Lebens das Vaterland zu verteidigen. Aber von der Gestaltung des politischen Lebens, für das er unter Umständen sein Leben einsetzen muß, von dieser Gestaltung ist er ausgeschlossen, er darf nicht mitwirken, denn wählen darf er erst nach dem 20. Lebensjahr. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist ein Widerspruch!*) Und ich bin der Meinung — ich behaupte nicht, daß ich unbedingt recht habe, aber ich erlebe es bei Aussprachen mit jungen Menschen —: Von dieser staatsbürgerlichen Diskriminierung weiß der junge Mensch ganz genau, und meiner Ansicht nach kann man auf einer solchen Ebene in einem modernen Staat keine echte Wehrwilligkeit wachsen sehen.

Genauso verhält es sich mit der Sicherung von Arbeit und sozialen Rechten. Wehrwilligkeit ist nicht nur etwas, was man von den jungen Menschen verlangen kann und darf, sondern Wehrwilligkeit ist Angelegenheit des ganzen Volkes. Die Atmosphäre, die

man zu schaffen imstande ist, ist das Entscheidende für das Einfügen in etwas, was man von Haus aus — seien wir doch offen — nicht gerne hat. Es ergeht an die Wirtschaft ein sehr ernster Appell, hier nach dem Rechten zu sehen, ihren Teil dazu beizutragen, daß die Sorge um den Arbeitsplatz und vorzeitige Entlassungen hintangehalten werden.

Ich weiß — das möchte ich eindrucklichst betonen —, das Ministerium für Landesverteidigung tut manches von sich aus, um Härten vermeiden zu helfen. Es geht so weit — ich glaube, ich verrate kein Geheimnis —, daß die geplanten Einberufungen eines Jahrganges so lange geheimgehalten werden, bis der einzelne Wehrpflichtige seine Einberufung in der Hand hat, damit er nicht entlassen werden kann. Ja, es ist dies begrüßenswert und sehr anerkennenswert von seiten des Ministeriums, daß es hier einen Riegel vorzuschieben versucht. Aber dies kann dazu führen und hat schon dazu geführt, daß Arbeitgeber nicht mehr bis knapp vor der Einberufung warten mit der Entlassung, sondern sobald als möglich entlassen, um nicht von einer Einberufung oder vom Einberufungsbefehl überrumpelt zu werden!

Ich möchte eindeutig sagen, daß es eine Mehrzahl von Betrieben gibt, die diese Praktiken nicht ausüben und nicht mitmachen. Das möchte ich eindeutig sagen. Aber ich bin der Auffassung, wenn ein Appell nichts nützt, müßten wir alle mitsammen — das sind wir den Menschen, die zum Wehrdienst einrücken, schuldig — ein Gesetz schaffen, das die Entlassung vor der Ableistung des Wehrdienstes eben unmöglich macht. Nur so, mit dieser Untermauerung können wir einen Mosaikstein zur echten Wehrwilligkeit legen.

Hohes Haus! Das Wehrgesetz enthält auch einen Paragraphen, den wir beseitigen müssen. Er ist unwürdig und in keiner Weise gerechtfertigt. Es ist dies der § 38 des Wehrgesetzes. Dieser Paragraph besagt, daß in dem Jahr, in dem der männliche Jugendliche das 19. Lebensjahr erreicht, für ihn ein Heiratsverbot besteht. Er darf sich also nicht verehelichen. Bei der Gesetzgebung hat man sich bestimmt gesagt: Mit 19 Jahren braucht einer nicht zu heiraten. Ich möchte eindeutig sagen: Ich bin heute noch dieser Ansicht, daß ein 19jähriger nicht zu heiraten braucht, aber ich glaube, wir haben nicht das Recht, einem jungen Menschen das Recht zu verweigern, sich zu verehelichen. Das betrachte ich als einen Eingriff in ein echtes, in ein urechtes Familienrecht. Der Gesetzgeber kann ja auch gar nicht verhindern, daß auch in diesem Alter sich eine Vaterwerdung anbahnt, und nicht verhindern dürfen wir, daß die ganze

Angelegenheit in rechtliche und meiner Meinung auch in moralische Bahnen gelenkt wird, auf deutsch, daß er heiraten kann. Ich rege an, daß wir hier vielleicht doch einmal über diesen Paragraphen sprechen.

Ich möchte auch anerkennend wiederum erwähnen, daß auch hier vom Ministerium bereits öfters regulierend eingegriffen worden ist und daß es junge Soldaten, die vor einer solchen Situation gestanden sind, vorzeitig entlassen hat, um ihnen die Eheschließung zu ermöglichen. Also der Herr Bundesminister für Landesverteidigung als Stifter jungen Eheglücks. (*Heiterkeit.*)

Auch die Ausbilder, sehr geehrte Damen und Herren, müssen ihren Teil dazu beitragen, daß Wehrpflichtige mit weniger starkem Herzklopfen einrücken. Das ist die Aufgabe der Ausbilder, daß um sie ein Mythos entsteht, der ihnen gut tut. Man muß gerecht sein. Es sind immer nur Einzelfälle, daß solche Ausbilder über die Stränge schlagen. Aus meiner engeren Heimat Oberösterreich ist mir zumindest bis heute nichts zu Ohren gekommen über ein Übermaß von ungerechter Behandlung. Ich würde jeden Weg gehen, um eine Ahndung von Übergriffen zu erreichen, und ich weiß auch, daß der Herr Minister für Meldungen solcher Art ein offenes Ohr hat.

Es wirft sich aber doch die Frage auf, geeignete Ausbilder zu bekommen. Von der sozialen Seite her werden wir meiner Meinung nach um einige Maßnahmen nicht herumkommen. Es müßte möglich gemacht werden — es ist auch das schon angeschnitten worden —, im Rahmen des Heeresbudgets — jetzt steche ich allerdings in ein Wespennest, weil es ja zu kurz bemessen wird, aber ich sage es trotzdem — für diese Längerdienenden Wohnungen zu schaffen. Und — das ist auch schon gesagt worden — es werden auch Maßnahmen notwendig sein, um die Längerdienenden nach Ablauf ihrer Dienstzeit wiederum in die Wirtschaft einbauen zu können. Auch hier ein sehr offenes Wort. Ich wehre mich dagegen, daß ein Eintritt in den Staatsdienst nur über eine längere Militärdienstzeit möglich sein soll, aber eine Reservierung bestimmter Dienstposten, die mit militärischer Vorbildung etwas zu tun haben, kann ich mir selbstverständlich vorstellen. (*Abg. Dr. Gorbach: Bei der Bahn!*) Es gibt verschiedene Stellen, wo dies möglich sein wird! Es wird ja auch teilweise praktiziert. — Vor allem aber wäre auch eine entsprechende Schulung und Umschulung vor dem Austritt aus dem Militärdienst denkbar, um in der Wirtschaft wieder einen Platz einnehmen zu können. Es hat — ich war damals noch sehr, sehr jung — im österreichischen Bundesheer der Ersten

Republik bereits eine solche Einrichtung bestanden. Ich war damals Lehrling in den Steyrer-Werken, und schon damals wurden Soldaten, die in den nächsten Jahren aus dem Militärdienst ausscheiden sollten, einer Berufsausbildung in Betrieben zugeführt und nach Ablauf der Berufsausbildung, die zumeist mit dem Ablauf ihrer Militärzeit zusammenfiel, gleich im Betrieb belassen. Ähnliches könnte ich mir auch für die Zukunft wieder vorstellen.

Zum Schluß: Das vergangene Jahr hat, so reich es leider an Katastrophen, insbesondere an Hochwasserkatastrophen, gewesen ist, viel zur positiven Einstellung der Bevölkerung zum Militär beigetragen. Überall — ich habe es in Steyr einige Male erleben können, und Steyr ist auf dem Gebiet eine harte Stadt (*Abg. Hartl: Eine Eisenstadt!*), ist eine Eisenstadt —, wo unsere Pioniere hingekommen sind, wurden sie sehr beifällig von der Bevölkerung aufgenommen, und ich muß wirklich sagen, daß die jungen Soldaten und ihre Offiziere überall einen sehr guten Eindruck hinterlassen haben. (*Abg. Dr. Gorbach: Bravo! — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn es uns gelingt — und das wollen wir doch alle —, eine gute Atmosphäre zu schaffen, in der das ganze Volk versteht, daß zur Verteidigung unserer Neutralität und unseres Staates, in dem zu leben es sich lohnt, alle beitragen müssen, der Ältere durch sein Verständnis, die Wirtschaft durch korrektes Einhalten von arbeitsrechtlichen Bestimmungen und die Jugend durch ihre Dienstleistung, dann bin ich überzeugt, daß zwar keine Wehrfreudigkeit, aber eine echte und gesunde Wehrwilligkeit entstehen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Kulhanek zum Wort gemeldet. Ich ersuche ihn, das Wort zu nehmen.

Abgeordneter Kulhanek: Hohes Haus! Es sind die Wellen heute in der Debatte schon etwas hoch gegangen, obwohl die Wirklichkeit wesentlich freundlicher aussieht. Ich darf daran erinnern, daß vor wenigen Monaten erst in einem wirklich prächtigen Gepränge, eindrucksvoll und erhaben die Feiern anlässlich des Gedenkens an die Schlacht um den Berg Isel stattgefunden haben. Ich darf weiter daran erinnern, daß das Parlament erst vor kurzer Zeit eine namhafte Summe für die Durchführung der Feiern der Kärntner Abwehrkämpfe beschlossen hat, sodaß wohl der Schluß hier zulässig ist, daß wir mit sichtbarem Stolz und innerer Befriedigung heute noch die Tage und Taten unserer Väter, in denen sie ihre Heimat verteidigt haben, anerkennen.

Und ist auch unser Österreich heute in seiner geographischen Größe nicht mehr das Österreich von einst, so glaube ich, werden wir das, was wir heute Heimat nennen, jederzeit gerne verteidigen, aus Liebe zu dieser Heimat, aus einem Auftrag der Geschichte und auch, wie Präsident Gorbach in der Budgetdebatte gesagt hat, für den dauernden Erhalt unserer jungen Neutralität.

Es steht mir aber vornehmlich zu, als Vertreter des Gewerbes die Beziehung zwischen Heer und Wirtschaft näher zu beleuchten. Es darf mit Befriedigung festgestellt werden, daß vornehmlich inländische Firmen, soweit es angeht, mit Aufträgen beteiligt worden sind und daß in der Auftragsvergabe jeweils Industrie und Gewerbe gleichermaßen zum Zuge gekommen sind.

Ich will nur einige Ziffern nennen. Es waren für das heurige Jahr für Einrichtungsgegenstände 27,6 Millionen, für Fahrzeuge und Fahrzeugbestandteile 262,5 Millionen und für Bekleidung 324,7 Millionen präliminiert, immerhin namhafte Beträge, und es hat sich gezeigt, daß viele Heeresaufträge für die einzelnen Firmen gleiche Bedeutung hatten wie der Ertrag aus ihrem Export.

Ich darf es hier besonders mit Dank vermerken — es vermerkt dies das österreichische Gewerbe so —, daß in der Aufteilung das Gewerbe gerecht und beachtlich zum Zuge gekommen ist. Ich darf feststellen, daß der seinerzeitige Einwand, man könnte das kleine Gewerbe wegen seiner relativ kleinen Betriebsgröße mit solchen Aufträgen nicht versehen, nicht stichhaltig war. Diese Betriebe haben sich eben in Arbeitsgemeinschaften und Liefergenossenschaften zusammengeschlossen und sind klaglos der Effektivierung ihrer erhaltenen Aufträge nachgekommen. Ich möchte an dieser Stelle eindeutig feststellen, daß dort, wo es sich um eine Hilfe für den Kleinen und dessen Schutz in der Existenz handelt, er jederzeit Arbeitsgemeinschaften und die Genossenschaften bejaht.

Ein Kapitel möchte ich besonders hervorheben: Das Heer beschäftigt keine Professionisten. Immer wieder werden für die anfallenden Reparaturarbeiten turnusweise gewerbliche Betriebe zur Erledigung dieser Aufgaben eingeschaltet. 1957 waren es 700 Betriebe, heute sind es bereits 1000. Diese Tatsache vermerkt das Gewerbe mit größter Genugtuung, vor allem das Wiener Gewerbe. Denn hier hat ein anderer Großauftragsvergeber, die Gemeinde Wien, einen ganz anderen Weg beschritten. Hier werden immer mehr eigene Betriebe und Reparaturwerkstätten gegründet, die Schritt für Schritt dem bodenständigen Handwerk den Boden unter den Füßen weg-

nehmen. Ich darf deshalb dem Herrn Minister danken, besonders für die Zusage, daß er auch in Zukunft diesen Weg weitergehen will.

Und nun zu einem anderen Kapitel. Der Abgeordnete Pölzer hat in der Budgetdebatte gesagt: Wir müssen alle Anstrengungen machen, unserer Bevölkerung nahezubringen, daß es sich lohnt, unser Österreich zu verteidigen. Dazu wird es erforderlich sein, einen österreichischen Patriotismus neuer Prägung zu erzeugen. — Ich stimme mit dem Abgeordneten hundertprozentig überein, soweit es die Idee, den Gedanken betrifft, daß ein Patriotismus die notwendige Voraussetzung ist, um eine organische Bindung zwischen Volk und Heer zu ermöglichen. Ich stimme nicht mit ihm überein in der Formulierung, die er getroffen hat, wie Patriotismus ins Leben gerufen werden kann. Vielleicht war es eine etwas unglückliche Wortwahl, daß man Patriotismus „erzeugen“ könnte. Die Formulierung „Patriotismus erzeugen“ ruft ungefähr die Vorstellung hervor, als wäre es irgendein Serienprodukt, das man genormt mit Marke 1920 oder 1959 serienweise herstellen könnte. Patriotismus ist meiner Meinung nach das stolze, liebeerfüllte Empfinden für die Geschichte des Vaterlandes, und deshalb kann man Patriotismus niemals erzeugen. Er kann sich nur bilden in der Zeit (*Abg. Rosa Jochmann: Das hat er ja gemeint!*), für unser Österreich in der Zeitspanne von der ersten Römersiedlung bis in die jüngsten Tage der Zweiten Republik.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß manchem von heute die Geschichte von gestern nicht in das politische Konzept hineinpaßt. Die Geschichte eines Volkes gleicht dem Ablauf eines menschlichen Lebens. Beide haben ihre Kindheit und Jugend, ihr Mannesalter und die Jahre der Vergreisung. Und sowenig ein Mensch sich auch nur einer Stunde seines Lebens entziehen kann, so wenig kann ein Volk einen Teil seiner Geschichte einfach eliminieren. Wir haben ein sprechendes Beispiel an dem Jahr 1945, als das Deutsche Reich zusammengebrochen ist. Angesichts der Greuel und Unmenschlichkeiten haben hunderttausende Menschen versucht, aus diesem Reich zu flüchten: Wir haben nichts damit zu tun gehabt, wir waren nicht verbunden, wir wollten wieder dort beginnen, wo wir einmal aufhören mußten. — Sie selbst werden wissen, ob es möglich war, diesen Wunsch, diese Absicht je zu verwirklichen. Es gibt kein Volk ohne Geschichte, es kann kein Volk zeitlos im Raum bestehen.

Deshalb möchte ich mir erlauben, eine Bitte vorzutragen. Ich nenne keine Adresse, sondern jeder, der sie als solche auffaßt,

soll sich dann selbst Gedanken darüber machen: Lassen Sie die Geschichte unseres Vaterlandes nicht erst mit 1918 beginnen! Ein Kastell der Römer, ein Herzogtum der Babenberger, ein Reich der Habsburger wird wirksam bleiben, solange ein Österreich existiert. Es bleibt nur die Frage offen, ob ich diese Tage stolzer Geschichte in Haß oder mit Liebe betrachte. Und gelingt es mir, sie mit liebedem Sinn zu sehen, dann mache ich jenes latente Gefühl virulent, das man gemeinhin Patriotismus nennt. In dieser Art schaffe ich auch die Voraussetzung für eine organische Verbindung zwischen Volk und Heer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe eingangs betont: Die Geschichte eines Volkes gleicht dem Ablauf eines menschlichen Lebens. Darf ich hier abschließend einen lebenden Dichter zitieren, Heimito von Doderer, der sagt: Ein jeder von uns bekommt seine Kindheit wie einen Eimer über den Kopf gestülpt. Später erst merkt er, was darin war. Aber ein ganzes Leben lang rinnt das an einem herunter, da kann man die Gewänder oder Masken ändern, wie man will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Landesverteidigung. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Bundesminister für Landesverteidigung **Graf:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Obwohl auf die meisten heute hier vorgebrachten Anfragen von meiner Seite im Budgetausschuß bereits ausführlich geantwortet wurde, muß ich doch zu einigen Fragen kurz Stellung nehmen.

Zuerst, meine Damen und Herren aller Fraktionen, eine Feststellung: Ich kann als Ressortminister natürlich nur so viel Geld ausgeben, als mir die Regierung und das Parlament bewilligen. Wenn ich alle im Budgetausschuß und hier im Hohen Haus vorgebrachten Wünsche erfüllen müßte, müßte ich bei den Budgetverhandlungen in Zukunft natürlich auf eine andere Unterstützung der Abgeordneten rechnen; als es bisher der Fall war.

Meine Damen und Herren! Wehrpolitik kann nur gemeinsam betrieben werden. Es können daher auch gewisse Fragen nur gemeinsam gelöst werden. Zu diesen gemeinsam zu lösenden Fragen gehören die Frage der Reserveübungen und die Frage des Tragens der Kriegsauszeichnungen. Daß ich als zuständiger Ressortminister an der Lösung beider Fragen brennend interessiert bin, werden Sie verstehen. Aber ich wiederhole nochmals: Beide Fragen können nur gemeinsam gelöst werden.

Ich darf dem Hohen Hause auch mitteilen, daß, was die Frage Nr. 1, Tragen der Kriegsauszeichnungen des zweiten Weltkrieges, betrifft, hier entscheidende Vorarbeiten geleistet wurden. Die Lösung muß so aussehen, daß sie dem anständigen Soldaten, aber auch der Republik Österreich tragbar erscheint. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Zur zweiten Frage. Über die Frage der Waffenübungen wird verhandelt, und, meine Damen und Herren, ich muß eben so lange verhandeln, bis ich zu einem Resultat komme. Und als Realist ist mir in dieser Frage der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach.

Ich mußte zu diesen zwei grundsätzlichen Fragen diese grundsätzlichen Feststellungen treffen.

Es wurden heute sehr ernst die Fragen des Zivilschutzes, des Luftschutzes und des militärischen Luftschutzes behandelt. Ich darf dazu folgendes wiederholend mitteilen:

Die Bundesregierung hat das Bundesministerium für Inneres und jenes für Landesverteidigung beauftragt, in dieser Frage entsprechende Vorschläge für die Gesamtregierung auszuarbeiten, denn an der Mitwirkung in dieser Frage ist nicht nur das Innenministerium, ist nicht nur das Verteidigungsministerium, sind nicht nur fast sämtliche Ministerien, sondern auch die Länder und Gemeinden stärkstens interessiert, und gegen den Willen der Länder und Gemeinden werden wir hier niemals zu einer vernünftigen und tragbaren Lösung kommen.

Was den militärischen Luftschutz betrifft, darf ich mitteilen, daß in der kurzen Zeit 500 Luftschutzpioniere bereits ausgebildet wurden und daß in der Breitenfurter Kaserne eine eigene Luftschuttschule besteht, in der im Turnus 150 Soldaten als Luftschutzpioniere ausgebildet werden. Übers Knie läßt sich auch diese Frage nicht brechen.

Ich darf abschließend für die Jugend, über die heute hier so viel gesprochen wurde, eine Lanze brechen. Ich darf dazu auch einleitend feststellen: Von einem Hurra-Patriotismus haben wir alle mitsammen nichts! Aber wir sind schon daran interessiert, daß die Einstellung der Jugend zur Wehrfrage eine innerlich positive ist, und hier darf ich dem Hohen Hause eine sehr erfreuliche Mitteilung machen: Von 150.000 Wehrpflichtigen, die bisher zur Musterung angetreten sind, haben nur 125 aus religiösen Gründen versucht, sich dem Wehrdienst zu entziehen. Das ist ein so einmaliges Verhältnis zwischen dem Wehrwillen im Positiven und dem Unwillen, daß man auf diese Jugend stolz sein kann. Die Jugend hat daher zur Landesverteidi-

gung ja gesagt, sie hat auch zum Bundesheer ja gesagt. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, bitten: Sorgen wir dafür, daß wir der Jugend das entsprechende Rüstzeug im Bundesheer geben. Ich danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Berichterstatter das Schlußwort? — Er verzichtet. Damit ist die Aussprache über die Gruppe XII: Landesverteidigung, beendet.

Gruppe IV

Kapitel 9: Inneres

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Gruppe IV. Sie umfaßt Kapitel 9: Inneres.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Holoubek. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Holoubek:** Hohes Haus! In meinem Bericht zu Kapitel 9: Inneres, werde ich Sie mit möglichst wenig Ziffern langweilen. Sie finden sowohl im Teilheft zu diesem Kapitel als auch im Spezialbericht des Finanz- und Budgetausschusses umfangreiches Ziffernmateriale.

Der Gesamtaufwand für dieses Ressort beträgt 1.384.148.000 S, das sind 3,4 Prozent der Gesamtausgaben des Bundesvoranschlags 1960. Von den Gesamtausgaben des Innenministeriums entfallen auf persönliche Ausgaben allein 1.086.304.000 S und auf den Sachaufwand 297.844.000 S.

Dem Aufbau des Kriminaltechnischen Referats stehen mehr Mittel zur Verfügung. Es können damit fehlende Apparaturen angeschafft und die Laboreinrichtung verbessert werden. Für dieses Referat werden neue Räume in der Roßbaurkaserne eingerichtet.

Eine Erhöhung der Beträge für den Flugrettungsdienst ermöglicht den Ausbau dieser Einrichtung. Sie hat sich bewährt und vielen Menschen das Leben gerettet. Wir haben gegenwärtig vier Einsatzflugzeuge, zwei Schul- und Übungsflugzeuge und drei Hubschrauber, von denen einer derzeit schwer beschädigt ist. Eine neue Einsatzstelle kann 1960 in Klagenfurt errichtet werden.

Vom außerordentlichen Budget wurden 5 Millionen Schilling für den Zivilschutz in das ordentliche Budget übernommen. Zum Zivilschutz wäre zu bemerken, daß hier keine Rede sein kann vom Schutz der Zivilbevölkerung im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung. Die Geldmittel zur Errichtung derartiger Anlagen würden ein Viel-

faches des Gesamtaufwandes für das ganze Kapitel Inneres erfordern. Wir werden die vorhandenen Mittel dazu verwenden können, die Zivilbevölkerung vor den Folgen unvorhergesehener Ereignisse bei der Errichtung von Atomanlagen zu schützen. Wir müssen aber den Zivilschutz auch im Zusammenhang mit dem Katastropheneinsatz sehen. Es wäre daher beim Zivilschutz vor allem eine Regelung der Kompetenzen und eine Koordinierung mit anderen Dienststellen des Bundes wichtig.

Bei der Bundespolizei sind derzeit über 400 Posten nicht besetzt. Der für den Personalaufwand vorgesehene Betrag ist jedoch so knapp bemessen, daß mit ihm das Auslangen nicht gefunden werden kann. Die Posten werden kaum zu besetzen sein. Hier muß auch bemerkt werden, daß die geringen Bezüge der unteren Dienstposten für neue Kräfte wenig Anreiz bieten.

Ebenso knapp sind die Mittel für den Sachaufwand der Bundespolizei. Wichtig wäre eine Vermehrung der Funkwagen, die sich bei der Bekämpfung krimineller Delikte sehr bewährt haben.

Die Ausrüstung der Sicherheitsorgane mit einwandfreien Pistolen muß bedauerlicherweise auf mehrere Jahre verteilt werden.

Bei der Bundesgendarmerie liegen die Verhältnisse ähnlich. Die in den Jahren 1956 und 1957 erfolgte Senkung des Personalstandes der Bundesgendarmerie um 1007 Dienstposten stellt eine untragbare Beeinträchtigung des Dienstes dar. Eine Standeserhöhung um mindestens 400 Dienstposten wäre notwendig. Für die öffentliche Sicherheit kann es sich nur nachteilig auswirken, wenn zufolge der für 1960 vorgesehenen Geldmittel die systemisierten Dienstposten nur zum Teil besetzt werden können. Man denke an den zunehmenden Fremdenverkehr und an die steigende Motorisierung auf den Landstraßen. Großveranstaltungen aller Art zwingen zu einem verstärkten Einsatz an Sonntagen. Diesen erhöhten Anforderungen können die Beamten nur nachkommen, wenn sie auf einen nicht geringen Teil ihrer Freizeit verzichten. Bei diesen Verhältnissen werden die Exekutivbeamten in absehbarer Zeit kaum in die Lage kommen, an der Verkürzung der Arbeitszeit, die anderen Dienstnehmern in unserem Lande zugute kommt, teilzuhaben.

Auch im Sachaufwand für die Bundesgendarmerie muß gespart werden. Obwohl das Nachrichtenwesen bei diesem Teil der Exekutive einen hohen Stand erreicht hat, müßte es noch durch den Ausbau der Motorisierung und die Bereitstellung weiterer Funkwagen ergänzt werden. Ebenso wie bei der

Bundespolizei muß die Anschaffung notwendiger Waffen auf mehrere Jahre verteilt werden. Eine Ergänzung der derzeitigen Bewaffnung durch 3500 Karabiner und 3000 Hochleistungspistolen ist notwendig geworden.

Es ist erfreulich, daß gegenwärtig alle Gendarmerieposten wenigstens mit einem Motorfahrzeug ausgestattet sind. Dadurch ist ein rascher Einsatz der Gendarmeriebeamten möglich geworden.

Die Bundesgendarmerie versieht auch den Dienst auf den Wasserstraßen und Seen. Für den Dienst auf der Donau stehen sechs Metallboote zur Verfügung. Im Jahre 1960 ist die Anschaffung von weiteren sechs Motorbooten für den Dienst auf den Seen geplant.

Die Unterkünfte für die Gendarmeriebeamten konnten wesentlich verbessert werden.

In Ausübung ihres Dienstes sind seit 1945 insgesamt 124 Gendarmeriebeamte getötet und 816 schwer verletzt worden.

Dem Innenministerium obliegen auch das Wanderungswesen, die Kriegsgräberfürsorge und die Grenzanangelegenheiten. Beim Wanderungswesen sind unter anderen die Kosten für die Heimbeförderung mittelloser Österreicher aus dem Ausland veranschlagt. Im Jahre 1959 sind bisher 194 im Ausland mittellos gewordene Österreicher in die Heimat befördert worden. Das Wanderungsamt beobachtet auch die Ein- und Auswanderung. Im Jahre 1959 sind 1781 österreichische Staatsbürger nach Übersee und 507 Österreicher, soweit feststellbar, in europäische Länder, vor allem in die Schweiz und in die Bundesrepublik Deutschland, ausgewandert. Es wird versucht, mit den ausgewanderten Österreichern so lange als möglich in Verbindung zu bleiben, um sich ein Bild über den Erfolg des Auswanderers machen zu können. Die dabei gemachten Erfahrungen sind eine wertvolle Hilfe bei der Beratung von Auswanderungswilligen.

Die Einwanderung von nichtösterreichischen Staatsbürgern nach Österreich war im Jahre 1959 leicht rückläufig. Es sind in diesem Jahr bisher 631 Einwanderungsansuchen eingelangt, wovon zirka 400 aufrecht erledigt wurden.

Es soll hier auch auf die Tätigkeit in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten verwiesen werden. Bis 31. Juli 1959 haben 280.120 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben.

Für die Betreuung der Flüchtlinge sind finanzgesetzliche Ansätze von rund 94,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Mit diesem Betrag wird nur schwer das Auslangen gefunden werden. Verwaltungs-

vereinfachungsmaßnahmen und die Zusammenlegung von Flüchtlingslagern werden es vielleicht ermöglichen, daß der vorhandene Budgetrahmen nicht überschritten wird.

Die Höhe der Ausgaben für die Neuflüchtlinge hängt davon ab, ob der Flüchtlingsstrom aus Jugoslawien weiter anhält. Sollte er sich wesentlich verstärken, wird mit den bereitgestellten Mitteln das Auslangen nicht gefunden werden können.

Die Tätigkeit der Sektion III des Bundesministeriums für Inneres, Sektion für Wirtschaftsangelegenheiten, soll noch erwähnt werden. Das Ministerium ist um die Mitarbeit im Rahmen der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen bemüht. In der Berichtszeit fanden 50 Sitzungen dieser Kommission statt, in welchen über 2026 Anträge entschieden wurde.

Bei den Bundespolizeibehörden langten im Berichtszeitraum 2835 Anzeigen in Preisüberwachungsangelegenheiten ein. Auf Grund von Anzeigen wurden insgesamt 7127 Erhebungen durchgeführt. In 1767 Fällen mußten Verwaltungsstrafen — Geldstrafen in der Höhe von 251.215 S — verhängt werden.

In meinem Bericht konnte nur ein Teil der Tätigkeit des Bundesministeriums für Inneres besprochen werden. Der angespannten Budgetlage wird durch sparsame Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel Rechnung getragen. Es muß jedoch darauf verwiesen werden, daß der Sicherheitsdienst in der Republik durch weitere Sparmaßnahmen gefährdet wäre. Ihm werden im Budgetjahr 1961 größere Beträge zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn er seine ständig steigenden Aufgaben restlos erfüllen soll.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung am 9. November 1959 das Kapitel Inneres eingehend besprochen. Es kamen 15 Debatteredner zum Wort.

Der Ausschuß stellt den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel Inneres des Bundesvoranschlages für das Jahr 1960 (67 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters stelle ich den Antrag, das Hohe Haus möge in die Spezialdebatte zu diesem Kapitel eingehen.

Präsident Dr. Gorbach (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel als Kontraredner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. van **Tongel**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich in Kürze mit einigen Problemen der Gruppe Inneres beschäftigen.

Ein besonderes Anliegen der freiheitlichen Opposition des Hohen Hauses ist das Problem des Wahlrechtes. Die in Österreich in Geltung befindliche Nationalrats-Wahlordnung fußt auf Artikel 26 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Dieser Artikel 26 des Bundes-Verfassungsgesetzes sieht die Abhaltung der Wahlen zum Nationalrat auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechtes vor.

Vor etwa zweieinhalb Jahren fand in diesem Hause im großen Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses eine Festsitzung statt. In dieser Festsitzung wurde der 50. Wiederkehr des Tages gedacht, an dem in der kaiserlichen Monarchie das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht zur Einführung gelangte.

Wir müssen feststellen, daß die gegenwärtige Nationalrats-Wahlordnung einem fundamentalen Grundsatz, ich möchte sagen, einem Grundsatzbefehl des Artikels 26 unserer Bundesverfassung widerspricht. Die gegenwärtige Nationalrats-Wahlordnung sieht in keiner Weise ein gleiches Wahlrecht vor, und wenn für eine Fraktion oder eine Wählergruppe die Möglichkeit bestünde, den Verfassungsgerichtshof in dieser Richtung anzurufen, so wäre dies bestimmt schon erfolgt. Denn wie das Ergebnis der Nationalratswahlen vom 10. Mai 1959 abermals beweist, ist die Zahl der gültigen Wählerstimmen, die zur Erlangung eines Nationalratsmandates erforderlich ist, sehr unterschiedlich. Bei den am 10. Mai 1959 durchgeführten Nationalratswahlen erforderte zum Beispiel ein Abgeordnetenmandat im Nationalrat für die Österreichische Volkspartei rund 24.400 Stimmen. Dasselbe Mandat, besetzt von einem Angehörigen der Sozialistischen Partei, kostete 25.150 Stimmen, und das gleiche Mandat kostete für einen Angehörigen der Freiheitlichen Partei Österreichs rund 42.000 Stimmen.

Sie werden mir, meine verehrten Damen und Herren, zugeben, daß man angesichts solcher Ziffern und Unterschiede in keiner Weise von einem gleichen Wahlrecht sprechen kann.

Die Einwände, die gegen die Beseitigung dieses Wahlunrechtes erhoben werden, sind sicherlich gewichtig. Sie sind aber nicht so gewichtig, daß auf die Dauer eine derart undemokratische Nationalrats-Wahlordnung in Kraft und in Geltung bleiben kann. Denn gerade wenn man sagt, die Beseitigung dieses Unrechtes ist schwierig, gibt man

implizite zu, daß es möglich ist, dieses Unrecht zu beseitigen.

Die Vorschläge, die wiederholt gemacht wurden und die auf die Beseitigung dieses Wahlunrechtes hinzielen, sind vielfach. Ich möchte in diesem Stadium der Beratungen des Budgets davon absehen, sie anzuführen. Das ist eine Angelegenheit eventuell des Verfassungsausschusses oder einer Enquete oder einer Beratung über diesen speziellen Gegenstand selbst. Jedenfalls gibt es geeignete Vorschläge, und es fehlt nur an dem Willen, dieses Wahlunrecht zu beseitigen.

Würde für den Nationalrat das gleiche Wahlrecht Geltung haben, so säßen in diesem Hohen Hause derzeit nicht 8, sondern 13 Abgeordnete der Freiheitlichen Partei. Mithin sitzen auf den Bänken dieses Hohen Hauses bei den beiden Regierungsparteien 5 Mitglieder auf Plätzen, die eigentlich der Freiheitlichen Partei zukommen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es ist nicht feststellbar, wer diese 5 Herren sind, aber wenn dies möglich wäre, so würden sie vielleicht unbehaglich dort sitzen. (*Ironische Heiterkeit.* — *Abg. Ziegler: 13 ist eine Unglückszahl!*) Es gibt abergläubische Menschen, die der Meinung sind, daß 13 eine Glückszahl ist.

Der Herr Abgeordnete Aigner hat gestern in seiner Rede, die im großen und ganzen für die Opposition, wie er sich selbst ausgedrückt hat, freundschaftlich war — ich möchte sagen, sie war wohlwollend —, unsere Stärke, unsere Größe oder unsere Schwäche, ich weiß nicht, was Ihnen vorgeschwebt ist, beleuchtet, und er hat zum Ausdruck gebracht, daß eine Oppositionspartei sehr maßgeblich von dem Gesichtspunkt aus betrachtet wird, ob sie schwächer oder ob sie stärker ist. Es würde sehr einfach sein, würde man wirklich im Sinne des Artikels 26 unserer Bundesverfassung hier das gleiche Wahlrecht für alle Bundesbürger, für alle politischen Parteien, gesetzlich festlegen, dann würden wir, ohne einen Finger rühren zu müssen, in der gleichen Stärke auftreten, wie sie der Österreichischen Volkspartei beziehungsweise der Sozialistischen Partei auf Grund ihrer Wählerziffern zukommt, nämlich mit einer genau gleichwertigen Wägung der gültigen Stimmen, die für die Freiheitliche Partei abgegeben worden sind. (*Abg. Sebinger: Sie sollen sich aber rühren!*) Wir werden uns trotzdem rühren, Herr Abgeordneter Sebinger, und zwar sehr deutlich, denn wir wollen ja nicht bei 13 Mandaten stehen bleiben, sondern wir wollen, wenn das Rühren, das Sie noch bemerken werden, sich in Erfolgen abzeichnen wird, dann auch von den Erfolgen, die wir erzielen werden, wie die letzten Wahlgänge ja bewiesen haben, auch

die entsprechende mandatsmäßige Auswertung hier verzeichnen. (*Abg. Sebingner: Nemo propheta in patria!*) Ja, in diesem Patria allerdings, da haben Sie recht, in einem anderen Patria habe ich recht.

Ich gestatte mir daher, namens der Freiheitlichen Partei Österreichs als ersten Antrag, wie im Finanzausschuß bereits angekündigt, nachdem mein dortiger Antrag die Mehrheit nicht gefunden hat, folgenden genügend unterstützten Antrag Nr. 1 zu stellen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat den Entwurf einer Novelle zur Nationalrats-Wahlordnung 1959 zuzuleiten, durch welche im Sinne des im Artikel 26 des Bundes-Verfassungsgesetzes vorgeschriebenen Grundsatzes des gleichen Wahlrechtes die völlige Gleichwertigkeit aller abgegebenen Wählerstimmen gesichert und für die Erlangung eines Abgeordnetensitzes im Nationalrat eine annähernd gleiche Stimmenzahl vorgesehen wird.

Meine Damen und Herren! Das nächste Problem, mit dem ich mich befassen möchte, ist das Problem des Gesetzes betreffend Volksbegehren. Sie wissen, daß das eine langjährige Forderung ist, ich habe sie auch im Finanzausschuß bereits vorgetragen. Die Antwort des Herrn Ministers, die er damals erteilt hat, war so, daß mit ihr insofern nicht viel anzufangen ist, als sie unverbindlich war. Die Bundesverfassung sieht im Zuge des Ausbaues der unmittelbaren Demokratie nicht nur die Volksabstimmung unter bestimmten Grundsätzen vor, sondern auch das sogenannte Volksbegehren. Diese Bestimmung der Bundesverfassung über das Volksbegehren bedarf eines Ausführungsgesetzes. Dieses Ausführungsgesetz war in der Ersten Republik, aus der bekanntlich ja die Bundesverfassung stammt — die Bundesverfassung ist am 1. Oktober 1920 in Kraft getreten —, bereits im Jahre 1921 vorhanden. Ich hatte neulich bei einer anderen Gelegenheit bereits Anlaß, die Expeditivität und rasche Gesetzesbeschließung in der Ersten Republik rühmend hervorzuheben. Ich glaube, diesen zweiten Fall heute hier anschließen zu dürfen. Die am 1. Oktober 1920 in Kraft getretene Bundesverfassung sah also bereits die Einrichtung der Volksbegehren vor, und schon im Jahre 1921 gab es ein Ausführungsgesetz.

Als bei der Wiedererrichtung der Zweiten Republik im Jahre 1945 die Bundesverfassung wieder in Kraft gesetzt wurde, ist im Laufe der Begebenheiten — ich kann mich nicht mehr genau erinnern, wann — dem Hohen Hause auch der Entwurf eines Volksbegehrengesetzes vorgelegt worden. Jedesmal ist jedoch die vorzeitige Auflösung des Hohen Nationalrates — aus den bekannten Schwierig-

keiten der Koalition heraus — hinderlich gewesen, dieses Volksbegehrengesetz zu beschließen, so auch in der letzten Legislaturperiode, die bekanntlich im März dieses Jahres zu Ende gegangen ist.

In der gegenwärtigen IX. Gesetzgebungsperiode müßte daher dieses Volksbegehrengesetz neuerlich eingebracht werden. Ich wundere mich, warum solche Einbringungen nicht automatisch erfolgen, vor allem schon aus dem Grunde, weil man ja nur die unerledigten Regierungsvorlagen aus der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode neuerlich einbringen muß. Aber es zeigt sich, daß die Mehrheit des Hauses offensichtlich nicht gerne an dieses heiße Eisen: Volksbegehrengesetz, unmittelbare Demokratie und alle damit zusammenhängenden Fragen, herangeht. Sie können mich widerlegen, meine Damen und Herren, wenn Sie mich vom Gegenteil überzeugen, indem Sie möglichst bald mit unserer Mitwirkung ein solches Volksbegehrengesetz schaffen.

Ich darf daher folgenden Antrag Nr. 2 stellen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat im Sinne der Artikel 41 und 46 des Bundes-Verfassungsgesetzes den Entwurf eines Bundesgesetzes über Volksbegehren auf Grund der Bundesverfassung vorzulegen.

Das nächste Problem hängt irgendwie damit zusammen. Es ist das Problem der Volksabstimmungen. Man hat — ich glaube, es ist ein Jahr her — im letzten Nationalrat ein Gesetz über die Durchführung von Volksabstimmungen beschlossen. Auch dieses Gesetz ist ein Durchführungsgesetz zu den in der Bundesverfassung unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehenen Volksabstimmungen. Man hat damals trotz des dringenden Hinweises von freiheitlicher Seite nicht die Bestimmung über den amtlichen Stimmzettel in das Volksabstimmungsgesetz aufgenommen. Man hat erklärt — und ich fand es eigentlich, obwohl damals noch nicht ausübender Parlamentarier, irgendwie komisch —, man werde demnächst dieses Gesetz novellieren. Ich finde es komisch, und entschuldigen Sie, bitte, diese Bemerkung, wenn man ein Gesetz beschließt, offenkundig von der Richtigkeit einer Anregung überzeugt ist, sie aber nicht durchführt, sondern gleich beifügt, man werde demnächst dieses Gesetz, das man eben erst beschließt, wieder novellieren. Bis heute ist diese Novellierung nicht erfolgt, beziehungsweise die entsprechende Regierungsvorlage ist nicht eingebracht worden.

Und nun lassen Sie mich noch zwei Sätze zur Begründung sagen. Das Problem des amtlichen Stimmzettels ist in diesem Hause

mehr als zur Genüge erörtert worden, und mit Genugtuung können wir feststellen, daß der amtliche Stimmzettel überall, wo er eingeführt wurde, sich bestens bewährt hat und in keiner Weise Anstände irgendwelcher Art sich aus der Durchführung der Wahlen mittels amtlicher Stimmzettel ergeben haben. Wenn aber überhaupt ein amtlicher Stimmzettel eingeführt wird und zur Anwendung kommt, dann müßte er unserer Meinung nach doch vor allem bei solchen Volksabstimmungen angewendet werden, die gar nicht aus dem freien Willen der Wählerschaft heraus, sondern von oben her, also durch Anordnung der Bundesregierung oder durch Beschluß des Nationalrates, angesetzt werden. Hier den zur Abstimmung aufgerufenen Bundesbürgern zuzumuten, sich womöglich auf eigene Kosten oder unter schwierigen technischen Umständen einen Stimmzettel zu besorgen und diesen zur Abstimmung mitzubringen, beleuchtet, wie ich glaube, das Problem zur Genüge. Ich darf mir daher erlauben, folgenden Antrag Nr. 3 zu stellen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat den Entwurf einer Novelle zum Bundesgesetz vom 22. Jänner 1958 über Volksabstimmungen vorzulegen, durch welche der amtliche Stimmzettel bei der Durchführung von Volksabstimmungen auf Grund der Bundesverfassung zur Einführung gelangt.

Das nächste Problem ist gestern schon vom Herrn Abgeordneten Aigner berührt worden. Er hat hier einen von uns im Finanz- und Budgetausschuß gestellten Antrag zitiert. Es handelt sich um das Problem der Rechtsstellung der politischen Parteien. Ich kann mich nicht entsinnen, daß der Herr Bundesminister für Inneres selbst im Ausschuß zu dem Thema Stellung genommen hätte. (*Abg. Mark: O ja! — Ruf: Er sagte: Es ist noch nicht reif!*) Ist noch nicht reif, jawohl. Aber der Herr Abgeordnete Probst hat sich in einer ausführlichen Stellungnahme — und damit darf ich mich jetzt beschäftigen — zu der Frage geäußert. Ich hatte im Finanz- und Budgetausschuß den Antrag gestellt: „Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Rechtsstellung der politischen Parteien (Parteien-Gesetz) vorzulegen.“

Das war eine ganz allgemein gehaltene Entscheidung, von dem Gedanken ausgehend, daß, da in unserem Vaterland — Herr Präsident Dr. Hurdus hat dieses Thema wiederholt in sehr gründlichen Ausführungen behandelt — die politischen Parteien eine beachtliche, bedeutende und große Stellung innehaben, doch eigentlich irgendwo die Rechtsstellung so wichtiger Institutionen behandelt und geregelt

sein müßte. Ein weiterer Grund für dieses Vorbringen unsererseits war der Umstand, daß wir der Auffassung sind, daß zum Beispiel für neu gegründete politische Parteien, die also später ins Leben getreten sind als im Jahre 1945, die rechtlichen Grundlagen nicht ganz klar und nicht ganz deutlich übersehbar sind.

Ich möchte mich jetzt mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Probst vorsichtig zu dem Gegenstand äußern. Er hat demgegenüber entgegnet — und ich bitte, mich zu korrigieren, wenn ich Sie jetzt falsch zitieren sollte —, daß es sich hier um ein schwieriges, kompliziertes Problem handelt. Absolut richtig und unsererseits zugegeben.

Der Herr Abgeordnete Probst hat ferner gemeint, auch in der Bundesrepublik Deutschland sei ein dort vom Innenminister Schröder eingebrachter Gesetzentwurf noch lange nicht verabschiedet, und man könnte auch noch nicht absehen, wann dies geschehen werde. Ich darf beifügen, daß in der Bundesrepublik Deutschland das Problem insofern etwas leichter ist, als das Bonner Grundgesetz vorsieht, daß die Parteien über ihre Finanzwirtschaft öffentlich Rechnung zu legen haben. Es braucht niemand zu befürchten, daß ich mich jetzt diesem Thema etwa allzu ausführlich zuwende; das wollen wir einem anderen Kapitel vorbehalten. Aber immerhin besteht im Bonner Grundgesetz eine derartige imperative Weisung, und es muß daher im Bonner Bundestag so ein Gesetz zwangsweise einmal beschlossen werden.

Bei uns ist das nicht der Fall. Bei uns ist eine andere Situation gegeben, und darüber waren Herr Kollege Probst und ich verschiedener Meinung. Ich habe die Meinung vertreten, daß die Österreichische Volkspartei, die Sozialistische Partei Österreichs und auch die Kommunistische Partei Österreichs auf Grund einer Lizenz des Alliierten Rates entstanden sind und bereits in der Besatzungszeit existiert haben. Es ist mir bekannt — ich kann sie allerdings nicht mit Zahl und Datum zitieren —, daß es auch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gibt, welche auf Grund dieser Lizenz des Alliierten Rates die Existenz dieser drei von mir genannten politischen Parteien quasi bestätigt.

Als die Freiheitliche Partei Österreichs im Oktober 1955 gegründet wurde, hat sie selbstverständlich Wert darauf gelegt, als eine Partei, die auf dem Boden der Bundesverfassung und der Gesetze steht und ihre Tätigkeit nur mit gesetzlichen Mitteln ausüben will, eine legale Grundlage zu haben. Da wir angenommen haben, daß in einem Rechtsstaat alle politischen Parteien gleich behandelt werden, haben wir dem Herrn Innenminister, damals Herrn Minister Oskar Helmer, in einer Note —

ich möchte mich so ausdrücken, ich könnte auch sagen, in einem Schreiben (*Abg. Doktor Kranzlmayr: Ist besser!*) — die Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs notifiziert, Herr Staatsanwalt! Der Herr Innenminister hat das zur Kenntnis genommen (*Abg. Doktor Migsch: Den Segen gegeben!*) und hat zugesagt, die ihm unterstehenden Sicherheitsdirektionen entsprechend zu benachrichtigen. Kurze Zeit später wurden wir durch bürokratische Schikanen einzelner Sicherheitsdirektionen eines Besseren belehrt. Es gab Sicherheitsdirektionen, darunter die in Kärnten, die bei der Durchführung von Versammlungen, die wir abgehalten haben, die Anmeldung beanstandet und festgestellt haben, daß die Anmeldungen nicht von irgendeiner Einrichtung stammen, die auf einer gesetzlichen Grundlage fußt. Wir haben dem Herrn Sicherheitsdirektor damals geantwortet, er möge beim Herrn Bundesminister für Inneres in Wien rückfragen. Wir hätten diesem doch die Gründung dieser neuen Freiheitlichen Partei Österreichs notifiziert. Daraufhin hat er das getan, und er bekam aus dem Wiener Innenministerium die Antwort, es sei hierorts nicht das Nötige oder das Erforderliche bekannt.

Wir haben daraufhin neuerlich versucht, den Herrn Innenminister zu einer Klarlegung und Klarstellung dieses Falles zu veranlassen. Es geschah wieder nichts.

Und nun haben wir den Ausweg gewählt — und ich sage, das ist kein besonders schöner und eleganter Ausweg und vor allem kein demokratischer Ausweg —: Wir haben uns daher auf dem Boden des bestehenden Vereinsgesetzes als Verein angemeldet und konstituiert und sind nun so wie andere Vereine auch als Partei ein Verein. Es ist allerdings ein unerträglicher Zustand, meine Damen und Herren, daß in diesem Hause Abgeordnete sitzen, Angehörige einer Partei, die ihre politische Tätigkeit auf einer anderen rechtlichen Grundlage ausüben als die große Mehrheit dieses Hauses. Sie werden mir zugeben, daß dieser Zustand unerfreulich und jedenfalls unbefriedigend ist.

Dies war auch die Ursache und der Anlaß für unseren Antrag, dem Hohen Hause vorzuschlagen, die Bundesregierung um eine Gesetzesvorlage zu bitten, die die Rechtsstellung der politischen Parteien regeln und klären soll. Ich glaube, das ist kein unbilliges Verlangen, und ich glaube, es würde auch verschiedene andere Probleme, die sich innerhalb auch größerer und der großen Parteien im Laufe der Zeit schon ergeben haben oder noch ergeben werden, klären, wenn wir zu einem solchen Gesetz kommen könnten.

Da aber die ablehnende Stellungnahme der beiden großen Parteien dieses Hauses bekannt

ist und auch der Herr Innenminister, wie ich jetzt zugeben muß, schon in seiner Antwort im Budgetausschuß festgestellt hat, das Problem sei noch nicht zur Lösung reif, sehe ich heute von der Stellung eines Antrages ab, weil es zwecklos ist, einen Antrag zu stellen, nur damit er niedergestimmt wird. Diese Angelegenheit ist schließlich kein Demonstrationsobjekt, auch kein Objekt einer politischen Manifestation, sondern es handelt sich dabei um die Frage der rechtsstaatlichen Ordnung. Ich darf nur an Ihre Einsicht, meine Damen und Herren, appellieren und auch an die Einsicht der Bundesregierung, daß dieses Problem in naher Zeit irgendwie gelöst werden muß.

Ein weiteres Problem ist die Frage der Serie nicht abreißender Blutverbrechen. Nach wie vor wird die österreichische Öffentlichkeit durch eine noch nicht dagewesene Mordserie und Serie von Blutverbrechen beunruhigt. Die Antworten, die auf dieses Thema gegeben werden, sind klar. Den Sicherheitsbehörden wollen wir keinesfalls unsere Anerkennung versagen; sie tun zweifelsohne im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ihm Rahmen der Mithilfe der Bevölkerung und dergleichen mehr, ihr Bestes, was von uns durchaus anerkannt wird. Was wir beanstanden, ist die Tatsache, daß seitens der Organisation unseres Sicherheitswesens, wie wir glauben, nicht genügend vorgesorgt worden ist. Wir glauben, daß zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Verbrecherunwesens und vor allem der Blutverbrechen nicht die Aufspaltung in Erhebungsabteilungen und Polizeidirektionen und Sicherheitsdirektionen und so weiter gehört, sondern daß es genauso sein soll wie im internationalen Bereich die Interpol, die die ganze Welt umspannt. Ich möchte nicht unterlassen, hier festzustellen, daß diese Interpol auf eine österreichische Anregung zurückgeht, daß sie auf Veranlassung des verstorbenen Wiener Polizeipräsidenten Johann Schober geschaffen wurde und sich in der ganzen Welt größter Anerkennung erfreut und auch allergrößte Erfolge erzielt.

Wir haben daher schon vor längerer Zeit in einer Anfrage angeregt, es möge auch in Österreich bundesmäßig eine Einrichtung geschaffen werden, für die man den Namen Zentrale Mordkommission oder Bundeskriminalamt oder dergleichen wählen kann. Es ist völlig uninteressant, wie diese Behörde heißt, wesentlich und wichtig ist nur, daß eine solche zentrale Behörde zur Bekämpfung von Blutverbrechen überhaupt geschaffen wird.

Der frühere Herr Innenminister, den ich heute schon einmal zitiert habe, hat damals geantwortet, Österreich sei zu groß für eine derartige Einrichtung. Ich möchte, ohne polemisch zu werden, feststellen: Wenn die

ganze Welt nicht zu groß ist für die Interpol, wenn die Interpol in der ganzen Welt gut und erfolgreich funktioniert, wird auch ein österreichisches Bundeskriminalamt im Innenministerium vielleicht für dieses weite und große Land tätig sein können.

Die vom Herrn Bundesminister für Inneres auf meine Frage im Finanz- und Budgetausschuß, wie groß denn die Zahl der unaufgeklärten Blut- und Mordverbrechen sei, gegebene Ziffer von 97 Prozent, nämlich es seien von allen Blutverbrechen der letzten Zeit, Morden und so weiter, 97 Prozent aufgeklärt worden, kann ich nicht überprüfen, da mir die statistischen Unterlagen fehlen. Für den Bereich der Bundeshauptstadt Wien — und ich darf hier als Wiener Abgeordneter dazu sprechen — stimmt sie bestimmt nicht, im Bereich der Bundeshauptstadt Wien sind gerade im Laufe der letzten Jahre und vielleicht auch gerade im Laufe des heurigen Jahres eine solche Fülle und große Zahl unaufgeklärter Morde vorgekommen, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß im Bundesdurchschnitt die Zahl von 97 Prozent aufgeklärter Morde stimmen könnte. Aber der Herr Bundesminister wird vielleicht Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Noch zwei Probleme ganz kurz. Die Frage der Fürsorge für unsere Heimkehrer. Es gibt unter den Heimkehrern Fälle, die durch das Heimkehrerentschädigungsgesetz nicht ausreichend erfaßt werden, es gibt Menschen, die sich in krasser Notlage befinden. Erfreulicherweise sind es nicht allzu viele Fälle, aber es gibt solche Härtefälle. Es gibt vor allem bei älteren Jahrgängen unter diesen Heimkehrern, die nur schwer wieder in Verdienst kommen — meine Damen und Herren, Sie kennen dieses Problem —, Härtefälle, weil die Unterbringung älterer Jahrgänge außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet. Wir würden es begrüßen, wenn für diese erfreulicherweise wenigen Fälle irgendeine Art der Fürsorge getroffen und eingerichtet wird, und wir möchten daher den Antrag stellen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehestens den Entwurf eines Heimkehrer-Fürsorgegesetzes vorzulegen.

Und als letztes Problem das Mühlengesetz.

Ich darf den Herrn Minister, der bereits zum zweitenmal im Ministerrat durch sein Veto die Einbringung eines Mühlengesetzes verhindert hat, fragen, warum und aus welchen Gründen er sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen hat und ob etwa zu befürchten ist, daß zum dritten Male durch ein solches Veto ein Aufschub erfolgen wird. Es handelt sich darum, daß gerade mittlere und kleinere Betriebe durch die Nichterledigung dieses Mühlengesetzes sehr bedroht und sehr beun-

ruhigt sind. Die Argumente, daß eventuell eine Erhöhung des Brotpreises, der doch mit dem Mühlengesetz wahrlich nichts zu tun hat, eintreten könnte, kann unserer Meinung nach nicht als Vorwand dienen, um das Mühlengesetz auf die Dauer zu verhindern. Ich möchte aber, bevor ich — und das wird beim Kapitel Handel noch der Fall sein — zu diesem Problem genauer und ausführlicher Stellung nehme, den Herrn Bundesminister für Inneres bitten, dem Hohen Hause die Gründe für sein Verhalten bekanntzugeben. Vielleicht können wir aus der Begründung, die er für sein Veto angeben wird, wesentliche Informationen erhalten.

Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, bei der Abstimmung über die von uns gestellten Anträge — es sind vier Anträge, die im Finanz- und Budgetausschuß abgelehnt worden sind — vielleicht doch entgegen den sonstigen Gepflogenheiten, daß oppositionelle Anträge dieser Art einfach niedergestimmt werden müssen, zu prüfen, ob es sich bei diesen vier Anträgen nicht doch um Probleme handelt, die einer wohlwollenden, fairen und demokratischen Überlegung wert sind. Und so darf ich Sie bitten, nach sorgsamer Prüfung dieser Frage diesen Anträgen entgegen der bisherigen Übung Ihre Stimme geben zu wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sebinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Sebinger: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Wir haben uns gestern beim Kapitel Verstaatlichte Betriebe beziehungsweise bei der Gruppe II a mit einer Frage auseinandergesetzt, in der sich die Furcht und die Besorgnis vor einer Überfremdung solcher Betriebe demonstriert hat. Ich glaube aber, wenn wir unser heutiges Leben, wenn wir alles das, was wir in unserer Bevölkerung Leben nennen und als Leben bezeichnen, einer Betrachtung unterziehen, so kommen wir auf Erscheinungen, die man keineswegs immer und ohne weiteres unter den Begriff einer modernen Weiterentwicklung unserer Lebensgestaltung einzuordnen vermag, sondern die von einer sehr exzentrischen Einstellung zur modernen Lebensgestaltung gekennzeichnet sind. Dies zeigt sich zum Teil im Tragen exzentrischer Kleidung, in unserem Filmwesen, in unserer Literatur, im Vergnügungswesen.

Der westdeutsche Atomminister Dr. Balke hat es einmal so umschrieben: Die Menschen von heute interessieren sich für die Gemeinschaft nur insoweit, als es sich um die Sicherheit des Arbeitsplatzes und des Verdienens handelt und insoweit sie in ihrem Vergnügen nicht ge-

stört werden. Ich glaube, daß diese Charakterisierung unserer inneren Einstellung zu den Aufgaben unserer Gemeinschaft im weitestgehenden Maße zutreffend ist, aber umsomehr, glaube ich, ist es auch Aufgabe der Gemeinschaft, alles dazu zu tun, um weitere schädliche Einflüsse auf unser Gemeinschaftsleben zu verhindern.

Ich habe es sehr begrüßt, daß der Herr Innenminister im Finanz- und Budgetausschuß mitgeteilt hat, daß die Bundesregierung ein Ministerkomitee eingesetzt habe, um zu einer rascheren und wirkungsvolleren Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen über die Bekämpfung von Schmutz und Schund zu kommen. Ja, ich frage mich nur, ob die Einschaltung einer solchen Zwischenstation unter allen Umständen notwendig wäre. Ich weiß sehr genau, daß bei der Vollziehung dieses Gesetzes selbstverständlich nicht nur das Bundesministerium für Inneres mitzureden hat, aber es ist ebenso richtig, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes im wesentlichen zur Bekämpfung von Schmutz und Schund ausreichen.

Aber ich glaube, es spielt hier auch noch etwas anderes mit, und zwar etwas, was ich einmal, als ich noch die Ehre hatte, Sicherheitsdirektor zu sein, selber miterlebt habe. Es war zweifellos richtig, daß unmittelbar nach dem Wiedererstehen der Zweiten Republik wegen gewisser Vorkommnisse hier in diesem Hohen Hause ein Amtshaftungsgesetz beschlossen wurde; beschlossen wurde deshalb, weil sich ja eben bei diesem Wiedererstehen der Zweiten Republik eine Unmenge von Menschen zur Verwaltung gedrängt haben, von ihr auch selbstverständlich aufgenommen wurden, weil ja andere nicht da waren oder aus anderen Gründen nicht funktionieren konnten, für die die Menschen eben zuwenig Voraussetzungen mitgebracht haben, und daß dadurch eben Fehlentscheidungen der Behörden entstanden sind, die einen Unwillen in der Öffentlichkeit ausgelöst haben und die dann eben zum Amtshaftungsgesetz geführt haben. Zur Ehre der österreichischen Verwaltung und ihrer Beamten muß ich aber sagen, daß sie es verhältnismäßig rasch verstanden hat, diese neuen Menschen innerhalb ihres Korps zu vollwertigen und wirklichen Beamten zu machen und sie mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten.

Es erhebt sich daher die Frage, ob das Amtshaftungsgesetz in seiner heutigen Form noch zweckmäßig ist, und das will ich Ihnen jetzt an dem Beispiel vordemonstrieren, das ich selbst erlebt habe. Auf Grund des Gesetzes über Schmutz und Schund habe ich wiederholt ein Verbreitungsverbot verhängt. (*Abg. Probst: Da muß es zugegangen sein im Mühlviertel!*

— *Heiterkeit.*) Nicht anders als in anderen Landesteilen und in anderen Ländern! (*Abg. Probst: Da haben Sie viel gesehen, Kollege Sebinger!*) Und daraufhin hat der betreffende Verlag mit der Amtshaftungsklage gedroht. Es ist bei der Drohung geblieben, aber ich kann mir sehr gut vorstellen, daß Entscheidungen, die auf dem Verwaltungssektor von unserer Beamtenschaft getroffen werden müssen — ob nun in dieser oder in einer anderen Sparte, ist an sich ganz gleichgültig —, gehemmt werden durch die Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes. Es vermindert die Entscheidungsfreudigkeit, vermindert auch die raschere Bewältigung der Aufgaben, und ich glaube daher, daß wir im Laufe der Zeit — hoffentlich ist das eine absehbare Zeit — an der Novellierung auch des Amtshaftungsgesetzes nicht werden vorbeigehen können.

Hohes Haus! Ich komme jetzt zu einem anderen Teil meiner Darlegungen, und zwar zu dem Teil, der sich mit der Exekutive selbst beschäftigt. Und hier möchte ich an der Spitze einen Dank aussprechen, der im vorigen Kapitel der Wehrmacht ausgesprochen worden ist. Aber ich möchte ihn auch erweitern zu einem Dank an die Exekutive für ihren selbstlosen Einsatz im allgemeinen, aber ganz im besonderen für ihren Einsatz bei den Naturkatastrophen, die im heurigen Jahr unser Vaterland heimgesucht haben. Es ist zweifellos so, daß die Exekutivbeamten oft übermenschlich beansprucht werden, daß eine Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitsstunden kaum möglich ist, daß aber auch auf der anderen Seite eine Vermehrung der Exekutivbeamten auf Grund der leider vorhandenen Aufnahme-sperre kaum in diesem Jahr möglich sein wird.

Und dazu kommt noch etwas anderes: Der Herr Kollege Dr. Tongel hat hier von der Schaffung einer zentralen Mordkommission gesprochen. Wir sind uns darüber einig: Ob das jetzt so oder so heißt, das spielt an sich keine Rolle, aber wir erleben es doch bei der Verfolgung und bei der Aufklärung von Kapitalverbrechen häufig, daß die Kriminalleitstellen und die Kriminalinstitutionen einen Aufruf an die Bevölkerung richten, mit beizutragen, damit man dieser Verbrecher leichter Herr werden kann. Hier versagt die Bevölkerung meistens. Sie versagt nicht deshalb, weil sie etwa die Notwendigkeit nicht erkennen würde. (*Abg. Probst: Weil sie Angst hat!*) Ja, vielleicht auch Angst, aber ich glaube, es ist noch viel schlimmer. Angst kann nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung haben. Das größte Übel ist die Gleichgültigkeit, diese Gleichgültigkeit, die sich darin äußert, daß man es zur Kenntnis nimmt, aber man rührt sich nicht, die sich auch darin äußert, daß man nicht einmal dann, wenn

man durch die rechtzeitige Meldung ein Verbrechen verhindern könnte, es tut. (*Abg. Dr. van Tongel: Am Neumarkter Sattel hat das funktioniert! — Abg. Dr. Migsch: Der Wirt, bei dem sie gewohnt haben, hat nicht funktioniert!*) Was weiß ich. Ich habe das weder gehört, noch gelesen, noch gesehen.

Ich habe da allerdings ein anderes Beispiel im Auge, und zwar jenes Beispiel, daß in einem Wohnbezirk von Wien Eltern ihre Kinder einfach zugrunde gehen ließen, verhungern ließen. Das ganze Haus hat das gewußt, und die Nachbarschaft hat es auch gewußt, aber keiner ist zur Behörde gegangen und hat sie darauf aufmerksam gemacht. Es wäre nicht einmal notwendig gewesen, hier die Polizei zu verständigen. Es hätte genügt, die Fürsorgeanstalten, die Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde zu verständigen.

Hohes Haus! Wir müssen feststellen, daß hier eine Gleichgültigkeit der Bevölkerung vorhanden ist, die uns gewiß mit Sorge erfüllen muß, denn ich sage es ganz offen: Ohne Mitwirkung der Bevölkerung in all diesen Fragen ist die Institution des Rechtsstaates nicht aufrechtzuerhalten! Wir werden alles tun müssen, die Gleichgültigkeit in der Bevölkerung in diesen Fragen zu beheben. Natürlich gibt es auch das, was Sie sagen, Herr Kollege Probst, die Furcht. Das ist vielleicht noch ein Komplex aus einer anderen Zeit, in der die Polizei wohl groß erklärt hat, sie sei der Freund des Volkes, und in Wirklichkeit hat sich jeder vor ihr gefürchtet. Die Zeit ist ja doch vorüber, und wir können sagen: Gott sei Dank vorüber. Aber ich glaube wirklich, daß das ein ernstes Anliegen ist und eine ernste Erscheinung in unserer Gesellschaft, die wir — und dazu, glaube ich, sind wir alle da und alle berufen — mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln beheben müssen.

Und nun komme ich zur sogenannten Schiller-Feier. Ich bitte, ich möchte gleich vorausschicken, daß man diesen Erscheinungen, da ihnen ja der große Hintergrund, den das alles einmal gehabt hat, fehlt, nicht eine Bedeutung beimessen muß oder soll, die sie nicht verdienen. Aber es wäre ebenso falsch, wenn man an diesen Erscheinungen achtlos vorbeigehen würde; denn ganz abgesehen davon, daß wir an sich gebrannte Kinder sind und daß es einmal genauso begonnen hat, wie es in diesem Falle begonnen wurde, und wir schon deshalb nicht daran vorbeigehen dürfen, müssen wir zweitens, wenn wir ein bißchen auch die ausländische Presse lesen, feststellen, daß auch die geringsten Regungen in dieser Hinsicht vom Ausland äußerst kritisch und negativ aufgenommen und beurteilt werden. Und wenn der Herr Innenminister in seiner Rede im Aus-

schuß sagte, den Veranstaltern sei es leider nicht gelungen, diese Gruppen von ihren Reihen fernzuhalten, ja, so mag das richtig sein. Die Frage ist nur die, und ich weiß nicht, ob der Herr Innenminister darauf eine Auskunft weiß ob man von vornherein bereit war und willens war, diese Gruppen von sich fernzuhalten. Das, glaube ich, ist die entscheidende Frage. Und diese Frage muß wohl eine eindeutige Klärung finden. Daher, glaube ich, kommt auch hier dem anderen Teil, der Polizei und der Gendarmerie, eine große Bedeutung zu, die wir äußerst aufmerksam verfolgen müssen.

Aber nun muß ich noch etwas Grundsätzliches dazu sagen. Und hier spielt wieder die Formulierung Balkes ein wenig mit. Ich glaube, daß wir in der Opferbringung für die Fragen unserer Sicherheit, ob nun im Innern oder nach außen, etwas mehr tun müssen und ein aufgeschlosseneres Empfinden an den Tag legen müssen, als es bisher der Fall war, denn was nützt es uns, wenn wir eine noch so große wirtschaftliche Prosperität haben, wenn wir einen noch so großen Wohlstand hervorzaubern für alle und für jeden, wenn dieser Wohlstand à la longue dadurch gefährdet ist, daß wir nicht bereit sind, die notwendigen Mittel für diesen Teil unserer Aufgaben herbeizuschaffen und zu bewilligen.

Nun hat der Herr Minister im Ausschuß dann noch eine ganze Reihe von Gesetzen angekündigt, die zweifellos notwendig sind. Ich würde es allerdings sehr begrüßen, wenn das Gesetz über den Uniformschutz einer Lösung zugeführt würde. Aber ich glaube, es würde nicht seinen Zweck voll erfüllen, wenn wir in diesem Gesetze aussprechen würden, daß es jedermann in Österreich untersagt ist, eine Uniform des Bundesheeres oder der Gendarmerie oder der Polizei zu tragen, sondern ich glaube, es ist da manches Mal ein bißchen viel Uniformzauber zu bemerken, den ich für unnötig halte und der auch gar nichts zu besagen hat. Lassen wir daher das Uniformtragen jenen, und zwar ausschließlich jenen — und das soll ja auch ein Privileg sein und eine Anerkennung für die Menschen, die sich diesen Beruf erwählt haben —, die auf Grund ihres Berufes eine Uniform tragen müssen. (*Abg. Probst: Gilt das für die Hochschulen und Universitäten auch?*) Das ist wieder etwas anderes. (*Abg. Rosa Jochmann: Da kommt schon wieder eine Ausnahme!*) Nein, das gehört nicht dazu. Ich glaube, daß man das gar nicht richtig als Uniform bezeichnen kann (*Abg. Rosa Jochmann: Das gehört auch dazu!* — *Abg. Probst: Da muß man definieren, was eine Uniform ist!*), weil es in Wirklichkeit keine ist. (*Abg. Dr. Migsch: Wieso?*) Es ist die Freude an einer Farbenpracht,

aber viel mehr ist es nicht. (*Abg. Dr. Migsch: Kollege Sebinger! Ich fürchte, daß die, denen Sie das Uniformtragen verbieten wollen, dieselbe Argumentation gegen Sie verwenden werden!*) Das kann schon sein. Ich bin ja kein Hellseher, und ich kann auch nicht voraussehen, welche Argumente gegen meine Feststellungen verwendet werden. Aber damit habe ich mich erst dann auseinanderzusetzen, wenn diese Argumente eintreffen. (*Abg. Dr. Migsch: Jetzt hätten Sie unseren Beifall bekommen; da sind wir wirklich für ein Uniformverbot!* — *Abg. Dr. Kranzlmayr: Das ist doch keine Uniform! — Gegenrufe bei der SPÖ.*) Wenn Sie sich dazu bequemen, verehrter Herr Kollege Migsch, die Farbenpracht und das Farbenbekenntnis der Studenten nicht als Uniform zu bezeichnen, dann Herr Kollege, haben wir uns ja sowieso getroffen. (*Abg. Dr. Migsch: Diese Logik kann ich nicht teilen!*)

Zu einem anderen Kapitel: Ich habe mich voriges Jahr sehr darüber beschwert, daß die Frage des Zivilschutzes sehr langsam vor sich geht. Ich gebe zu, daß es ein äußerst schwieriges Kapitel ist, und es hat heute auch beim Kapitel Bundesheer eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Ich gebe auch zu, daß die Übereinstimmung der zu treffenden Maßnahmen sowohl im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft als auch im Hinblick auf die Kompetenzen, die damit zwischen Ländern, Bund und Gemeinden verbunden sind, unerhört schwer herzustellen ist. Aber ich muß Ihnen sagen, Herr Minister: Ein bißchen mehr Motor und ein bißchen mehr Schwung hinter die Sache zu setzen, würde dieser Entwicklung nur dienen. Herr Minister, Sie haben immerhin 5 Millionen Schilling. Ich möchte hier nicht — weil das wieder einen kleinen Wirbel auslösen würde — darauf eingehen, was mein Kollege Dr. Gorbach über die Verwendung der für den Zivilschutz bestimmten Mittel im Vorjahr gesagt hat. Daran sind Sie ja unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Aber bitte, 5 Millionen Schilling, Herr Minister, sind ja auch nicht gerade nichts, sondern sie sind schon etwas, mit dem man etwas anfangen kann. (*Abg. Probst: Wenn wir Sklaven hätten, könnten wir Katakomben bauen!*) Wenn wir Katakomben im richtigen Ausmaße hätten, würden wir uns viele Sorgen erspart haben.

Also bitte, Herr Minister, hier ein bißchen mehr Tempo, ein bißchen mehr Energie darauf verwenden, damit wir dann ein bißchen schneller vorwärtstkommen.

Sie werden auch noch das Ordensgesetz — eine unserer großen Sorgen — in dieses Parlament bringen. Ich hoffe, daß es dann wirklich

so aussieht, wie es der Herr Verteidigungsminister in seiner Schlußansprache hier formuliert hat: daß es dem Empfinden der Soldaten entspricht, aber auch den Bedürfnissen und Grundsätzen unserer Republik.

Ich glaube dem Herrn Dr. Tongel sehr gerne, wenn er sagt, daß das gleiche Wahlrecht ein besonderes Anliegen der Opposition ist; das kann ich verstehen. (*Abg. Dr. van Tongel: Wenn Sie echte Demokraten sind! — Ruf: Wir werden gleich sehen, was kommt!*) Ja, das werden Sie gleich sehen. Sie leiten aus dem Begriff „gleiches Wahlrecht“ etwas ganz anderes ab, als es wirklich ist. (*Zwischenrufe.*) Ich glaube ja, daß er es weiß, aber hier möchte er uns Sand in die Augen streuen. (*Abg. Dr. van Tongel: Ich Ihnen?*) Ja, mir und der Öffentlichkeit. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Er weiß es nicht!* — *Abg. Dr. Migsch: Er ist Apotheker!* — *Abg. Mark: Man darf seine Worte nicht mit der Apothekerwaage wägen!*) Dann würde ich ihm empfehlen, daß er noch einmal eine Dissertation über Staat und Wahlrecht macht. (*Abg. Dr. Migsch: Er ist ja Apotheker!*)

Meine Damen und Herren! Das gleiche Wahlrecht aus der Monarchie, dessen Bestand und dessen Entstehen wir drüben im Hause gefeiert haben, ist schon etwas, und zwar hat es durch die Abschaffung des Kurienwahlrechtes wirklich das gleiche Wahlrecht geschaffen. (*Abg. Dr. Migsch: So ist es: jedem Bürger eine Stimme!*) Das, was Sie wollen, ist, daß dieses Parlament nun eine andere Bewertung der Stimmen herbeiführen soll. (*Abg. Dr. van Tongel: Dieselbe, die Sie haben!*) Dann müssen Sie aber zuerst eine so große Partei werden! (*Abg. Dr. van Tongel: Das ist logisch?*) Das ist sehr logisch. Sie starten unter völlig gleichen Bedingungen. Daß Sie klein sind, ist Ihr Unglück, Ihr Malheur. Denn Ihnen fehlt eben die Breitenwirkung, die den beiden großen Parteien zur Verfügung steht.

Und, meine Herren, noch etwas anderes: Wenn Sie eine etwas verantwortungsbewußtere Politik betreiben würden, sodaß man von Ihnen sagen könnte: das sind Österreicher!, dann könnte man vielleicht leichter darüber reden. (*Abg. Dr. Migsch: Sebinger, die Politik, die sie machen, müssen wir ihnen überlassen!*) Ja, sowieso, aber sie dürfen doch aus ihren Fehlern nicht uns Vorwürfe machen. (*Abg. Kindl: Das ist kein Fehler, daß Sie 20.000 Stimmen brauchen und wir 38.000?* — *Abg. Dr. Kranzlmayr: Wenn das der einzige Fehler wäre, wäre es ja recht!*) Man kann sich über den amtlichen Stimmzettel einigen, vielleicht kann man sich einmal auch für die Auflassung des Grundmandates entscheiden und dafür eine 5 Prozent-Klausel einführen. Warum nicht? (*Abg. Dr. van Tongel: In Niederösterreich nicht!*) Das müssen Sie die Niederösterreicher

fragen. Ich zeichne nicht verantwortlich für Niederösterreich. (*Abg. Dr. Migsch: Du wirst dich beim Müllner unbeliebt machen!*) Ich weiß überhaupt nicht, ob er mich gern hat. (*Abg. Mark: Parteiintimitäten!*) Was hat das mit Parteiintimitäten zu tun? Ich kann nichts dafür, wenn er anderer Meinung ist als ich und ich anderer Meinung bin als er. Oder gibt es das bei Ihnen nicht, meine Herren? Das Gefühl daß ihr alle einer Meinung seid, habe ich von eurem Parteitag nicht gehabt! (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Bei Ihnen war es die Stärke und bei uns die Schwäche!*)

Zur Frage der Volksabstimmung: Das haben wir schon einmal, nicht hier im Hause, sondern im Ausschuß behandelt, und Sie sind dann alle auch zur Meinung gekommen, daß die Frage der Volksabstimmung ein sehr heikles Problem ist. Ich weiß auch nicht, ob man das so allgemein hinnehmen kann und ob man sich nicht vorher im klaren sein muß, was man einer Volksabstimmung unterwerfen kann. Ich bin weiter der Meinung — das demonstrieren uns ja die Schweizer, die Volksabstimmungen und Volksbegehren am laufenden Band produzieren, sehr deutlich —, daß man die Demokratie nicht allzu strapaziös machen soll, weil man dann eben zu Ergebnissen kommt wie in der Schweiz, wo von 100 Abstimmungsberechtigten nur 34 zur Abstimmung gehen und von diesen 34 dann 18 mit Ja stimmen. Das soll dann die Meinung des Volkes sein? Ich glaube, da gibt es noch sehr viele Dinge, über die man vorher reden muß, bevor man aus dem Ärmel heraus Forderungen erhebt, deren Auswirkungen und Tragweite man sich kaum noch bewußt ist.

Jetzt muß ich auch noch ein paar Worte zur Frage der Volkszählung sagen. Bekanntlich erfolgt die Verteilung der Mandate auf Grund der Ergebnisse der zuletzt vorangegangenen Volkszählung. Ich glaube, wir haben über nächstes Jahr eine Volkszählung durchzuführen. Mir ist da vor einiger Zeit eine Meldung auf den Tisch geflattert, die besagt, daß man sich im Bundesministerium für Inneres mit dem Gedanken trägt, dieser kommenden Volkszählung neue Grundlagen, neue Aspekte zugrunde zu legen, etwa in der Form, daß die Pendler nicht mehr an ihrem Wohnsitz gezählt werden, auch dann nicht, wenn sie dort ihre Familie haben, sondern eben dort mitgezählt werden sollen, wo sie ihren Arbeitsplatz haben. Beim Lesen dieser Meldung ist mir nicht recht wohl gewesen, und zwar aus zweierlei Gründen: Erstens einmal würde eine solche Art der Volkszählung ... (*Abg. Probst: Wieso flattert so etwas zu Ihnen?*) Ja manches-

mal ... (*Abg. Probst: Grubhofer!*) Er ist so unschuldig dabei wie ein neugeborenes Kind. Aber Sie geben mir in meinem Verdacht jetzt recht, daß man solche Pläne im Innenministerium erwägt. Ich will nicht mehr sagen. (*Bundesminister Afritsch: Ich darf einen Zwischenruf machen: Zuerst die Arbeit, dann die Freizeit!*) Momentan sind wir bei der Arbeit. Aber das ändert nichts an der Tatsache, Herr Minister ... (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Ich habe die Antwort des Herrn Ministers nicht verstanden!*) Er hat gesagt: Zuerst die Arbeit, dann die Freizeit. Das heißt, der Pendler soll die Freizeit auch dort verbringen, wo er seinen Arbeitsplatz hat. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Dann pendelt er ja nicht mehr!*) Eben! Seine Familie bleibt aber draußen auf dem Dorf, das ist das entscheidende dabei.

Aber aus zweierlei Gründen ist mir gar nicht recht wohl, einfach deshalb, weil dadurch die finanzielle Gestaltung in den Ertragsanteilen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden irgendwie gestört wird. Und wenn einer Ihrer Freunde dem Herrn Präsidenten Figl im Finanz- und Budgetausschuß einmal gesagt hat: Herr Präsident, mir scheint, Sie sind noch immer zuviel Minister und zuwenig Präsident!, so möchte ich dem Herrn Minister jetzt sagen: Ich habe jetzt auch das Gefühl, daß er noch zuviel Stadtrat ist und zuwenig Minister. Ich hoffe, daß sich das ändert. Aber sollten diese Pläne, sollten diese Erwägungen im Bundesministerium für Inneres vorhanden sein und sollte man mit Entschlossenheit und Entschiedenheit etwa diesem Ziele zuschreiten, Herr Minister, dann darf ich Sie auch über die Auswirkung einer solchen Maßnahme nicht im unklaren lassen. Damit würden Sie die finanziellen Grundlagen der Landgemeinden wesentlich verschlechtern und zweitens würden Sie auch in der politischen Vertretung des flachen Landes draußen ein Unrecht setzen. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie: Lassen Sie von diesen Dingen und von diesen Plänen ab! Wenn nicht, dann muß ich Ihnen sagen, dann haben Sie Dynamit in Ihren Händen, Dynamit für die Koalition! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Gorbach: Die Anträge des Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel waren genügend unterstützt. Sie stehen in meritorischer Behandlung.

Ich breche die heutigen Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 3. Dezember, um 9 Uhr statt. Die Tagesordnung ist bereits verteilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 35 Minuten

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 14.614 59